

Landtag von Baden-Württemberg

34. Sitzung 14. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 8. November 2007 • Haus des Landtags

Beginn: 9:34 Uhr Mittagspause: 13:04 bis 14:20 Uhr Schluss: 17:38 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Umweltministeriums – Masterplan Klimaschutz 2020 – Baden-Württemberg setzt neue Maßstäbe – Drucksache 14/1228 . 2256 Abg. Thomas Knapp SPD . 2256, 2266 Abg. Franz Untersteller GRÜNE . 2258, 2265 Abg. Ulrich Lusche CDU . 2260 Abg. Dieter Ehret FDP/DVP . 2261 Ministerin Tanja Gönner . 2263 Beschluss . 2266
 Aktuelle Debatte – Aufschwung für alle: Familien in Baden-Württemberg durch landespolitische Maßnahmen entlasten! – beantragt von der Fraktion der SPD	5. Fragestunde – Drucksache 14/1909 Mündliche Anfrage des Abg. Gunter Kaufmann SPD – Bezahlung und Ausbildung von Hauptschullehrkräften
Abg. Renate Rastätter GRÜNE 2247 Abg. Andrea Krueger CDU 2249 Abg. Gunter Kaufmann SPD 2250 Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP 2252 Staatssekretär Georg Wacker 2254 Beschluss 2256	b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Umsetzung der Verfügung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) vom 27. April 2007 zu gentechnisch verändertem Mais "MON 810" – Drucksache 14/1303
4. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – CO ₂ -Ausstoß im Land halbieren – Zukunft sichern und Arbeitsplätze schaffen – Drucksache 14/1125	c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Keine grüne Gentechnik in Baden-Württemberg – Drucksache 14/1340 2268

	Abg. Alfred Winkler SPD Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE 2270,	2280	Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE	
	Abg. Elke Brunnemer CDU	2273 2275	Beschluss	2305
	Beschluss	11	 Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 23. Oktober 2007 – Zugehörigkeit von Mit- 	
7.	 a) Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Perspektiven der kommunalen Daseinsvorsorge in Bezug auf Selbstverwaltung, EU-Wettbewerbsrecht und Privatisierung – Drucksache 14/1121 		gliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 14/1899, 14/1903	
	b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Staatsministeriums – Die Stellung der Daseinsvorsorge im neuen Grundlagenvertrag der EU – Drucksache 14/1510		. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu a) der Mitteilung der Landesre- gierung vom 16. März 2007 – Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten	
	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE. Abg. Peter Hofelich SPD. Abg. Günther-Martin Pauli CDU. Abg. Michael Theurer FDP/DVP. Minister Willi Stächele.	2283 2285 2286	Deutschland; hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2005 bis 2008; b) der Mitteilung des SWR vom 1. Oktober 2007 – Fünfter Erfahrungsbericht über die Anwendung des Staatsvertrags über den Süd-	
	Beschluss	2288	westrundfunk – Drucksachen 14/1070, 14/1815, 14/1904	2305
8.	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu der Mitteilung des Innenministeriums		Beschluss	
	vom 16. September 2007 – Verwaltungsstruktur-Reformgesetz (VRG); hier: Bericht der Landesregierung nach Artikel 179 Abs. 1 VRG – Drucksachen 14/1740, 14/1873		. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 21. September 2007 – Karlsruhe, Verkauf des landeseigenen Grundstücks Flurstück Nr.	
	Minister Heribert Rech. Abg. Guido Wolf CDU. Abg. Rainer Stickelberger SPD.	2290	6444/5, Gerwigstraße 65 – Drucksachen 14/1794, 14/1881	
	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	2292		2303
	Beschluss	17	. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 24. Juli 2007 – Gemeinschaftsaufgabe	
9.	Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes – Drucksache 14/1900	2296	"Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)"; hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2008 bis 2011 –	
	Minister Dr. Ulrich Goll.		Drucksachen 14/1579, 14/1880	
	Abg. Christoph Palm CDU Abg. Rainer Stickelberger SPD Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP	2297 2297 15	. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben –	2300
	Beschluss	2298	Drucksachen 14/1887, 14/1888, 14/1889, 14/1890, 14/1891	2306
10.	Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesge-		Beschluss	2306
	setzes über die Bewährungs- und Gerichtshilfe sowie die Sozialarbeit im Justizvollzug und zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung – Drucksache 14/1901		. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten sowie zu Eingaben – Drucksache 14/1898.	
	Minister Dr. Ulrich Goll.		Beschluss	
	Abg. Karl Zimmermann CDU		chste Sitzung	

Protokoll

über die 34. Sitzung vom 8. November 2007

Beginn: 9:34 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 34. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Dienstlich verhindert ist heute Herr Abg. Winfried Kretschmann

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Braun und Hausmann erteilt.

Aus dienstlichen Gründen haben sich entschuldigt: Herr Ministerpräsident Oettinger, Herr Minister Stratthaus, Herr Minister Professor Dr. Reinhart und – für heute Vormittag – Herr Minister Professor Dr. Goll.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Professor Dr. Frankenberg.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Keine Aufweichung des Reformkurses – Linkspopulisten links liegen lassen – beantragt von der Fraktion der CDU

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde. Ich darf die Vertreter der Regierung bitten, sich ebenfalls an diesen Zeitrahmen zu halten.

(Beifall der Abg. Ute Vogt SPD)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schüle.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Frage des Reformkurses ist das aktuelle politische Thema im Land. Die Zukunftsentwicklung unseres Landes, Bund und Land gleichermaßen, hängt entscheidend davon ab, ob es uns gelingt, den Reformkurs konsequent und erfolgreich fortzusetzen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Überall, wo Reformen rechtzeitig angepackt und umgesetzt werden, zeigen sich bald konkrete Verbesserungen für die Menschen in unserem Land. Weil wir in Baden-Württemberg genau dies getan haben, weil wir Reformen anpacken und rechtzeitig und verlässlich umsetzen, stehen wir im Vergleich aller Bundesländer in Deutschland an der Spitze.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ute Vogt SPD: Welche Reformen? – Abg. Reinhold Gall SPD: Welche denn?)

Ein klassisches Beispiel – es wurde gestern in einem anderen Zusammenhang kurz angesprochen – ist die Hochschulpolitik. Warum stehen unsere Hochschulen auf Platz 1 in Deutschland? Warum haben wir den größten Erfolg?

(Abg. Ute Vogt SPD: Wegen des Badenerlands!)

Weil wir vor allen anderen Bundesländern unser Hochschulrecht modernisiert, reformiert und zukunftsfest gemacht haben

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Sie, Herr Kollege Schmiedel, haben gestern von dieser Stelle aus im Zusammenhang mit der Reformpolitik gesagt, wir würden im Bereich der Hochschulpolitik zu wenig tun.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Natürlich! Gucken Sie mal die Hörsäle an! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Was ist denn eigentlich mit dem Schulsystem? Da wollt ihr keine Reformen!)

Ich erinnere mich an die große Hochschulnovelle im Jahr 2000: Hochschulräte, neue Leitungsstrukturen. Wie hat denn die SPD abgestimmt? Mit Nein! Landeshochschulgesetz 2005: größere Autonomie, Stärkung der Handlungsfähigkeit, auch Grundlage für den Erfolg bei der Exzellenzinitiative. Wie haben Sie abgestimmt? Mit Nein! Studiengebühren: Nein!

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jämmerlich! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Gucken Sie mal auf die Lehrbedingungen! 700 Leute im Hörsaal! 30 % Wechselquote!)

Gestern zum EHFRUG hat die SPD mit Nein gestimmt. Wer wie Sie jede Reform gerade in diesem Bereich ablehnt, der braucht sich nicht zu wundern, dass er in der Reformdebatte in Baden-Württemberg keine Rolle mehr spielt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aber ein bisschen Niveau sollte die Debatte schon haben!)

Meine Damen und Herren, aber auch Reformen im Bund sind für das Land Baden-Württemberg wichtig. Ich verweise darauf, dass wir mit der Agenda 2010 und den Reformen unter der Großen Koalition Erfolge erzielt haben:

(Dr. Klaus Schüle)

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Was habt ihr denn mit der Agenda 2010 zu tun?)

Das Wirtschaftswachstum betrug 2006 2,9 % und liegt 2007 bei 2,6 %.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Ihr habt gegen die Agenda 2010 gestimmt! – Zurufe von den Grünen)

Wir haben die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung von 6,5 % auf 4,5 % gesenkt. Nächstes Jahr senken wir sie auf 3,9 %. Wir haben allein im vergangenen Jahr 600 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ihr schmückt euch doch mit fremden Federn, nichts anderes!)

Wir haben die Arbeitslosenzahl im Bund von 5,3 Millionen im Jahr 2005 auf 3,5 Millionen in diesem Jahr gesenkt.

(Glocke des Präsidenten)

- In der zweiten Runde gern. -

(Zuruf von der SPD: Wann ist denn das? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Übermorgen!)

Im Land Baden-Württemberg haben wir die Zahl der Arbeitslosen von 380 000 im Jahr 2005 auf jetzt 250 000 abgesenkt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber damit haben Sie doch gar nichts zu tun! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Halten Sie doch erst einmal Ihre Klappe!)

Meine Damen und Herren, in Baden-Württemberg profitieren wir von den Reformen des Bundes in besonderem Maße.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Welche Reformen meinen Sie denn? Die von Rot-Grün meinen Sie doch!)

 Ich habe es gerade gesagt. – Ich nenne ein Beispiel. Bei der Langzeitarbeitslosigkeit gab es im Bund einen Rückgang um 23 %, bei uns in Baden-Württemberg einen Rückgang um 27 %.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Der redet für Rot-Grün! Ein Plädoyer für Rot-Grün! – Unruhe)

Dass es uns gelingt, im Land Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Schröder lebe hoch! Der Schröder hat das besser gekonnt als Sie! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

nicht erst 2011, sondern schon im Jahr 2008 einen ausgeglichenen Haushalt ohne Aufnahme neuer Schulden hinzubekommen und alte Schulden zurückzubezahlen, ist ein Erfolg unserer Haushaltsführung, der guten Konjunktur, der Agenda 2010 und der großen Reformen in der Großen Koalition.

(Beifall bei der CDU – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Welche Reformen? Könnten Sie einmal ein paar nennen! – Abg. Katrin Altpeter SPD: Welche denn?)

Insgesamt gilt, dass Deutschland vom letzten Platz in Europa auf einen Mittelplatz gekommen ist. Aber wir wollen vom Mittelplatz auf einen Spitzenplatz. Wir haben nach wie vor 3,5 Millionen Arbeitslose, 1 500 Milliarden € Schulden,

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

40 Milliarden € Zinszahlungen des Bundes allein in einem Jahr, und wir haben im Bund noch keine Nullneuverschuldung erreicht. In dieser Situation, meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

dürfen wir die Reformen nicht zurückdrehen, sondern müssen wir die Reformen vorantreiben und konsequent umsetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Machen Sie einmal einen Vorschlag! Einen Vorschlag, ein Beispiel! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ein Ruck geht durch den Landtag! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Jetzt fehlt nur noch der Schröder, dann wird hier alles gut!)

Meine Damen und Herren, die SPD hat sich auf ihrem Bundesparteitag in Hamburg auf einem Kurs bewegt, der aus unserer Sicht falsch ist.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Neunpunkteprogramm! – Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Meine Damen und Herren, wir fordern von den Fraktionen hier im Landtag, dass sie sich zu den Reformen bekennen. Wir wollen vor allem auch von Ihnen wissen: Tragen Sie diesen Kurs des SPD-Bundesparteitags mit, oder sind Sie bereit, einen eigenständigen Reformkurs mit uns mitzutragen?

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ist ein Koalitionsangebot! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Nach dieser Debatte wird es schwierig, vom "Hohen Haus" zu reden!)

Ich glaube, es lohnt sich, unseren Kurs mitzutragen. Ich zitiere mit der Genehmigung des Herrn Präsidenten eine dpa-Meldung von heute Morgen:

Die SPD kann in der Wählergunst nicht von ihrem Bundesparteitag in Hamburg profitieren.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Kein Widerspruch! – Abg. Jörg Döpper CDU: Hört, hört!)

Zwar legte sie unmittelbar nach dem Parteitag von 26 auf 29 % zu, die Zustimmung sank dann aber in der wöchentlichen Umfrage ... wieder auf 26 %. Die CDU ist wieder auf ihrem Jahreshoch von im Augenblick 40 %.

Meine Damen und Herren, wackeln lohnt sich auch politisch nicht. Kurs halten in Richtung Reformen – das ist der richtige Weg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das war Realsatire! Für Kabarett muss man sonst Eintritt zahlen!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Vogt.

Abg. Ute Vogt SPD: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Es ist schon mutig, liebe Kollegen von der CDU, von Ihrer Seite aus einen solchen Reformkurs einzufordern und auch noch so zu tun, als hätten Sie hier den Mut zu Reformen.

Ein Ministerpräsident, der zugegebenermaßen mit einem sehr guten Ergebnis gestartet ist, der großen Wählerzuspruch hatte und aus den eigenen Reihen unterstützt wurde – damals –, hat nicht den Mut gefunden, hier eine notwendige Verwaltungsreform, die diesen Namen verdient und den Bürgerinnen und Bürgern tatsächlich eine Erleichterung in der Zusammenarbeit mit der Verwaltung bringt, vorzunehmen.

Sie haben bis heute nicht den Mut gefunden, eine Offensive beim Thema "Öffentliches Dienstrecht" zu schaffen und dort mutig neue Wege zu gehen. Sie haben nicht den Mut, die Schulreform in die Hand zu nehmen,

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

um den Kindern von klein auf eine Chance zu geben, um die Auslese im Schulsystem zu beenden und die Hauptschule endlich umzuwandeln in eine Gemeinschaftsschule, von der Schülerinnen und Schüler profitieren können.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Das wären mutige Reformen, die unser Land braucht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Herr Kollege Schüle, es ist doch Ihre Partei gewesen – im Übrigen zusammen mit der FDP –, die in Deutschland das Wort "Reformstau" überhaupt erst geprägt hat. Es war doch ein Minister Ihrer Partei, der über Jahrzehnte die Bürgerinnen und Bürger entsprechend eingeschäumt hat

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Eingeschäumt?)

mit der Parole: "Die Renten sind sicher". Es war Ihre Partei unter Helmut Kohl, die die deutsche Einheit organisiert hat und die Kosten dieser Einheit aus den Rentenkassen und aus den Kassen der Sozialversicherung bezahlt hat und dadurch einen Reformdruck erzeugt hat.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sie wollten es doch gar nicht! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt ist die Katze aus dem Sack! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein Bündnis mit den Kommunisten sind Sie eingegangen!)

Es war am 26. April 1997, zur Regierungszeit von CDU und FDP unter Helmut Kohl, als es damals eine Ruckrede eines Bundespräsidenten Roman Herzog geben musste. Das war Ihre Partei, durch die ein Ruck hätte gehen sollen, was aber ausgeblieben ist.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wen hat der Ruck verändert? Was war mit Lafontaine von 1996 bis 1998?)

Es war die Sozialdemokratische Partei zusammen mit der Partei der Grünen, die den Mut hatte, den Reformstau in Deutschland überhaupt erst aufzulösen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Ihr habt doch von 1996 bis 1998 alles verhindert!)

Wir haben den Mut gehabt, Parteitaktik hintenanzustellen, und wir haben den Mut gehabt, auch in den eigenen Reihen durchaus einmal Unbequemes und Schmerzhaftes auf uns zu nehmen, um dann zu erreichen, dass dieses Land vorankommt. Das, was wir heute erleben, ist der Aufschwung, sind die Früchte der Anstrengungen von Gerhard Schröder und der rotgrünen Bundesregierung. Da können Sie noch so viele Aktuelle Debatten beantragen und noch so oft das Gegenteil behaupten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wieso verlassen Sie den Kurs jetzt?)

Sehen Sie, es ist doch nicht mehr als recht, Herr Kollege Schüle, wenn wir –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Frau Abg. Vogt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schebesta?

Abg. Ute Vogt SPD: Jetzt nicht.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Lieber nicht! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ist das jetzt Ihre Abschiedsrede?)

Es ist nicht mehr als recht – ich komme jetzt zu dem, was der Kollege schon im Zwischenruf gefragt hat –, dass wir, wenn wir jetzt die Früchte ernten und der Aufschwung im Moment läuft, auch die Menschen an diesem Aufschwung beteiligen.

Ich frage mich schon, meine Damen und Herren von der CDU, wer denn die Linkspopulisten sind, die Sie so fürchten. Es sind offenbar die linkspopulistischen Teile in den eigenen Reihen

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen bei der CDU – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Sind es die Ministerpräsidenten Wulff und Rüttgers, oder ist es der CDA-Vorsitzende Laumann? Oder ist es die große Mehrheit Ihres CDU-Bundesparteitags, der im November 2006 den Antrag Nr. D 15 mit der Überschrift "Wer den Menschen etwas zumutet, muss ihnen auch eine Perspektive bieten – Hartz IV generell überholen" beschlossen hat?

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Dann folgte der CDU-Bundesparteitag mit seiner Mehrheit einem Vorschlag zur Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jesses!)

und zur Erhöhung der Freibeträge bei der Altersvorsorge.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Betriebsunfall!)

(Ute Vogt)

Das sind offenbar die Populisten, gegen die Sie sich wehren zu müssen meinen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Oder sind sie auch in den eigenen Reihen der CDU im Südwesten?

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Schüle hat wahrscheinlich zugestimmt!)

Ist es der Landeschef des CDU-Arbeitnehmerflügels, Christian Bäumler? Er macht – aus unserer Sicht zu Recht; es wäre hilfreich, wenn Ministerpräsident Günther Oettinger seine Position in der Frage der Mindestlöhne klären würde – deutlich – ich zitiere aus einer Pressemitteilung der CDA –:

(Abg. Ingo Rust SPD: Aha!)

Es ist mit dem christlichen Menschenbild nicht vereinbar, wenn sich Menschen voll ins Erwerbsleben einbringen, aber von ihrem Lohn nicht leben können.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! Guter Mann!)

Meine Damen und Herren, recht hat der Mann. Anstatt dass Sie uns hier die Zeit mit solchen Aktuellen Debatten stehlen,

(Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

sollten Sie tatsächlich Ihre Position in den eigenen Reihen klären oder – noch besser – den Reformkurs der Sozialdemokratie so mittragen, dass alle Menschen in Deutschland am Aufschwung beteiligt werden. Das ist eine vernünftige Fortsetzung und auch das gewollte Ergebnis der in Gang gebrachten Reformen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: War das die Abschiedsrede?)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Tatsächlich ist es so, dass sich der Sinn dieser heutigen Debatte, die die CDU beantragt hat, nach der Rede des Kollegen Schüle

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Noch weniger erkennbar ist!)

nicht erschließt.

(Heiterkeit der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Ich frage mich: Was ist an dieser Debatte aktuell? Das Hin und Her der Großen Koalition in Berlin zum Thema Arbeitslosengeld I und zum Thema Mindestlohn kennen wir jetzt seit vielen Monaten. Wir können es täglich in der Zeitung lesen und im Fernsehen sehen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jetzt hat es auch die CDU bemerkt!)

Aktuell ist an dem Hin und Her und an diesem Hickhack nichts, Herr Kollege.

(Beifall bei den Grünen)

Sie haben hier eine Rede gehalten, als wären wir gerade im Landtagswahlkampf. Sie haben sich hier hingestellt und Ihre Reformen in der Hochschulpolitik erwähnt, damit Sie noch ein bisschen Bezug zum Land Baden-Württemberg haben. Aber dazu muss ich Ihnen sagen: Wer es nicht schafft, dass in diesem Land alle, die studieren wollen, auch tatsächlich einen Studienplatz bekommen,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wer kriegt denn keinen?Abg. Dieter Hillebrand CDU: Die kommen von auswärts zu uns!)

der darf sich hier nicht hinstellen und die Hochschulpolitik rühmen, Herr Kollege.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von den Grünen: Richtig! Jawohl! – Abg. Stefan Mappus CDU: Wer bekommt denn keinen? – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: 10 000! Die gehen in andere Bundesländer! – Abg. Stefan Mappus CDU: Sie müssen uns einmal aufzählen, wer keinen Studienplatz kriegt!)

Sie haben davon gesprochen, dass Sie keine Aufweichung des Reformkurses wollen. Sie haben nichts dazu gesagt, was der zweite Teil Ihres Titels der Aktuellen Debatte "Linkspopulisten links liegen lassen" bedeutet. In der "Financial Times" von gestern

(Zuruf: Gute Zeitung!)

können Sie lesen, dass die Wirtschaftsweisen die Große Koalition vor einem Linksruck warnen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Auch der Ministerpräsident reist hier im Land herum und warnt die CDU vor einem Linksruck. Insofern muss ich davon ausgehen, dass das, was Sie hier erzählen, eine Warnung an Ihre eigene Partei kurz vor Ihrem Landesparteitag ist, den Sie in dieser Woche in Freiburg abhalten. Aber dazu ist dieses Landesparlament nicht da.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Nächste Woche, Frau Kollegin! Aber das macht nichts!)

- Mitte November in Freiburg.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Nächste Woche, aber wir machen es trotzdem! – Abg. Stefan Mappus CDU: Nicht einmal das Datum stimmt!)

Mitte November ist in Freiburg ein Landesparteitag der CDU, bei dem Sie darum kämpfen, nicht nach links zu rücken. Aber ich weiß nicht, wie Sie es mit dem Populismus halten.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Grundeinkommen!)

(Edith Sitzmann)

Das Problem ist nämlich das Arbeitslosengeld I, das Sie gerade als Beispiel angesprochen hatten. Dazu kann ich Ihnen Herrn Rürup zitieren, der damals, als Jürgen Rüttgers noch lange vor der SPD den Vorschlag einer längeren Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I gemacht hat,

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Arbeiterführer!)

gesagt hat:

Dieser Vorschlag ist bestenfalls gut gemeint. Ökonomisch ist er falsch. Er ist populär, um nicht zu sagen populistisch

Da meinen Sie sich also wohl selbst, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen)

Für uns ist klar, dass Populismus, egal von wem, uns politisch nicht weiterbringt. Wir brauchen soziale Verantwortung. Was wir brauchen, ist, dass erfolgreiche Reformen, z. B. beim Arbeitslosengeld I, gegen Populismus verteidigt werden. Das ist die Aufgabe der Stunde.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da haben Sie recht! – Abg. Dr. Klaus Schüle: Grundeinkommen!)

Wir stehen zu diesen Reformen beim Arbeitslosengeld I – ich habe das gestern gesagt –, im Gegensatz zu den beiden großen Fraktionen hier, bei denen man nicht weiß, wofür sie stehen. Wie gesagt: Rüttgers hat schon vor einem Jahr den Lafontaine gemacht.

(Lachen der Abg. Stefan Mappus und Dr. Stefan Scheffold CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: "Den Lafontaine gemacht"!)

Irgendwann kam dann die Bundeskanzlerin hinterher und hat gesagt, das sei in der Sache richtig. Die Kollegin Vogt hat Ihren Parteitagsbeschluss zitiert, in dem ja davon die Rede ist, Hartz IV generell zu überholen. Damals hat allerdings der SPD-Vorsitzende Beck noch gesagt, das sei ein unglaubliches Theater.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau! Stimmt!)

Ein Jahr später ist es genau andersherum.

Jetzt haben Sie aber, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ein Problem mit Ihrem Beschluss, der damals eigentlich problemlos war, weil klar war, dass Sie in der Koalition in Berlin für die Umsetzung keine Mehrheit haben. Jetzt wollen das die Sozialdemokraten auch, und jetzt ist die große Frage, was Sie tun. Wir können nur an Sie appellieren, bundesweit daran festzuhalten und zu sagen: Diese Reform war richtig, und diese Reform müssen wir beibehalten.

(Beifall bei den Grünen)

Tatsache ist aber auch, dass wir gravierende soziale Schieflagen haben. Wir können doch nicht ignorieren, dass, wie z. B. in einer heute in der "Stuttgarter Zeitung" erwähnten Studie des DIW über die Vermögensverteilung in dieser Republik

deutlich wird, die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht und 30 % dieser Bevölkerung nicht über Erspartes verfügen. Das müssen wir ernst nehmen, und darauf muss die Politik Antworten finden. Doch dazu mehr in der zweiten Runde.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in Baden-Württemberg, seitdem die FDP/DVP an der Regierung ist, eine ganze Reihe großer Reformvorhaben angepackt, die uns wichtig waren. Das war zum einen die Privatisierungsoffensive des Landes Baden-Württemberg, die Privatisierung der Energieversorgung und der Gasversorgung. Wir steigen jetzt in die Immobilienprivatisierung ein. Wir haben gemeinsam mit unserem Koalitionspartner CDU die größte Verwaltungsreform in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg seit den Siebzigerjahren angepackt, die Haushaltskonsolidierung haben wir vorangetrieben, und ich meine, dass diese Regierung stolz darauf sein kann, dass wir jetzt die Wende zum Schuldenabbau schaffen werden. Das ist ein klares Signal an die nachfolgende Generation.

(Abg. Reinhold Gall SPD: 50 Jahre Schulden gemacht!)

Hier hat sich die FDP/DVP massiv eingesetzt, meine Damen und Herren, und dieser Reformkurs muss fortgesetzt werden

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch auf Bundesebene Reformen. Sie wissen, wir sind bald in der Adventszeit; die Vorweihnachtszeit kommt. Gestern wurde hier an diesem Pult auch die Bibel bemüht und zitiert.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Strapaziert!)

Die drei Weisen sind für die FDP traditionellerweise ganz wichtige Persönlichkeiten in der Bibel – die drei Weisen aus dem Morgenland.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ihr habt leider keine!– Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Alfred Winkler: Ein Schwarzer war dabei!)

In Deutschland gibt es "fünf Weise" – die fünf Wirtschaftsweisen. Sie kommen vielleicht nicht aus dem Morgenland. Aber sie schauen vielleicht ins Morgenland, nämlich nach Asien. Sie sehen, dass die Asiaten in Indien und in China sehr wohl begreifen, dass marktwirtschaftliche Reformen zu Wirtschaftswachstum, zu Wohlstandsmehrung und zu mehr Beschäftigung führen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Mein Gott, China als Beispiel für Reformen!)

Genau diese fünf Wirtschaftsweisen haben erklärt, dass die Reformen der letzten Jahre ein Grund für ein verbessertes (Michael Theurer)

wirtschaftliches Umfeld und ein Comeback des Standorts Deutschland gewesen seien.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wenn ich an den Bundesparteitag der SPD denke, den die SPD-Landes- und -Fraktionsvorsitzende Ute Vogt als "durchschlagenden Erfolg" bezeichnet hat, kann ich eigentlich eher sagen: Das ist ein "Come-Beck" des Sozialismus. So kann man "Comeback" nämlich auch schreiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die SPD versteht sich wieder als Partei des demokratischen Sozialismus. Dabei wissen wir ja, dass sich Sozialismus und Demokratie überhaupt nicht vertragen.

(Lachen bei der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: So ein Unsinn!)

Eine sozialistische Gesellschaft ist vielmehr eine unfreie Gesellschaft. Wir sind durch marktwirtschaftliche Reformen groß geworden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sollten nicht dem Möllemann nacheifern!)

- Ich kenne die Tradition schon. Vielleicht wurde die heutige Debatte ja von der CDU beantragt, weil die SPD hier in Stuttgart zu "100 Jahre Sozialistenkongress" einlädt. Wenn man sich auf Ihre Homepage begibt, stößt man auf Clara Zetkin und Rosa Luxemburg. Auf diese Tradition berufen Sie sich. Da muss man schon klar abgrenzen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Norbert Zeller: Wir haben eine Tradition, im Gegensatz zu Ihnen!)

Das ist der falsche Weg. Man sieht ganz deutlich, dass die CDU mit dem falschen Koalitionspartner in Berlin eben keine marktwirtschaftliche Politik betreiben kann, mit dem richtigen Koalitionspartner hier in Stuttgart aber sehr wohl.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜ-NE: "Wie unterbiete ich den Beitrag von Schüle"! – Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wir müssen dafür sorgen, dass marktwirtschaftliche Reformen fortgesetzt werden. Die sorgen dafür, dass mehr Beschäftigung geschaffen wird. Die sorgen für Wirtschaftswachstum. Die sorgen dafür, dass wir mit den Wettbewerbern in China und Indien, in ganz Asien mithalten können. Das ist dann auch für den kleinen Mann und die kleine Frau die richtige Politik, meine Damen und Herren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Als Oberbürgermeister müssten Sie doch die Wirklichkeit kennen!)

Gleichzeitig muss man aber auch ein kritisches Wort sagen. Die Große Koalition, die jetzt beklagt, dass Linkspopulisten – Im Übrigen gibt es ja auch Rechtspopulisten. Da mache ich gar keinen Unterschied.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Linksextreme und Rechtsextreme bauen beide ein Bild auf, als ob wir durch Protektionismus in Deutschland Wohlstand verteidigen könnten. Das ist ja falsch. Deshalb müssen wir uns auch klar von Links- und Rechtspopulisten abgrenzen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Wer ist "wir"?)

Die Politik der Mitte ist der richtige Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aber die Große Koalition in Berlin muss aufpassen, dass sie nicht selbst das Vertrauen der Bürger in den Markt, in die "soziale Marktwirtschaft" untergräbt. Die Große Koalition macht eine Gesundheitsreform, nennt das Ganze "Marktverstärkungsgesetz", aber da ist gar kein Markt drin. Das ist Planwirtschaft, das ist Regulierung, das ist Gängelung der Bürger, das ist eine Zwangsversicherung. Man schreibt "Markt" drauf, aber Sozialismus und Planwirtschaft sind drin.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dann darf man sich nicht wundern, meine Damen und Herren, wenn die Bürgerinnen und Bürger den Glauben an die soziale Marktwirtschaft verlieren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber soziale Marktwirtschaft ist doch überhaupt nicht Ihr Thema! Sie machen doch eine völlig andere Marktwirtschaft! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Besinnen wir uns zurück auf Ludwig Erhard, den Vater der sozialen Marktwirtschaft. Ludwig Erhard hat gesagt – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Wirtschaftliche Freiheit und totaler Versicherungszwang vertragen sich denn auch wie Feuer und Wasser.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Meine Damen und Herren, Ludwig Erhard hat auch heute noch recht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU und Alfred Winkler SPD)

Präsident Peter Straub: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Stächele das Wort.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Willi, jetzt sagst du einmal, was du wirklich über diese Debatte denkst! Dann geht es schnell! – Abg. Reinhold Gall SPD: Und nicht vergessen, dass die Debatte von der CDU beantragt wurde!)

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Präsident, wenn Sie gestatten, zitiere ich zunächst einmal, was Frau Kollegin Vogt vor einer Viertelstunde hier im Landtag von Baden-Württemberg gesagt hat:

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja!)

"Wir haben den Mut gehabt …" Doch das, was man im Moment über die Taten hört, ist nichts anderes mehr als ein Pfeifen im Wald.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

(Minister Willi Stächele)

Denn was die Beschlüsse von Hamburg anbelangt, heißt das nichts anderes als: Der Mut war da, aber er hat Sie verlassen.

Ich möchte erst einmal den regierungstragenden Fraktionen für das klare Bekenntnis zum Reformkurs danken.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit der Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU und Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist deine Rede vom Sonntag!)

Ich bin davon überzeugt, dass CDU und FDP/DVP in Baden-Württemberg nie und nimmer eine Rolle rückwärts zulassen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sag mal!)

Man kann sich vorstellen, was das für eine starke Paarung für Berlin wäre.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP-Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist nicht einmal eine starke Paarung für Stuttgart! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Oettinger als Kanzler, oder wie?)

Ich möchte der Fraktionsführung gratulieren; diese Debatte ist im Hinblick auf das Datum ausgesprochen optimal gewählt. Man bräuchte gar keine Debatte, man könnte hier vielmehr eine Lesestunde halten, indem man einfach vorträgt, was im Sachverständigengutachten heute veröffentlicht wird.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau! – Abg. Reinhold Gall SPD: Dann tragen Sie das vor, das geht wahrscheinlich schneller als Ihr Vortrag!)

Ich kann mir das gut vorstellen: Da würde ein Kapitel vom Wirtschaftsminister vorgelesen; da würden weitere Kapitel von den Fraktionsvorsitzenden vorgelesen – bei den Grünen würde es Herr Metzger machen.

(Heiterkeit des Abg. Dieter Hillebrand CDU – Abg. Alfred Winkler SPD: Wider den tierischen Ernst!)

Dann kämen in der Tat die Wahrheiten zutage, die Sachverständige äußern und die von keinem politischen Spektakel weggewischt werden dürfen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir sind doch nicht im Bierzelt, sondern im Landtag!)

Meine Damen und Herren, was sagen uns die Sachverständigen? Sie sagen doch nichts anderes, als dass wir uneingeschränkt Kurs halten müssen,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: So macht man sich selbst Mut! – Abg. Reinhold Gall SPD: Manche Positionen gehören in der Tat durch Sachverständige besetzt!)

nicht kleinmütig werden oder irgendwelchen populistischen Stimmungen verfallen dürfen.

(Zurufe der Abg. Reinhold Gall SPD und Jürgen Walter GRÜNE)

Wenn Sie es an keinem anderen Bundesland erkennen wollen, dann erkennen Sie es bitte an Baden-Württemberg: Dieser Aufschwung ist gigantisch, und der Arbeitsmarkt Baden-Württembergs ist optimal. Händeringend suchen wir nach Fachkräften. Im Grunde kann man sagen, dass fast schon Vollbeschäftigung erreicht ist – eine optimale Situation, die zugegebenermaßen gerade auch durch unangenehme Beschlüsse zur Agenda 2010 geschaffen wurde.

Jetzt höre ich: "Man muss alle am Aufschwung beteiligen!" Meine Damen und Herren, der beste Beitrag zum Aufschwung ist eine Sicherung der Arbeitsplätze.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Jawohl! – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Alle Arbeitsplätze, die geschaffen worden sind, sind ein Beitrag zum Aufschwung. Dann höre ich, dass Frau Nahles in einem Interview gesagt hat, es sei höchste Zeit, nach jahrelanger Stagnation und ökonomischer Gesundungsphase sollten nun alle teilhaben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da hat sie recht!)

Meine Damen und Herren, wenn wir jetzt ausgerechnet die Mittel und Rezepte über Bord werfen, die diese Gesundungsphase gebracht haben, müssen wir aber auch allen sagen, dass wir damit diese Gesundungsphase gefährden und Arbeitsplätze unter Umständen wieder kaputt machen. Das ist die Aussage, die hinter der Äußerung von Frau Nahles steckt.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Jawohl! Genau so ist es! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Aber selbstverständlich, Herr Schmiedel! Es ist mir eine Freude!

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP zu Abg. Claus Schmiedel SPD: Kandidat 1! – Zuruf von der CDU: Wahlkampf im Parlament! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wahlkampffrage! – Unruhe)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Minister, eine Frage. Könnten Sie uns berichten, was der CDU-Bundesparteitag zur Verlängerung des Arbeitslosengelds I für Ältere beschlossen hat und mit welcher Begründung.

(Zurufe von der SPD – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Hast du eigentlich zugestimmt, Willi?)

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Herr Schmiedel, ich will Ihnen für diese Frage ausdrücklich danken,

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei der SPD)

denn sie gibt mir die Möglichkeit – hören Sie gut zu; bei einem Dank kommt immer noch etwas hinterher; das wissen Sie doch –, die historische Unwahrheit, die von Frau Vogt verbreitet wurde, zu korrigieren.

(Minister Willi Stächele)

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Willi, heute ist der 8., nicht der 11.11.!)

Der Beschluss hatte zwei Teile. In der Tat überlegen wir uns, die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I möglicherweise kostenneutral zu verlängern, wenn gleichzeitig eine Deregulierung des Arbeitsmarkts erfolgt. Wenn Sie bei der Deregulierung des Arbeitsmarkts mitmachen, bin ich bereit, darüber zu reden, ob wir die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I verlängern.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das steht aber so nicht drin!)

Wenn Sie dann noch die Kostenneutralität unterschreiben, können wir sagen: Ja, dann bilden wir eine riesengroße Koalition.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Das macht es ja noch schlimmer! – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD – Unruhe bei der SPD)

Das ist die Wahrheit des Parteitagsbeschlusses von Leipzig.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Steht auch nicht so drin!– Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD – Weitere Zurufe – Unruhe)

 Hat jetzt jeder seine Protokollnotiz? Dann können wir jetzt weitermachen.

Aber, lieber Herr Schmiedel, da Sie gerade das Wort hatten, würde ich Ihnen vielleicht etwas anderes empfehlen. Ich glaube, man sollte in dieser Debatte auch ein bisschen "den Baden-Württemberger" herauskehren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Zum Kehren braucht man aber beide Hände, da darf man nicht eine Hand in der Tasche haben!)

Eines ist sicher: Wenn sich auf diesem Arbeitsmarkt wieder etwas zum Negativen verändert, wenn der Konjunkturaufschwung sich wegen solcher Dummheiten abschwächt, sind es zuallererst die schwächeren Länder, die diese Auszeiten erleben müssen, und sind es zuallererst starke Länder wie Baden-Württemberg, die im Wege des direkten Ausgleichs oder Sozialausgleichs wieder viel Geld zusätzlich an andere überweisen. Ich sage Ihnen: Ich bin es langsam leid, für die Dummheiten anderer einstehen zu müssen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Stefan Mappus CDU: Sehr gut!)

Ich kann Ihnen, den Kandidaten, die derzeit irgendwo kandidieren wollen, nur ans Herz legen, soweit mir das irgendwie zusteht: Wenn man ein bisschen mehr "den Baden-Württemberger" herauskehren würde, ein bisschen mehr wider den Stachel löcken würde, wäre das gar nicht schlecht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ist das jetzt ein Appell an die CDU-Fraktion?)

Ich sage Ihnen ein Zweites: Ich würde Ihnen auch empfehlen, einmal auf die mutigen Einzelkämpfer, die es in Ihren Reihen noch gibt, zu schauen, z. B. den Vorsitzenden der Landesgruppe Baden-Württemberg in Berlin, Herrn Lange. Das ist wirk-

lich noch ein aufrechter Kämpfer für die Agenda 2010. Er ist mittlerweile alleine gelassen.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Den haben wir doch erst befördert!)

Er kann es nicht alleine schultern. Und wenn ich den Einfluss der baden-württembergischen SPD in der Bundes-SPD sehe, dann muss ich Ihnen sagen: Da haben wir überhaupt keine Chance mehr, dass das Interesse Baden-Württembergs über die SPD Deutschlands zur Geltung kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/ DVP – Abg. Ute Vogt SPD: Vier Regierungsmitglieder! – Abg. Reinhold Gall SPD: Hoffentlich ist Ihre Redezeit bald um!)

Tun Sie mir einen Gefallen: Schauen Sie einmal in das Gutachten der Wirtschaftsweisen hinein. Die sind ja überhaupt nicht parteipolitisch ausgewählt. Das sind vielmehr Leute, die mit Sachverstand herangehen. Auch der SPD-Fraktion tut es gut, sich für diesen Sachverstand zu öffnen.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Eine entscheidende Zahl, die man sich merken muss, ist: Durch diese Maßnahme, insbesondere auch im Arbeitslosengeldbereich, sind allein im letzten Jahr 200 000 ältere Arbeitnehmer wieder in Beschäftigung gekommen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Wer das gefährden will, versündigt sich an diesen Menschen. Deswegen: Stopp der SPD und dem, was sie da treibt!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie wollen es doch verhindern! – Abg. Alfred Winkler SPD: Wer hat denn das gemacht?)

Ich wollte jetzt eigentlich nicht über die Grünen sprechen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen-Fraktion: Durch die Beschlüsse des Leitantrags, der jetzt bei der Bundesdelegiertenversammlung der Grünen vorgelegt werden soll, entstünden Mehrkosten von 60 Milliarden €!

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Was kostet denn das, was die Berliner CDU vorgelegt hat? Das kostet noch ein bisschen mehr!)

60 Milliarden! Stehen Sie nachher einmal hier hin und sagen Sie, wie Sie das finanzieren wollen.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Was kostet denn Ihr Althaus-Modell?)

Wenn Sie wieder in das Schuldenloch hineinwollen, dann sagen Sie es öffentlich; dann werden Sie zu Recht bei den Wahlen abgestraft. Denn wer sich an der nachfolgenden Generation versündigt, der hat kein Recht, in den deutschen Parlamenten zu sein.

(Beifall bei der CDU – Abg. Stefan Mappus CDU: Sehr gut!)

60 Milliarden € Mehrkosten!

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

(Minister Willi Stächele)

Dann, muss ich Ihnen sagen, imponieren mir insbesondere "Helden" wie der, der unlängst hier noch im Parlament war, nämlich Boris Palmer: Erst ist er für die Grundsicherung und kämpft dafür im Land, und kaum ist der entsprechende Beschluss gefasst und merkt er, was für einen Blödsinn er angerichtet hat, sagt er: "Aber jetzt genügt es. Die Debatte ist entfacht. Auf der Bundesebene werde ich dagegen stimmen." Meine Damen und Herren, das ist unseriös, damit kann man keine Politik machen. Die CDU und die FDP/DVP werden nicht zulassen, dass das erfolgreiche Land Baden-Württemberg auf Irrwege gerät.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Stefan Mappus CDU: Sehr gut! – Zurufe von der CDU: Bravo!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schüle.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jetzt dürfen wir aber Zwischenfragen stellen!)

Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Vogt hat ein paar Ausführungen zur Vergangenheit gemacht, aber wenig zur Gegenwart gesagt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gar nichts zur Zukunft! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Du hast gar keine Aussage gemacht!)

Zwei Aussagen kann man nicht stehen lassen: Erstens: Sie haben gesagt, wir hätten beim Thema "Kosten der deutschen Einheit" etwas nicht richtig gemacht. Das mag sogar richtig sein.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aha!)

Aber Tatsache ist: Sie waren am Anfang gegen die deutsche Einheit, und das muss hier noch einmal klar gesagt werden.

(Beifall bei der CDU – Lebhafter Widerspruch bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: So ein dummes Zeug! Mein Gott!)

Zweitens: Liebe Frau Vogt, wenn wir richtig informiert sind, waren Sie ab 1994 im Bundestag. Ist das richtig?

(Abg. Ute Vogt SPD: Nein, 1994 war es nicht!)

Wann waren Sie im Bundestag?

(Abg. Ute Vogt SPD: 94! Ach so! Ja! – Lachen bei der CDU)

– Also war meine Aussage richtig. Im Jahr 1996 haben wir die große Steuerreform im Bund zur Abstimmung gestellt. Da hat die SPD mit Nein gestimmt. Da können Sie sich nicht hier hinstellen und sagen, wir hätten einen Reformstau verursacht. Sie sind die Ursache dafür.

(Beifall bei der CDU – Abg. Stefan Mappus CDU: Sehr gut! So ist es!)

So geht es gerade weiter: Sie haben heute einen Fehler nach dem anderen gemacht. Ich verstehe jetzt vieles. Demografischer Faktor bei der Rentenreform: Sie sagen uns, wir hätten das nicht richtig gemacht. Der demografische Faktor ist 1998 von Ihnen, von Rot-Grün abgeschafft worden und 2003 erst wieder eingeführt worden.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Liebe Frau Vogt, ich habe das Gefühl, dass Ihnen schon wieder das "Klämmerlein" geht, und zwar beim Thema "Rente mit 67". Kümmern Sie sich darum, dass die SPD hier Kurs hält! Das ist der entscheidende Punkt.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Da haben Sie noch Stützräder gebraucht! – Zuruf von der SPD: Sie kriegen noch einen Herzinfarkt!)

Meine Damen und Herren, zum Thema Populismus: Wir haben in der grünen Landtagsfraktion auch sehr kluge Köpfe.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Im Gegensatz zur CDU!)

Manche davon haben Einfluss, manche nicht. Wie das ist, müssen Sie selbst beurteilen. Ich zitiere jetzt Herrn Metzger. Der hat Ihnen geschrieben:

Und eines, liebe Genossinnen und Genossen, sei Euch ins Stammbuch geschrieben. Reformen, für die man vom Wahlvolk bereits abgestraft wurde, nimmt man nicht just zu dem Zeitpunkt zurück, wo sie Wirkung entfalten. Ihr konterkariert Eure eigenen Argumente aus der vergangenen Legislaturperiode. Wer selber aber keinen Standpunkt vertritt, sondern opportunistisch wankt, kann seine Seele nicht wirklich wiedergewinnen.

Ich finde, Herr Metzger hat in diesem Punkt recht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, zum Schluss gebe ich Ihnen noch eine Denkaufgabe. Darauf können Sie ja vielleicht noch eingehen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir lassen uns von Ihnen keine Aufgaben geben!)

Ein Zitat von Herrn Gysi -

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Gysi wollen wir nicht hören!)

ich darf mit Ihrer Genehmigung zitieren, Herr Präsident – aus der "Welt" vom 27. Oktober zum neuen Parteiprogramm der SPD lautet:

Das neue SPD-Programm ist zum Teil ziemlich links, sodass die Leute nicht unterscheiden können, ob die Sätze von denen oder von uns sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist Ihre Aufgabe, hier Klarheit zu schaffen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemine! – Abg. Stefan Mappus CDU: Sehr gut!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Vogt.

Abg. Ute Vogt SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Schüle, wir hatten es ja vorhin hier schon einmal angesprochen: Es ist der Kollege Oettinger, der seine CDU vor dem Linksruck warnt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Guter Mann!)

Insofern glaube ich, dass das eher in Ihren Reihen ein Thema ist. Nutzen Sie doch die Fraktionssitzung, um sich damit einmal auseinanderzusetzen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da hat er wohl den Schüle oder den Mappus gemeint!)

Ich bin auch gern bereit, Herr Minister Stächele, Ihnen den Beschluss des CDU-Bundesparteitags zur Verfügung zu stellen, der sechs Punkte umfasst. Diese brauche ich hier nicht alle aufzulisten. Aber es ist nicht ein Punkt dabei, wie Sie ihn zitiert haben.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wer war denn auf dem Bundesparteitag, Sie oder wir?)

der eine völlige Gegenreaktion in Bezug auf den Arbeitsmarkt intendiert, sondern es ging um relativ viele Erleichterungen. Denn der Autor ist Herr Rüttgers gewesen und eben nicht Herr Oettinger.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Da gab es einen Antrag von der CDU Baden-Württemberg auf dem Parteitag! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:

Was schreit der denn da?)

Ich habe den Antrag, den der CDU-Bundesparteitag beschlossen hat. Dass ein paar von Ihnen da nicht Delegierte geworden sind, ist etwas, was wir nicht zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Frau Abg. Vogt, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Ute Vogt SPD: Ich möchte aber gern die Gelegenheit nutzen, jetzt den polemischen Teil zu beenden

(Abg. Jörg Döpper CDU: Das ist aber schade!)

und zu sagen: Lassen Sie uns einmal schauen, wo wir uns im Sinne dessen, was Minister Stächele gesagt hat, vielleicht einigen könnten.

Erstens: Es geht darum, dass wir die Gesundungsphase der Wirtschaft nutzen und nicht gefährden. Da sind wir uns einig. Aber jetzt frage ich Sie: Wenn wir z. B. darüber diskutieren, einem Kind, dessen Eltern von Hartz IV leben, 1,35 € für Aufwendungen für Schulbedarf zuzugestehen, dann sollten wir uns doch einig sein, dass es nicht den Aufschwung gefährdet, wenn wir gemeinsam übereinkommen, dass wir hier etwas verändern und für den Schulanfang oder für den Schulwechsel wieder Einmalleistungen einführen müssten. Das wäre ei-

ne Veränderung, die niemanden gefährdet und die vielen Kindern helfen würde.

(Beifall bei der SPD)

Das Zweite – im Moment leider negativ beschieden – kann ich auch nicht nachvollziehen. Sie, Herr Minister, haben gesagt, es gehe darum, baden-württembergische Interessen voranzustellen. Was, wenn nicht das Thema Pendlerpauschale, ist denn ein originäres Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem Flächenland, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, in einem Flächenland, in dem die Menschen darauf angewiesen sind, lange Strecken zu fahren?

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist Populismus! Genau das ist Populismus! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Es ist doch nicht verständlich, dass Ministerpräsidenten vieler anderer Bundesländer aus Ihren Reihen einen solchen Vorschlag unterstützen und ausgerechnet Herr Oettinger sich massiv dagegen wehrt, den Menschen, von denen wir Flexibilität und Mobilität erwarten, dafür auch etwas zukommen zu lassen und uns im Sinne des Verfassungsgerichts auch zu korrigieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich will ein letztes Beispiel anführen, nämlich das Thema Mindestlohn. Nehmen Sie das aktuelle Beispiel der Postdienstleister. Das sind Dienstleister, die uns zu Dumpinglöhnen den Transport von Briefen und Paketen anbieten. Die Steuerzahler, also alle Bürgerinnen und Bürger, die Steuern zahlen, finanzieren es mit, dass der Staat Menschen, die von ihrem Lohn nicht leben können, zusätzlich noch etwas drauflegt, damit ihre Existenz überhaupt gesichert werden kann.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Es kann doch nicht sein, dass wir auf diesem Wege die Tatsache auch noch subventionieren, dass Menschen zu Dumpingpreisen – weil ihnen nur Dumpinglöhne gezahlt werden – Leistungen anbieten und die Steuerzahler das zahlen, was eigentlich der Unternehmer an Lohn entbieten müsste.

(Beifall bei der SPD)

Es ist doch ein unhaltbarer Zustand, dass Menschen, die harte körperliche Arbeit verrichten, beispielsweise Verkäuferinnen, die den ganzen Tag auf den Beinen sind und dabei stets freundlich sein sollen, Arbeiter, die Sicherheitsdienste leisten, die an Pforten stehen – und die damit auch dafür sorgen, dass wir in Sicherheit unsere Tagungen und Kongresse abhalten können und dadurch die Möglichkeit haben, die Gesellschaft am Laufen zu halten –, Menschen, die schwere Arbeiten erledigen, mit Löhnen abgespeist werden, wie ich sie zum Teil – das muss ich Ihnen ehrlich sagen – noch nicht einmal als Studentin kennengelernt habe. Ich habe als Studierende einen Stundenlohn von 8 DM für einen Aushilfsjob bekommen. Wenn wir heute jedoch Menschen haben, die für 4 oder 5 € die Stunde schwerste körperliche Arbeit leisten, dann halte ich das für unanständig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

(Ute Vogt)

Deshalb bitte ich Sie: Helfen Sie an dieser Stelle mit! Das bedeutet nicht, dass wir den Reformkurs ändern müssten; vielmehr wären Sie da mit Christian Lange, unserem Landesgruppenvorsitzenden, ebenso wie mit unseren vier Regierungsmitgliedern einig, dass wir einen Kurs fahren, der die Reformen weiterentwickelt, sie jedoch so weiterentwickelt, dass auch diejenigen, denen es im Moment nicht so gut geht, mehr davon profitieren, als wir ihnen das in der Vergangenheit ermöglichen konnten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Beitrag des Kollegen Schüle war kein Beitrag zu einer Aktuellen Debatte, sondern eher eine Geschichtsstunde, der wir zugehört haben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Und auch noch falsch!)

Es wurde vorgetragen, wer wann wie abgestimmt hat. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Debatte, wie Sie sie gerade führen, den Menschen im Land das Gefühl vermittelt, dass Sie sie angesichts der bestehenden Probleme und des weit verbreiteten Eindrucks, dass es sozial nicht gerecht zugeht, tatsächlich ernst nehmen. Das finde ich äußerst bedauerlich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es geht doch darum, zu schauen, wo die Probleme eigentlich liegen. Ich habe vorhin in der ersten Runde gesagt: "Ja, der Weg, der mit der Einführung des Arbeitslosengelds I eingeschlagen worden ist, ist richtig, und wir sollten ihn beibehalten." Aber es gibt auch massive Schieflagen, es gibt gravierende Probleme, und wer heute die Zeitungen gelesen hat, konnte ihnen entnehmen, dass das Vermögen in unserem Land extrem ungleich verteilt ist und dass diese Ungleichheit immer weiter zunimmt. Es war zu lesen, dass man mit dem Verdienst aus der Erwerbsarbeit nicht mehr in der Lage ist, Ansparungen vorzunehmen und – auch für die Alterssicherung – Vermögen zu bilden, und dass 30 % der Bevölkerung nicht über Vermögen oder über Erspartes verfügen. Da müssen bei Ihnen doch alle Alarmglocken läuten, und Sie müssen sich doch in zukunftsgewandter Weise überlegen: Wie können wir dafür sorgen, dass diese Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinandergeht?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Davon haben wir nichts von Ihnen gehört. Wir haben ein paar alte Forderungen gehört, auf die ich jedoch nicht eingehen will, weil die auch dann nicht besser werden, wenn man sie ständig wiederholt. Wir haben aber nichts davon gehört, dass wir im Bildungsbereich ein massives Problem haben, dass es erwiesenermaßen in unserem Land Bildungsarmut gibt, die vererbt wird, und dass Kinder aus bildungsfernen Familien wesentlich schlechtere Chancen auf eine gute Ausbildung und auf eine gute, qualifizierte Berufstätigkeit haben.

Darauf müssen Sie als Landesregierung eine Antwort geben. Die Antwort kann aber nicht lauten, dass die CDU die Hauptschule im Dorf lassen will und alles beim Alten bleibt.

(Beifall bei den Grünen)

Da müssen wir den Ministerpräsidenten an seine eigene Botschaft hinsichtlich der CDU erinnern. Er wurde in der letzten Woche in der Zeitung mit den Worten zitiert: "Oettinger rügt Mutlosigkeit". Gerade im Bildungsbereich wird Ihre Mutlosigkeit eklatant deutlich. So kann es nicht weitergehen!

Aber auch wenn Sie sagen, dass Baden-Württemberg ein "Kinderland" sein soll: Diesen Erwartungen werden Sie nicht gerecht. Wenn wir wissen, dass 150 000 Kinder in diesem Land von Leistungen nach dem SGB II abhängig sind, wenn wir wissen, dass wir in diesem Land an den Schulen massive Probleme haben, weil diese Kinder benachteiligt sind, und zwar nicht nur beim Schulessen, sondern auch was Hausaufgabenbetreuung, was Teilnahme an Ausflügen, was besondere Unterrichtsangebote bei musischer Bildung usw. anbetrifft, dann besteht Handlungsbedarf. Hier sind Ihr Mut und Ihre Reformfreude gefragt, und zwar jenseits von Populismus genau an den Punkten, wo die Probleme auftreten. Sie müssen die Probleme ernst nehmen und nach Lösungen suchen.

(Beifall bei den Grünen)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfraktionen: Sie haben noch einen weiten Weg vor sich. Nehmen Sie ernst, dass ein Großteil dieser Bevölkerung die Gesellschaft so, wie sie ist, nicht als gerecht empfindet. Überlegen Sie sich hier in Baden-Württemberg, wie Sie das am besten lösen können, statt den Koalitionshickhack aus Berlin hier fortzusetzen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ihr würdet gerne hickhacken, wenn ihr an der Regierung wärt!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr verehrtes Hohes Haus! Ich möchte zunächst ein Kompliment an Staatsminister Willi Stächele für seine hervorragende Rede zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Müsst ihr euch schon wieder gegenseitig bauchpinseln? Das ist ja schon peinlich! Da kriegt man ja feuchte Füße!)

Herr Stächele hat mit dieser Rede unter Beweis gestellt, dass er das Zeug zu einem südbadischen Ministerpräsidenten hat.

(Unruhe – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wenn ich zu der entscheidenden Diskussion zurückkehre – Reformkurs fortsetzen –, möchte ich die Punkte, die Minister Stächele angesprochen hat und die ich in der ersten Runde thematisiert habe, an dieser Stelle noch einmal vertiefen.

Es ist doch erstaunlich, dass in einer Zeit, in der andere Länder in Europa und auf der Welt sich von staatssozialistischen Konzepten abwenden

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Oh, oh, oh!)

(Michael Theurer)

und sich marktwirtschaftlichen Reformen zuwenden und damit hervorragende Ergebnisse erzielen, in einer Zeit, in der andere Länder weggehen von Sozialismus, Planwirtschaft und staatlicher Regulierung, z. B. Indien und China,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ist Ihnen das nicht peinlich, was Sie da erzählen? – Gegenruf der Abg. Marianne Wonnay SPD: Dem ist nichts peinlich! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das müsste Ihnen doch peinlich sein!)

und dadurch Wachstum erzielen, wir in Deutschland eine Diskussion haben, die rückwärtsgewandt ist und sich zum Teil nostalgisch an den Verhältnissen in der ehemaligen DDR orientiert. Wir werden hier und in der Bevölkerung noch große Überzeugungsarbeit leisten müssen, damit Demagogen und Populisten wie der "Saar-Napoleon" aus dem Hause der SPD keine Wahlerfolge erzielen. Ich wundere mich, dass bei diesem Hickhack, das aus Berlin in die Landtagsdebatte herüberschwappt, der Kompass für die Frage "Wie funktioniert eine Marktwirtschaft?" ein Stück weit verloren geht.

Beginnen wir einmal bei den Versicherungen. Die Versicherungen müssen in Deutschland doch einmal wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Wir haben doch in Deutschland eine Mentalität entwickelt, bei der jeder so viel aus der Krankenversicherung herausbekommen möchte, wie er einbezahlt hat. Nach kurzem Überlegen ist völlig klar, dass das nicht funktionieren kann. Deshalb ist es auch in Ordnung, dass man z. B. eine Eigenbeteiligung für Bagatellfälle einführt und die Eigenvorsorge stärkt. Denn mit der Krankenversicherung sollen ja große Risiken abgedeckt werden.

(Abg. Ute Vogt SPD: Das sind doch auch alles olle Kamellen!)

Damit sollen Behandlungen von Krankheiten abgedeckt werden, auch von chronischen Krankheiten, die sehr teuer und für die Patienten sehr schmerzhaft sind.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Das kann man nur über die Solidargemeinschaft und über Versicherungen absichern. Aber alles andere muss man dann halt selbst bezahlen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: "Muss man dann halt selbst bezahlen"! So man kann!)

Der nächste Punkt ist die Reform der Rentenversicherung. Wenn wir gegenüber früher mehr über 60-Jährige haben und wenn wir eine längere Rentenbezugsdauer haben – sie betrug früher etwa zehn bis zwölf Jahre, heute sind es an die 20 Jahre –,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das glaubt wieder kein Mensch!)

dann kann man das nicht mehr so finanzieren wie bisher.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Außer bei Oberbürgermeistern! Da geht es weiter wie immer!)

Ich glaube, dass viele Menschen in diesem Lande das auch verstehen, wenn man ihnen reinen Wein einschenkt und sagt:

Wir sind noch nicht über dem Berg. Deutschland ist nicht auf den Wohlstand abonniert. Die Reformen, die wir bisher gemacht haben, reichen nicht aus. Wir müssen weitergehen, wir müssen uns weiter selbst anstrengen, wir müssen die Eigeninitiative stärken. Wir brauchen Menschen, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und sich nicht auf die soziale Hängematte verlassen, meine Damen und Herren. Diese Botschaften müssen nach außen transportiert werden. Wir sollten uns gerade der Diskussion mit den Populisten stellen, die meinen, man könnte zurückkehren in die Behaglichkeit des Wohlfahrtsstaats der Siebzigerjahre. Die weltwirtschaftliche Wettbewerbssituation lässt diese Illusion nicht zu.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Brandmarken wir das als Illusion. Wir als FDP/DVP sehen die Aufgabe, dass wir die Menschen in diesem Land wachrütteln, meine Damen und Herren; denn wir brauchen mehr Eigeninitiative, Selbstverantwortung und auch eine positive Einstellung zum Unternehmertum.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn wir jetzt einen Wirtschaftsaufschwung haben, dann ist dieser auch auf Veränderungen am Arbeitsmarkt und beim Arbeitsrecht zurückzuführen, auch auf die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge, auf die Zurückhaltung und das Maßhalten der Tarifpartner bei den Lohnabschlüssen.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Wir freuen uns doch, dass die Beschäftigungsquote nach oben geht. In Baden-Württemberg sind wir da spitze. Unsere Unternehmen sind spitze, meine Damen und Herren. Da werden Leute eingestellt. Wir spüren doch, wie toll das für uns alle ist, weil die öffentlichen Kassen wieder voll sind, weil wir einen Haushalt ohne neue Schulden schaffen, weil wir die alten Schulden abbauen können. Das ist doch der richtige Weg. Da ist Baden-Württemberg, meine Damen und Herren, ein Vorbild für die ganze Bundesrepublik. Marktwirtschaftliche Reformen und Konsolidierung der Staatsfinanzen sind die Stichworte. Dieser Kurs muss unbedingt fortgesetzt werden.

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jawohl!)

Deshalb bitte ich auch darum, meine Damen und Herren, dass wir uns der Diskussion stellen, den Populisten gegenübertreten und die Menschen wachrütteln. Ich vertraue darauf, dass die Menschen in der Demokratie in unserem Land – in der wir den Staat wieder ordnen und auf die eigentlichen Kernaufgaben zurücknehmen und dort auch richtig finanzieren, dann aber auch wieder Freiräume schaffen und die Menschen in die Eigenverantwortung nehmen – im Regelfall sehr wohl in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Besser! Besser! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Und was machen Sie mit denen, die das nicht leisten können? – Abg. Reinhold Gall SPD: Die meisten Menschen können das, aber es gibt viele, die es nicht können!)

Wir vertrauen auf diese große Leistungskraft der Menschen in unserem Land. Sie hat unser Land groß gemacht, meine Da(Michael Theurer)

men und Herren. Das ist die liberale Botschaft, die von der Diskussion heute Morgen ausgehen soll. Dann werden wir in Zukunft nicht nur Baden-Württemberg an der Spitze halten, sondern wenn wir das in ganz Deutschland machen, dann werden wir auch Deutschland wieder an die Spitze der europäischen Nationen heranführen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, die Aktuelle Debatte unter Tagesordnungspunkt 1 ist damit beendet.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Aufschwung für alle: Familien in Baden-Württemberg durch landespolitische Maßnahmen entlasten! – beantragt von der Fraktion der SPD

Auch hier gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Wonnay.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben beim ersten Tagesordnungspunkt gehört: Baden-Württemberg will spitze werden und will spitze bleiben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir sind spitze!)

In keinem anderen Bereich gilt dieser Anspruch, den Sie erheben, so sehr wie beim Begriff "Kinderland". Denn es steht doch in Ihrer Koalitionsvereinbarung:

Wir wollen Baden-Württemberg zum "Kinderland" Nummer 1 ... machen.

Wie sieht die Wirklichkeit aus? Ich zitiere aus der "Südwest Presse" vom 6. Oktober: "Als Kinderland nur mangelhaft". Das ist die Tatsache in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das ist nicht die Aussage einer Oppositionspolitikerin, sondern dieses Zeugnis stammt von Christiane Staab, der Vorsitzenden des Landeselternbeirats, die für die CDU in Karlsruhe im Gemeinderat sitzt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hört, hört! – Abg. Stefan Mappus CDU: Was ist denn das für ein Blödsinn?)

- Doch, das ist so. - Sie sagt wörtlich:

Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Deshalb gebe ich den Kinderland-Bemühungen der Landesregierung eine Fünf plus.

(Zurufe von der SPD und der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vielen Dank für das Plus!) - Ja, das war das Prinzip Hoffnung. Dann wird noch Kollege Noll zitiert, der sagt:

Wir sind vom Anspruch, das "Kinderland" Nummer 1 zu sein, noch ein ganzes Stück entfernt.

Da ist Gott sei Dank wenigstens ein Hauch von Selbsterkenntnis vorhanden.

(Beifall bei der SPD)

Ein letztes Zitat:

Wir haben jede Menge Modelle und Initiativen laufen.

 Das sagt ein Regierungsmitglied, das nicht genannt werden will. Und weiter:

Aber vielleicht haben wir dabei vergessen, dass den Eltern vor allem ein gutes Betreuungsangebot und eine gute Unterrichtsversorgung wichtig sind.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

"Kinderland" Nummer 1 zu werden heißt, Familien zu entlasten und Kindern Zukunftschancen zu geben. Da sind Sie von eigenen Taten – Sie vollziehen nur bundespolitischen Nachhilfeunterricht nach – noch weit entfernt. Diese eigenen Taten lassen Sie vermissen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte Ihnen heute drei solcher Handlungsfelder nennen. Für uns ist es ein klares Ziel, dass die nach der Familie und ergänzend zur Familie wichtigste Einrichtung der Erziehung, der Betreuung und der Bildung, nämlich der Kindergarten, beitragsfrei zu stellen ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden Ihnen für den kommenden Haushalt wieder den Vorschlag machen, den Kindergarten in Stufen, beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr, beitragsfrei zu stellen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Finanzierungsvorschlag! – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Wir bringen den mit!)

- Auch das kommt. Das, meine Damen und Herren, ist "Kinderland".

(Beifall bei der SPD)

Die SPD im Bund hat erreicht, dass wir ab dem Jahr 2013 einen Rechtsanspruch auf ein Betreuungsangebot für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr haben werden. Es ist das Verdienst von Ursula von der Leyen,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: In Klammern: SPD!)

(Marianne Wonnay)

dass sie bei der CDU auch diese Idee der SPD, von Renate Schmidt, durchgesetzt hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Norbert Zeller SPD: So ist es!)

Das Land muss jetzt das Seine dazu tun, dass rasch neue Plätze geschaffen werden und dass Elternbeiträge reduziert werden können, indem – das haben wir gestern schon diskutiert – der Betriebskostenzuschuss des Landes von 10 % auf 30 % erhöht wird. Auch das ist "Kinderland".

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Eine letzte Maßnahme will ich erwähnen: ein warmes Mittagessen für alle Kinder – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – in Kindertagesstätten, in Ganztagsschulen. Sie sagen wieder einmal: Das ist zwar wichtig, aber wenn, dann sollen es doch die Schulträger bezahlen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Eltern!)

Wir sagen Ihnen: Denken Sie daran, wie es Jürgen Rüttgers in Nordrhein-Westfalen

(Zuruf von der SPD: Aha!)

und Kurt Beck in Rheinland-Pfalz gemacht haben. Es ist auch eine Aufgabe des Landes, in diesem Punkt sozialer Ausgrenzung zu begegnen und jedem Kind eine warme Mahlzeit zu ermöglichen. Auch das ist "Kinderland".

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt ein Bundesland, in dem es ein Programm "Zukunftschance Kinder" gibt, in dem es ab dem Jahr 2010 einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr gibt, in dem das letzte Kindergartenjahr schon jetzt beitragsfrei gestellt ist und die weiteren Jahrgänge stufenweise beitragsfrei gestellt werden, in dem ein Sozialfonds eingerichtet wurde, aus dem ein warmes Mittagessen bezahlt wird, und in dem der Landeszuschuss im Bereich der Kleinkindbetreuung bei 45 % liegt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hört, hört!)

Das ist wahrlich ein "Kinderland". Leider heißt es nicht Baden-Württemberg, sondern Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Klenk.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt wird zur Sache gesprochen! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wo sind die ganzen schwarzen Kollegen? Sind sie alle raus und schämen sich, oder was?)

Abg. Wilfried Klenk CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Wonnay, erst wusste ich nicht so richtig, was die Aktuelle Debatte mit dem Thema "Aufschwung für alle: Familien in Baden-Württemberg durch landespolitische Maßnahmen entlasten" soll.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Haben Sie jetzt die falsche Rede vorbereitet?)

– Nein, nein. Wenn es um ein aktuelles Thema wie z. B. die Essensversorgung oder um ein anderes Problem ginge, dann würden wir hier sicherlich darüber reden. Es gibt dazu Aussagen auch unseres Ministerpräsidenten, auf die ich noch zu sprechen komme.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Der sagt viel, wenn der Tag lang ist!)

Ich hatte eher den Eindruck, es geht schon wieder um eine Neiddiskussion mit der Überschrift

(Lachen bei der SPD)

– ja, ja –:

(Abg. Ute Vogt SPD: Sie sind neidisch auf Rheinland-Pfalz! – Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

"Aufschwung für alle". Dann wollen Sie diese Gelder schon wieder mit der Gießkanne im Land verteilen.

(Zuruf: So ist es!)

Sie sagen: Wir müssen unseren Kindern Zukunftschancen geben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Wollen Sie das nicht? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Und zwar allen Kindern!)

Jetzt sage ich Ihnen einmal etwas anderes: Wir sind hier in Baden-Württemberg

(Abg. Reinhold Gall SPD: In der Tat! – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

und zahlen pro Tag über 5 Millionen € Zinsen. Das sollten wir uns einmal alle auf der Zunge zergehen lassen. Es ist nicht meine Aufgabe als Sozialpolitiker, hier Finanzpolitik zu machen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sie machen es gerade! – Abg. Christine Rudolf SPD: Oh!)

Aber ich sage Ihnen trotzdem: Wir zahlen in Baden-Württemberg – Stand heute – über 5 Millionen € Zinsen pro Tag. Da frage ich Sie, ob das im Blick auf künftige Generationen nach dem Motto "Kindern Zukunft geben" in Ordnung ist.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dafür tragen Sie doch die Verantwortung! – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe)

– Die tragen wir auch.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja! – Unruhe)

Deshalb nutzen wir die derzeitige wirtschaftliche Lage, um den künftigen Generationen Entlastung zu verschaffen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Sie lassen sie verhungern!)

(Wilfried Klenk)

Ihr Finanzpolitiker Schmid, den wir übrigens sehr schätzen, stellt sich hin und sagt: "Warum macht ihr eigentlich erst ab 2008 keine neuen Schulden mehr? Das könnt ihr doch schon jetzt machen." Sie kommen jetzt aber schon wieder und sagen: Lassen Sie uns mit der Gießkanne über das Land gehen

(Abg. Norbert Zeller SPD: Neue Schwerpunkte setzen!)

und Gelder verteilen.

Ich sage Ihnen einmal, was wir für die Familienpolitik in diesem Land ausgeben. Wir haben ein Landeserziehungsgeld. Das wollten Sie schon längst abschaffen

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Falsche Ecke! – Abg. Katrin Altpeter SPD: Wir? Never! Never!)

und für die Haushaltskonsolidierung bzw. für Betreuungsangebote umwidmen. Das sind 80 Millionen € im Jahr. Übrigens ergibt sich für die nächsten Jahre durch die Umgestaltung ein Mehrbedarf von 52 Millionen €. Das ist kein Problem. Das haben wir

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Es geht darum, dass wir in diesem Land Prioritäten setzen!)

ohne Probleme in den Regierungsfraktionen und auch mit der Landesregierung durchgesetzt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sonntagsreden Taten folgen lassen!)

Wir haben ein Programm, aus dem Familien mit Mehrlingsgeburten Zuschüsse erhalten. Das kommt alles Familien hier im Land zugute. Wir haben einen Landesfamilienpass, wir haben eine Landesstiftung "Familie in Not". Wir haben Zuschüsse für Vereinigungen, die auf dem Gebiet der Familienpflege tätig sind – das sind fast 600 000 €. Wir stellen für die Schwangerschaftskonfliktberatung 16 Millionen € und für die Förderung von Kinderkrippen und Kindertagespflege 19 Millionen € zur Verfügung. Wir geben für die Kindergärten jetzt fast 400 Millionen € im Jahr an freie Träger und Kommunen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Na und? – Abg. Norbert Zeller SPD: Was wollen Sie damit sagen? – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zuhören!)

Das sind immense Summen. Die müssen wir erst einmal schultern.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr wahr! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr richtig!)

Worüber wir nicht geredet haben – wir reden jetzt nur über das Land –:

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sollen wir auch im Landtag!)

Wir müssen die Mittel aber in der Summe sehen. Was gibt der Bund, was gibt das Land – die Leistungen des Landes habe ich aufgezählt – und was geben unsere Kommunen

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Alle sind beteiligt! Alle drei Ebenen!)

für die Familien jeden Tag in Einrichtungen, damit Familien entlastet werden?

Freiburg ist inzwischen bereit – andere Städte sind es auch –, für das Mittagessen einen finanziellen Beitrag zu leisten.

(Abg. Margot Queitsch SPD: Weil das Land nichts macht!)

Das können wir nur lobend erwähnen. Das ist eine Frage der Zuständigkeit. Ich kann Ihnen sagen, unser Ministerpräsident hat sich schon dahin gehend geäußert, dass er bei diesem Thema den Kommunen entgegenkommen will.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Der hat sich schon öfter geäußert! – Abg. Reinhold Gall SPD: Los! Der sagt viel und setzt wenig um! – Weitere Zurufe)

Nein.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Doch! Der sagt viel und setzt wenig um!)

Er sagt eines – deshalb habe ich so angefangen –: Wir müssen den kommenden Generationen gerecht werden, indem wir unsere Schulden abbauen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja!)

Er sagt weiter:

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wer 350 Millionen € für NSI verplempern kann, kann dieses Argument nicht jedes Mal wieder bringen! – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe)

Lasst uns mit dem, was wir an Zinsausgaben einsparen, vernünftige Modelle auch im Hinblick auf die Familienpolitik und damit auch die Kinder umsetzen. Dabei hat er u. a. auch an diese Essenszuschüsse gedacht.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Klenk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Prewo?

Abg. Wilfried Klenk CDU: Gern.

Präsident Peter Straub: Bitte schön, Herr Abg. Dr. Prewo.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, dass eine fast druckfrische Vereinbarung zwischen den Ländern und dem Bund vorliegt, in der geregelt ist, dass der Bund – von der Leyen –, die Länder und die Gemeinden für diesen Aufschwung im Bereich der Kinderbetreuung gemeinsam Lösungen finden müssen, dass aber das, was das Land beizusteuern hat, bisher noch nicht bekannt ist?

Ist Ihnen bekannt, dass die kommunalen Landesverbände am 10. Dezember ein erstes Gespräch mit dem Ministerpräsidenten darüber führen wollen, und wie schätzen Sie vor diesem Hintergrund die Aktualität der Debatte, die wir heute führen, damit sich der Landtag in diesem Punkt positionieren kann. ein?

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Abg. Wilfried Klenk CDU: Lieber Kollege Prewo, das ist uns bekannt. Deshalb sage ich: Lassen Sie uns einmal alles zusammentragen, was Bund, Land und Kommunen schon heute für Familien tun, und lassen Sie uns für die weiteren Gespräche überlegen, wo wir ansetzen müssen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie lange überlegt ihr denn noch? – Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Sie sagen selbst immer, finanzielle Transferleistungen seien nur bedingt der richtige Weg. Deshalb müssen wir uns sehr wohl überlegen, wo wir Familien künftig unterstützen können

(Abg. Norbert Zeller SPD: Überlegen, überlegen, überlegen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Dazu gibt es eine Aussage unseres Ministerpräsidenten, in welche Richtung er gehen wird. Diese Vorschläge unserer Landesregierung werden wir auch in der Fraktion beraten und entsprechend mittragen.

(Zurufe von der SPD)

- Doch, wir tragen das mit.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Marianne Wonnay SPD: Aber nichts Eigenes!)

Aber wir haben in unserer Fraktion im Gegensatz zu Ihnen immer eine Gesamtverantwortung und dürfen deshalb finanzielle Aspekte nicht aus dem Auge lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Noch einmal: Wir sind gern bereit, das, was wir an Zinsen einsparen, auszugeben. Aber so, wie Sie es wollen, können wir keine Zukunft für Kinder gestalten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja war's das jetzt, oder was? Ja sag einmal!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Shell-Studie bringt es auf den Punkt: Mit einem wirklich glücklichen Leben verbinden Jugendliche in erster Linie Familie. Aber sie wissen auch ganz genau, dass es nicht einfach ist, Ausbildung, Beruf, Karriere, Partnerschaft und Kinderbetreuung unter einen Hut zu bringen. Die Folgen dieser Skepsis sind ja auch bekannt: hohe Kinderlosigkeit und ein Verschwinden der Mehr-Kind-Familien.

Familie ist also noch zeitgemäß. Aber die Rahmenbedingungen, die wir als Gesellschaft der Familie im 21. Jahrhundert zumuten, sind nicht mehr zeitgemäß. Wenn Baden-Württemberg tatsächlich das kinder- und familienfreundliche Land sein soll, dann muss die Förderung der Familie zukünftig einen höheren Stellenwert einnehmen, und zwar nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch im realpolitischen Tun. Es gilt, Prioritäten zu setzen und sich auf die Bereiche zu kon-

zentrieren, in denen der größte Handlungsbedarf besteht. Dazu gehören vor allem der Ausbau der Kleinkindbetreuung, die Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung und die Bekämpfung sowie die Verhinderung von Armut.

Über den ersten Punkt – Ausbau der Kleinkindbetreuung – haben wir uns gestern Abend ja ausführlich unterhalten. Ich möchte nur einen Punkt nochmals aufgreifen, der auch die Kommunen betrifft. Im Hinblick auf die große Anstrengung, die wir von den Kommunen beim Ausbau der Kleinkindbetreuung erwarten, was auch mit dem von uns sehr begrüßten Rechtsanspruch auf Kleinkindbetreuung zu tun hat, ist das Land gefordert, seinen finanziellen Anteil an der Kleinkindbetreuung zu erhöhen und deshalb den von ihm übernommenen Anteil an der Finanzierung der Betriebskosten von derzeit 10 % auf 30 % zu erhöhen. Das ist übrigens auch eine Forderung der kommunalen Landesverbände, also des Gemeinde- und des Städtetags. Ohne diese Aufstockung wird es den Kommunen nicht möglich sein, bis 2013 ein bedarfsgerechtes Angebot für die Kleinkindbetreuung zu machen.

Der zweite Punkt, der auch im Hinblick auf die Bekämpfung und Verhinderung von Armut wichtig ist: Ohne eine Erhöhung des Landesanteils werden die Elterngebühren für die U3-Betreuung in vielen Orten höher sein als die Kindergartengebühren. Das trifft vor allem Alleinerziehende und sozial schwache Familien. Die sind dann ein weiteres Mal benachteiligt.

Aber für uns Grüne steht nicht nur die Quantität, sondern vor allem die Verbesserung der pädagogischen Qualität der Angebote im Mittelpunkt. Vorrangig ist für uns die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die U3-Betreuung und die Kindergartenbetreuung.

Damit komme ich auf den zweiten Punkt zu sprechen: kostenfreie Kindergärten. Ein gebührenfreies Kindergartenjahr oder gar ein kostenfreier Kindergarten liegt ja im Trend. Wir haben es gehört: Rheinland-Pfalz, Hessen und das Saarland haben es vorgemacht, Berlin zieht jetzt nach. Auch in Baden-Württemberg werden Forderungen nach einem kostenfreien Kindergarten laut. Zum einen werden sie vonseiten der SPD laut. Frau Vogt hat im Februar im "Vorwärts" gesagt: "Zur Stärkung des Bildungsauftrags streben wir an, den Kindergarten insgesamt beitragsfrei zu stellen."

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Genau!)

Das halten wir für genauso wenig umsetzbar

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Hoppla!)

wie die Forderung von Ministerpräsident Oettinger nach einem verpflichtenden und somit kostenfreien letzten Kindergartenjahr. Diese Forderung steht ja auch im Raum. Ein "kostenfreies" letztes Kindergartenjahr würde mindestens 51 Millionen € kosten.

Die Umsetzung des Bildungsauftrags, liebe Kolleginnen und Kollegen, hängt nicht von der Kostenfreiheit ab. Im Gegenteil, wir brauchen zunächst eine Qualitätsverbesserung im Kindergarten. Dann können wir über Beitragsfreiheit reden.

(Beifall bei den Grünen)

(Brigitte Lösch)

Wünschenswert ist viel. Wir müssen aber auch entscheiden, was machbar ist. Ich frage Sie: Ist die Schaffung des kostenfreien Kindergartens im Augenblick wirklich das Problem?

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Schon jetzt besuchen doch ca. 97 % aller Kinder den Kindergarten im letzten Kindergartenjahr. Also geht es doch nicht um eine Frage der Quantität, sondern es ist eine Frage der Qualität, wenn Kinder im Übergang zur Schule nicht schulfähig sind. Da ist ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr die falsche Antwort auf ein richtig erkanntes Problem.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Dieses Problem lösen wir auch nicht durch eine Vielzahl unzusammenhängender Modellprojekte. Wir reduzieren die Diskussion um die Qualität in der frühkindlichen Bildung im Augenblick auf den Übergang zur Schule. Das ist ein Fehler. Eine umfassende Bildung von Anfang an kann nur durch eine Stärkung der Kernbereiche des Kindergartens gelingen, das heißt durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen. Wir brauchen also kleinere Gruppengrößen, einen anderen Personalschlüssel und eine andere Qualifikation der Erzieherinnen. Deshalb hat für uns zunächst einmal Qualität Vorrang vor Kostenfreiheit.

Ich möchte dabei auch nicht missverstanden werden. Wir sind selbstverständlich dafür, dass Kindergärten mittelfristig kostenfrei sind. Aber in einer Zeit, in der wir noch Gruppengrößen mit bis zu 28 Kindern haben – bei einem Schlüssel von 1,5 Fachkräften –, ist an Kostenfreiheit nicht zu denken. Denn Qualitätsverbesserung und der Ausbau der U3-Betreuung kosten einfach viel Geld. Die Mittel dafür stehen bei uns an erster Stelle. Wenn diese Ziele erreicht sind, dann können wir über die Kostenfreiheit der Kindergärten reden.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Familien sind in ihrer Ausgestaltung heute so vielfältig wie die Gesellschaft insgesamt. Deswegen ist es schwierig, von der Familie und von den Problemen der Familie zu reden. Wir neigen manchmal dazu, dass wir uns, wie gegenwärtig, auf ein ganz spezielles Thema in der Familienpolitik beschränken und anderes ausblenden.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Deswegen glaube ich, dass es insgesamt richtig ist, sich auch einmal über die Aufgabenverteilung, also die Frage, wer wofür zuständig ist, Gedanken zu machen.

Ich habe es schon in der gestrigen Debatte über Kinderbetreuung gesagt: Ich bin der Meinung, dass Kinderarmut und Familienarmut in einer so reichen Gesellschaft wie der unsrigen ein Skandal sind.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das kann im Grunde nicht durch Einzelmaßnahmen vor Ort oder auch durch Maßnahmen seitens des Bundes, von dem jetzt z. B. wieder vorgeschlagen wird – an sich richtigerweise – –

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Herr Müntefering sagt, für Hartz-IV-Empfänger solle jetzt ein Schulstarterpaket mit einer Zulage von, glaube ich, $150 \, \varepsilon$ beschlossen werden. Das macht in der Summe 20 Millionen ε , die der Bund an Hartz-IV-Empfänger geben soll. Es ist ja schön, dass man dieses Problem jetzt erkannt hat. Aber das ist zu kurz gegriffen.

Wir versuchen immer wieder, an einzelnen Stellen kleinere Reparaturen zu machen. Ich kann nur noch einmal wiederholen: Wir müssen die Familienförderung in ein Gesamtkonzept "Steuer- und Transferrecht" einbinden. Dazu liegen Konzepte vor. Wir sagen: Gebt den Kindern genau wie jedem Erwachsenen in der Familie den gleichen Anspruch auf eine Grundsicherung. Das nennt sich dann Steuerfreibetrag und bewegt sich bei 7 700 € und einem entsprechenden Kindergeld. Dann haben wir einmal die finanzielle Basis, für die der Bund zuständig ist – unabhängig davon, ob jemand arbeitslos ist, ob er arbeitet und wenig verdient oder ob er Steuern zahlt, sich etwas leisten kann und deswegen keiner Subventionierung bedarf.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Aber wir diskutieren jetzt gerade über das Land!)

Das ist das eine.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Mein medizinischer Hintergrund verführt mich immer wieder dazu, zu sagen: Polypragmasie – ganz vieles an vielen Stellen zu tun – ist in der Medizin immer ein Zeichen dafür, dass man nicht so richtig weiß, was man machen soll.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Beim Zahnarzt heißt das, er zieht vorsichtshalber alle Zähne! – Weitere Zurufe)

Das zieht sich nahtlos durch. Es gibt ja immer wieder gute Vorschläge. Liebe Kollegin Wonnay, Sie haben mich zitiert: "Wir sind noch ein ganzes Stück davon entfernt, "Kinderland" Nummer 1 zu sein." Es ist in der Tat so. Bei uns gibt es viele unterschiedliche Modelle. Aber irgendwann müssen wir schon auch einmal versuchen, von der Polypragmasie in eine Richtung zu kommen, damit wir die Kernpunkte und Leitlinien festlegen können.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Ich dachte, Sie sind an der Regierung! – Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

- Ja, wir sind ja dabei. - Ich glaube, dass eines der zentralen Themen -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Sitzmann?

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ich gestatte eine Zwischenfrage der Frau Sitzmann.

Präsident Peter Straub: Bitte schön, Frau Abg. Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Kollege Noll, Sie haben von Einzelmaßnahmen gesprochen. Ich möchte von Ihnen wissen, ob Sie es für falsch halten, wenn alle Kinder die Möglichkeit erhalten sollen, ein warmes Mittagessen zu be-

(Edith Sitzmann)

kommen. Das ist Frage 1: Ist das in Ihren Augen eine falsche Einzelmaßnahme?

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nein.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wenn dem nicht so ist: Was tun Sie als regierungstragende Fraktion hier in diesem Land konkret dafür?

Die andere Frage: Sie haben ein Gesamtkonzept mit Steuerfreibeträgen vorgestellt. Ist Ihnen klar, dass Steuerfreibeträge denen zugute kommen, die Steuern zahlen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich ist ihm das klar! – Zuruf von den Grünen: Manche zahlen aber gar keine Steuern, weil sie kein Einkommen haben! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das ist doch Quatsch!)

dass wir aber gerade bei denjenigen Menschen Probleme haben, die wenig Einkommen oder gar kein Einkommen haben?

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Frau Kollegin Sitzmann, danke für die Frage. Das zeigt, dass Sie meinen Ausführungen nicht zugehört haben. Jetzt geht Herr Metzger gerade. Ich habe nie verstanden, warum er solche Grundsicherungssysteme als "ultralinks" versteht und deswegen meint, er müsse sie von den Grünen abgrenzen. Genau in diese Richtung müssen wir in der Familienpolitik gehen: Steuerfreibeträge und dementsprechend für jene, die keine Steuern zahlen – wie beim Bürgergeldsystem –, Kindergeld. Das habe ich übrigens gesagt; Sie haben es nicht gehört. Frau Sitzmann, Sie kennen das Konzept hoffentlich.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Ich glaube, dass wir in der gesellschaftlichen Debatte in eine solche Richtung gehen müssten. Lieber Herr Metzger, Sie sind immer herzlich willkommen in der Debatte, auch bei uns.

(Heiterkeit des Abg. Oswald Metzger GRÜNE – Abg. Katrin Altpeter SPD: Darf er zu euch auch? – Abg. Marianne Wonnay SPD: Bei der FDP ist noch ein Plätzle frei!)

Aber ich behaupte einmal, wir geben für Sozialtransfers gerade im Familienbereich so viel Geld für Einzelmaßnahmen aus, dass wir es uns gegengerechnet leisten könnten, den Familien einen hohen Grundanspruch zu geben, damit sie nachher eben nicht als Bittsteller um ein warmes Essen auftreten müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zum Zweiten: Nehmen wir das ganz konkrete Beispiel "warmes Mittagessen". Frau Sitzmann, Sie wissen, dass es nicht immer nur am Geld liegt. Manche Familien geben den Kindern Geld mit, und die Kinder besorgen sich damit am Frittenstand oder beim Hamburgerlokal eine Ernährung, die wir nicht für sonderlich gesundheitsfördernd halten.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die haben nachher dann auch keinen Hunger!)

Was will ich damit sagen? Natürlich müssen wir, wenn wir z. B. Ganztagsschulen einrichten – das machen viele Kom-

munen übrigens schon –, dafür sorgen, dass Kindern, die sich das nicht leisten können, diese soziale Härte abgemildert wird. Das ist überhaupt keine Frage.

Auch da bin ich der Meinung, wir sollten an dieser Stelle jetzt nicht wieder einen Landeszuschuss einführen, sondern zusammen mit den kommunalen Stellen einmal überlegen, ob wir den Kommunen nicht so viel Geld geben sollten, dass sie dieser Aufgabe konkret und korrekt nachkommen können. Deswegen werden wir am 10. Dezember ein Gesamtpaket besprechen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

wie wir die Kommunen künftig unter dem Gesichtspunkt des Konnexitätsprinzips ausstatten wollen. Wir müssen ihnen das Geld geben, wenn wir von ihnen Leistungen verlangen. Wir müssen da zu einer vernünftigen Einigung kommen, bei der wir nicht wieder als Land womöglich zusätzlich ein neues Programm "Kinderernährung" machen, sondern den Kommunen das Geld geben, damit diese dafür sorgen können, dass sich jedes Kind, wenn es in die Ganztagsbetreuung geht, selbstverständlich auch ein warmes Mittagessen und andere Betreuung leisten können wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann macht mal! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, ich glaube sowieso, dass sich Familienpolitik letztendlich in allererster Linie in der Kommune vor Ort entscheidet. Das heißt, wir müssen sehen, wie wir insgesamt ein familienfreundliches Umfeld schaffen

Jetzt wollen wir einmal zu den Landesleistungen kommen: Unser Wirtschaftsminister hat die Wohnungsbauförderung so umstrukturiert, dass wir bei der weiteren Entwicklung der Ortskerne unserer Gemeinden Gelder dafür einsetzen können, um familiengerechtes Wohnen, familiengerechte Quartiere künftig auch finanziell unterstützen zu können. Das ist konkrete Landespolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Lächerlich!)

Dabei ist ein Thema: Familie ist nicht nur da, wo Kinder sind, sondern Familie ist da, wo Kinder, Eltern und Großeltern sind.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist das große Thema Generationenzusammenhalt. Es gilt, bei der Weiterentwicklung eines modernen Familienbilds Generationen zusammenzubringen. Ich glaube, auch da sind viele Akteure vor Ort schon heute viel weiter, als es sich mancher Landespolitiker hier im Moment träumen lässt.

In der zweiten Runde werde ich Ihnen gern zu diesen konkreten Modellen, die wir in Zukunft vor Ort unterstützen wollen, noch etwas mitteilen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD – Abg. Marianne Wonnay SPD: In 20 Sekunden, Uli!) **Präsident Peter Straub:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Stolz das Wort.

Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Strauß von populistischen Forderungen aus dem Tagesordnungspunkt 1 setzt sich, denke ich, bei Tagesordnungspunkt 2 fort.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Aber nur bei der SPD!)

– Ja. Ich denke, die Ansprache war deutlich. Wenn sie nicht deutlich gewesen wäre, würde ich es wiederholen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das können wir den Bürgern so sagen, dass Sie die Forderung nach Mittagessen für Kinder als Populismus bezeichnen!)

Meine Damen und Herren, auch liebe Kollegen von der Opposition, zunächst einmal möchte ich feststellen, dass die Familien in Baden-Württemberg im Vergleich zu denen in anderen Bundesländern gut dastehen.

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Das nützt den 150 000 armen Kindern nichts!)

Die Beschäftigungsrate ist hoch. Das Bildungswesen ist intakt. Wir haben hervorragende Hochschulen. Die Schulen schneiden in den Vergleichen gut ab.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Oh liebe Leut!)

Wir haben den geringsten Anteil an Schulabbrechern. Und manche Leistungen für Familien gibt es in dieser Form nur hier im Land.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist fast wie bei Erwin Teufel!)

Baden-Württemberg hat zusammen mit Bayern bundesweit die niedrigste Quote an Kindern, deren Eltern Hartz IV beziehen. Verglichen mit anderen Bundesländern, wo fast jedes dritte Kind in einer sogenannten Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaft lebt, stellt sich die Situation bei uns mit ca. 9 % deutlich besser dar. Aber natürlich ist auch dieser Prozentsatz zu hoch.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Eben!)

Kinderarmut darf nicht akzeptiert werden. Deshalb hat die Bekämpfung von Kinderarmut in der Tat oberste Priorität.

Hauptursache von Kinderarmut ist Arbeitslosigkeit der Mütter und Väter. Menschen in Arbeit zu bringen heißt deshalb auch, Kinder vor Armut zu schützen. Deshalb ist eine reformorientierte Arbeitsmarktpolitik auch die beste Familienpolitik.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Als Arbeitsministerin warne ich davor, von dem bisherigen Reformkurs abzuweichen. Denn die anhaltend positiven Zahlen am Arbeitsmarkt bestätigen den Erfolg der notwendig gewordenen Reformen.

Lassen Sie mich auf einige Leistungen des Landes für Familien näher eingehen. Eine familienpolitische Maßnahme ist

das schon angesprochene einkommensabhängige Landeserziehungsgeld. Dieses gibt es sonst nur in drei weiteren Ländern. Es bildet neben dem Elterngeld eine wesentliche finanzielle Unterstützung für einkommensschwache Familien gerade in einer Phase, in der junge Familien besonders gefährdet sind, auch was das Armutsrisiko betrifft.

Auch unser Mehrlingsgeburtenprogramm findet sich in dieser Form in keinem anderen Bundesland. Familien mit Mehrlingskindern erhalten ab Drillingen einen Zuschuss in Höhe von 2 500 € je Mehrlingskind.

Stichwort Kleinkindbetreuung: Auch hier sind wir auf einem guten Weg. Wir haben gestern ausführlich darüber gesprochen. Ich bin auch zuversichtlich, dass wir unser Ziel, bis 2013 für 35 % der Kleinkinder einen Betreuungsplatz zur Verfügung zu stellen, erreichen. Auch das habe ich gestern ausführlich dargestellt. Es bedarf da natürlich der Anstrengung aller Beteiligten. Der Bund wird hierzu einen Beitrag leisten, und auch das Land wird hierzu einen Beitrag leisten. Ich bin zuversichtlich, dass es zusammen mit den Kommunen, den Kirchen und freien Einrichtungsträgern gelingen wird, die Kleinkindbetreuungsangebote bedarfsgerecht auszubauen. Nur so können wir die Möglichkeit zur Vereinbarung von Familie und Beruf bieten und auch die Existenzsicherung durch den Beruf ermöglichen. Das ist überhaupt keine Frage.

Wir werden bei diesem Thema ein Gesamtpaket schnüren, das natürlich die Aufgaben der Kommunen, die sich in der schulischen Betreuung, in der Kleinkindbetreuung und in der Kindergartengestaltung ergeben, umfasst. Wir werden uns hier wie auch schon in den vergangenen Jahren mit den Kommunen zusammensetzen und über eine faire Aufgaben- und Lastenverteilung reden,

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist richtig!)

und zwar unabhängig von Aktuellen Debatten wie der gestrigen oder der heutigen.

Das Land wird die Kommunen außerdem ab dem kommenden Jahr bei Maßnahmen der Familienbildung und der Erziehungshilfe unterstützen. Wir werden gemeinsam mit den Kommunen und Bildungsträgern passgenaue Angebote entwickeln, um Eltern bei ihrer wichtigen Erziehungsarbeit zu unterstützen. Ich glaube, das ist ein eigener Akzent, der hier in Baden-Württemberg sehr wichtig ist. Es geht nicht nur darum, Betreuungsangebote und Erziehungsangebote in Ganztagseinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Denn das Wichtigste für die Kinder – das wurde vorhin auch aus der Shell-Studie erwähnt – ist die Familie, und die Eltern müssen ihren Teil dazu beitragen und müssen in ihrer Kompetenz gestärkt werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist richtig, aber es reicht nicht aus!)

Das fängt an mit Bildungsmaßnahmen, die vermitteln, wie wichtig eine richtige Ernährung ist und dass Kinder eben ein Frühstück und ein Mittagessen brauchen, und reicht bis zur Vermittlung des Wertes von Bildung. Das muss auch den Eltern durch unterstützende Bildungsmaßnahmen klargemacht

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

werden. Wir werden das in unserem Programm STÄRKE umsetzen. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Baustein auch zur Stärkung von Familien. Denn Familien bestehen nicht nur aus Kindern, sondern die Eltern gehören genauso dazu.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Und die Großeltern! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Die Realität sieht anders aus, Frau Ministerin! Das wissen Sie auch!)

Wir bieten viele qualifizierte Maßnahmen für Familien an. In Euro ausgedrückt – das ist schon erwähnt worden – haben wir im Jahr 2007 rund 529 Millionen € dafür ausgegeben, und im Jahr 2008 werden das 533 Millionen € sein.

Finanzielle Hilfen – diese sind ja jetzt vielfach angesprochen worden – immer weiter auszubauen, denke ich, ist aber kein Patentrezept, damit sich junge Menschen für Kinder entscheiden. Ich glaube, die Menschen spüren, dass nicht Kinder als solche arm machen, wie man immer sagt, sondern dass Arbeits- und Perspektivlosigkeit die Gründe für die geringe Kinderzahl sind. Verlässliche Lebensumstände sind die Quelle von Zukunftsoptimismus und führen zu einem Ja zu Kindern. Deswegen ist es wichtig, Eltern und Kindern einen gewissen Grad an Stabilität bei den Rahmenbedingungen für ihr Leben zu geben.

Wenn hier zitiert wird: "Baden-Württemberg im Kinderland mangelhaft", dann frage ich mich schon, warum gerade junge Familien und Familien mit Kindern in dieses Land ziehen

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wenn ich sie frage: "Was hat Sie denn nach Baden-Württemberg verschlagen?", dann bekomme ich als Antwort: "Wir haben uns überlegt, wo unsere Kinder gute Perspektiven haben, und deswegen ziehen wir nach Baden-Württemberg."

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wen haben Sie denn schon gefragt, um Gottes willen?)

Ich möchte Sie herzlich bitten, auch solche Äußerungen und die klaren Fakten unserer Bevölkerungsstatistik einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie wollen die Realität nicht zur Kenntnis nehmen!)

Dass wir seit Jahren europaweit die niedrigste Arbeitslosenquote

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Und Jugendarbeitslosigkeit!)

und Jugendarbeitslosigkeit haben, was ein ganz wichtiger Aspekt stabiler Lebensbedingungen ist, das ist, denke ich, die wichtigste Grundlage, wenn wir über gute Rahmenbedingungen für Familien reden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hervorragend! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Die Bereitstellung von Arbeitsplätzen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine gute schulische und berufliche Bildung für Kinder und Jugendliche, und natürlich – was wir nicht vergessen dürfen – bei Menschen mit Migrationshintergrund eine weitestgehende gesellschaftliche und soziale Integration, das sind die wichtigsten Eckpfeiler guter Rahmenbedingungen. Ich bin davon überzeugt, dass das Land Baden-Württemberg bei diesen Themen gute Rahmenbedingungen bietet.

Jetzt komme ich noch zu einem anderen Punkt. Vorhin wurde hier gesagt: Sozialpolitiker sind keine Finanzpolitiker. Aber ohne Finanzen geht es nicht. Es ist mir auch in meiner Funktion als Kinderbeauftragte wichtig, auf die Frage Wert zu legen, was in unserem Haushalt geschieht. Man kann für Familien natürlich nie genug tun; ich glaube, da fällt jedem von uns noch vieles ein. Wir haben hier schon einen ganz netten Strauß von Forderungen gehört. Aber unsere Kinder können die Zukunft nur gestalten, wenn wir ihre Gestaltungsfreiheit nicht dadurch einengen, dass sie morgen Schulden zurückzahlen müssen, die wir heute machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

2008 wird das Land erstmals seit 35 Jahren keine neuen Schulden aufnehmen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Da haben wir auch nichts dagegen!)

Das ist ein historisches Datum. Die Regierungsfraktionen haben die Landesregierung hier unterstützt. Dafür bin ich, gerade auch als Familienministerin und Kinderbeauftragte, den Kolleginnen und Kollegen aus den Regierungsfraktionen sehr dankbar. Wir wollen das Ziel der Nullneuverschuldung auch in den kommenden Jahren wieder erreichen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wir auch!)

Sicherlich müssen strukturelle Einsparungen erfolgen, aber wir müssen im Interesse der Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen aus der Schuldenspirale herauskommen.

Böse Zungen schreiben den Politikern eine gewisse "Hundementalität" zu. Was ist damit gemeint? Wenn man einem Hund eine Wurst vor die Nase hält und sagt: "Die darfst du aber erst in 14 Tagen essen", dann wird der Hund diesem Befehl nicht folgen. Ein solches Verhalten sagt man oft Politikern nach,

(Abg. Reinhold Gall SPD: So was haben wir noch nie gehört! Wo verkehren Sie denn, um Gottes willen?)

wenn es unverhofft ein bisschen mehr Geld gibt als ursprünglich erwartet. Es ist eine Erfahrung, dass dieses Geld dann häufig nicht zunächst einmal liegen bleibt.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Das sagen böse Zungen über Politiker. Ich unterstütze diese Ansicht nicht, aber ich will deutlich sagen, dass die Politik dieser Landesregierung,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das sind Vegetarier!)

die uns nun zufließenden Steuermehreinnahmen auch im Interesse der kommenden Generationen zur Schuldentilgung

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

und zum Erreichen der Nullneuverschuldung zu nutzen, eine gute Politik ist. Sie ist eine Politik im Interesse der Kinder und der Jugendlichen und dient auch der Familienfreundlichkeit in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erhält Frau Abg. Wonnav.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst auf einige Aussagen der Frau Ministerin eingehen. Sie sagte u. a. die Forderungen, die ich heute Morgen vorgetragen habe, seien Populismus. Zu der Forderung nach Beitragsfreiheit für eine Institution, die nach der Familie die wichtigste Bildungseinrichtung ist – zumindest, wenn wir die Forderung ernst nehmen, dass es bei der Bildung auf die ersten Jahre ankommt -, nämlich den Kindergarten, möchte ich aus dem eingangs bereits erwähnten Artikel aus der "Südwest Presse" vom 6. Oktober 2007 den Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse, Christian Bäumler, zitieren. Er hat angekündigt, dass die CDU sich Mitte November auf ihrem Landesparteitag mit einem Antrag aus den Sozialausschüssen zu befassen haben wird, in dem es um die Beitragsfreiheit für den Kindergarten, beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr, geht. Er führt hierzu aus:

... wer den Begriff "Kinderland" ernst nimmt, kommt am beitragsfreien Kindergarten nicht vorbei.

Das entspricht ganz unserer Meinung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: So ein Linkspopulist!)

Wenn Sie, Frau Ministerin, jetzt gerade so rühmend hervorgehoben haben, dass Familien sich in unserem Land so wohl fühlen und dass auch aus anderen Bundesländern Familien hierherkommen, dann greifen Sie zum üblichen Taschenspielertrick. Unser Land steht deshalb gut da, weil wir eine starke Wirtschaft haben und weil wir starke Kommunen haben.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Und eine gute Regierung! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das fällt doch nicht vom Himmel! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Trotz dieser Regierung steht das Land gut da! Das fällt nicht vom Himmel, aber von Ihnen kommt es auch nicht!)

Deren Erfolge heften Sie sich ans Revers. Das ist einfach nicht redlich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Worum es heute in dieser Debatte geht, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen und Frau Ministerin, ist, dass es in der jetzigen Situation wirklich großer Kraftanstrengungen aller bedarf, damit wir bei der Kinderbetreuung vorankommen. Ich teile dabei ausdrücklich die Aussagen meiner Kollegin Brigitte Lösch in Bezug auf die Qualität. Für uns bedeutet der Ausbau der Kleinkindbetreuung – das habe ich gestern Abend schon ein-

mal gesagt – nicht nur, zusätzliche Plätze zu schaffen. Vielmehr geht es um die Schaffung bester Startchancen für unsere Kinder und vor allem auch für die Kinder, die in ihren Familien keine ausreichende Förderung erhalten. Es geht also wirklich auch um die Qualität.

Ein solcher Kraftakt kann nur gelingen, wenn auch das Land selbst einen Kraftakt leistet. Diesen Kraftakt lassen Sie bisher vermissen. Es geht in dieser Debatte darum, dass Sie endlich einmal sagen, was Ihr Beitrag ist, und nicht nur auf die Beiträge von anderen schielen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in den letzten Jahren im Bereich der Familienpolitik ganz maßgeblich vom Nachhilfeunterricht der Bundespolitik profitiert, insbesondere von der rot-grünen Bundesregierung. Es wird Zeit, dass Sie endlich eigene Anstrengungen folgen lassen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Kollege Klenk hat sich in der ersten Runde sehr auf die Aussagen des Herrn Ministerpräsidenten verlassen. Deshalb möchte ich schon noch einmal darauf eingehen, was von diesen Aussagen zu halten ist. Denn ich muss Ihnen sagen: Vor der Sommerpause äußert sich seit Jahren regelmäßig Günther Oettinger – das hat er schon als Fraktionsvorsitzender getan, das hat er als Ministerpräsident konsequent fortgesetzt – zu der Frage eines Pflichtjahrs im Kindergarten. Sie wissen, dass ein Pflichtjahr nur mit Beitragsfreiheit geht.

Seit Jahren antworten Sie auf jede parlamentarische Initiative dazu: Es wird geprüft, es wird geprüft, es wird geprüft. Getan haben Sie überhaupt nichts.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt nenne ich Ihnen zum Abschluss ein ganz aktuelles Beispiel – ich gebrauche diesen Begriff jetzt bewusst –, das zeigt, was von den Sprechblasen des Herrn Ministerpräsidenten zu halten ist. Günther Oettinger hat gesagt – als die Bund-Länder-Vereinbarung kam, hat er sich ganz flugs in der "Schwäbischen Zeitung" vom 7. September 2007 zu Wort gemeldet –, dass das Land den Rechtsanspruch ab dem ersten Jahr freiwillig schon vor dem Jahr 2013 erfüllen wolle.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oh! Stöhnen der Abg. Ursula Haußmann! – Zuruf des Abg. Bernd Hitzler CDU)

Wir haben das dann in einem Antrag abgefragt. Darauf kam eine Stellungnahme der Landesregierung. Sie können diese in der Drucksache 14/1710 nachlesen:

Dabei wird es auch um die Frage gehen, wie das Anliegen des Herrn Ministerpräsidenten, das Betreuungsangebot für Kleinkinder bereits vor 2013 bedarfsgerecht auszubauen, entsprechend umgesetzt werden kann.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Auch solche Populisten!)

(Marianne Wonnay)

In der jüngsten Stellungnahme der Landesregierung zum Thema, diesmal zu einem Antrag der Kolleginnen und Kollegen der Fraktion GRÜNE, heißt es:

Die Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kleinkinder bereits vor 2013 steht derzeit nicht zur Diskussion und wird seitens der Landesregierung auch nicht unterstützt.

Es sind also Sprechblasen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Solange Sie uns nicht durch Taten eines Besseren belehren, bleibt es dabei, dass das "Kinderland" ein schöner Begriff ist, mit dem aber leider auch Etikettenschwindel betrieben wird.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Klenk.

Abg. Wilfried Klenk CDU: Liebe Kollegin Wonnay!

(Zurufe von der SPD: Herr Präsident! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Und was ist mit uns?)

- Wir sind in der zweiten Runde.

Ich kann Ihnen auf Ihre Aussagen gegenüber unserem Ministerpräsidenten nur erwidern:

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da kann man eigentlich gar nichts sagen!)

Unser Ministerpräsident hat sich aktuell in einem Punkt geäußert.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was hat er denn gesagt?)

Als es um die Essensversorgung von Kindern ging, hat er sich dahin gehend geäußert, dass es Aufgabe der öffentlichen Hand sei, dafür zu sorgen, dass Kinder morgens ein Frühstück und mittags ein Mittagessen bekommen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wo hat er das gesagt?)

Und er überlegt sich, wie Land und Kommunen gemeinsam einen Weg finden können, dies den Kindern ohne Stigmatisierung zukommen zu lassen. Da gibt es intelligente Systeme. Ich denke, da werden wir auch einen Weg finden.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Es gibt weiter die Aussage – dazu stehen wir auch als Regierungsfraktion –: Wenn wir uns über mehr Mittel unterhalten, dann über Mittel aus den Zinseinsparungen. Ich habe heute Morgen im Radio gehört: Bei der gestrigen Einbringung des Haushalts der Stadt Ludwigsburg war auch davon die Rede, dass zur Finanzierung des Ausbaus der Kinderbetreuung, gegebenenfalls auch der Beitragsfreiheit, möglicherweise ab 2010 die Grundsteuer erhöht werden solle. Das heißt, man muss vom Bürger, auch von den Familien, irgendwo wieder Geld nehmen, um andere Wohltaten, die man – manchmal zu großzügig – verteilen will, zu finanzieren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber da würde ich nicht von "Wohltaten" reden!)

Ich darf noch einmal auf einen Punkt hinweisen, den die Ministerin angesprochen hat. Uns kommt es – das hat die Kollegin Lösch richtig gesagt – auf die Qualität an, nicht nur auf die Quantität. Aber wenn wir von Qualität reden – ob im Kindergarten oder bei der Kinderbetreuung –, dann tun Sie bitte nicht so, als ob unsere Erzieherinnen schlechte Arbeit leisten würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Hervorragende Ausbildung! Jawohl! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Das ist doch Quatsch! Was ist denn das für ein Quatsch? – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Immer diese alten Argumente aus der Mottenkiste! Wir sind doch schon viel weiter! – Unruhe)

Sie leisten schon heute hervorragende Arbeit.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Wer bezweifelt das?)

Ich kann Ihnen nur sagen: Viele Dinge, die Sie hier ansprechen und deren Fehlen Sie kritisieren, finden vor Ort schon längst statt. Haben Sie doch einfach ein bisschen mehr Vertrauen in unsere Träger und in unsere Kommunen vor Ort, die hier hervorragende Arbeit leisten und auch Angebote schaffen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Sagen Sie einmal, wie das bei Ihnen in Ihrer Gemeinde ist, als Beispiel! Gibt es da Mittagessen? Nein!)

– Wir machen einen Unterschied, Herr Gall, in den Gemeinden, aber auch im Land. Wir sagen immer – das war auch unser Thema beim Ausbau der Betreuungsangebote –: Wir haben ein gespaltenes Verhältnis zu dieser Vorgabe mit dem Rechtsanspruch auf eine Versorgungsquote von 35 % ab 2013. Das kann man ruhig sagen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Nein! Da haben Sie etwas falsch verstanden mit dem Rechtsanspruch!)

Wir haben bislang immer die Haltung eingenommen: Wir wollen einen bedarfsgerechten Ausbau. Mit dieser Aussage und diesem Ansatz sind wir in Baden-Württemberg bislang nicht so schlecht gefahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Dort, wo der Bedarf ist, wo die Notwendigkeit besteht, wo Familien darauf angewiesen sind, müssen wir Angebote schaffen. Wir müssen das aber – ich sage es noch einmal – nicht mit der Gießkanne über das ganze Land verteilen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Dazu gab es heute Morgen die richtige Aussage, dass mit 35 % auch nicht gemeint sei, dass das überall sein müsse. Es kann durchaus sein, dass es Bereiche gibt, in denen man weniger braucht, aber auch andere Bereiche, in denen man mehr braucht. Aber noch einmal: Ich muss die Kommunen hier einfach lobend erwähnen. Nehmen Sie die Stadt Stuttgart. Sie

(Wilfried Klenk)

bietet inzwischen ein Mittagessen für entsprechende Kinder an.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Weniger loben, sondern unterstützen!)

Die Sozialbürgermeisterin erzählt – das sind erschütternde Zustände; die wollen wir nicht; es ist mit unsere Aufgabe, hier für Abhilfe zu sorgen –, dass Kinder ohne Unterwäsche in die Schule kommen und anderes, nur weil die Eltern sich das nicht leisten können.

(Abg. Margot Queitsch SPD: Dann tun Sie doch etwas!)

Deshalb müssen wir an diesen Punkten ansetzen. Da sind wir miteinander auf einer Linie. Aber – das sage ich abschließend – wir stehen auch zu unserer Linie, zu sagen: Wir können nicht jetzt, weil gerade irgendwo Geld zur Verfügung steht, dieses Geld einfach großartig über das Land verteilen.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Ich sage Ihnen nur, was Ihr Bundesfinanzminister gestern Abend gesagt hat. Diese Diskussion wird auch in Berlin geführt. Er hat das mehr an seine Genossinnen und Genossen in Berlin gerichtet: Er würde schon die erotisch verklärten Augen der Kollegen sehen, die nicht wissen, was sie jetzt mit dem Geld anfangen sollen, und das wieder großzügig verteilen wollen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Wir wissen das! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

So wollen wir Familienpolitik in Baden-Württemberg nicht betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erhält Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aufzählungen der familienpolitischen Glanzleistungen, die Frau Ministerin Stolz vorher vorgebracht hat, haben mich doch sehr an die "Wir-sind-spitze-Zeiten" unter Ministerpräsident Teufel erinnert.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wir waren damals spitze und sind es heute noch!)

Liebe Frau Sozialministerin, nach einer Erhebung des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe leben in Baden-Württemberg 150 000 Kinder von Sozialhilfe. Das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 12,6 %.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist die Realität!)

Baden-Württemberg ist somit das Bundesland mit dem stärksten Zuwachs bei der Zahl verarmter Kinder. Das muss man einfach auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das ist eine Schande – ich meine das wirklich – für ein so reiches Land wie Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vorhin ist schon angesprochen worden: Eine wachsende Anzahl von Kindern kommt ohne Frühstück in den Kindergarten oder in die Schule. Viele Kinder haben nicht die Möglichkeit, an einem warmen Mittagessen in der Schule teilzunehmen. Es geht nicht darum, dass sie nicht einmal die Fritten an der Bude um die Ecke bekommen, sondern darum, dass sie überhaupt kein warmes Essen bekommen. Da sind alle politischen Ebenen gefragt, etwas dagegen zu tun. Das geht den Bund an, das geht vor allem das Land an, und es geht die Kommunen an.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Die Eltern! – Zuruf von der CDU: Und die Schulen!)

Die Grünen haben in den vergangenen Monaten schon zwei Anträge zu den Themen "Verpflegung in Kindertageseinrichtungen" und "Schulverpflegung" eingebracht. In den Stellungnahmen zu diesen Anträgen hat die Landesregierung festgestellt, dass eine kostenlose Verpflegung in den Tageseinrichtungen eine Chance wäre, die Nachteile, die sich aus der häuslichen Situation ergeben, abzumildern. In der Stellungnahme zu dem Antrag Drucksache 14/1317 stellt das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum fest:

Schulen sind nicht nur Orte des Lernens, sondern auch Orte des Lebens und können die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen unterstützen oder aber entsprechende familiäre Defizite kompensieren. Die Schule hat somit einen Erziehungs- und Fürsorgeauftrag im Hinblick auf Ernährung und Gesundheit von Schülerinnen und Schülern.

Dieser Erziehungs- und Fürsorgeauftrag beinhaltet aber auch, dass sich das Land dafür engagiert und nicht das "Zuständigkeitspingpong" zwischen Land und Kommunen spielt. Ich nehme Ministerpräsident Oettinger beim Wort. Wenn er gemeinsam mit den Kommunen ein Paket schnüren möchte, dann müsste er eigentlich den intelligenten Vorschlägen, die gefordert waren und die wir Grünen jetzt vorgelegt haben, zustimmen. Wir haben hierzu zwei parlamentarische Initiativen auf den Weg gebracht.

Zum einen fordern wir die Einrichtung eines Sozialfonds, wie ihn andere Länder wie Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und das Saarland schon haben, mit einem Volumen von 6 Millionen € für die Laufzeit von zwei Jahren. Nur Kommunen, die sich an einem kostenlosen Essen beteiligen, haben die Möglichkeit, Zuschüsse zu beantragen. Der Eigenanteil der Eltern an den Kosten für die warme Mahlzeit soll 1 € betragen. Den Rest der Summe teilen sich Land und Kommune auf: Das Land übernimmt zwei Drittel der Kosten, die Kommune ein Drittel der Kosten. Den Kommunen ist es freigestellt, den Eigenanteil der Eltern von 1 € zu übernehmen.

Das wäre eine sinnvolle, eine intelligente Möglichkeit, das Problem "Hunger an den Schulen" – kein Kind darf hungrig in die Schule kommen – zu bekämpfen.

(Beifall bei den Grünen)

Die zweite Initiative, die wir auf den Weg gebracht haben, begehrt eine Bundesratsinitiative. Da geht es um die Erhöhung der Regelsätze für Kinder. Sie wissen, der Hartz-IV-Regelsatz für Kinder beträgt 208 €; somit sind umgerechnet 2,57 € am

(Brigitte Lösch)

Tag für Ernährung vorgesehen. Das Geld reicht nicht einmal aus für eine warme Mahlzeit, geschweige denn für ein gesundes Essen.

Ich glaube, dieses Paket ist tatsächlich ein Weg, wie man Armut bekämpfen und verhindern kann. In der Tat sollte sich ein reiches Land wie Baden-Württemberg vor der Aufgabe, Armut zu bekämpfen und zu verhindern, nicht drücken und sollte Geld in die Hand nehmen, um etwas dagegen zu tun. Das ist sinnvoller, als ca. 51 Millionen € in die Gewährleistung eines kostenlosen verpflichtenden letzten Kindergartenjahres zu stecken.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Wonnay, ich stimme an manchen Stellen mit Ihnen überein. Aber angesichts der Vielzahl der Maßnahmen, die wir derzeit gemeinsam mit den Kommunen – übrigens gemeinsam mit dem Ehrenamt, mit den Vereinen – begonnen haben, um Familien in ihrer Erziehungsfähigkeit zu stärken, sollte man nicht so nonchalant sagen, das sei alles Etikettenschwindel.

Wir sind noch nicht spitze – das habe ich Ihnen selbstverständlich zugestanden –, aber wir müssen uns doch das hohe Ziel setzen, dass wir gerade für die Familien das Land Nummer 1 bleiben. Wenn man die Wanderungsbewegung ansieht – das ist objektiv so –, sind wir das "jüngste" Land, weil wir noch Zuzug von Familien haben. Also, ganz so furchtbar schlecht kann es nicht sein, aber man kann nie so gut sein, dass man nicht noch besser werden könnte.

Jetzt wird immer wieder das Thema Ernährung herangezogen. Man muss es manchmal konkret machen. Es gibt natürlich Menschen, die sich infolge von Armut keine gesunde Ernährung leisten können.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Frau Kollegin Lösch sagt, es sei ein Skandal, dass diese Menschen Sozialhilfe brauchen. Gerade deswegen müssen wir die Grundsicherung für Kinder in eine Hand geben, damit die Eltern nicht mehr Bittsteller sind, sondern einen Anspruch an das Finanzamt, entweder auf Kindergeld oder auf einen entsprechenden Steuerfreibetrag, haben. Dann braucht man nicht wieder zig zusätzliche Progrämmehen und Programme zu machen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Darin sind wir uns doch völlig einig. Das ist aber Aufgabe des Bundes.

Jetzt kommen wir zu der Frage: Sollen wir jetzt im Land ein eigenes Programm machen, bei dem wir uns fragen müssen: Kriegt jeder einen Essenszuschuss, z. B. auch der Sohn oder die Tochter des Kollegen Wetzel? Der oder die braucht das doch gar nicht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nur die Kinder von Sozialhilfeempfängern!)

Also müsste das einkommensabhängig geregelt werden oder wie auch immer. Lasst uns das doch auf der Ebene der Kommune regeln. Dort gibt es z. B. solche Bewegungen, aus denen sich Bürgerstiftungen gegründet haben, die sich genau dieses Themas annehmen.

Ein anderer Teilaspekt: Bei manchen ist es wirklich keine Frage des Geldes, sondern man hat schlicht und einfach verlernt, gemeinsam zu kochen, zu essen und eine gesunde Ernährung sicherzustellen.

Da will ich auf unser Programm zur Stärkung der Erziehungsfähigkeit STÄRKE hinweisen. Wir wissen alle – ohne Vorwürfe; gesellschaftliche Realitäten sind heute manchmal so –, dass Erziehungsfähigkeit von den Eltern und Großeltern schlicht nicht mehr vermittelt wird. Wir als Gesellschaft und als Land müssen in der Tat mit unseren schulischen Angeboten und unseren Betreuungsangeboten versuchen, den betroffenen Familien diese Stärken zu vermitteln.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was machen Sie in der Realität? Da kriegst du ja einen Vogel!)

 Wir haben doch das Landeserziehungsgeld umgewidmet, liebe Kollegin Haußmann.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

- Meine Redezeit geht schon wieder zu Ende.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Ich möchte noch anmerken: Es ist immer charmant, wenn man darauf verweist, dass in Berlin und Rheinland-Pfalz der Kindergartenbesuch gebührenfrei ist.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Man muss schon einmal erwähnen – das hat Herr Minister Stächele heute Morgen schon gesagt –: Sie finanzieren das eigentlich mit unserem Geld.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

Das sind nämlich genau die Empfänger im Länderfinanzausgleich, während wir sparen. Langfristig müssen wir künftig mehr Geld in alle diese Bereiche –

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

frühkindliche Erziehung, Bildung, Betreuung, schulische Betreuung und Ganztagsbetreuung – hineinstecken. Das werden wir aber erst können – da sind wir schon weit –, wenn wir uns vieles an Schuldzinsen ersparen, damit wir für die Kinder und für die Familien in unserem Land wieder mehr Geld zur Verfügung stellen können.

(Zuruf der Abg. Margot Queitsch SPD)

Auch den Kommunen geht es ja Gott sei Dank finanziell im Moment etwas besser. Wenn man dann noch diese Bürgerstiftungen, Vereine und alle anderen Angebote vor Ort bündelt, dann werden wir auch die finanziellen Ressourcen haben und (Dr. Ulrich Noll)

brauchen keine neuen Schulden zu machen, um unseren Familien und unseren Kindern gute Zukunftsperspektiven zu bieten; denn das ist für sie das Allerwichtigste. Für Zukunft gilt: Bildung, Bildung, Bildung! Das ist der Schlüssel für die Zukunft unserer Kinder und unserer Familien.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, die Aktuelle Debatte unter Punkt 2 der Tagesordnung ist damit beendet.

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Reform des muttersprachlichen Unterrichts in Baden-Württemberg – Drucksache 14/1104

Dazu rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/1958, auf.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten und in der Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung des Antrags erteile ich Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema "Muttersprachlicher Unterricht" beschäftigt uns als Landtag immer wieder. Erst vor rund einem Dreivierteljahr hatten wir dazu eine Aktuelle Debatte. Sie wurde dadurch ausgelöst, dass der Integrationsbeauftragte der Landesregierung, Justizminister Dr. Goll, sich in einer wirklich unerträglich populistischen Weise

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Aber nur aus der Sicht der Grünen!)

der Forderung des Rastatter Oberbürgermeisters angeschlossen hat,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

den muttersprachlichen Unterricht zugunsten einer besseren Deutschförderung von Migrantenkindern abzuschaffen. Das war eine ganz plumpe, populistische Forderung,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die war weder plump noch populistisch!)

die weder den Schülern noch der Integrationspolitik im Land gerecht wurde.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Gunter Kaufmann SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Gegenruf des Abg. Gunter Kaufmann SPD: Falsch war es!)

- Würden Sie bitte hier nicht herumkrakeelen, Herr Dr. Wetzel.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Bei der Wahrheit bleiben, liebe Frau Rastätter!)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, sage ich gleich zu Beginn meiner Ausführungen: Die bessere Sprachförderung der deutschen Sprache und der muttersprachliche Unterricht dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beides – die intensive Sprachförderung der deutschen Sprache und die Förderung der Muttersprache – müssen verpflichtende Bestandteile einer bildungspolitischen Integrationspolitik sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Es ist natürlich richtig, dass die Bildungspolitik in unserem Land in den letzten Jahrzehnten völlig versagt hat.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Was? Warum sind wir dann bei PISA so gut? – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Haben Sie nicht zugehört? – Weitere Zurufe)

Wir haben einen eklatanten Mangel bei der Bildungsbeteiligung von Migrantenkindern. Schlimmer noch: Die Bildungsintegration stagniert seit Mitte der Achtzigerjahre, und das ist gerade für unser Bundesland fatal. In Baden-Württemberg haben ja 33 % der unter 18-Jährigen einen Migrationshintergrund.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es richtig, dass jetzt endlich die Sprachförderung verbessert wird und dass mehr in die frühkindliche Bildung investiert wird.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Machen wir ja!)

Mehr Sprachförderung in der vorschulischen Bildung, mehr Sprachförderung in der Grundschule und in der Hauptschule, das ist der richtige Weg.

Meine Damen und Herren, in den Zielen sind wir uns hier durchaus alle einig, auch wenn wir zum Teil unterschiedliche Vorstellungen darüber haben, was den Einsatz der Mittel und die Wege in diese Richtung angeht.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Für eine bessere Bildungsbeteiligung der Kinder mit Migrationshintergrund ist aber auch die Überwindung der frühen sozialen Auslese notwendig. Wir appellieren deshalb an Sie, auch in diesem Bereich endlich Ihre Denkblockaden aufzugeben. Beim Vorsitzenden der Fraktion der FDP/DVP ist diese Denkblockade ja zum Glück schon aufgebrochen.

Meine Damen und Herren, im Grundsatz sind wir uns – abgesehen vom Integrationsbeauftragten – auch einig darüber, dass der muttersprachliche Unterricht einen wichtigen Stellenwert für die Kinder mit Migrationshintergrund hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Für uns Grüne ist die Muttersprache ein Teil ihrer kulturellen Identität. Außerdem stellt die Sprachenvielfalt in unserer Gesellschaft einen Reichtum für alle Menschen in unserem Land dar, der wertgeschätzt werden muss.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Schließlich: Sie wissen auch, dass es Hinweise aus der Wissenschaft gibt, dass eine gute Förderung in der Muttersprache

(Renate Rastätter)

auch beim Erwerb der Zweitsprache Deutsch erhebliche Unterstützung leistet. Deshalb müssen wir den muttersprachlichen Unterricht in Baden-Württemberg dringend reformieren. Wir haben seit Jahrzehnten das sogenannte Konsulatsmodell, und dieses auf Rückkehr abzielende Konsulatsmodell ist rückwärtsgewandt. Eine solche Orientierung auf eine Wiedereingliederung in die früheren Herkunftsländer

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das hat der Kultusminister bemängelt!)

ist erstens völlig überholt und zweitens mit den Zielen einer Integrationsgesellschaft nicht vereinbar.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, schauen wir uns doch die Fakten an.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sie nehmen die Fakten gar nicht zur Kenntnis!)

Der muttersprachliche Unterricht unterliegt nicht der staatlichen Schulaufsicht. Die Curricula werden ausschließlich von den Herkunftsländern gemacht und auch dort verantwortet.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das ist auch richtig!)

Die muttersprachlichen Lehrkräfte werden von dort aus auf fünf Jahre entsandt. Wir wissen, dass es in der Praxis oft ein, zwei Jahre dauert, bis sie hier überhaupt einigermaßen integriert sind, und dann müssen sie sich allmählich schon wieder auf die Rückkehr vorbereiten. Ein solches Modell ist also eigentlich mit unserer Integrationsgesellschaft nicht mehr länger vereinbar.

(Glocke des Präsidenten – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Schrecklich!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin Rastätter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Im Augenblick nicht, Herr Kluck. Nicht in jeder Debatte. Vielen Dank.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Im Augenblick nicht, Herr Kollege.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Deshalb ist unsere wichtigste Forderung in unserem Antrag, der Ihnen heute vorliegt: Der muttersprachliche Unterricht muss in Baden-Württemberg schrittweise in das Regelangebot an den Schulen übernommen werden.

Die zweitwichtigste Forderung lautet: Der muttersprachliche Unterricht in Baden-Württemberg muss endlich unter die staatliche Schulaufsicht gestellt werden.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Nur wenn die Grünen bestimmen können! Nur dann! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Auch dann nicht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das fordern bei uns nicht nur die Migrationsverbände, sondern das fordert auch der Städtetag.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Ich möchte insbesondere betonen, dass auch die Föderation der Vereine Türkischer Elternbeiräte in Württemberg und die Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg das ebenfalls schon fordern.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir sollten uns doch darüber freuen, dass diejenigen, denen oft unterstellt wird, sie würden sich in unserer Gesellschaft eher abschotten,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

ganz klar sagen: Wir wollen den muttersprachlichen Unterricht hier im staatlichen Schulsystem stärker integriert haben. Das ist ein positives Signal in der Integrationsgesellschaft, finde ich.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe es schon angedeutet: Die Integration des muttersprachlichen Unterrichts wird natürlich nur schrittweise erfolgen können. Z. B. müssen in einem ersten Schritt die Muttersprachen vermehrt regulär als zweite und dritte Fremdsprache an den Schulen angeboten werden. Das ist mit den regulären Deputaten an der Schule leistbar.

Zweitens: In den Arbeitsgemeinschaften der Schule müssen die muttersprachlichen Angebote als reguläres Angebot integriert werden. Dazu müsste auch der Ergänzungsbereich mit den dafür notwendigen Stunden herangezogen werden.

In der Ganztagsschule können wir die Muttersprachen sehr gut als erweiterte Bildungsangebote integrieren. Dazu können wir auch Lehrbeauftragtenmittel und Jugendbegleitermittel in Anspruch nehmen. Schließlich kann auch auf die Mittel der Konsulate zurückgegriffen werden, indem wir die Konsulate für das Modell einer stärkeren Integration gewinnen.

Wir sehen auch, dass schon heute vom italienischen Generalkonsulat der muttersprachliche Unterricht auch für deutsche Kinder und für Kinder anderer Herkunft geöffnet wird.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Haben Sie mit denen geredet? – Gegenruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

– Ja, mit denen habe ich geredet. – Das ist genau der Weg, den bereits einige Konsulate vorschlagen. Deshalb gilt es jetzt, Herr Staatssekretär Wacker, endlich auch im Kultusministerium für Bewegung zu sorgen, damit wir diesen schrittweisen Übergang zu einem Regelangebot an den Schulen schaffen. Wir müssen unserer staatlichen Verantwortung gerecht werden. Es kann nicht sein, dass ein Angebot, das an den Schulen eingerichtet wird, so ausgestaltet ist, dass wir überhaupt nicht wissen, was in den betreffenden Stunden passiert. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass das Angebot Bestandteil unserer staatlichen Bildungspolitik wird.

(Renate Rastätter)

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann wird das aber Konsequenzen bis zum Abitur haben! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wir brauchen außerdem – auch das ist ein Bestandteil der Eckpunkte, die wir heute vorgelegt haben – mehr Muttersprachler unter unseren Lehrkräften. Ich habe schon gesagt: Wir haben bei den Erwachsenen insgesamt einen Migrationsanteil von 25 % in unserer Gesellschaft.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Multikulti!)

Aber Lehrkräfte mit Migrationshintergrund können wir nach wie vor mit der Lupe suchen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir machen Türkisch zum Abifach! – Gegenruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Was wäre daran schlimm?)

Das heißt, wir müssen die Förderung auch so ausrichten, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund Lehrer oder Lehrerin werden. Auch sie können dann die Aufgabe des muttersprachlichen Unterrichts regulär im Unterricht leisten. Dazu müssen Sie Anstrengungen leisten. Diese haben Sie bisher völlig vernachlässigt.

Ich fasse zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wer den muttersprachlichen Unterricht wertschätzt, was Sie ja inzwischen zum Glück tun, muss ihn auch reformieren wollen. Ein muttersprachlicher Unterricht, der nach einem Modell der Rückkehr in die Herkunftsländer ausgestaltet ist, ist nicht zukunftsfähig in der Integrationsgesellschaft. Deshalb bitte ich Sie heute, unserem Antrag zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Frau Abg. Krueger von der CDU-Fraktion.

Abg. Andrea Krueger CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Rastätter hat richtigerweise darauf hingewiesen: Es ist noch nicht allzu lange her, dass wir über genau das gleiche Thema diskutiert haben. Das war im März. Auslöser waren vielleicht weniger Aussagen des Justizministers als vielmehr die Weigerung des – jedenfalls damals von den Bürgerinnen und Bürgern noch gewählten – Oberbürgermeisters von Rastatt, Schulräume für den muttersprachlichen Unterricht zur Verfügung zu stellen.

Inzwischen ist diese Frage ja auf dem Klageweg geklärt.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Der Verwaltungsgerichtshof hat am 19. Oktober zumindest einmal im Wege einer einstweiligen Verfügung klargestellt und dies auch der Stadt Rastatt ins Stammbuch geschrieben, dass die Schulräume zur Verfügung zu stellen sind.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Hat Sie das Urteil verwundert? – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich vermute einmal, dass der Streit mit dem inzwischen gewählten Oberbürgermeister sicherlich nicht in der gleichen Weise eskaliert wäre. Denn Herr Pütsch hat ja auch schon relativ früh deutlich gemacht,

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

dass er die Berechtigung des muttersprachlichen Unterrichts für Kinder mit Migrationshintergrund anerkennt und auch bereit sein wird, Klassenräume zur Verfügung zu stellen.

Was an der einstweiligen Verfügung des VGH auch interessant war: Der VGH hat klargestellt, dass die Frage, ob muttersprachlicher Unterricht schulpolitisch und integrationspolitisch sinnvoll und geboten scheint, allein in der Kultushoheit des Landes zu entscheiden ist.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Das hätten Sie der Stadt Rastatt sagen sollen!)

Wir haben in der Plenarsitzung am 15. März 2007 sehr wohl vor dem Hintergrund diskutiert, dass es ein Spannungsfeld zwischen muttersprachlichem Unterricht auf der einen Seite und Integration auf der anderen Seite gibt – Integration in unser Land, unsere Gesellschaft und unsere Sprache. Dem steht die Verbindung zu den Herkunftsländern und den Herkunftskulturen über den muttersprachlichen Unterricht gegenüber.

Wir haben uns damals dennoch für die Weiterführung des muttersprachlichen Unterrichts im Konsulatsmodell ausgesprochen. Ich glaube schon, dass das bis heute seine Richtigkeit hat

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Schauen Sie sich einmal die Qualität des muttersprachlichen Unterrichts an!)

Denn unsere Aufgabe als Land und die zentrale Aufgabe der Schule bleibt es eben, Kindern – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – die solide Beherrschung der deutschen Sprache zu vermitteln.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ganz ohne Zweifel – das hat auch Frau Kollegin Rastätter eingeräumt – sind gute Deutschkenntnisse natürlich der Schlüssel zu Bildung; sie sind ausschlaggebend für den schulischen Erfolg

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Richtig!)

und im Weiteren natürlich auch für den beruflichen Erfolg und bilden die Basis für eine gelingende Integration.

Ich will jetzt nicht nochmals darauf eingehen, welchen Herausforderungen wir da gegenüberstehen. Das wissen wir, glaube ich, alle. In der Plenardebatte im März habe ich deutlich gemacht, was wir an integrationspolitischen Leistungen erbringen und welche Maßnahmen wir dabei ergreifen, und will das jetzt nicht wiederholen.

Selbstverständlich ist Mehrsprachigkeit bei Kindern auch ein Potenzial, das es ebenfalls zu nutzen und zu fördern gilt.

(Abg. Alfred Winkler und Abg. Gunter Kaufmann SPD: Eben!)

(Andrea Krueger)

Wir alle wissen: Als Exportland – jetzt hätte ich fast gesagt: als Exportnation – sind wir auf dem nationalen wie auch auf dem europäischen Markt unterwegs. Da gehört es für die Konkurrenzfähigkeit in Wirtschaft und Arbeitsmarkt einfach dazu, mehrsprachig zu sein.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Richtig!)

Aber ganz unabhängig davon: Das ist an baden-württembergischen Schulen bereits Realität. Wir haben ohnehin vielfach schon die unterschiedlichsten Sprachangebote – von Italienisch über Spanisch und Russisch bis hin zu Türkisch – in den unterschiedlichsten Schulen und Schultypen im Rahmen des Regelunterrichts.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Nur an Gymnasien!– Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

– Auch an anderen Schulformen, liebe Kollegin Rastätter.

Auch die Kooperation zwischen den Lehrkräften des muttersprachlichen Unterrichts und der Regelschule ist gewährleistet. Da ist die Realität doch wirklich ein bisschen anders, als Sie das vorhin beschrieben haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Ich selbst vertrete einen Wahlkreis, in dem nicht ganz wenige Kinder mit Migrationshintergrund leben. Da gibt es natürlich sehr viel muttersprachlichen Unterricht. Ich habe selten so viel Engagement erlebt wie gerade bei diesen Lehrkräften – weit über das hinaus, was im Konsulatsunterricht erfolgt –: in der Kooperation mit der Schule, aber auch, was das gesellschaftliche Engagement betrifft. Das will ich an dieser Stelle einfach einmal sagen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Da muss man etwas draus machen!)

Etwas zur Finanzierung zu sagen, spare ich mir jetzt, weil meine Redezeit zu Ende geht. Die Vorstellungen, die Sie dazu entwickeln, sind absurd und gehen zulasten des Regelunterrichts. Wenn ich mir das vorstelle: Sie wollen den Regelunterricht aus dem Ausland heraus finanzieren lassen – Regelunterricht in Baden-Württemberg! Es tut mir leid, ich bin der Meinung, dass Schule Sache des Landes ist, aber nicht Sache

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der Konsulate, genau!)

irgendwelcher anderer Nationen oder Regierungen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Noch etwas am Rande – als Stuttgarter Abgeordnete kann ich Ihnen das sagen –: In Stuttgart wohnen heute Menschen aus 170 oder 180 Nationen. Wie viele Muttersprachen das jetzt sind, weiß ich nicht genau – es werden ein paar weniger sein.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Hier steht: "bedarfsorientiert"! – Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Muttersprachlicher Unterricht ist freiwillig; das darf man vielleicht auch noch einmal betonen. Wenn all diese Menschen muttersprachlichen Unterricht als Regelunterricht an der Schu-

le haben wollten, dann hielte ich dies, mit Verlaub, für vermessen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das hat auch niemand gefordert!)

Bei der Diskussion über den Sprachenunterricht an der Rheinschiene haben Sie uns immer eine Überforderung der Kinder vorgeworfen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Oh ja!)

Wenn Sie die Sprachvermittlung jetzt auf diese Weise regeln wollen, kann ich das nicht nachvollziehen und finde das nach wie vor inkonsequent. Das ist nicht der Weg, den die CDU beschreiten wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kaufmann das Wort.

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt einen Punkt, über den wir uns nicht streiten müssen: Schulkarrieren und Bildungschancen in Deutschland hängen davon ab, wie gut die deutsche Sprache beherrscht wird. Die deutsche Sprache hat Priorität Nummer 1.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP und Karl Zimmermann CDU)

Darüber gibt es keine Diskussion. Es ist aber ein großer Fehler, die Herkunftssprache und die deutsche Sprache gegeneinander auszuspielen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Das widerspricht auch den Erkenntnissen der Spracherwerbsforschung. Es wurde vorhin schon gesagt: Wir haben nicht das Problem, dass die jungen Leute zwei Sprachen beherrschen, sondern wir haben eher das Problem der doppelten Halbsprachigkeit, also dass sie keine Sprache richtig können.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Doppelhalbsprachigkeit!)

Aber unser Gehirn ist durchaus in der Lage, mehrere Sprachen zu verkraften. Die nehmen einander keinen Platz weg.

(Beifall bei der SPD – Abg. Thomas Knapp SPD: Das kommt auf das Gehirn an!)

Der muttersprachliche Unterricht wurde vor 30 Jahren durch die entsprechende EU-Verordnung eingeführt. Das war damals als Rückkehrhilfe vorgesehen; das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen. Die damals zugrunde liegende Situation besteht heute nicht mehr.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Heute hat dieser Unterricht eine ganz andere Funktion. Er hat die Funktion, die Identitäts- und Persönlichkeitsentwicklung zu fördern und die Mehrsprachigkeit zu unterstützen. Das ist (Gunter Kaufmann)

ein bildungspolitisches Ziel, dem Sie sich einfach auch stellen sollten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ein Blick über unsere Landesgrenze zeigt: In Rheinland-Pfalz hat man das erkannt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das ist das Gelobte Land der SPD! – Gegenruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie haben dort doch mitregiert!)

Dort hat man auch die Verwaltungsvorschrift für den Unterricht von Schülern mit Migrationshintergrund unlängst neu gefasst. Ich darf Ihnen einfach einmal die Kerninhalte zur Kenntnis geben:

Muttersprachlicher Zusatzunterricht ist eine Aufgabe des Landes und unterliegt seiner Aufsicht und findet grundsätzlich an Schulen statt.

(Abg. Andrea Krueger CDU: An, nicht in!)

Lehrkräfte haben in der Regel einen Angestelltenvertrag mit dem Land, in wenigen Fällen gibt es Gestellungsverträge mit den Konsulaten. Alle Lehrer müssen die deutsche Sprache beherrschen. Kenntnisse in der Muttersprache werden im Zeugnis der Schüler bescheinigt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aha!)

Für Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen gibt es bis Klasse 10 eine besondere Sprachförderung.

Meine Damen und Herren, wir sind bereit, auch einen solchen Weg zu gehen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das machen wir doch längst!)

Wir unterstützen auch das Anliegen, das in dem Antrag der Grünen zum Ausdruck kommt, schrittweise und bedarfsorientiert den muttersprachlichen Unterricht in das Regelangebot der Schule zu integrieren. Langfristig wird kein Weg daran vorbeiführen, ihn zu einem fakultativen Fremdsprachenangebot auszuweiten oder aufzuwerten. Er muss curricular abgestimmt werden, er muss unter staatlicher Aufsicht stehen, und er muss langfristig ein ganz normales Angebot für die Kinder werden, die mit einer anderen Herkunftssprache hier leben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie wollen Sie mit 90 Sprachen zurechtkommen?)

Auch die Ganztagsschulen – darauf wurde vorhin hingewiesen – haben die Möglichkeit, das in ihr Angebot aufzunehmen. Es spricht auch nichts dagegen, Abschlussprüfungen mit Türkisch als Fremdsprache zu machen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aha! Auch im Abitur?)

- Auch im Abitur.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann sagen Sie das! Jawohl!)

Wenn jemand Deutsch, Englisch und Türkisch im Abitur hat, dann ist er nicht schlechter für ein Studium vorbereitet als andere. Das bitte ich Sie einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt kommt die Katze aus dem Sack! – Gegenruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Was ist daran schlecht?)

Wir haben vorhin schon auf die Diskussion über die Situation in Rastatt verwiesen. In Rastatt hat man in der Tat einen pädagogisch unverantwortlichen Beschluss gefasst. Politisch war er sowieso unverständlich. Aber jetzt kommt hinzu: Der Gemeinderatsbeschluss war auch rechtlich unzulässig. Ich habe aber den Hinweis der Landesregierung vermisst, dass dies rechtlich unzulässig ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Insofern war es durchaus kein Ruhmesblatt, dass Sie immer wieder darauf hingewiesen haben, es liege in der Freiwilligkeit des Schulträgers, ob er Schulräume zur Verfügung stellt oder nicht. Dem ist nicht so.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Dafür gibt es Gerichte, die darüber entscheiden!)

Schulträger dürfen die bildungspolitischen Zielsetzungen der Landesregierung nicht unterlaufen. Sie haben versäumt, darauf hinzuweisen.

(Beifall bei der SPD)

Insbesondere – das will ich zur FDP/DVP sagen – Ihr Justizminister, Ihr Integrationsbeauftragter hat volles Verständnis für die Position der Stadt Rastatt gezeigt. Da frage ich mich: Wäre er – dazu noch als Justizminister, der für Recht zuständig ist – hierfür nicht auch von Ihnen zu kritisieren?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Norbert Zeller SPD: Er hat nicht einmal das Recht!)

Von der integrationspolitischen Seite, also von der Frage, ob es vernünftig war, was er dazu gesagt hat, will ich hier erst gar nicht reden. Aber er hat eine rechtlich unzulässige Auffassung toleriert und hat das noch unterstützt. Sie sollten einmal dazu Stellung nehmen und sagen, wie Sie das heute sehen. Das wäre Ihre Aufgabe.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das ist eine Verkennung der Situation! – Abg. Alfred Winkler SPD: Schweigen im Walde!)

Meine Damen und Herren, wir haben in unserem Bildungssystem das grundsätzliche Problem – das betrifft auch Kinder mit Migrationshintergrund –, dass es uns noch nicht in ausreichendem Umfang gelungen ist, Bildungserfolg von der sozialen Herkunft unabhängig zu machen.

(Gunter Kaufmann)

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das liegt aber nicht am muttersprachlichen Unterricht! Mit Sicherheit nicht!)

Das ist die große Aufgabe. Darunter leiden die Kinder aus bildungsferneren Schichten, die in unserem Schulsystem nicht zurechtkommen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das hat doch nichts mit muttersprachlichem Unterricht zu tun!)

Das hat im Übrigen auch die Präsidentin des Statistischen Landesamts in einem bemerkenswerten Aufsatz festgestellt:

Bildungsferne Schichten haben es schwer, in unserem Bildungssystem Fuß zu fassen. Der enge Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft sollte für uns die zentrale Herausforderung darstellen.

Daran haben wir zu arbeiten, meine Damen und Herren. Das wäre der vernünftige Weg.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das liegt an den Hausaufgaben, nicht am muttersprachlichen Unterricht!)

Deshalb können wir auch das Anliegen, das hier zum Ausdruck kommt, grundsätzlich unterstützen, wobei es in den einzelnen Fragestellungen sicherlich noch Modifizierungen gibt. Da muss man nicht jedes Komma und jeden Punkt genau übernehmen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So weit kommen wir gar nicht! Da müssen Sie keine Sorge haben!)

Aber die Zielrichtung stimmt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold das Wort.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt warte ich schon zwei Tage auf den Kollegen Kluck! Der kommt nicht! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Der Justizminister ist reif für den Rücktritt! Wo ist er denn? Ist er im Urlaub? – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nein, er ist auf der Justizministerkonferenz! Das können Sie uns nicht vorwerfen!)

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Rastätter, Sie machen mir wirklich Spaß. Sie haben jetzt wieder ganz massiv unseren Justizminister angegriffen, wie schon in der Debatte im März 2007. Das Thema wurde ja schon angesprochen. Dabei hat er nur das gemacht, was Sie heute auch machen. Er hat die Frage gestellt: Ist der derzeitige Konsulatsunterricht noch zeitgemäß? Ist er nicht vielmehr ein Integrationshindernis?

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: So ist es!)

Genau diese Frage haben Sie heute auch gestellt. Wir freuen uns über diese Kehrtwende, aber Sie sollten schon ehrlich sein.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Er wollte die Mittel für den muttersprachlichen Unterricht streichen! Das ist etwas ganz anderes! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Lassen Sie sie doch einmal ausreden!)

– Lassen Sie mich einmal ausreden. – Sie haben durch Ihren massiven Angriff und durch Ihre Haltung in dieser Landtagsdebatte entscheidend dazu beigetragen, dass das Konsulatsmodell mehrheitlich im Landtag bestätigt worden ist, und jetzt wollen Sie die Kehrtwende. Das müssen Sie uns erst einmal erklären.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Was Herrn Professor Goll und seine Fähigkeiten als Justizminister anbelangt, möchte ich Sie auf Folgendes hinweisen: Das Urteil – ich habe hier einiges in der Hand –, das Sie soeben zitiert haben, ist eine vorläufige Anordnung. Die Entscheidung in der Hauptsache hat noch gar nicht stattgefunden. Diese muss erst stattfinden. Es ist eine einstweilige Anordnung, damit die Nachteile, die der türkischen Gruppe hier entstehen, nicht zu groß werden. Das heißt, das Hauptsacheurteil ist noch gar nicht gesprochen. Das sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Setzen Sie auf eine andere Lösung?)

Meine Damen und Herren, jetzt zum eigentlichen Thema. Wir haben einen Antrag vorliegen. Ich habe eben schon erläutert, dass dieser in meinen Augen eine Kehrtwende darstellt. Wir begrüßen dies, und wir begrüßen den Erkenntniszugewinn, der daraus ersichtlich ist.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das haben wir schon seit zehn Jahren gefordert!)

Frau Rastätter, auch Sie stellen jetzt die Frage: Ist dieser Konsulatsunterricht eigentlich noch zeitgemäß?

Sie haben in Ihrem Antrag einiges angesprochen, das durchaus unsere Unterstützung findet – das wurde auch von meinen Vorrednern schon erwähnt –: Mehrsprachigkeit mit Blick auf den Europäischen Binnenmarkt, bilinguale Schulen, mehr Migranten, die als Lehrer tätig werden, Verhandlungen mit den Konsulaten – alles d'accord! Aber eines müssen Sie mir einmal ein bisschen konkreter erklären – Frau Krueger hat es ja auch schon angesprochen –: Ich habe hier ein konkretes Beispiel zu dem, was Frau Krueger sagte. In einer Grundschule in Stuttgart mit 450 Schülern haben wir 37 verschiedene Herkunftssprachen. Jetzt möchte ich doch gern einmal von Ihnen erklärt bekommen, wie Sie das in den regulären Unterricht einbauen wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Nicht ganz sauber!)

Muttersprachlicher Unterricht, meine Damen und Herren, ist in jedem Fall sinnvoll; völlig klar! Aber im zweiten Teil Ihres Antrags, dem Beschlussteil, fordern Sie – ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren –,

(Dr. Birgit Arnold)

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der braucht keine Erlaubnis zu geben!)

alle EU-Staaten zu verpflichten, Kindern mit Migrationshintergrund gleiche Bildungschancen zu gewähren.

Wir müssen nicht erst über die EU verpflichtet werden, diese Aufgabe zu erfüllen; wir erfüllen diese Pflichtaufgabe längst. Wir sind längst dabei, genau diese Pflicht zu erfüllen.

Wir wissen: Ein schulisches Angebot in unserem Land muss allen Kindern eine erfolgreiche Bildungslaufbahn ermöglichen, unabhängig davon, welchen sozialen und ethnischen Hintergrund sie haben. Hierzu müssen diese Kinder aber zunächst einmal ausreichend Deutsch können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das ist unsere Pflichtaufgabe. Wir haben in der gestrigen Debatte schon festgestellt, dass diese Pflichtaufgabe bereits mit dem Eintritt in den Kindergarten beginnt, und haben uns klargemacht, wie viel gerade in diesem Bereich noch zu tun ist – im Kindergarten, in der Grundschule, in der Hauptschule –, damit die Kinder richtig Deutsch sprechen lernen. Hierfür zu sorgen, ist unsere Pflicht, und dieser Pflicht kommen wir nach.

Ich möchte noch ein Problem ansprechen, das mich im Moment sehr intensiv beschäftigt und mir große Sorgen bereitet. Ich glaube, ursprünglich sind wir alle einmal davon ausgegangen, dass sich Menschen aus anderen Ländern, die bereits in der dritten Generation in diesem Land leben, weitgehend integriert haben sollten. Aber tatsächlich findet eine gegenläufige Entwicklung statt.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Gerade in der dritten Generation der Migrantinnen und Migranten in unserem Land, der Enkelgeneration, stellen wir eine Entwicklung fest, die uns mit großer Sorge erfüllt. Die Parallelgesellschaften haben sich so verfestigt, dass etwa junge Frauen, die – mehrheitlich aus der Türkei – nach Deutschland kommen, um hier verheiratet zu werden, hier in Deutschland dann ein türkisches Leben leben können, ohne ein einziges deutsches Wort zu sprechen. Diese Frauen jedoch sind die Mütter der uns anvertrauten Kinder. Jedes dritte Kind unter fünf Jahren ist heute ein Kind mit Migrationshintergrund. Das bedeutet, dass diese Kinder nur dann reale Bildungschancen in unserem Land haben, wenn wir auch an die Elterngeneration herantreten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir freuen uns über jeden, der zu uns kommt. Damit es nicht falsch verstanden wird: Wir betrachten jeden türkischen Mitbürger und jede türkische Mitbürgerin in unserem Land als eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Aber wir müssen der jungen türkischen Elterngeneration klarmachen,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Warum immer nur der türkischen?)

dass sie mithelfen muss, um den Bildungserfolg ihrer Kinder zu gewährleisten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Diese jungen Mütter müssen also zunächst einmal Deutsch lernen, denn sonst können sie diese Aufgabe ja gar nicht leisten

Wie so etwas aussehen kann – und damit möchte ich meine Rede schließen –, ist mir gerade in Form einer Einladung auf den Tisch gelegt worden. Die Robert Bosch Stiftung wird am 5. Dezember 2007 den Deutschen Schulpreis 2006 verleihen. Der Hintergrund ist: Eine Grundschule in Dortmund bekommt den Preis deshalb – und hier möchte ich mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren –:

(Abg. Ingo Rust SPD: Das brauchen Sie gar nicht! – Abg. Norbert Zeller SPD: Sie dürfen ohne Erlaubnis zitieren!)

Schon neun Monate vor der Einschulung macht sich die Schule mit Lebenssituation und Entwicklungsstand der Kinder vertraut, und sie berät die Eltern

- und zwar die Eltern aller Kinder. Diese Kinder

... stammen aus über 20 Nationen, für vier von fünf ist Deutsch nicht die Muttersprache, viele kommen aus mehrfach belasteten Familien. Hier ist klar, dass Deutsch lesen, sprechen und schreiben zu können vorrangige Bedeutung hat.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sehr richtig!)

Hier ist klar, dass Gewalt geächtet wird und dass Leistung gefragt ist. Die Elternarbeit sucht ihresgleichen.

Für all das erhält die Grundschule diesen Preis.

Das ist unsere Aufgabe, zusätzlich zum Deutschunterricht für alle Kinder an unseren Schulen. Dieser Aufgabe müssen wir uns erst einmal stellen.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn wir diese Pflicht erfüllt haben, dann können wir die Kür ablegen und schauen, wie viel Mehrsprachigkeit wir noch unterstützen und anbieten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will nur darauf hinweisen, dass nach unserer Geschäftsordnung nicht die Genehmigung des Präsidenten vorliegen muss, wenn ein Redner zitieren möchte.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nur in der Aktuellen Debatte, dann aber ja, Herr Präsident!)

Diese Floskel hat sich als schöner parlamentarischer Brauch eingeprägt, und mich freut sie auch immer wieder, obwohl ich

(Stelly. Präsident Wolfgang Drexler)

ja nie Nein sage. Ich wollte nur auf diese Tatsache hinweisen. Im Moment haben wir ja keine Aktuelle Debatte. In einer Aktuellen Debatte soll man seine Rede ja ohnehin frei vortragen. Im Rahmen einer normalen Plenardebatte bedarf das Zitieren nicht der Genehmigung des Präsidenten. Das wollte ich nur im Sinne der Zeitersparnis – die Redezeit beträgt ja meistens nur fünf Minuten – anführen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sagen Sie doch einmal Nein!)

Das Wort für die Landesregierung erteile ich nun Herrn Staatssekretär Wacker.

Staatssekretär Georg Wacker: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal bedanke ich mich für die Genehmigung des Präsidenten, nun meinen Redebeitrag leisten zu dürfen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Auch ohne Genehmigung!)

Ich darf aber jetzt in dieses ernste Thema einsteigen und bin zunächst einmal dankbar, dass wir uns in vielen Fragen über die Bedeutung des muttersprachlichen Unterrichts sehr einig sind. Wir waren uns auch in der letzten Debatte, die wir im März dieses Jahres geführt haben, weitgehend über die Zielsetzung des muttersprachlichen Unterrichts einig. Insofern gehe ich zunächst einmal auf die Aspekte ein, bei denen wir sehr schnell einen Konsens erzielen. Dann gehe ich aber auch gern auf die Streitpunkte ein, bei denen wir am Ende mit großer Wahrscheinlichkeit keinen Konsens erzielen werden.

Zunächst einmal könnte man diese Debatte, meine Damen und Herren, auch unter die Überschrift setzen: "Wie gelingt in unserem Bildungssystem die Integration am besten?" Wir sind uns, glaube ich, auch sehr schnell darin einig, dass die Sprache, das Erlernen der deutschen Sprache, der entscheidende Schlüssel für eine gelingende Integration und die wichtigste Voraussetzung für eine gelingende Bildungsbiografie ist. Dass noch weitere Aspekte für einen Integrationsprozess wichtig sind, ist natürlich auch völlig unbestritten. Aber jedes Kind, das hier leben möchte, muss die Voraussetzungen erfüllen und muss in erster Linie die deutsche Sprache erlernen.

Deswegen haben wir viele Förderkonzepte schon seit vielen Jahren hierauf ausgerichtet. Bereits gestern sind in der Debatte viele Aspekte diesbezüglich erwähnt worden. Ich kann den Orientierungsplan erwähnen. Ich kann das Konzept "Schulreifes Kind" erwähnen. Ich kann darüber hinaus auch die Förderklassen und -kurse an unseren Grundschulen erwähnen, die diesem Integrationsaspekt und dem besonderen Förderbedarf Rechnung tragen. Damit ist klar, dass die frühe Sprachförderung letztlich die wichtigste Grundlage für die gelingende Bildungsbiografie ist.

Die Einführung der Fremdsprachen an unseren Grundschulen – um ein weiteres Beispiel zu erwähnen – ist auch ein wichtiger Beitrag dazu, dass Kinder die Grundlagen dafür bekommen, auch in Mehrsprachigkeit aufzuwachsen. Der systematische, schrittweise Ausbau der bilingualen Züge an unseren Schulen ist ebenfalls ein Aspekt, der in diesem Zusammenhang erwähnt werden muss.

Klar ist: Das Erlernen der deutschen Sprache und daneben die Förderung der Mehrsprachigkeit sind zwei Seiten einer Medaille, die untrennbar zusammengehören.

Sprache, meine Damen und Herren, ist allerdings immer auch Kultur und damit Teil der persönlichen Identität. In einem zusammenwachsenden Europa und bei weltweit zunehmender Verflechtung ist die Beherrschung mehrerer Sprachen deshalb für jeden Einzelnen wichtig und stellt eine Bereicherung dar. Unsere exportorientierte Wirtschaft ist auch auf Mehrsprachigkeit der Menschen – der Kinder von heute und damit der späteren Beschäftigen – angewiesen.

Deswegen stellen wir, meine Damen und Herren, auch das praktizierte Konsulatsmodell im Zusammenhang mit dem muttersprachlichen Unterricht keineswegs infrage. Wir haben hiermit insgesamt gute bis sehr gute Erfahrungen an unseren Schulen gemacht. Durch den regelmäßigen Dialog unseres Hauses mit den Konsulaten ist auch vor Ort eine Weiterentwicklung möglich. Wenn die verantwortlichen Personen vor Ort auch bereit sind, miteinander zu kooperieren, wenn die muttersprachlichen Lehrkräfte mit den Lehrkräften, die unter unserer Dienstaufsicht stehen, gut zusammenarbeiten, kann auch gewährleistet werden, dass die eine Hand weiß, was die andere Hand in dieser Schule leistet.

Deswegen ist auch ganz klar, meine Damen und Herren, dass der muttersprachliche Unterricht – und wir haben in diesem Zusammenhang insbesondere über die Bedeutung der Muttersprache diskutiert – natürlich nur ein Aspekt des Konsulatsmodells ist. Ein weiterer Aspekt und Bestandteil des muttersprachlichen Unterrichts, für den ausschließlich die Konsulate die Verantwortung tragen, ist die Pflege der eigenen kulturellen Identität. So etwas wie Heimatkunde, Heimatgeschichte, das Untersuchen der eigenen Wurzeln, der Herkunft der Kinder aus ihren Herkunftsländern ist ebenfalls Bestandteil.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Deswegen wäre es überhaupt nicht angemessen, wenn wir in diesem Zusammenhang selbst Aufgaben der Herkunftsländer in unsere Verantwortung übernehmen würden. Das steht uns zum einen nicht zu; zum anderen könnten wir dies gar nicht leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Der besondere Wert dieses muttersprachlichen Unterrichts, meine Damen und Herren, ist die Pflege der eigenen kulturellen Identität. Diese Pflege der eigenen kulturellen Identität ist kein Widerspruch zur Integration. Denn nur wer seine eigene Herkunft kennt, kann seine eigene persönliche Zukunft meistern.

Deswegen liegt es in der Natur der Sache, dass dieser Unterricht von unseren ausländischen Mitbürgern selbst und von ihrer offiziellen Vertretung in die Hand genommen und verantwortet wird.

Damit, meine Damen und Herren, bin ich beim Thema EU-Richtlinie. Auch darüber haben wir im März sehr ausführlich diskutiert. Ich darf nur noch einmal kurz auf die Rechtslage verweisen. Wir haben eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 1977,

(Staatssekretär Georg Wacker)

die mit der Formulierung – da haben Sie recht, Herr Kaufmann – zunächst einmal für die Wanderarbeiterfamilien und damit für die sogenannten Wanderarbeiterkinder vorgesehen war. Natürlich sind die Beweggründe der Menschen, die hier leben, heute andere als damals. Aber dennoch ist diese Richtlinie nach wie vor hochaktuell, weil die Pflege der eigenen kulturellen Identität – wie ich eben erwähnt habe – auch Bestandteil eines gelingenden Integrationsprozesses sein kann. Zum anderen ist diese EU-Richtlinie hochaktuell, weil sie von den anderen Staaten innerhalb der EU – zumindest nach unseren Informationen – überhaupt nicht infrage gestellt wird.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Es ist völlig abstrus, was Sie heute hier vortragen!)

Man kann nichts ändern, wenn man einfach davon ausgehen muss, dass eine solche Änderung auf politischem Wege überhaupt keinen Sinn machen würde und keine Chance hätte. Zunächst einmal wäre es fraglich, ob auf Bundesratsebene eine Mehrheit für eine solche Zielsetzung herbeigeführt werden könnte. Die Bundesregierung müsste dafür gewonnen werden, einen entsprechenden Vorstoß gegenüber der Europäischen Union vorzunehmen. Deswegen geht es darum, dass wir diese Rechtsverpflichtung, die wir haben, dazu nutzen, ein sinnvolles Instrument im Dialog mit den Konsulatsvertretungen zu entwickeln, um auch den Konsulatsunterricht weiterzuentwickeln.

Wir müssen davon ausgehen, dass wir es nicht schaffen könnten oder unser Schulverwaltungspersonal es nicht leisten könnte, in diesen diffizilen und sensiblen Fragen Einfluss auf einen Verantwortungsbereich auszuüben, auf den wir ohnehin rechtlich keine Einwirkungsmöglichkeit haben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir sind daran interessiert, meine Damen und Herren, dass wir den Konsulatsunterricht im Dialog mit den Konsulaten weiterentwickeln. Wir können selbstverständlich nicht darüber entscheiden. Aber wir haben beispielsweise mit dem italienischen Generalkonsulat ein gutes "Tandemmodell" entwickelt, bei dem an einigen Modellschulen die italienischen Konsularlehrkräfte in hervorragender Weise mit den deutschen Lehrkräften in einem gemeinsamen Unterricht zusammenarbeiten, um dort besondere Sprachfördermaßnahmen umzusetzen. Diese Modellstandorte werden ausgeweitet. Sie sind durchaus auch auf andere muttersprachliche Unterrichtsmodelle übertragbar. Aber dieser Weg ist nur gangbar, wenn sich letztlich auch die anderen Konsulate dafür entscheiden.

Meine Damen und Herren, nun zum Thema Rastatt. Es ist jetzt eine gewisse Schärfe in diese Diskussion hineingekommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Ich hätte mir gewünscht, dass es zunächst einmal Konsens des Hauses ist, dass hier eine zu begrüßende Entscheidung gefällt wurde, und zwar sowohl vom Verwaltungsgerichtshof in Mannheim als auch – so ist es in den Verlautbarungen des zukünftigen Oberbürgermeisters der Stadt Rastatt in der Presse zu lesen – in Rastatt.

Klar ist, dass wir bei den Kommunen immer dafür geworben haben, dass Räumlichkeiten für den muttersprachlichen Unterricht zur Verfügung gestellt werden. Unsere frühere Kultusministerin und unser jetziger Kultusminister haben auch stets dafür geworben. Klar ist auch, dass wir – nachdem der Gemeinderat der Stadt Rastatt diese Entscheidung gefällt hatte, die Räumlichkeiten für den muttersprachlichen Unterricht nicht mehr zur Verfügung zu stellen – dies moniert haben. Wir haben aber auch stets darauf hingewiesen, dass die Kommunen nach dem Schulgesetz und nach der Gemeindeordnung einen Ermessensspielraum haben, diese Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Nein! Nein, den haben sie nicht nach dem Beschluss!)

– Moment, Moment! Ich komme gleich auch auf das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs zu sprechen.

Deswegen haben wir gesagt: Es ist eine Frage der originären Zuständigkeit der jeweiligen Kommune, ob solche Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, auch wenn wir diese Entscheidung politisch nicht begrüßt haben.

(Zurufe der Abg. Gunter Kaufmann und Ursula Haußmann SPD)

Zunächst einmal muss gesagt werden, dass das Verwaltungsgericht in Karlsruhe zunächst der Position der Stadt Rastatt recht gegeben hat.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Nein!)

Das muss man zunächst einmal feststellen.

Der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim hat dann gesagt, es sei nicht so gewesen, dass die Stadt Rastatt im Rahmen des Ermessensspielraums eine falsche Entscheidung gefällt hätte; sie habe diese Entscheidung jedoch damit begründet, dass der muttersprachliche Unterricht angeblich integrationsfeindlich sei. Ein solches Argument anzuführen, um dem muttersprachlichen Unterricht die Räumlichkeiten zu verwehren, ist als rechtlich nicht angemessen befunden worden, und dies war einer der Hauptgründe für die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs.

Im Übrigen geht es darum, zunächst einmal die endgültige Entscheidung abzuwarten. Hier handelt es sich um eine vorläufige Entscheidung, und die endgültige Entscheidung muss zunächst einmal abgewartet werden.

Meine Damen und Herren, die Herkunftssprache hat für uns einen sehr hohen Stellenwert für die Integration, ist aber auch bildungspolitisch von Bedeutung. Wir erkennen mittlerweile die Zertifizierungen von zwölf Herkunftssprachen in unseren Haupt- und Realschulen an. Diese Zertifizierung, die auch in Kooperation mit den Konsulaten vorgenommen wird, genießt eine hohe Akzeptanz. Die Nachfrage bei den Schülerinnen und Schülern, eine Zertifizierung in der Heimatsprache zu erhalten, wächst von Jahr zu Jahr.

Diesen Weg, das Beherrschen der Muttersprache und die damit verbundenen Fähigkeitsnachweise anzuerkennen, wollen wir ausbauen. Wir sind sicher, dass dieses Zertifikat im späteren Berufsleben eine besondere Wertschätzung erfahren wird.

Gestatten Sie mir eine letzte Bemerkung: Wir wären nicht gut beraten, wenn wir jetzt dieses Konzept sozusagen integrieren (Staatssekretär Georg Wacker)

würden, zumal es – diese Bemerkung gestatten Sie mir bitte auch noch – Bundesländer gibt, die sich von dem Integrationsmodell verabschieden und dies in ein Konsulatsmodell überführen, beispielsweise Bayern und Hessen, die sich neu für diesen Weg entschieden haben.

Insofern ist die Vorgehensweise innerhalb Deutschlands im Umgang mit dem muttersprachlichen Unterricht keineswegs einhellig, sondern stellt eine sehr heterogene Gemengelage dar. Deswegen muss jedes Bundesland auch einen eigenen vernünftigen Weg suchen. Wir glauben, dass wir einen guten, vernünftigen Weg gefunden haben.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, halten wir Gegenfinanzierungsvorschläge, beispielsweise aus dem Topf des Jugendbegleiterprogramms oder der Lehrbeauftragten, für wenig zweckmäßig. Denn zweifelsohne ist das Jugendbegleiterprogramm und gerade auch das Lehrbeauftragtenprogramm besonders wichtig, auch für Integrationsmaßnahmen. Insofern wäre es schlecht, wenn man jetzt aus der einen Tasche etwas Sinnvolles entnehmen und dies in die andere Tasche stecken würde. Wir halten von solchen Vorschlägen recht wenig.

Wir unterstützen den Weg des muttersprachlichen Unterrichts, wo es uns zusteht, und wir wünschen uns und arbeiten daran, dass an den Schulen gute Kooperation und ein gutes Einvernehmen zwischen den muttersprachlichen Lehrkräften und den Lehrkräften, die für uns tätig sind, zur Regel werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Eben!)

Dann ist es, glaube ich, eine gemeinsame gute Integrationsleistung. In diesem Sinne, Frau Haußmann, empfehle ich Ihnen, sich vor Ort zu erkundigen. Sie werden genau die Informationen erhalten, die ich eben referiert habe.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Hans Heinz CDU: Eine muttersprachlich sehr gute Rede!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

Abschnitt I des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/1104, ist ein Handlungsersuchen. Darüber muss man abstimmen. Wer dafür ist, der möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt I des Antrags Drucksache 14/1104 abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/1958, abstimmen, der begehrt, sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung auf der EU-Ebene aktiv wird. Wer dafür ist, der möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag auch abgelehnt.

Abschnitt II des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/1104, ist durch die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/1958, erledigt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

- a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – CO₂-Ausstoß im Land halbieren – Zukunft sichern und Arbeitsplätze schaffen – Drucksache 14/1125
- b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Umweltministeriums – Masterplan Klimaschutz 2020 – Baden-Württemberg setzt neue Maßstäbe – Drucksache 14/1228

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b je fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Ich darf dem Vertreter der SPD-Fraktion, Herrn Abg. Knapp, das Wort geben.

Abg. Thomas Knapp SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst ein paar allgemeine Bemerkungen machen, bevor wir in die Diskussion einsteigen.

Kollege Untersteller, Ihr Antrag ist so umfangreich – Sie wissen das – und auch so detailliert, dass wir uns innerhalb der Redezeiten, die wir haben, sicherlich nicht mit jedem Einzelpunkt beschäftigen können.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Aber es wäre einen Versuch wert!)

Wir sind übereingekommen – ich möchte das gleich vorweg sagen –, die beiden Anträge an den Umweltausschuss zu überweisen, sodass wir uns dort noch detailliert darüber unterhalten können.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Also, okay! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Darüber reden wir später noch einmal!)

Zum Klimawandel allgemein möchte ich Folgendes sagen: Der Klimawandel schreitet voran. Ich glaube, wir spüren das alle. Wir haben in den letzten Wochen erlebt, dass es erstmals in Europa, im Mittelmeerraum, einen Tornado gab – auf der Ferieninsel Mallorca. Das ist ein absolutes Novum gewesen und ganz eindeutig dem Klimawandel zuzuschreiben.

Wir wissen, dass der Klimawandel in der Hauptsache mit der CO₂-Problematik zusammenhängt. Die CO₂-Ausstöße steigen weltweit weiterhin an. Das ist einfach ein Fakt. Es gibt wenigstens einen positiven Aspekt: dass der Ausstoß von sonstigen klimarelevanten Gasen deutlich weniger steigt bzw. in Westeuropa, in der westlichen Welt, sogar zurückgeht – mit Ausnahme der klimarelevanten Gase, die aus der Landwirtschaft kommen. Wenn man das so sieht, dann muss man sagen, dass unser Antrag "CO₂-Ausstoß im Land halbieren – Zukunft sichern und Arbeitsplätze schaffen" genau in die richtige Richtung zielt.

Wir wissen von den aktuellen Zahlen, dass wir in Deutschland – mir liegen keine gesonderten Zahlen für Baden-Württemberg vor – zurzeit immer stärker am Ausbau der Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien beteiligt sind, weil der Maschinenbau massiv eingebunden ist. Weil wir im

(Thomas Knapp)

Maschinenbau relativ stark sind, sind wir also überproportional an dem Ausbau der Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien beteiligt. Wir haben in Deutschland im Moment ungefähr 220 000 Arbeitsplätze ausschließlich im Bereich der erneuerbaren Energien. Davon entfallen ca. 160 000 auf den Bereich des EEG.

Es gibt drei Ebenen im Bereich des Klimaschutzes, des CO₂-Ausstoßes, mit denen wir uns auch in unserem Antrag beschäftigen. Eine davon ist der Verkehr. Man muss auch einmal aus der Vergangenheit lernen. Man hat sich europaweit, deutschlandweit und landesweit das Ziel gesetzt, zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2010 den Anteil der erneuerbaren Energien zu verdoppeln. Im Verkehrsbereich ist im Jahr 2000 aufgrund der Gesetzgebung in der EU der Anteil erneuerbarer Energien um 0,4 % gestiegen, im Jahr 2006 betrug der Anstieg wegen der Beimischungspflicht und auch aus Kostengründen bereits 6,6 %. Das ist eine Verfünfzehnfachung in sechs Jahren, obwohl man sich immer nur das Ziel gesetzt hat, den Anteil der erneuerbaren Energien innerhalb von zehn Jahren zu verdoppeln.

(Unruhe)

Der zweite Bereich ist der Wärmesektor. Wir haben gestern schon ausführlich darüber diskutiert, wie man in diesem Bereich vorankommen kann. Als kleiner Seitenhieb auf die gestrige Debatte: Man kann den Medien ja viel unterstellen, aber man muss sagen, die Medien haben es, wenn man es heute betrachtet, richtig erkannt: Es war und ist ein Fehler, wenn man nur Wohngebäude berücksichtigt, wie wir es jetzt gemacht haben, wie Sie es gestern mit der Zustimmung zu dem Gesetz gemacht haben, und der Gesetzgeber seine eigenen Gebäude außen vor lässt.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Schwach ist das! – Unruhe)

Ich glaube, wir dürfen im Bereich der regenerativ erzeugten Wärme nicht nur über die Wohngebäude reden, sondern wir müssen auch über alle – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen – Herr Abg. Knapp, warten Sie kurz –, wenn Sie Gespräche führen müssen, dann führen Sie sie doch bitte draußen; der Lärmpegel ist sehr hoch.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: In der eigenen Fraktion!)

Abg. Thomas Knapp SPD: Die sind halt mit dem, was gestern beschlossen worden ist, nicht so einig. Das hängt nach wie vor noch drin.

(Beifall bei der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ich glaube, die debattieren eher über Ihre Rede!)

- Das glaube ich nicht.

Wir müssen in dem angesprochenen Bereich natürlich die Wirtschaft mit berücksichtigen, wir müssen Bürogebäude berücksichtigen, wir müssen Krankenhäuser berücksichtigen und, und, und.

Im Bereich der Wärmeversorgung haben wir die Verdopplung des Anteils erneuerbarer Energien noch nicht geschafft. Dort sind wir nämlich in Deutschland und in Baden-Württemberg zwischen 2000 und 2006 nur von 3,9 % auf 6 % gekommen. Deswegen müssen wir im Bereich regenerativ erzeugter Wärme deutlich mehr machen als das, was man gestern beschlossen hat.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Wenn wir nichts gemacht hätten, wäre noch gar nichts gemacht!)

– Bisher, Herr Kollege Scheuermann, haben Sie auch noch gar nichts gemacht – außer dass Sie ein Gesetz ohne Einbeziehung der Landesgebäude geschaffen haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Das ist doch genau der Punkt! Das, was bis jetzt gemacht worden ist, ist doch eine Ankündigungspolitik.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Was haben Sie für ein Gesetzesverständnis? Sind Gesetze für Sie nur Ankündigungen?)

Heute Morgen bin ich schon von jemandem gefragt worden: Was mache ich denn jetzt, wenn ich mein Haus schon renoviert habe, wenn ich es schon wärmegedämmt habe, nun aber eine neue Heizung brauche? Wo soll ich dann noch die 10 % erneuerbare Energien herbringen?

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Das sind die Fragen, über die man sich unterhalten muss. Da sagt man: "Uns im Land ist es zu kompliziert", aber den Wohngebäudeeigentümern drückt man es drauf und sagt: Nur ihr müsst halt mal schauen.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Noch einmal: Bis jetzt haben Sie außer einem halbgaren Gesetz noch gar nichts gemacht.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Ulrich Lusche und Winfried Scheuermann CDU)

Aber da Sie das Thema gerade ansprechen, kommen wir zum dritten Punkt: Was ist im Bereich der Stromerzeugung passiert? Auch das ist ein großes Thema bei der Problematik des CO₂-Ausstoßes. In diesem Bereich ist in Baden-Württemberg fast gar nichts passiert. Deutschlandweit ist der Anteil erneuerbarer Energien von 6,3 % im Jahr 2000 auf nun 12 % gestiegen, und in Baden-Württemberg ist man von 8,5 % gerade einmal auf knapp 12 % gekommen. Also, da muss man sagen: Man hat das Ziel im Vergleich zu Deutschland insgesamt bei Weitem verfehlt.

Dafür gibt es einen Grund. Zum einen ist das die Verhinderung der Windkraft in Baden-Württemberg.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Darauf haben wir gewartet! – Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

(Thomas Knapp)

Da können Sie sagen, was Sie wollen. Das ist so, Kollege Döpper. Wir haben ein Interview dazu geführt. Auch Sie wollen ja einen Ausbau der Windkraft, aber Sie wollen ihn so moderat, dass das im Grunde genommen keinem Ausbau entspricht. Wir werden einmal sehen, was daraus wird.

Jetzt nenne ich Ihnen ein Beispiel: Nordrhein-Westfalen hat die gleiche Flächengröße wie Baden-Württemberg, ist mit 17 Millionen Einwohnern jedoch deutlich dichter besiedelt als Baden-Württemberg. Nordrhein-Westfalen hat derzeit 2 300 Windkraftanlagen,

(Abg. Jörg Döpper CDU: So sieht es auch aus!)

und wir haben 300.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Es geht doch nicht um die Besiedelung! Es geht um Wind!)

Wir sagen in unserem Ansatz: Wir müssen das, was Nordrhein-Westfalen heute hat, bis 2020 erreichen, wenn man es mit dem Klimaschutz ernst meint.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen ja nicht nur kritisieren, sondern wir sagen auch: Wir müssen nach vorn schauen. Deswegen möchte ich der Ministerin auch klipp und klar sagen: Sorgen Sie, Frau Ministerin, dafür, dass – jetzt einmal in die Zukunft gedacht - z. B. über die Länderkammer, wie wir es beim Bundesumweltministerium gemacht haben, bei der Novellierung des EEG etwas in der Art hineinkommt, dass auch bei den erneuerbaren Energien die Effizienzsteigerung und die Kraft-Wärme-Kopplung deutlich mehr Vorrang gegenüber dem haben, was bisher festgeschrieben ist. Das muss hinein. Wenn Sie das zwar schon bisher immer abgelehnt haben, aber zukünftig das EEG unterstützen werden, gehört es im Grunde als Minimum hinein, dass wir das haben. Wir setzen uns dafür ein, dass es hineinkommt. Über die Novellierung kommt ein Teil davon schon hinein, aber nicht das, was wir erreichen könnten, wenn wir an einem Strang ziehen würden.

Setzen Sie sich dafür ein, dass wir vielleicht auch einmal per Gesetz die Glühlampe verbieten, wie es Australien mit Wirkung ab 2012 gemacht hat! Setzen Sie sich auch für ein "Ausist-aus"-Gesetz ein, mit dem erreicht wird, dass Geräte keine Stand-by-Funktion mehr haben, sondern ganz ausgeschaltet werden können und keinen Strom mehr verbrauchen, nachdem man sie ausgeschaltet hat! Solche Gesetze müssen auf Bundesebene oder gar europaweit umgesetzt werden. Aber dazu muss man aktiv werden. Dazu muss man etwas tun, etwas schaffen und darf nicht bloß schwätzen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ulrich Lusche CDU: Wer ist denn Bundesumweltminister?)

Setzen Sie sich, Frau Ministerin – das ist wieder ein sehr, sehr ernstes Thema, das uns, glaube ich, in Zukunft noch sehr viel mehr beschäftigen wird –, dafür ein, dass das Thema Energiespeicherung gerade im Strombereich deutlich mehr Dampf bekommt. Denn wir brauchen für den Ausbau der erneuerbaren Energien mehr Energiespeicher – das wissen wir –, um eine sichere, stabile und preisgünstige Stromversorgung zu haben. Dazu möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben: Set-

zen Sie sich dafür ein; tun Sie nicht immer nur so, als würden Sie etwas tun, sondern tun Sie wirklich einmal etwas.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜ-NE erteile ich Herrn Abg. Untersteller das Wort.

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Knapp, an den Nachhutgefechten zur gestrigen Debatte möchte ich mich nicht mehr beteiligen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Dann lassen Sie es doch!)

Ich habe nur den Eindruck: Sie merken allmählich, dass Sie da gestern auf einem falschen Dampfer waren, und darauf ging Ihre Reaktion zurück.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich möchte mit einem Zitat des Ministerpräsidenten beginnen. Die Aussagen sind vor zwei Wochen auf dem Klimakongress der EnBW gefallen. Ich zitiere den Ministerpräsidenten wörtlich:

Wir Industriestaaten haben die Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre für Kohlendioxid ausgeschöpft.

Oettinger weiter:

Wir sind als Erste gefordert, wenn es um die Problemlösung geht.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Meine Damen und Herren, dem kann man eigentlich uneingeschränkt zustimmen. Wenn man aber einmal überprüft, ob er das, was er in einer solchen Rede vorgibt, in seiner eigenen Politik auch praktiziert, stellt man fest, dass da doch einige Zweifel angebracht sind. Zweifel sind auch an dem angebracht, was die Umweltministerin in den letzten Jahren auf den Weg gebracht hat. Ich will dazu einmal einige Beispiele nennen.

Im Frühjahr hatten wir die Situation, dass der Ministerpräsident – ich sage es einmal etwas lapidar – wie ein Berserker gegen den Plan der EU gekämpft hat, im Fahrzeugbereich bis zum Jahr 2012 einen Grenzwert von 120 g CO₂ pro Kilometer zu schaffen.

Zweifel sind auch angebracht, wenn man sich einmal anschaut, wie viele Mittel das Land für den Klimaschutz zur Verfügung stellt. Ich nenne einmal die Zahl, die die Umweltministerin selbst immer verwendet: Dafür sind in den Haushalt 19 Millionen € eingestellt. 19 Millionen € entsprechen knapp 5 % des Umwelthaushalts und 0,4 Promille des Gesamthaushalts dieses Landes. Ich frage Sie: Ist dies eine adäquate Antwort auf die Herausforderung schlechthin, vor der wir in den kommenden Jahren beim Klimaschutz stehen? Es kann doch wohl wirklich niemand ernsthaft bezweifeln, dass dieser Mitteleinsatz entschieden zu wenig ist.

(Beifall bei den Grünen)

(Franz Untersteller)

Zweifel sind angebracht, wenn man sich anschaut, wie Sie in den letzten Jahren mit dem Einsatz erneuerbarer Energien umgegangen sind. Ich nenne nur das Stichwort Windenergie, Kollege Knapp hat es bereits angesprochen. Zweifel sind weiter angebracht, wenn man sich anschaut, wie wenig Sie getan haben, damit das Potenzial, das wir in Baden-Württemberg im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung haben, verstärkt genutzt wird.

Wenn Sie sich die Zahlen anschauen, die uns das Statistische Landesamt liefert, dann müssten Sie darin im Grunde auch bestätigt sehen, dass Sie in der Klimaschutzpolitik versagt haben. Diese Zahlen sehen nämlich wie folgt aus:

Im Kioto-Basisjahr 1990 hatten wir einen Ausstoß von 74,4 Millionen t CO₂. Im Jahr 2004 waren es 74,9 Millionen t CO₂. Nun kann man so argumentieren, wie das die Ministerin völlig zu Recht auch immer tut: Wir hatten einen Bevölkerungszuwachs, und deswegen kam es nicht zu einem Rückgang der Emissionen. Aber wenn ich mir die Entwicklung zwischen 2004 und 2005 anschaue, muss ich sagen, dass man diese wirklich nicht mehr mit Bevölkerungszuwachs rechtfertigen kann. In dieser Zeit sind die Emissionen nämlich um über 1 Million t weiter gestiegen. Mittlerweile liegen wir bei über 76 Millionen t.

Meine Prophezeiung ist, dass das Wirtschaftswachstum, das wir im letzten Jahr hatten und das wir in diesem Jahr haben und das Gott sei Dank zu mehr Arbeitsplätzen führt und die Steuereinnahmen erhöht, auch dazu führen wird, dass die Höhe der CO₂-Emissionen in diesem Land in den nächsten Jahren steil ansteigen wird. Ich hätte erwartet, dass die Umweltministerin auch bei der Diskussion über den Nachtragshaushalt und über die Frage, wie die Steuermehreinnahmen zu verwenden sind, deutlich macht, dass sie wenigstens einen Teil dieser Mittel haben will, um den Anstieg der CO₂-Emissionen infolge des Wirtschaftswachstums einzudämmen. Dazu war nichts von ihr zu hören.

(Beifall bei den Grünen)

Als Reaktion auf die Berichte des Weltklimarats vom Frühjahr dieses Jahres hat sich die Bundesregierung im Frühsommer das Ziel gesetzt, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 40 % zu reduzieren. Frau Gönner hat auf dem EnBW-Kongress gesagt: "Nur wenn man sich Ziele setzt, wird man sich auch anstrengen." Eine solche Zielsetzung, wie sie vom Bund getätigt wurde, würde ich mir auch von Ihnen wünschen. Denn bislang liegen uns solche ehrgeizigen Ziele für das Jahr 2020 nicht vor. In dieser Sache wäre es an der Zeit, glaube ich, dass Sie wirklich Fleisch an die Knochen bringen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

Wir haben Ihnen heute einen Antrag mit dem Titel "Masterplan Klimaschutz 2020" vorgelegt, der sehr umfassend ist und sehr detailliert zeigt, welche Möglichkeiten wir im Bereich der Stromversorgung, der Wärmeversorgung und des Verkehrs aus unserer Sicht hätten, um uns, wie es auch der Bund für sich tut, das Ziel zu setzen, die ${\rm CO_2}$ -Emissionen bis zum Jahr 2020 um 40 % zu mindern. Es geht dabei um den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien im Strom- und Wärmesektor. Es geht um den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopp-

lung um 20 %. Es geht auch um die Möglichkeiten, die die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude betreffen. Es geht um Maßnahmen im Verkehr – Stichwort: Grenzwertsetzung 120 g CO₂ pro Kilometer –, aber auch – das sage ich ausdrücklich – um so etwas wie das Tempolimit.

Die Aufgeregtheiten, die es zum Thema Tempolimit insbesondere bei FDP und CDU nach dem Parteitag der SPD gegeben hat, kann ich nicht mehr nachvollziehen. Man muss doch einfach Folgendes sehen: Wir beanspruchen für uns selbst, eine Führungsrolle im globalen Klimaschutz einzunehmen. Im Dezember auf der Konferenz in Bali müssen wir dann einräumen, dass wir neben Nepal weltweit das einzige Land sind, das auf den Straßen kein Tempolimit hat.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: In Nepal gibt's nur hohe Berge!)

Wie wollen Sie denn da noch glaubwürdig auftreten?

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Reinhold Gall SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nepal hat ein natürliches Tempolimit!)

Ein Zweites: Selbst ein Tempolimitgegner, wie Bundesumweltminister Gabriel es offensichtlich ist, muss in seiner eigenen Partei einräumen, dass ein Tempolimit den CO₂-Ausstoß um 2,5 Millionen t pro Jahr vermindern würde. Gleichzeitig weiß man, dass diese 2,5 Millionen t nicht einmal in zwei Jahren mit dem milliardenschweren Sanierungsprogramm erreicht werden, das der Bund bezüglich Zuschüssen für die energetische Gebäudesanierung aufgelegt hat, Herr Kollege Röhm. Dann muss man doch fragen: Was spricht dagegen, dass wir uns endlich einen Ruck geben und diese Maßnahme ergreifen?

Es deutet auch viel darauf hin, dass ein solches Tempolimit auch Konsequenzen auf die Konstruktion unserer Autos hätte. Das würde zur Folge haben, dass an unserem Standort kleinere Fahrzeuge mit leichteren Motoren und geringerem Verbrauch produziert würden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da haben wir Auswahlmöglichkeiten!)

Als Letztes, Herr Kollege Röhm: Es gibt auf den Autobahnen pro Jahr 600 Tote – nur auf den Autobahnen.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Nicht nur durch Raser!)

Dazu kommen 30 000 Verletzte. Die Hauptursache dafür, Herr Kollege – reden Sie einmal mit der Polizei –,

(Abg. Jörg Döpper CDU: Die permanent links fahren! Schleicher!)

sind nun einmal überhöhte Geschwindigkeiten. Von daher gesehen gibt es da für mich keine Ausrede.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg produziert jährlich 76 Millionen t CO₂. Global gesehen entspricht das der Menge, die an einem einzigen Tag emittiert wird. Was bei uns in einem Jahr emittiert wird, geschieht in globalem Maßstab an einem Tag. Jetzt könnte man leicht auf die Idee kommen,

(Franz Untersteller)

zu sagen: "Was hat diese ganze Diskussion mit uns zu tun? Letztendlich entscheidet sich die Klimadebatte in China, Indien und anderen prosperierenden Schwellenländern." Ich halte diese Position für grundfalsch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt!)

Letztendlich achten die Chinesen und Inder sehr genau darauf, wie die reichen Industrieregionen, zu denen wir zählen, mit dem Klimaproblem umgehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Klar! Mit gutem Recht!)

Es geht auch darum, hier eine Vorbildfunktion einzunehmen und deutlich zu machen, dass man Wachstum und Wohlstand auch mit weniger Energieverbrauch und einem geringeren Verbrauch an natürlichen Ressourcen erreichen kann – auch mit drastisch reduzierten CO₂-Emissionen. Das ist unsere Aufgabe.

Wenn wir das tun, profitieren wir wiederum davon, weil über den Export von Energieeinspartechnologien und regenerativen Technologien bei uns Arbeitsplätze geschaffen werden und Wertschöpfung stattfindet.

Mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz haben wir gestern aus meiner Sicht einen wichtigen Baustein für eine zukunftsgerichtete Klimaschutzpolitik auf den Weg gebracht. Aber ich darf Sie in diesem Zusammenhang auch einmal an Ihr eigenes Lebensmotto erinnern, Frau Ministerin. Wie ich kürzlich gelesen habe,

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Auf der Homepage!)

lautet dies: "Man muss das eine tun, ohne das andere zu lassen." Von daher würde ich Sie bitten,

(Abg. Jörg Döpper CDU: Lassen Sie das andere!)

von den Vorschlägen, die wir mit unserem Antrag vorgelegt haben, doch wirklich Gebrauch zu machen und in der Klimaschutzpolitik künftig eine Schippe draufzulegen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wir sind nicht in Nepal, sondern in Baden-Württemberg!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Lusche das Wort.

(Abg. Jörg Döpper CDU: So, jetzt!)

Abg. Ulrich Lusche CDU: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja schon angesprochen worden; ich habe mir einmal die Mühe gemacht, das zusammenzuzählen: zwölf detaillierte Nachfragen der SPD, 24 Nachfragen der Grünen mit 21 Unterpunkten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber passiert ist nichts!)

Ich glaube, es dürfte auf der Hand liegen, dass wir das alles heute nicht innerhalb von jeweils fünf Minuten seriös abhandeln können.

(Zuruf: Dann verlängern wir die Redezeit!)

Manches brauchen wir auch nicht. Da steht vieles drin – ich nenne nur einmal die Stichworte Besteuerung von Kerosin, Behandlung von Flugleistungen –, was wir hier schon angesprochen haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Es passiert halt nichts!)

Ich hatte mir eigentlich das eine oder andere überlegt. Nur, Herr Kollege Knapp, mit Ihrem Einstieg reizen Sie mich natürlich, noch einmal auf die Beratungen des gestrigen Tages zurückzukommen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Genau das wollen wir!)

Sehen Sie es mir nach, ich muss Ihnen einfach sagen: Mit dem, was Sie gestern hier veranstaltet haben, mit Ihrem Abstimmungsverhalten haben Sie aus unserer Sicht dem Klimaschutz – und um den sollte es eigentlich gehen – einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dieter Ehret FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut!)

Ich will Ihnen auch erklären, warum: Man kann ja in dem einen oder anderen Punkt durchaus unterschiedlicher Meinung sein. Sie haben allerdings vorhin von "Ankündigungen" gesprochen. Nach meinem Verständnis ist das keine Ankündigung. Vielmehr ist das unsere ureigene Tätigkeit, wenn der Landtag ein Gesetz beschließt. Da muss ich schon einmal daran erinnern: Wir sind die Ersten, die ein solches Gesetz beschließen, wir sind die Ersten, die ein seriöses Gesetz in dieser Form vorlegen.

(Abg. Jörg Döpper CDU zur SPD: Hören Sie doch auf!)

Deswegen wäre es ein Zeichen von Größe gewesen – auch wenn der Bundesumweltminister sich noch in der Zeitung dazu äußern musste; das will ich nicht weiter kommentieren –,

(Abg. Thomas Knapp SPD: Nur weil er angegriffen worden ist!)

diesem Gesetz auf der Basis, auf der wir uns verständigt hatten, nicht die Zustimmung zu versagen.

Warum ist das für den Klimaschutz so wichtig? Wir wissen auch, dass wir den Bürgern damit Belastungen auferlegen. Wir wissen auch, dass der Klimaschutz noch nicht überall die Akzeptanz findet, die er finden müsste.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann macht halt mal!)

Deswegen wäre es umso wichtiger gewesen, wenn auch Sie das getan hätten, was die Kollegen von den Grünen getan haben, nämlich trotz der natürlich auch zum Teil vorhandenen anderen Vorstellungen das Gesetz mitzutragen,

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

(Ulrich Lusche)

um ein klares Zeichen zu setzen. Ich kann mich des Verdachts nicht erwehren, dass der Hintergrund für Ihr Verhalten war,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben schon Gesetzentwürfe von uns abgelehnt, die Sie später mit gleichem Inhalt selbst eingebracht haben!)

dass Sie auf diese Art und Weise den etwas angeschlagenen Bundesumweltminister unterstützen wollten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Letzte Bemerkung dazu: Der Unterschied liegt darin: Die "Südwest Presse" hat gestern den Bundesumweltminister als einen "Luftikus auf Achterbahnfahrt" bezeichnet. Ich glaube, wir im Hause sind uns alle sicher, dass dies Ministerin Gönner nicht passieren könnte. Mehr braucht man zur Konsistenz der Umweltpolitik eigentlich nicht zu sagen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jetzt komme ich noch zu dem einen oder anderen Grundsätzlichen, was die CO₂-Frage anbelangt. Das Thema Wärme haben wir gestern und heute schon angesprochen. Aus unserer Sicht ist wichtig – an diesem Punkt scheiden sich halt die Geister –: Es gibt keinen Glaubenssatz, dass regenerative Energien zu jeder Zeit in jeder Form und an jeder Stelle den gleichen Wert haben und den gleichen Sinn machen. Nehmen Sie einfach einmal zur Kenntnis, dass bundesweit die in Baden-Württemberg und Bayern installierte Leistung bei der Großen Wasserkraft nicht ohne Grund 75 % beträgt. Bei der Windkraft sieht das halt zum Teil anders aus, und das hat seine Gründe.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das hat nur den Grund in eurem Verhalten! – Abg. Thomas Knapp SPD: Der Grund ist Don Erwins Kampf gegen die Windmühlen! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE:

Das ist durch nichts gerechtfertigt!)

Das sage ich Ihnen jetzt auch als ein in diesem Bereich tätiger Anwalt. Es hat seinen Grund, dass Windkraftanlagen bundesimmissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftig sind. Es hat seinen Grund, dass nicht nur deren Vorrang in der Raumplanung gesehen wird. Deswegen ist es eine weise und kluge Entscheidung, jeweils zu schauen, wo der Einsatz der Windkraft Sinn macht und wo nicht.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: 0,47 % bei uns! In Rheinland-Pfalz sind es 6 %!)

Wenn wir immer die Zahlenvergleiche machen, dann muss man auch einmal sehen: Bei dem Ziel einer CO₂-Minderung um 40 %, das die Bundesregierung vorgegeben hat, gilt es zu berücksichtigen, dass es in Baden-Württemberg Gott sei Dank nicht Mitte der Neunzigerjahre einen industriellen Zusammenbruch gegeben hat, und deswegen haben wir eine andere Ausgangsbasis.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemine! Das hältst du nicht aus!)

Aber auf dieser Ebene kann man doch vernünftig miteinander reden. Ich denke, da kommen wir auch sicher weiter voran. Ich würde Sie wirklich nur bitten, an diesem Punkt eine

gewisse Offenheit an den Tag zu legen. Denn – ich wiederhole mich – wir haben da noch einiges an Akzeptanz zu schaffen.

Insofern ist es auch ungut, wenn wir jetzt diese alle Jahre wiederkehrende Tempolimitdebatte führen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie können unter vielen Aspekten und mit vielen Facetten über dieses Thema reden – Kollege Untersteller hat das Thema Verkehrssicherheit angesprochen –, aber die Argumentation mit einem vermeintlichen Klimaschutz als Keule, um ein Tempolimit durchzusetzen, bringt nichts.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: 2,5 Millionen t sind nicht nichts!)

Letzte Bemerkung: Herr Minister Gabriel hat einen prima Technologieatlas herausgegeben. Wenn Sie da einmal nachschauen, wo die Umwelttechnologie angesiedelt ist – heute wurde schon ab und zu auf Rheinland-Pfalz verwiesen –, dann sehen Sie, dass Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg Schwerpunkte sind, dass es hierbei in Rheinland-Pfalz aber ziemlich mau aussieht.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Das sind die Fakten. Machen Sie einfach auf dieser Ebene konstruktiv mit, dann werden Sie eine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit uns finden. Aber ein umweltpolitisches Fantasialand – jetzt komme ich zu den von Ihnen gestellten Anträgen, die eine Reduktion um 50 % fordern – werden wir nicht mitmachen, auch aus Sorge und aus Verantwortung für den Standort Baden-Württemberg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Ehret das Wort.

Abg. Dieter Ehret FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Klimawandel, Klimaschutz ist das zentrale, globale umweltpolitische Thema. Ich finde es gut, dass wir die Anträge im Ausschuss weiter behandeln, da dies der Gewichtigkeit des Themas entspricht. Deswegen hier nur einige grundsätzliche Punkte.

Meine Damen und Herren, für uns, für die FDP/DVP-Fraktion, ist das Ziel, in Baden-Württemberg die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 um mindestens 30 % zu reduzieren, ein realistisches Ziel, das jedoch schon von allen große Bemühungen und Anstrengungen erfordert. Wir sind dazu bereit, und wir haben dazu bereits Initiativen eingeleitet.

Meine Damen und Herren, Schwerpunkt der Anträge, die sehr umfänglich sind, ist der Verkehrsbereich. Natürlich ist der Verkehrsbereich einer der großen CO₂-Emittenten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

 Vielen Dank. Ich bin auch gestern schon in meiner Rede sehr oft unterbrochen und gestört worden. Ich finde das von den (Dieter Ehret)

Kollegen wirklich nicht sehr fair. Das möchte ich hier einmal sagen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Weil sie fachlich nicht mitkamen!)

Zur Mobilität: Wir alle wissen, dass die Mobilität ein Grundbedürfnis aller Menschen ist. Das werden die Grünen nicht ändern, das wird überhaupt niemand ändern. Mobilität ist auch in Baden-Württemberg ein Standortfaktor. Ich denke, wir müssen die Mobilität deshalb in Verantwortung für die künftigen Generationen in unserem Land vernünftig gestalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Mit Verboten werden wir aus unserer Sicht wenig erreichen. Wir setzen stattdessen auf Technologien und Innovationen. Hier sind natürlich die Automobilhersteller im Land gefordert. Ich nenne beispielsweise den Hybridantrieb und die Brennstoffzelle.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich erinnere auch daran, dass der Umweltausschuss aufgrund eines Antrags unserer Fraktion beschlossen hat, die Begrenzung des CO₂-Ausstoßes der Automobile auf 120 g pro Kilometer festzuschreiben. Ich möchte, weil es hier ja auch um das Thema "Arbeitsplätze schaffen" geht, betonen, dass wir diese Initiative sowohl zum Wohl der Umwelt als auch im Interesse unserer Automobilunternehmen in Baden-Württemberg und Deutschland und deren Mitarbeiter gestartet haben. Denn wir wollen, dass durch den Export von umweltfreundlichen Technologien und umweltfreundlichen Produkten, wie es z. B. umweltfreundliche Autos sind, Arbeitsplätze im Land erhalten und weitere geschaffen werden. Ich sage Ihnen, diese Initiative hat bisher sehr viel Wirkung gezeigt.

Meine Damen und Herren, es ist eine von der FDP seit Langem aufgestellte Forderung, den Kraftstoffverbrauch zu besteuern und die Steuer in die Mineralölsteuer zu integrieren. Die Bundesregierung eiert auch bei diesem Thema. Die Presse in Berlin spricht von einem Kfz-Chaos. Es kann doch, meine Damen und Herren, umweltpolitisch keinen Sinn machen, wenn Herr Minister Tiefensee nun einen Rückzieher macht und plötzlich wieder anbietet, anstelle der Besteuerung nach dem CO₂-Austoß die bisherige Regelung als Wahlmöglichkeit zu erhalten. Das ist Unsinn.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Richtig!)

Jetzt, Herr Knapp, kommen wir noch einmal zu dem gestern verabschiedeten Erneuerbare-Wärme-Gesetz. Ich möchte vorausschicken: Ich möchte mich bei den Grünen für die Mitarbeit und für die Zustimmung bedanken. Die Grünen haben die Intention und die Qualität dieser Gesetzesinitiative verstanden. So stellen wir uns Klimaschutz und CO₂-Einsparung vor.

Herr Knapp, zu dem Beispiel, das Sie vorhin zitiert haben: Sie sollten § 5 dieses Gesetzentwurfs bitte noch einmal nachlesen, denn die bisher schon ausgeführten Sanierungen können angerechnet werden. Ich möchte Ihnen eines auch sehr deutlich sagen: Sie wissen, dass ich der Urheber war, diese landeseigenen Gebäude in einer gewissen Weise anzupacken.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Ich weiß es nicht, aber Sie haben es gesagt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber geholfen hat es nicht!)

– Jetzt wissen Sie es. – Ich habe mit vielen Leuten, u. a. mit dem Leiter des Universitätsbauamts in Freiburg, gesprochen. Das ist einfach schwierig. Wir möchten ja detaillierte Lösungen. Sie haben doch gesehen, wie detailliert unser Erneuerbare-Wärme-Gesetz ist. Für Nichtwohngebäude solche detaillierten Lösungen in so kurzer Zeit zu schaffen war einfach nicht möglich. Aber wir bleiben dran.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Knapp SPD: Das war eine Klatsche für die CDU!)

Nein, das war keine Klatsche f
ür die CDU.

Zurück zum Land. Sie haben in Ihrem Antrag auch den Flughafen angesprochen. Ihr Minister, Herr Tiefensee, hat den Stuttgarter Flughafen gelobt, weil wir daran mitarbeiten, dass die Landegebühren am CO₂-Ausstoß orientiert werden. Die Landesregierung hat ihre Zustimmung signalisiert, und wir unterstützen dies selbstverständlich.

Für unsere Fraktion ist es natürlich auch wichtig, dass unter Berücksichtigung des Klimaschutzes möglichst viele Menschen in die Züge und Güter auf die Schiene kommen. Wir erwarten deshalb von der Bahn, dass sie durch optimale Netze und Verbindungen Inlandsflüge überflüssig macht. Ich nenne ein Beispiel: Warum bietet die Lufthansa überhaupt noch Flüge von Stuttgart nach Frankfurt an? Das ist ein ökologischer Unsinn und ein Frevel.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Als Abgeordneter aus Südbaden möchte ich hier auch noch einmal das Thema Schiene ansprechen. Das Projekt Stuttgart 21 mit der Schnellbahntrasse Wendlingen-Ulm und das Projekt Baden 21 mit dem Ausbau des dritten und vierten Gleises sind für uns gleichrangig. Die Realisierung dieser Projekte ist wichtig im Sinne des Klimaschutzes.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Eine Verlagerung des Güterverkehrs im Rheintal von der A 5 auf die Schiene wäre ein wesentlicher Schritt zur Minderung des CO₂-Ausstoßes. Aber ich sage Ihnen auch: Die Trassen müssen menschen- und umweltverträglich gebaut werden, und zwar ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Im Rheintal steht das Schutzgut Mensch bei den bisherigen Bahnplanungen ganz hinten. Das dürfen wir alle so nicht zulassen. Hier muss das Land und hier müssen wir alle den Betroffenen unsere volle Unterstützung geben.

Zum Thema Wind möchte ich nur ein Beispiel aus meinem Regionalverband anführen. Ich habe dort ein Monitoring vorgeschlagen – das kann ich im Umweltausschuss einmal vertiefen –, und ich halte auch vom Thema Repowering sehr viel.

Zur Großen Wasserkraft weise ich darauf hin, dass ich schon mehrfach gefordert habe, dass an den Staustufen Gambsheim und Iffezheim weitere Turbinen eingebaut werden. (Dieter Ehret)

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Flussmodernisierung! – Abg. Thomas Knapp SPD: Dafür sind wir auch!)

Ein Schlusssatz, meine Damen und Herren: Die vorliegenden Anträge von der SPD und den Grünen enthalten auch Vorschläge, die wir vonseiten der FDP/DVP-Landtagsfraktion mittragen:

(Beifall des Abg. Thomas Knapp SPD)

Lkw-Maut, Absenkung des CO₂-Ausstoßes bei Automobilen, Abschaffung der Kfz-Steuer, aber auch europaweite Kerosinbesteuerung.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Also, Kollege Lusche! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Bremser sind doch in Berlin!)

Aber es sind sehr viele Aufgaben dabei, die einfach Aufgaben des Bundes sind.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Ehret, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Abg. Dieter Ehret FDP/DVP: Ich vermute, der Präsident hat Hunger.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich habe keinen Hunger, aber Sie haben Ihre Redezeit schon um fast zwei Minuten überzogen.

Abg. Dieter Ehret FDP/DVP: Ich bin aber auch sehr oft unterbrochen worden. Andere haben im Übrigen auch überzogen.

Mein Schlusssatz: Ich sehe diese Aufgaben auch in Berlin, und da bitte – oder dränge – ich Sie natürlich: Wirken Sie einmal auf Ihre Parteifreunde ein, hier mitzuhelfen.

(Zuruf von der FDP/DVP: Da ist der Herr Knapp dabei!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Frau Umweltministerin Gönner das Wort.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jetzt aber!)

Umweltministerin Tanja Gönner: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mit dem Erfreulichen beginnen. Denn ich halte es immer für notwendig, dies an den Anfang zu stellen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Die beiden Anträge der Oppositionsfraktionen zeigen, dass alle politischen Kräfte im Landtag hinter der Zielsetzung stehen, einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden und dazu die CO₂-Emissionen deutlich zu reduzieren.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Allerdings kann man insbesondere aufgrund des gestrigen Verhaltens der SPD-Fraktion die Frage stellen, ob diese Einschätzung tatsächlich noch zutrifft. Denn zwischen Reden und Handeln gibt es offensichtlich einen großen Widerspruch. Aber eben das ist ja wohl auch mit ein Grund, weshalb Sie sich in der Opposition befinden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Marianne Wonnay SPD: War das jetzt der erfreuliche Teil, oder was?)

Herr Knapp, ich bin immer bereit, Kritik einzustecken, sofern diese der Wahrheit entspricht. Aber das Beispiel, das Sie vorhin gebracht haben – Herr Ehret hat schon darauf hingewiesen –, zeigt, dass Sie offenbar entweder das Gesetz nicht kennen – ansonsten hätten Sie dem § 5 nämlich nicht zustimmen dürfen; diesem Paragrafen haben Sie in der Einzelabstimmung aber zugestimmt – oder dass Sie schlicht nicht mehr wissen, was Sie reden. Ich bin der festen Überzeugung, dass Letzteres zutrifft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich, wie gesagt, über diejenigen, die gestern auch noch einmal deutlich gemacht haben, dass sie diese Zielsetzung gemeinsam mit der Landesregierung angehen wollen, indem sie dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz zugestimmt und damit einen notwendigen Schritt vollzogen haben.

An diesem Punkt noch ein weiterer Satz: Es ist schön, dass beim Thema Erneuerbare-Wärme-Gesetz die soziale Gerechtigkeit angesprochen wurde. Anschließend jedoch wurden Zielsetzungen formuliert, ohne dass irgendjemand einmal gefragt hätte, wie diese eigentlich von der Wirtschaft oder von Einzelpersonen zu erfüllen sind. Man muss sich schon einmal entscheiden, was man will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will im Übrigen noch eines vorweg sagen: Baden-Württemberg kann sich aufgrund seiner spezifischen Rahmenbedingungen im Klimaschutz sehen lassen, und dies nicht nur wegen des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes.

Lassen Sie mich drei zentrale Bereiche ansprechen. Herr Knapp hat vorhin auch mit der Weltpolitik begonnen. Dort wird insbesondere darüber diskutiert, wie hoch der heutige CO₂-Ausstoß pro Kopf sein darf. Der Ausstoß an CO₂ liegt in Baden-Württemberg bei 7 t pro Kopf und Jahr. Das sind 30 % weniger als der Bundesdurchschnitt und deutlich weniger als der europäische Durchschnitt mit 9,2 t. Das heißt mit anderen Worten: Wir haben eine gute Ausgangslage.

Die Energieeffizienz ist in Baden-Württemberg mit 5,5 Gigajoule pro 1 000 € Bruttoinlandsprodukt um 20 % besser als der bundesdeutsche Wert. Im internationalen Vergleich wird Baden-Württemberg nur noch von Japan und Dänemark übertroffen. Trotz dieser hervorragenden Ausgangsposition wollen wir die Effizienz weiter steigern.

Erneuerbare Energien: Wir haben das durchaus anspruchsvolle Ziel, die erneuerbaren Energien zwischen 1997 und 2010 zu verdoppeln, laut Statistischem Landesamt mit ca. 12 % bei der Stromerzeugung bereits im vergangenen Jahr erreicht. Diesen Anteil wollen wir bis zum Jahr 2020 auf 20 % erhö-

(Ministerin Tanja Gönner)

hen. Auch beim Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch haben wir den Zielwert von 4,8 % bereits überschritten.

Herr Knapp, beim Thema Speicherung sind wir sehr nahe beieinander. Ich kann Ihnen aber sagen, dass dies in dem Umwelttechnikprogramm, das wir aufgelegt haben, angesichts dessen, was innerhalb des Umweltministeriums an Forschungsmitteln zur Verfügung steht, bereits heute ein Forschungsschwerpunkt ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Untersteller hat vorhin die Frage gestellt: Wie hoch ist eigentlich der Anteil Baden-Württembergs am weltweiten Bedarf? Er beträgt 0,3 %. Es ist aber klar, dass wir uns bei dem, was wir als Land Baden-Württemberg tun können, immer auch an das halten, was auf Bundesebene und auf europäischer Ebene gemacht wird.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und 2020 um 40 % zu senken. Davon wurden bislang - Stand gestern - offensichtlich 18 % erreicht; allerdings verdankt man diesen Wert – das hat Kollege Lusche auch schon gesagt - in einem nicht unerheblichen Maße der Deindustrialisierung Ostdeutschlands. Diesen Effekt konnten und wollten wir logischerweise in Baden-Württemberg nicht nachvollziehen. Neuen Meldungen zufolge, die heute Morgen in den Zeitungen zu lesen waren, werden wir die 21 %, zu denen wir uns in Kioto verpflichtet haben, bereits in diesem Jahr erreichen können. Von heute bis zum Jahr 2020 ist also eine weitere Reduzierung von 20 % oder 19 % notwendig. Das ist eine zwar anspruchsvolle, mit entsprechenden Anstrengungen aber erreichbare Größenordnung, die auch für Baden-Württemberg eine Orientierungsgröße sein könnte.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen, dass die Landesregierung erst im Jahr 2005 ein umfangreiches und ambitioniertes Klimaschutzkonzept mit dem Titel "Klimaschutz 2010" verabschiedet hat. Wir wollen die darin aufgeführten Maßnahmen sauber und seriös nacheinander abarbeiten und befinden uns mitten in der Umsetzungsphase. Im Übrigen: Erst am Dienstag haben wir im Kabinett das Thema "Klimaabgabe für Flüge" behandelt und entschieden, im Rahmen der Umsetzung dieses Klimaschutzkonzepts einen entsprechenden Fonds einzurichten – dies zum Thema Vorbildfunktion der Landesregierung.

Ich halte deshalb nichts davon, dieses Konzept nach gerade einmal zwei Jahren wieder umzuwerfen. Das entspricht gerade nicht meiner Auffassung und auch nicht – davon bin ich fest überzeugt – der Auffassung der Regierungsfraktionen von einer seriösen Klimaschutzpolitik.

Wir werden im kommenden Jahr die bisherigen Fortschritte bewerten und uns auch Gedanken darüber machen, welche Strategie das Land für den Zeitraum nach dem Jahr 2010 im Klimaschutz einschlagen muss. Dabei spielt im Übrigen die Nachhaltigkeitsstrategie eine wichtige Rolle, die im März für Baden-Württemberg gestartet wurde. Innerhalb dieser Strategie, mit der Leitlinien für eine nachhaltige Fortentwicklung unserer Gesellschaft erarbeitet werden, nimmt das Themenfeld "Zukunftsfähige Energieversorgung und -nutzung" einen großen Stellenwert ein.

Mit dem Klimaschutzkonzept 2010 haben wir uns vorgenommen, zwischen 2005 und 2010 mit eigenen Maßnahmen – ich betone: mit Klimaschutzmaßnahmen auf Landesebene – eine CO₂-Minderung zwischen 2 und 4 Millionen t zu erreichen, was eine durchaus ambitionierte Zielsetzung ist.

Wir werden selbstverständlich auch nach dem Jahr 2010 unseren Beitrag leisten, damit das bundespolitische Ziel einer Reduzierung um 20 % zwischen heute und 2020 erreicht werden kann. Aber es ist ein Gebot der Ehrlichkeit gegenüber uns selbst, dennoch wahrzunehmen, dass wir die Rahmenbedingungen dafür nicht autark gestalten können, sondern uns auf Bundes- und EU-Ebene und damit auf nicht einfaches Terrain begeben müssen.

Jetzt sage ich auch: Während Baden-Württemberg seine Hausaufgaben gemacht hat – ich finde, die Zahlen zu Beginn meiner Ausführungen haben dies belegt –, gibt es doch einige Dinge, die noch zu tun sind. Trotz der Ankündigungen in dem integrierten Energie- und Klimaprogramm ist der Bund noch nicht auf Zielfahrt. Der Kollege Gabriel hat das selbst eingeräumt, indem er sagte, das Maßnahmenpaket werde nicht 40 %, sondern allenfalls 35 % der angestrebten Gesamtminderung möglich machen. Bei der Umsetzung dieses Pakets ist man nach wie vor doch noch in schwerem Wasser. Ich will nicht auf die Diskussion von gestern eingehen. Aber das, was derzeit als Erneuerbare-Wärme-Gesetz aus Berlin vorliegt, ist ein zahnloser Papiertiger.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jörg Döpper CDU: Herr Knapp, haben Sie das gehört? "Zahnloser Papiertiger"! – Gegenruf des Abg. Thomas Knapp SPD: Gehört habe ich es wohl, allein mir fehlt der Glaube!)

Was im Übrigen bis jetzt an Regelungen zur Fortführung des KWK-Gesetzes bekannt geworden ist, wird keineswegs ausreichen, um den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung von heute rund 10 % auf 25 % bis zum Jahr 2020 – und damit auf mehr als das Doppelte – zu steigern. Lieber Herr Knapp, zu diesem Punkt muss ich sagen: Wenn Sie sagen, dass Sie in Berlin erreicht haben, dass im EEG etwas gemacht wird

(Abg. Thomas Knapp SPD: Nein! Ich habe gesagt: Wir setzen uns dafür ein!)

 das freut mich –, dann muss ich Ihnen entgegnen, dass das, was von dort vorliegt – das kommt jetzt aus dem Hause Gabriel, zu dem Sie ja vermeintlich gute Kontakte haben –, bisher eher enttäuschend ist.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP zu Abg. Thomas Knapp SPD: Deshalb haben Sie ihn nicht ins Präsidium gewählt!)

Ich freue mich, wenn Sie sich dort der Position der Landesregierung von Baden-Württemberg anschließen, damit hier eine deutliche Verbesserung vorgenommen werden kann.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Dann gehen Sie einmal auf Glos zu!)

– Lieber Herr Knapp, ich tue für den Kollegen Gabriel schon deutlich mehr, als er in irgendeiner Weise für die Länder tut.

(Ministerin Tanja Gönner)

(Abg. Thomas Knapp SPD: Es wird aber gebremst! Sie müssen auch einmal schauen, wo die Bremsklötze sind!)

Deswegen soll er seine Arbeit irgendwann auch einmal selbst machen.

(Beifall des Abg. Jörg Döpper CDU – Abg. Thomas Knapp SPD: Sie müssen einmal schauen, wo die Bremsklötze sind! Bremsklotz Glos! "Brems-Glos"!)

Die in der Energieeinsparverordnung festgelegten Gebäudestandards können heute bereits wirtschaftlich um 20 bis 30 % unterschritten werden. Eine Anpassung der Energieeinsparverordnung ist mehr als überfällig. Einen konkreten Zeitplan dafür gibt es aber nicht. Es tut mir leid, Herr Knapp: An diesem Punkt können Sie ja einmal mit Herrn Tiefensee reden. Sonst hat nämlich niemand anders etwas damit zu tun. Sie sollten immer vorsichtig sein bei der Frage, wer wofür zuständig ist. Tun Sie Ihren Teil, und wir tun unseren Teil. Ich würde mich allerdings freuen, wenn Sie Ihren Teil auch täten.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Jawohl! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt einen weiteren Punkt. Bis zum Jahr 2012 werden in Deutschland neun Kohlekraftwerke in Betrieb gehen. Ich glaube, dass man dabei sehr differenziert argumentieren muss. Überall dort, wo ein altes Kohlekraftwerk durch ein neues, modernes ersetzt wird, ist dies auch für die Umwelt ein Vorteil, weil es eine deutliche Reduktion der Emissionen darstellt.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Jawohl!)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, überall dort, wo Kohlekraftwerke neu gebaut werden, um Kernkraftwerke zu ersetzen, ist dies kein Fortschritt für die Umwelt, sondern bedeutet eine deutliche Zunahme der CO₂-Emissionen. Dies muss in dieser Diskussion auch einmal deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jörg Döpper CDU: Leider! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich will deswegen in diesem Zusammenhang – ich brauche gar nicht mehr zu sagen – Frau Professor Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin als unabhängige Expertin zitieren. Man kann sie derzeit mindestens einmal pro Woche zu Energiefragen im Fernsehen sehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten, wie ich in den vergangenen beiden Tagen gelernt habe.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Falsch! - Unruhe)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Ministerin, ich möchte nur sagen: Bei einer Aktuellen Debatte brauchen Sie dafür die Genehmigung des Präsidenten. Bei den normalen Debatten dürfen Sie ja ablesen und vorlesen, wie Sie es wollen. Ich hätte Ihnen die Genehmigung jetzt aufgrund der Zeit auch nicht erteilt. Aber bitte schön, machen Sie es.

(Unruhe)

Umweltministerin Tanja Gönner: Danke. Ich weiß, Sie haben Hunger. Ich komme auch ziemlich schnell zum Ende.

Frau Kemfert sagte:

Wir haben in den nächsten zehn bis 15 Jahren keine echten Energiealternativen, um die Kernenergie zu ersetzen. ... Kohlekraftwerke verursachen eine zu große Luftverschmutzung. Folge: Deutschland kann die Klimaschutzziele nicht erfüllen. Noch mehr Gaskraftwerke erhöhen die Abhängigkeit von Russland und anderen Ländern. Das kann niemand wollen.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Gönner zitiert Gönner!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Klimaschutz ist wichtig. Er ist im Übrigen auch zu wichtig, um ihn zur parteipolitischen Profilierung zu gebrauchen. Ich sehe die beiden Anträge der Oppositionsfraktionen als einen solchen Profilierungsversuch, der kurzfristig positive Schlagzeilen verschaffen mag,

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das hat aber der Kollege Ehret anders gesehen! – Abg. Jürgen Walter GRÜ-NE: Sollen wir keine Anträge schreiben? Das ist doch unsere Aufgabe!)

weil hier ein Wettlauf um die nominell höchsten Klimaschutzziele geführt wird nach dem Motto: "Darf es noch ein Viertel mehr sein?"

Langfristig wird es Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber nicht gelingen, die inhaltlichen Schwächen und die Oberflächlichkeiten dieser Vorschläge zu verbergen. Das wird Ihre Glaubwürdigkeit nicht erhöhen. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam zu einer seriösen und nachhaltigen Klimaschutzpolitik zurückkommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜ-NE erteile ich Herrn Abg. Untersteller das Wort.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Noi!)

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Frau Ministerin, ich möchte nur noch eine kurze Bemerkung machen. Wenn man Begriffe wie Profilierungsversuch und Oberflächlichkeit benutzt, dann sollte man auch in seiner eigenen Politik ein bisschen genauer hinsehen, ob da die Seriosität der Darstellung immer gegeben ist.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Sie haben vorhin die Zahl von mittlerweile 12 % Anteil erneuerbarer Energien in Baden-Württemberg genannt. Ich habe mich vor ein paar Wochen schon gewundert und habe gedacht: Wie kommen die plötzlich auf diese Zahlen?

Ich will einmal deutlich machen, wie Sie so etwas machen. Die Broschüren des Wirtschaftsministeriums aus dem Jahr (Franz Untersteller)

2006 haben immer 8,5 % erneuerbare Energien für den Stromsektor genannt. Wenn man jetzt in den Energiebericht 2007 der Landesregierung schaut – ebenfalls vom Wirtschaftsministerium herausgegeben –, sind es nicht mehr 8,5 %, sondern für das Jahr 2005 plötzlich 10 %. Wie kommt diese wunderbare Vermehrung der erneuerbaren Energien im gleichen Jahr?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir heizen jetzt mit Kachelofen! Das haben wir vorher nicht gemacht!)

Ich werde Ihnen einmal sagen, wie Sie das machen: Man fügt im Energiebericht 2007 in einer Größenordnung von einem viertel Millimeter – man braucht wirklich eine Lupe, um es lesen zu können – unten auf der Seite eine Anmerkung ein, die sinngemäß wie folgt lautet: 60 % der aus Müll gewonnenen Energie werden der Biomassennutzung zugerechnet. So kommt man dann auf einen Anteil von 10 % erneuerbarer Energien.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemine!)

Solche Tricksereien haben Sie mittlerweile nötig, um mit dem Zuwachs der erneuerbaren Energien auf Bundesebene Schritt zu halten.

(Heiterkeit der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Daher würde ich Sie doch bitten, mit solchen Apostrophierungen, wie Sie sie hier gemacht haben, etwas vorsichtiger zu sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Knapp das Wort mit dem Hinweis, dass die Redezeit ganz eng begrenzt,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Knapp begrenzt! – Weitere Zurufe von der CDU – Unruhe)

ja sogar knapp ist.

Abg. Thomas Knapp SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich lasse die Eingangsformeln weg. Ich möchte nur eines sagen, Kollege Lusche: Es muss schon brutal getroffen haben, wenn Sie zusammen mit der Umweltministerin immer wieder auf die gestrige Debatte zurückkommen müssen.

(Zuruf des Abg. Ulrich Lusche CDU)

Sie haben im Grunde – heute steht es in den Medien – ein Gesetz beschlossen,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jetzt ist die Redezeit um! – Heiterkeit)

dem wir bis zum Dienstag dieser Woche noch zugestimmt hätten. Sie haben mit einem Federstrich im Entschließungsantrag alles rausgestrichen, was vorher drin war, nämlich dass wir gesagt haben, auch das Land müsse Vorbild sein.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ulrich Lusche CDU: Das ist doch gar nicht wahr! Das ist einfach falsch! – Abg.

Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie hätten ja gern mitgemacht, Sie durften nicht!)

Der Vorbildfunktion wurde gestern nicht nachgekommen. Deswegen haben wir das Gesetz abgelehnt.

Noch einen letzten Satz dazu: Wir werden uns, Frau Umweltministerin, nicht in die Ecke drängen und uns sagen lassen, wir hätten dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz nicht zugestimmt. Wir haben zwei Dingen nicht zugestimmt, nämlich erstens dem Geltungsbereich der Gebäude. Dazu stehen wir nach wie vor. Es steht übrigens heute überall in den Zeitungen und wurde gestern auch im Fernsehen gesagt, dass das, was man gemacht hat, völlig daneben ist.

Zweitens haben wir gesagt: Für die Altbauten muss das Gesetz ab dem 1. Januar 2010 gelten. Kollege Untersteller, Sie müssten das doch unterstützen, Sie haben doch sogar den Termin 1. Januar 2009 gewollt.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sie haben noch nie so einen Scheiß geredet!)

Andernfalls können wir doch auch die Evaluation 2011 noch gar nicht machen.

Jetzt hat man ein Gesetz gemacht, das erst in zweieinhalb Jahren gilt, und Sie haben die Kröte gefressen. Das ist das Problem, das Sie haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Franz Untersteller GRÜ-NE: Trotzdem geht es doch in die richtige Richtung! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herrn Untersteller geht es um die Sache!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier oben wird sehr stark auf die Einhaltung der festgelegten Redezeiten geschaut. Sie müssen nicht immer nur schauen, ob andere Redner überzogen haben.

(Zuruf von der CDU: Die haben alle überzogen! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das war auch inhaltlich überzogen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie müssen das verhindern, Herr Präsident!)

Alle Redner in dieser Debatte haben ihre Redezeiten überzogen. Herr Knapp hat jetzt eine Minute und neun Sekunden überzogen.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge. Beide Anträge – das ist vorher beantragt worden – sollen zur weiteren Beratung an den Umweltausschuss verwiesen werden. – Es gibt keine Gegenstimmen. Es ist so beschlossen.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung bis 14:15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:04 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:20 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

(Stelly. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

Fragestunde - Drucksache 14/1909

Ich rufe die einzige Mündliche Anfrage auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gunter Kaufmann SPD – Bezahlung und Ausbildung von Hauptschullehrkräften

Bitte schön, Herr Kollege.

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle die folgende Frage bezüglich der Bezahlung und Ausbildung von Hauptschullehrkräften an die Landesregierung:

- a) Bis wann setzt die Landesregierung die von ihr öffentlich angekündigte Anpassung der Bezahlung der Hauptschullehrkräfte an die der Realschullehrkräfte tatsächlich um?
- b) Von welchem Zeitpunkt an werden die Haupt- und Realschullehrkräfte – wie ebenfalls von der Landesregierung öffentlich angekündigt – in einem verbundenen Lehramt gemeinsam ausgebildet?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Wacker.

Staatssekretär Georg Wacker: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beantworte die Mündliche Anfrage des Herrn Kollegen Kaufmann wie folgt:

Zu a: Die Frage der Lehrämter und der Besoldung von Hauptund Realschullehrkräften wird im Rahmen der Dienstrechtsreform geklärt, die auch das Laufbahn- und Besoldungsrecht novelliert. Die erforderlichen Vorarbeiten hierzu sind unter Beteiligung aller Ressorts im Gange. Ein genauer Zeitpunkt für die Umsetzung kann deshalb noch nicht genannt werden.

Antwort zu Frage b: Das Kultusministerium prüft derzeit, ob angesichts der zunehmenden Verflechtung von vorschulischer Bildung und Arbeit mit Kindern in der Grundschule einerseits und der ganz andersartigen fachlichen und pädagogischen Aufgabenstellung in der Arbeit mit Jugendlichen in Hauptschulen und Realschulen andererseits eine Neustrukturierung der Lehrämter für die Bereiche Grundschule, Hauptschule und Realschule erforderlich ist.

Nach Abschluss dieser Prüfung ist über einen Neuzuschnitt der genannten Lehramtsstudiengänge zu entscheiden. Bei einer Entscheidung für einen Neuzuschnitt sind anschließend die jeweiligen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen zu erarbeiten, die wiederum Grundlage zur Erarbeitung entsprechender Studienordnungen durch die Pädagogischen Hochschulen sind.

Nach Abschluss dieser Arbeiten kann gegebenenfalls eine gemeinsame Ausbildung von Haupt- und Realschullehrkräften in einem verbundenen Lehramt erfolgen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Zeller, eine Zusatzfrage.

Abg. Norbert Zeller SPD: Herr Staatssekretär, Sie haben bei der Beantwortung der Frage unter Buchstabe a gerade gesagt, dass dies im Rahmen einer Dienstrechtsreform geklärt wird.

Sie haben aber nicht zum Ausdruck gebracht, ob die Bezahlung der Hauptschullehrer dann tatsächlich der der Realschullehrer angepasst wird. Wird es dazu kommen oder nicht?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Georg Wacker: Die Neuordnung des öffentlichen Dienstrechts in Baden-Württemberg im Rahmen einer Dienstrechtsreform beinhaltet alle Bereiche des öffentlichen Dienstrechts, und in diesem Zusammenhang wird geprüft, ob es zu einer Anpassung der Besoldung der Hauptschullehrkräfte an die Besoldung der Realschullehrer kommt.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Zusatzfrage, Herr Abg. Kaufmann.

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Herr Staatssekretär, Sie hatten oder der Minister hatte doch seinerzeit in den Presseverlautbarungen, in einer Pressekonferenz nicht gesagt, dass geprüft werde, sondern eine konkrete Zusage gegeben. Wie stehen Sie denn jetzt dazu?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Haben Sie doch Geduld! – Gegenruf des Abg. Norbert Zeller SPD: Nein! Zusage!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Staatssekretär, bitte.

Staatssekretär Georg Wacker: Es ist eine Prüfung, die auch mit der Finanzierbarkeit in einem Zusammenhang steht. Wenn eine besoldungsrechtliche Gleichstellung der Hauptschullehrkräfte mit den Realschullehrkräften erfolgt, bedeutet das, dass hierfür auch die haushaltspolitischen Rahmenbedingungen hergestellt werden müssen. Deswegen ist eine besoldungsrechtliche Prüfung auch im Zusammenhang mit den haushaltspolitischen Auswirkungen zu betrachten. Insofern wird eine Gesamtprüfung erfolgen. Das Ergebnis dieser Gesamtprüfung wird zu gegebener Zeit verkündet.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Zweite Zusatzfrage des Herrn Abg. Kaufmann.

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Herr Staatssekretär, heißt das, dass die gegebene Zusage zurückgezogen wird und jetzt noch eine Prüfung erfolgt?

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Georg Wacker: Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Herr Kollege Kaufmann, ich beziehe mich auf das eben Gesagte, dass wir eine Prüfung in dieser Richtung vornehmen, und ich kann das Ergebnis dann verkünden, wenn dem Haus tatsächlich ein Ergebnis vorliegt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Gute Antwort! 1 : 0 für den Staatssekretär!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gibt es weitere Zusatzfragen? – Das Thema ist erledigt. Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Es gibt keine weiteren Mündlichen Anfragen. Damit ist die Fragestunde beendet.

(Stelly. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf:

- a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Grenzüberschreitende Sicherstellung der Saatgutversorgung für die gentechnikfreie Landwirtschaft im Bodenseeraum – Drucksache 14/1148
- b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Umsetzung der Verfügung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) vom 27. April 2007 zu gentechnisch verändertem Mais "MON 810" – Drucksache 14/1303
- c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Keine grüne Gentechnik in Baden-Württemberg – Drucksache 14/1340

Das Präsidium hat für die Aussprache über alle Anträge eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Wer spricht dazu von der Fraktion GRÜNE?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Einen kleinen Moment noch!)

- Nein, das geht nicht.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Das mag sein. Aber dann spricht als Erster eben der Vertreter der SPD-Fraktion, die den unter Buchstabe b aufgeführten Antrag gestellt hat.

Ich erteile Herrn Abg. Winkler das Wort.

(Abg. Ute Vogt SPD: Verspätungen werden nicht geduldet!)

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, dass Sie mich angesichts der mageren Besetzung im Saal

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Die Wichtigsten sind hier!)

nicht der Selbstgespräche bezichtigen.

(Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben eine aufmerksame Zuhörerschaft, Kollege Winkler! – Abg. Ute Vogt SPD: Die Besten sind hier!)

Die vorliegenden drei Anträge, die jeweils einen Beschlussteil beinhalten, tragen die Überschriften: "Grenzüberschreitende Sicherstellung der Saatgutversorgung für die gentechnikfreie Landwirtschaft im Bodenseeraum", "Umsetzung der Verfügung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) vom 27. April 2007 zu gentechnisch verändertem Mais "MON 810" und "Keine grüne Gentechnik in Baden-Württemberg". Der zweite Antrag wurde von uns gestellt, die beiden anderen sind von den Grünen eingebracht worden. Es geht aber nicht nur um das Thema "Keine grüne Gentechnik", es geht offensichtlich auch um das Thema "Keine grünen Abgeordneten im Plenarsaal".

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Zum ersten Antrag der Grünen mit dem Thema "Grenzüberschreitende Sicherstellung der Saatgutversorgung für die gentechnikfreie Landwirtschaft im Bodenseeraum": Natürlich hat dieser Antrag ganz offensichtlich zunächst einmal auch proklamatorischen Charakter. So ist er auch geplant. Man könnte ihn so vielleicht abhaken, möchte es aber dann doch nicht tun. Warum? Das Ziel ist: Es geht um eine Strategie der regionalen Behauptung gentechnikfreier Zonen. Immerhin haben sich vor zwei Jahren Vertreter 162 europäischer Regionen getroffen, um sozusagen regionale gentechnikfreie Zonen zu initiieren. Nur: Baden-Württemberg war nicht vertreten. Damals war unser Landtagspräsident gleichzeitig sogar Präsident des Ausschusses der Regionen. Dennoch waren wir nicht vertreten.

Die Regionen in der EU haben sehr wohl ein Interesse, in ihren Bereichen gentechnikfreie Zonen einzurichten. Sie wissen auch, warum. Die Landesregierung wäre eigentlich aufgefordert, aktiv zu werden, dies zu unterstützen und vom Anbau abzuraten, anstatt die Chancen der Gentechnik zu proklamieren. Es ist wahrlich ein Rückzug der Landesregierung festzustellen. Sie macht nämlich beides: Einerseits proklamiert sie die Chancen, andererseits rät sie im Einzelfall vom Anbau ab. Das ist eine politische Haltung, die mit der Fragestellung in einem Multiple-Choice-Test verglichen werden kann. Im Notfall kreuzt man eben beide Antwortmöglichkeiten als richtig an. Das ist nicht gerade eine Politik von Stärke und nicht gerade eine Politik, die eine klare Position bezieht.

Im Übrigen: Das Bodenseeleitbild würde sich dazu eignen, dass der Bodenseeraum als grenzüberschreitende Region sehr wohl Aussagen zur Gentechnik macht. Die Landesregierung schreibt dazu, sie wolle das Bodenseeleitbild in dieser Richtung begleiten. Es ist jedoch nicht gerade ein Kraftakt, wenn man so etwas begleitet. Hoffentlich ist die Landesregierung dabei nicht überfordert.

In Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/1340 fordern die Grünen, alle Anbauversuche des Landes in Baden-Württemberg sofort einzustellen. Das hatten wir hier auch schon gefordert. Das hat den Hintergrund: Wir sagen: Es ist Aufgabe der Saatgutindustrie, diese Forschung zu betreiben, oder wir geben die Forschungsziele vor, und sie soll das bezahlen. Wir sehen eben nicht ein, dass unsere Bürger die Gentechnikforschung und deren Auswirkungen auch noch bezahlen.

Außerdem fordern die Grünen, das Land solle sich dafür einsetzen, dass sämtliche Anbauversuche im Land, in Deutschland und in der EU gestoppt werden. Auch diese Forderung ist etwas plakativ. Wir wissen, dass die Koexistenz eine geregelte, vorgeschriebene Angelegenheit ist. Man kann sich auch dafür einsetzen. Aber es ist "pour le chat", also für die Katz, wenn man so etwas fordert.

(Heiterkeit)

Als Drittes fordern die Grünen, an die Landwirte Informationen über das Urteil des Augsburger Verwaltungsgerichts weiterzugeben. Das halten wir für selbstverständlich und können wir nur unterstützen.

Merkmal einer starken Politik für die Verbraucher wäre eigentlich, sich konsequent gegen die Gentechnik oder für eine

(Alfred Winkler)

Gentechnikfreiheit einzusetzen. Wir wissen doch: Gentechnik ist ein schöner Gedanke, aber er ist eigentlich dem Teilen verpflichtet. Mit dem Teilen ist es so: Die einen teilen sich die "Risiken" der Gewinne, und die Gesellschaft teilt sich die Risiken der Gentechnik für Natur, Gesundheit und Umwelt. Diese Teilung ist etwas einseitig, wie wir meinen. Wir dürfen nicht vergessen: Die Umwelt bekommt immerhin einen großen Teil des Risikokuchens ab.

Nun zu unserem Antrag: Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat eine Neubewertung von Genmais vorgenommen, bezogen auf die Nichtzielorganismen dieser Untersuchung. Mais ist neben Soja nun einmal die mit Abstand am häufigsten angebaute GVO-Pflanze – seit 20 Jahren im Versuch, seit fast zehn Jahren im Anbau – und sei "erprobt", "sicher für Mensch und Umwelt", "getestet" und "geprüft", wie Monsanto sagt.

Jetzt stellt sich Folgendes heraus: Auf einmal wird festgestellt, dass diese genveränderten Pflanzen unerwartet hohe Schwankungen des Bt-Toxins haben, also des Gifts, das sie enthalten. Es ist eigentlich ein unmöglicher Vorgang, dass diese für "völlig sicher" erklärte Pflanze solche Eigenschaften aufweist. Keinem Landwirt würde erlaubt, völlig unterschiedliche Konzentrationen von Insektiziden, Pestiziden usw. auszubringen. Überhaupt nicht! Er würde bestraft werden. Aber dieser Gentechnikhersteller bringt eine Pflanze in Umlauf, deren Giftgehalt schwankt, und das stellt man eigentlich erst jetzt nach 20 Jahren fest. Dieser Bacillus thuringiensis ist ein Gift und wirkt toxisch, sonst würde er in der Pflanze ja gar nicht gegen Insekten wirken.

Zweiter Punkt: Die Aussage über die Bienen. Das Augsburger Landesgericht,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Landgericht!)

das Bayerische Verwaltungsgericht Augsburg hat in einem Urteil dem Land Bayern zur Auflage gemacht, dafür zu sorgen, dass Bienen keine Gentechnikpollen sammeln. Jetzt ist das jedoch schwierig. Wer sagt das den Bienen?

(Heiterkeit der Abg. Ute Vogt SPD – Abg. Ingo Rust SPD: Schilder aufstellen!)

Tatsächlich ist es nämlich so, dass die Bienen natürlich auch auf Genmaisfeldern sammeln. Wir wissen, dass Bienen Entfernungen von bis zu 6 km zurücklegen; normalerweise fliegen sie im Umkreis von 2 bis 3 km. Unsere Genflächenabstände liegen bei 300 m bei Saatgut und normalerweise bei 200 m. Das nützt den Bienen gar nichts. Niemand sagt ihnen, dass das jetzt wechselt.

(Abg. Ingo Rust SPD: Das peilen die locker! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gibt's dafür kein Merkblatt?)

Dafür gibt es keine besondere Lösung. Die Landesregierung sagt bei ihren Versuchsfeldern, wenn das der Fall ist: "Okay, dann kaufen wir den Honig auf." Aber auf Dauer ist es keine Lösung, dass die Mitglieder der Landesregierung zu Honigessern werden, weil sie große Bestände aufkaufen müssen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Den haben wir schon in unserem täglichen Müsli! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Heiterkeit)

Wir haben also eigentlich die Wahl zwischen gentechnikfreien Zonen oder bienenfreien Zonen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Eine andere Lösung sehe ich nicht.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein Bienensperrgebiet? – Heiterkeit)

Aber wenn wir schon über dieses absurde System reden – reden wir ruhig noch ein wenig weiter über Absurdistan –, möchte ich sagen: Die grüne Gentechnik hat auf Organismen drei gefährliche Wirkungsfelder. Das eine ist die Immunisierung.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Bienenstich in Baden-Württemberg! – Vereinzelt Heiterkeit)

Die Genmaishersteller müssen – vorgeschrieben vom Genmaisproduzenten – 20 oder 30 m Mantelsaat aus Nichtgenmais um ihren Genmais herum anlegen. Warum? Damit die vom Genmais infizierten Insekten sich immer mit gesunden, aus Nichtgenmais stammenden Insektenpopulationen mischen, weil nämlich die genmaisbehafteten Insekten im Laufe der Zeit immun werden und Genmais dann gar keine Wirkung mehr erzeugt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Machen wir jetzt Biologieunterricht? – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Es ist eigentlich absurd, wenn man eine solche Vorschrift macht: "Ihr müsst parallel zum Genmais permanent Nichtgenmais anbauen, sonst wird die Wirkung des Genmaises durch Immunisierung der Insekten aufgehoben." Das ist absurd genug. Es bedeutet, dass Genmais den nicht gentechnisch veränderten Mais braucht, um überhaupt erst zu "funktionieren".

Gentechnik ist in hohem Maße allergenriskant; wir wissen das. Sie ist allergieauslösend und in hohem Maße toxisch, und zwar nicht nur selektiv für die Insekten, die man eigentlich im Blick hat. Auch das wissen wir. Der Genmais würde ja sonst gar nicht "funktionieren", wenn er nicht toxisch wäre.

Meine Damen und Herren, mir hat einmal ein Genforscher die Willkürlichkeit der Veränderung einer gentechnisch manipulierten Pflanze am Beispiel der Kartoffel erläutert. Das Ziel war, bei der Kartoffel ein zusätzliches Gen einzusetzen, das den Stärkegehalt der Kartoffel verdoppelt. Da werden Kartoffeln produziert, nur um Stärke zu gewinnen. Es ist also logisch, dass ein zweites Stärkegen eingesetzt wird. Es besteht dabei nicht einmal ein großes Risiko für die Natur – jedenfalls nicht auf den ersten Blick. Dieser Forscher sagt: Im Ergebnis hat eine solche Kartoffel völlig willkürliche Eigenschaften, nur nicht die typische Eigenschaft, die wir erwartet haben, nämlich den doppelten Stärkegehalt. Das ist das Merkmal von gentechnisch veränderten Pflanzen: dass wir nicht genau wissen, was letztendlich bei diesen Pflanzen herauskommt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wichtig ist, was hinten rauskommt!)

(Alfred Winkler)

Ich will damit sagen: Gentechnik ist äußerst kompliziert und kaum rückführbar. Ich möchte hierzu ein Zitat anführen – es gab ja heute Vormittag eine Zitateinflation;

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Ohne Genehmigung!)

ich möchte sie erweitern –: "Wenn Sie erst einmal ein Rührei gemacht haben, ist es ungeheuer schwierig, daraus wieder zwei Spiegeleier zu machen."

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD und des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So etwas versucht man gar nicht! – Abg. Elke Brunnemer CDU: Was sind denn das für Vergleiche? Man kann doch nicht Kartoffeln mit Rühreiern vergleichen! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Links gerührt oder rechts gerührt? – Zuruf: Das probieren wir gar nicht!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜ-NE erteile ich Herrn Abg. Dr. Murschel das Wort.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Der kocht jetzt weiter! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der isst jetzt die Eier!)

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Winkler, Sie haben schon einmal mit Ihrem Redebeitrag angefangen. Ich war nicht rechtzeitig hier, weil die Fragestunde etwas kurz geraten ist.

Das Beispiel mit dem Rührei, das Sie, Herr Winkler, am Ende Ihrer Rede gebracht haben, ist sehr schön. Das verbildlicht ein bisschen den Gedanken, den man mit der Frage der Gentechnik in Verbindung bringen kann: Hat man die genveränderte Pflanzenmaterie einmal freigesetzt, kann man das nicht mehr rückgängig machen. Das mit Eiern in Verbindung zu bringen hat aber schon etwas; das gebe ich zu.

Sie sind im Wesentlichen auf die zwei Anträge eingegangen, die sich in der Frage des Maises "MON 810" überschneiden, und sind auf die Risiken eingegangen, die sich in immer neuen Erkenntnissen niederschlagen. Diese Risiken waren auch der Grund dafür, dass von Bundesseite her die Genehmigung, dieses Saatgut "MON 810" in Verkehr zu bringen, ausgesetzt wurde und ein Monitoringplan gefordert wird, um diesen noch unklaren Risiken nachzugehen.

Ich möchte aus diesem Grunde eher auf unseren Antrag bezüglich der Saatgutschutzzonen eingehen und ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu dem Thema Gentechnik machen; denn wir reden nicht jedes Mal über dieses Thema, aber

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Fast jedes Mal! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Aber immer öfter!)

gelegentlich, und dann wäre es gut, hier ein Update zu haben.

Morgen früh um 5 Uhr soll anscheinend der Bundestag über die Novellierung des Gentechnikgesetzes debattieren.

(Zurufe: 5 Uhr?)

 So liest man es in der Presse. Ich weiß auch nicht, warum die um 5 Uhr tagen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Druckfehler! "15 Uhr" heißt das wohl! – Zuruf: 17 Uhr!)

Die Presse schreibt, dies geschehe um 5 Uhr, und das wäre eine Nacht-und-Nebel-Aktion. Vielleicht sollte man dieses Thema schlichtweg eher bei Tageslicht behandeln, auch aus dem Grund heraus, weil es kein populistisches Thema ist.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sie haben nur populistische Themen!)

Nahezu alle in der Bevölkerung lehnen es ab und sagen: Genfood soll nicht auf meinen Teller kommen. Alle – seien es die Verbraucher allgemein, seien es die Landwirte, seien es die Imker, seien es die Brauer – sagen eigentlich: Nein, das wollen wir nicht. Nur wenige wollen dies; dazu zählt auch die Landesregierung hier. Die Landesregierung hält, soweit ich zurückdenken kann, an dem Irrglauben fest,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen Forschung! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wir wollen Forschung, damit die Sache nicht an uns vorbeiläuft!)

dass die friedliche Koexistenz – da kommt das Stichwort Forschung –, dass ein Nebeneinander von Genanbau und konventioneller Landwirtschaft bzw. Bioanbau möglich sei.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Künast!)

Alle wissen, dass dies nicht möglich ist. Aber die Landesregierung macht da unbeirrt weiter. Ich frage Sie, Herr Hauk: Wann begreifen Sie, dass in einer kleinräumigen Landwirtschaft, wie wir sie hier in Süddeutschland, insbesondere auch in Baden-Württemberg, haben, keine Koexistenz möglich ist? Ich erinnere daran: Die durchschnittliche Betriebsgröße in Baden-Württemberg beträgt 20 ha.

(Minister Peter Hauk: Durchschnitt!)

Durchschnitt, ja, klar. Es gibt größere und kleinere Flächen.
 Aber die statistische Durchschnittsgröße sagt ja auch schon etwas aus; in anderen Bundesländern beträgt die Durchschnittsgröße das Fünf- bis Zehnfache.

Wann begreifen Sie, dass hier eine Koexistenz einfach nicht möglich ist? Es gibt kein friedliches Nebeneinander von Gentechnikanbau und konventionellem Anbau, geschweige denn von Bioanbau, den Sie dabei in seiner Existenz bedrohen. Bioanbau lebt per se, per Definition davon, dass er gentechnikfrei ist. Die Agrogentechnik nützt eigentlich nur wenigen, nämlich Monsanto und anderen Konzernen, und schadet allen anderen. Ich habe es gerade ausgeführt.

Das, was Sie wollen – Maiszünsler- und Maiswurzelbohrerbekämpfung usw. –, lässt sich alles auf konventionelle Weise, auf eine biologische Weise – Fruchtfolge usw. – ebenfalls erreichen. Also Sie setzen auf Technik, Chemie und Genmanipulation statt auf Natur und Umwelt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir sind die Bewahrer der Heimat, Herr Kollege!)

(Dr. Bernd Murschel)

Ich möchte aus unserem Antrag "Grenzüberschreitende Sicherstellung der Saatgutversorgung für die gentechnikfreie Landwirtschaft im Bodenseeraum" aus diesem Jahr zitieren. Was ist das Ziel dieses Antrags, der Ihnen hier vorliegt? Das Ziel ist, der Züchtung und Vermehrung von Saatgut, einem ganz sensiblen Bereich in der landwirtschaftlichen Produktion, mehr Stellenwert zu geben. Kein kontaminiertes Saatgut zu haben ist das Ziel. Dann kann ich auch die Kontamination durch Genpflanzen in der Normalproduktion verhindern. Was wir wollen, sind Saatgutschutzzonenbereiche, in denen es in größerem Umfang Saatgutvermehrung gibt. Diese sollen zu GVO-freien Zonen erklärt werden – nicht pauschal GVO-freie Zonen, die wir schon kennen, sondern wir wollen speziell in diesem Bereich Saatgutschutzzonen ausweisen, analog Wasserschutzzonen.

Da der Pollenflug ja nicht an den Grenzen haltmacht, haben wir uns gedacht, es könnte doch nicht schaden, wenn wir das zusammen mit den Schweizer Freunden machen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So wie mit Zürich, die Freunde!)

– Ja, das sind tatsächlich unsere Freunde. Wir haben einen Antrag – der mit dem Antrag, der Ihnen hier vorliegt, inhaltlich deckungsgleich ist – in Zürich, Thurgau, Schaffhausen und St. Gallen eingebracht. Er ist in die Parlamente in Zürich, Thurgau, Schaffhausen und St. Gallen sogar früher eingebracht worden. Ich möchte jetzt einfach in den mir verbleibenden vier oder drei Minuten zitieren, was die Kollegen in der Schweiz sagen und was der Herr Kollege Hauk dazu sagt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Welche Kollegen? Sind das die Kollegen von den Grünen oder von der Regierung? – Gegenruf der Abg. Elke Brunnemer CDU: Er sagt es Ihnen dann schon! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er sagt schon etwas dazu!)

Ich nehme einen Auszug aus dem Redeprotokoll von Schaffhausen. Der Regierungsrat Erhard Meister sagt – ich zitiere wörtlich –:

Ich hege eine gewisse Sympathie dafür, dass man politisch ein Zeichen setzen will. ... Ich bin in der Internationalen Bodenseekonferenz. Ich werde – das versichere ich Ihnen, mein Wort gilt! – dafür kämpfen, dass wir in der Schweiz keine gentechnisch veränderten Pflanzen für die landwirtschaftliche Produktion freisetzen. ... Wir produzieren ... mit aller gebotenen Sorgfalt und treffen entsprechende Schutzmaßnahmen für Pflanzen und Tiere! Aber wir brauchen gerade deshalb auch keine gentechnisch veränderten Pflanzen. Wir sollten konsequent den Schweizer Weg gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Heißt das "Raus aus der EG!", oder was?)

- Die Schweizer sind doch noch gar nicht drin.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir sind doch drin!)

– Darauf komme ich noch, Herr Kollege Bullinger.

Ganz anders unser Minister auf die Frage, ob er sich dafür einsetzt, dass im Rahmen der Internationalen Bodenseekonferenz das Ziel "Gentechnikfreie Landwirtschaft im Bodenseeraum" in das Leitbild aufgenommen wird. Da verweist er auf das Papier der Internationalen Bodenseekonferenz von 2004, wonach die IBK und ihre Mitglieder wenig Einfluss darauf hätten, was die Gentechnologie in Europa macht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

 Ja, so ist es. Aber es ist eine Bankrotterklärung, wenn ich sage: Ich mache nichts, weil wir keinen großen Einfluss haben

Oder auf die Frage, ob er denn nicht Kontakt mit den Schweizern und mit den Österreichern aufnehmen wolle, um Saatgutschutzzonen zu machen – Initiativen gebe es ja zuhauf –, sagt Minister Hauk, Saatgutschutzzonen seien rechtlich möglich, aber:

Der "Aufbau von Saatgutschutzzonen" muss fachlich begründet sein, eine "vorsorgende" Ausweisung von geschlossenen Anbaugebieten ist nach derzeitiger Rechtslage nicht möglich.

Das habe ich ihn doch gar nicht gefragt. Er antwortet einfach nicht auf die Frage, ob er nicht in der Lage ist, Kontakt aufzunehmen. Das kann er nicht, weil er es nicht will. Wer sich herausreden will, agiert genau so.

Jetzt noch zur eigenen Beruhigung. Was antwortet der Regierungsrat des Kantons Zürich darauf?

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wo kommt der her?)

Ich zitiere wörtlich:

Zurzeit ist der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in der Schweiz nicht gestattet. ... Das Raumplanungsrecht sieht vor, dass die Kantone den verschiedenen Funktionen der Landwirtschaftszone in ihren Planungen angemessen Rechnung tragen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie ist das in Deutschland?)

Somit wäre es aus rechtlicher Sicht möglich, die Gentechproduktion im Hinblick auf den Kontaminationsschutz örtlich zu beschränken. ... Die Einrichtung von gentechfreien Gebieten zum Schutz des Saatguts vor unerwünschten Kontaminationen ist zu begrüßen.

Ich kann sehr gut nachvollziehen, warum die Schweizer Bürger sagen: "Einem solchen Europa will ich nicht beitreten. Dort sagen die Hardliner, man müsse eine Landwirtschaftspolitik machen, die gegen die Verbraucher ausgerichtet ist."

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Brunnemer das Wort.

Abg. Elke Brunnemer CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wieder einmal diskutieren wir hier über grüne Gentechnik, und ich bin auch sicher, dass dies nicht das letzte Mal sein wird. Das wird auch klar, wenn wir die Stellungnahmen des MLR zu den Anträgen anschauen. Dort wird sehr oft auf Anträge verwiesen, die gerade einmal ein halbes Jahr zurückliegen. Herr Kollege Murschel und seine Fraktion bringen immer wieder dieselben Anträge zu diesem Thema ein.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Mit der Schweiz haben wir noch nichts gehabt! Das ist ganz neu! Nächstes Mal ist Österreich dran!)

Wie Herr Winkler vorhin bereits gesagt hat, handelt es sich dabei zum Teil um Showanträge. Sie zeigen immer wieder, dass Sie nicht bereit sind, Tatsachen wahrzunehmen und sich mit dem Sachverhalt auseinanderzusetzen.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Sehr richtig!)

Denn Fakt ist: Es gibt in Baden-Württemberg keinen kommerziellen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen. Somit führen wir in weiten Teilen eine Phantomdiskussion.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Darauf sind die Grünen spezialisiert! – Zuruf von den Grünen: Wir sind nicht bereit, Ihre Politik zu akzeptieren! Das ist der Unterschied!)

Meine Damen und Herren, klar ist: Die Anbauversuche mit GVOs in Baden-Württemberg wurden im Auftrag des Bundessortenamts durchgeführt. Klar ist auch, dass sie von der damaligen Ministerin, Frau Künast, initiiert wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die konnte sich aber nicht durchsetzen!)

Ich betone hier: Die Anbauversuche werden nur mit zugelassenen GV-Maissorten durchgeführt.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das macht es nicht besser!)

Die Zulassung der Sorten haben die zuständigen Behörden in Bezug auf die menschliche Gesundheit und auf die Umwelt als sicher eingestuft. Somit sind sie ausgiebig getestet.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Dennoch sind Versuchsfelder zerstört worden. Das ist nichts anderes als eine mutwillige Zerstörung von fremdem Eigentum, und das kreiden wir hier entschieden an. Es ist auch ein Zeichen dafür, dass die Leute, die so etwas tun, nicht bereit sind, sich mit den Tatsachen und Erkenntnissen wissenschaftlicher Forschung auseinanderzusetzen.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir sind uns alle einig: Zerstörung kann keinesfalls ein Mittel der Auseinandersetzung über strittige Wissenschaftsdisziplinen sein. Wie soll eine Bewertung der grünen Gentechnik vorgenommen werden, wenn nicht über einen längeren Zeitraum intensive Forschung betrieben werden kann?

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Dazu sind Freilandversuche unverzichtbar. Das sieht die SPD im Bund übrigens auch so. Das steht auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD auf Bundesebene, Herr Winkler, während Sie hier im Land dagegen wettern.

(Zuruf von der CDU: Das sagen wir schon zum zehnten Mal!)

Das passt nicht so ganz zusammen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da passt vieles nicht zusammen bei der SPD!)

Herr Winkler, an der Wahl Ihres vorhin angeführten Beispiels ist klar erkennbar, dass Sie Äpfel mit Birnen vergleichen.

(Heiterkeit – Zurufe von der CDU: Spiegeleier mit Rühreiern!)

Wir von der CDU-Fraktion wollen hier bei uns eine unabhängige, staatliche Forschung zur Vorsorge und zum richtigen Umgang mit GVOs. Das ist für uns unerlässlich. Denn nur eine fundierte und kontrollierte Forschung bringt Ergebnisse und zeigt uns mögliche Risiken der GVO-Sorten auf.

Ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition: Wer grüne Gentechnik hier in unserem Land verbieten will, der muss wissen, dass sie dann woanders stattfindet und zu uns zurückkommt.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das ist aber kein Argument! – Abg. Reinhold Gall SPD: Prima! Wer anderswo die Umwelt verschmutzt, kann sie also auch hier verschmutzen!)

Wir müssen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Biotechnologie und auch die grüne Gentechnologie in Deutschland Zukunft haben. Denn es geht auch um Arbeitsplätze, und es geht um Innovationen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Arbeitsplätze rechtfertigen nicht alles!)

Das wollen Sie von den Grünen einfach nicht wahrhaben. Ich fordere Sie auf: Legen Sie Ihre ideologischen Scheuklappen ab, hören Sie auf mit der Panikmache, und nehmen Sie die Realität wahr!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Denn die Rechtslage hat sich inzwischen geändert, und das schon zu Künasts Zeiten. Es geht nicht mehr darum, ob wir für oder gegen die Gentechnik sind. Es geht darum, wie wir mit ihr umgehen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Denn die EU-Freisetzungsrichtlinie erlaubt europaweit den Anbau zugelassener gentechnisch veränderter Pflanzen.

(Zurufe, u. a. des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Es ist auch gesetzlich verankert, dass die Koexistenz möglich sein muss. Wir haben hier in Baden-Württemberg nach der derzeitigen Rechtslage keine Möglichkeit, den Anbau der zugelassenen GV-Pflanzen zu verhindern. Daher muss ein Ne(Elke Brunnemer)

beneinander gentechnisch veränderter, konventioneller und ökologischer Kulturen verträglich gestaltet werden. Dazu brauchen wir klare Anbauregeln. Und die können eben nur experimentell in Freilandversuchen gewonnen werden.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ach du Schande! Wer hat denn den Quark aufgeschrieben?)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch bemerken: Gerade die Kritiker kreiden doch immer an, es gebe zu wenig Versuche, es gebe zu wenig Ergebnisse, um die Sicherheit beurteilen zu können. Genau dem wollen wir abhelfen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das ist doch absurd! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist doch schon alles erforscht!)

Wir wollen Erkenntnisse zur Koexistenz, also zu Anbauabständen, Nachbarkulturen, Mantelsaaten. Wir wollen Erkenntnisse zu den Auswirkungen auf den gesamten Lebensraum mit allem, was dort kreucht und fleucht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dieter Ehret FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir von der CDU-Fraktion legen Wert auf eine objektive, wissenschaftlich fundierte Information und Aufklärung der Bevölkerung und der Landwirtschaft. Denn nur Transparenz schafft Vertrauen.

Die Landwirte ebenso wie die Bürger müssen darüber informiert werden, wo Anbau mit GV-Pflanzen stattfindet. Dazu gehört für uns die flurstückgenaue Veröffentlichung der Anbaustandorte im Standortregister.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Dazu gehört die Feststellung der Mindestabstände. Dabei ist es gut, dass private Absprachen zwischen den Landwirten ermöglicht werden sollen. Dazu gehört auch eine klare Definition der guten fachlichen Praxis bei der Erzeugung. Dazu gehört Rechtssicherheit, insbesondere bei der Haftungsregelung; denn gerade diese Haftungsregelung ist es, die den kommerziellen Anbau von GV-Pflanzen verhindert.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die Redezeit ist doch abgelaufen! Seit zehn Minuten!)

Ich wiederhole: Bisher ist nur Mais zugelassen. Diese Zulassung läuft demnächst aus. So lange unsere Bauern keinen GV-Mais anbauen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die wissen, warum!)

ist das alles höchst theoretisch, was wir hier über Gentechnik auf den Feldern Baden-Württembergs diskutieren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!) **Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

(Abg. Rudolf Köberle CDU: Also bitte! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, ich habe Ihnen nur so zugewinkt!)

 Entschuldigung, ich hatte das so verstanden, dass Sie angemeldet waren.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Chef.

Abg. Monika Chef FDP/DVP: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Niemand verwehrt Ihnen, liebe Kollegen von den Grünen, das Thema Gentechnik in regelmäßigen Abständen im Plenum zur Sprache zu bringen.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Das ist schon einmal ein netter Anfang! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Sie riskieren aber, dass sich die Diskussionsbeiträge wiederholen.

Meine Damen und Herren, Sie greifen zum wiederholten Mal das Thema "Koexistenz zwischen genveränderten und nicht genveränderten Produkten" auf.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sehr gut! Immer dranbleiben!)

Nur sollten Sie endlich zur Kenntnis nehmen, dass gerade diese Koexistenz und damit auch die Garantie, dass gentechnisch veränderte Pflanzen entsprechend den Gesetzen ausgebracht werden können, mit Zustimmung von Bundeslandwirtschaftsministerin Künast – Frau Brunnemer hatte das vorhin auch schon gesagt – und damit unter der Regierung von Rot-Grün europaweit beschlossen wurde.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Gegenruf von der CDU: Genau so war es! Das wollen Sie bloß nicht hören!)

Wir wissen, dass die Grünen die Gentechnik im Agrarbereich ablehnen. Das haben wir hier schon zum wiederholten Mal gehört. Sie sollten sich aber bei aller Ablehnung –

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Erzählen Sie doch nicht Dinge, die überhaupt nicht stimmen! Belegen Sie das doch einmal!)

 Hören Sie doch einfach einmal zu, Herr Walter. Es wäre sehr höflich, nicht dauernd dazwischenzuschwätzen. Jeder Schüler lernt das in der Schule.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ruhe. Es sollte schon so sein, dass man die Rednerin auch hört.

Bitte, Frau Kollegin Chef.

Abg. Monika Chef FDP/DVP: Wenn es Sie nicht interessiert, können Sie gern auch hinausgehen.

Sie sollten sich aber bei aller Ablehnung darauf besinnen, dass wir uns an Recht und Gesetz halten müssen, zumal diese Gesetze von Ihnen selbst zu verantworten sind.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Es ist doch rechtlich möglich! Das steht doch drin!)

Meine Damen und Herren, der SPD-Antrag greift die Sorge der Imker auf und die Frage, inwieweit sich gentechnisch veränderte Pflanzen negativ auf die Bienenvölker auswirken. Die Regierung hat ausführlich und überzeugend Stellung genommen. Klar ist aber: Nicht nur die eigenen Untersuchungen des Landes, sondern auch weltweite Studien belegen,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Durch ein Honigaufkaufprogramm!)

dass keine negativen Auswirkungen auf Bienen zu befürchten sind. Zu diesem Thema ist bereits vieles gesagt worden, Kollege Winkler.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist der honigpolitische Sprecher der SPD!)

Sicherlich wird auch der Minister später Ausführungen hierzu machen.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Aber ganz sicher! – Abg. Elke Brunnemer CDU: Die richtigen!)

In Anbetracht der Tatsache, dass wir uns in den letzten Wochen und Monaten sehr intensiv mit dem Thema Klimawandel auseinandergesetzt haben, möchte ich noch einige grundsätzliche Ausführungen zum Thema "Gentechnik und Klimawandel" machen. Weltweit gibt es 850 Millionen hungernde Menschen.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Jetzt kommt das wieder!)

Die Hälfte davon sind Bauern in abgelegenen Gebieten der Entwicklungsländer. 20 % sind Hirten und Fischer. Ebenfalls ca. 20 % sind landlose Kleinbauern, hauptsächlich in Asien. Der Rest sind städtische Arme. Der Großteil der unterernährten Menschen lebt in irgendeiner Form in der Landwirtschaft.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sie dürfen nicht immer so viel Fleisch essen, dann hätten die Leute etwas zu essen!)

Acht von zehn Babys, die in diese Welt geboren werden, beginnen ihr Leben in Armut. Das, was Friedensnobelpreisträger Norman Borlaug, den ich hier auch zitiere, das "Bevölkerungsmonster" nennt, ist ein ernstes Problem für die menschliche Entwicklung und die Umwelt. Es werden Straßen, Wassermanagement und Agrarforschung benötigt. Wir brauchen wissenschaftlichen Fortschritt inklusive Biotechnologie.

Jetzt möchte ich wieder ein paar Zahlen nennen. Heute leben 6,5 Milliarden Menschen auf der Welt. Vor 100 Jahren waren es 1,5 Milliarden. Jedes Jahr kommen 75 Millionen neue Erdenbürger hinzu, die vor allem eines wollen: essen.

Mit der Agrartechnik, die 1950 üblich war – die übrigens dem Biolandbau von heute entspricht –, bräuchten wir 1,1 Milliarden ha Ackerfläche mehr, um die 2,2 Milliarden t Getreide zu erzeugen, die 70 % der Welternährung sicherstellen. Mit Wissenschaft und Technik haben wir den Ertrag pro Hektar in 50 Jahren immerhin verdreifacht.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Ohne Gentechnik, bitte! Ohne Gentechnik! – Gegenruf des Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Langsam, Herr Winkler!)

Durch diesen Erfolg musste das Ackerland im gleichen Zeitraum nur um 10 % ausgeweitet werden.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Ohne Gentechnik! Sie liefern ja selbst den Beweis!)

Niemand würde von Klimaschutz durch Bioenergie reden, weil wir die Flächen für die Nahrungsmittelproduktion benötigen würden. Biolandbau für alle bedeutet, dass wir den Nutztierbestand verfünffachen müssten, um den Dünger zu gewinnen, den wir für die Ackerböden brauchten.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Wer hat denn das erforscht? – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Da müssen Sie sich informieren!)

Der Pflanze ist es egal, ob der Stickstoff, den sie braucht, aus dem Sack mit Kunstdünger oder aus dem Kuhstall kommt. Ohne Kunstdünger könnte die Landwirtschaft weltweit nur 2,5 bis 3 Milliarden Menschen ernähren.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Kunsthonig statt Kunstdünger!)

Das bedeutet: Die Hälfte der Menschheit müsste sterben.

Jetzt konkret zur Gentechnik. Sie sagen, es sei gegen die Natur, Gene von unterschiedlichen Arten zu kombinieren. Der Verbraucher in Deutschland sehe in der Gentechnik keinen Nutzen. Er akzeptiert aber selbstverständlich Gentechnik in der Medizin.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Ja, klar!)

Dort ist sie für ihn nämlich lebensrettend. Gentechnik in der Pflanze lehnt er ab. Er kann es sich ja leisten. Er hat genügend andere Nahrungsmittel zur Auswahl.

Die Natur ist Gentechnikerin. Sie hat nur Jahrtausende und länger gebraucht, um die Kreuzungen durchzuführen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das wird immer merkwürdiger, was Sie da sagen! – Gegenruf des Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Für Schulmeister schwer verständlich! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Nach zehn Jahren kommerziellem Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen gibt es keinen nachgewiesenen Schadensfall, der durch diese Technologie hervorgerufen wurde.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Das ist ein erstaunlicher Sicherheitsrekord, speziell für eine neue Technologie. Das Problem ist allerdings, dass die Reichen und Verwöhnten eine Nullrisikogesellschaft wollen.

(Monika Chef)

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Elke Brunnemer CDU: Genau!)

Aber null Risiko gibt es in der Biologie nicht. Jetzt sagen Sie, Herr Murschel, es seien nur die großen Agrokonzerne, die von der Gentechnik profitierten, weil die Bauern die patentierten Samen immer wieder neu kaufen müssten.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Sie waren doch in Afrika dabei!)

Wir haben es gesehen. Genau. – Wir h\u00e4tten aber nicht 102
 Millionen ha Ackerland mit gentechnisch ver\u00e4nderten Pflanzen auf der Welt, wenn die Bauern keinen Vorteil davon h\u00e4tten

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Die paar wenigen!)

Ich mache mir auch Sorgen, dass die Besitzrechte an Pflanzensorten durch eine mögliche Konzentration in die Hände relativ weniger Firmen gelangen könnten.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Warum ist das so?)

Wir brauchen mehr gemeinnützige Forschung, damit dies nicht so kommt.

Die nächste Generation von gentechnisch veränderten Pflanzen wird verbesserte Nährstoffgehalte haben, z. B. weniger Cholesterin, mehr Mineralstoffe und vor allem – was wichtig ist – mehr Vitamine. Diese Pflanzen stehen kurz vor der kommerziellen Anwendung. Oder es gibt Pflanzen, die besser mit klimatischem Stress klarkommen inklusive solchem, der durch globale Erwärmung entstehen könnte. Das heißt konkret übersetzt: Sie vertragen mehr Hitze, Kälte, Salzböden und eventuell auch Dürren.

Diese Funktionen werden dringend gebraucht. Entwicklungsländer benötigen solche verbesserten Sorten, damit der jährliche Ernteertrag verlässlicher wird. Die Bt-Baumwolle z. B. ist ein großer Segen für die Baumwolle produzierenden Länder.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Die wird auch nicht gegessen! – Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Sie senkt die Kosten, verringert die Umweltbelastung und ist besser für die Gesundheit der Bauern, weil sie weniger Pestizide einsetzen müssen. Sorten, die trotz agroklimatischer Stressbedingungen die Nährstoffe des Bodens besser aufnehmen, erfordern weniger Dünger.

Die Wissenschaft ist sich einig, dass die grüne Gentechnik zu bedeutenden Fortschritten im 21. Jahrhundert führen wird. Die angesehensten Akademien Nordamerikas und Europas und auch der Vatikan haben erklärt, dass sie die grüne Gentechnik begrüßen, weil dadurch die Verfügbarkeit und Qualität von Nahrungsmitteln verbessert wird. Grüne Gentechnik ist eine fortschrittliche Methode, um die Kräfte der Natur zum Wohle der menschlichen Ernährung zu nutzen.

Reiche Gesellschaften können sich den Luxus leisten, eine Nullrisikomentalität gegenüber dem Fortschritt zu entwickeln, selbst wenn sich dies später als Unsinn herausstellt. Aber die große Mehrheit der Menschen kann sich das nicht leisten, und mit Sicherheit nicht die hungrigen Opfer von Kriegen, Naturkatastrophen und Wirtschaftskrisen.

(Lachen des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

Deshalb ist die Debatte über die grüne Gentechnik eine Debatte der Reichen auf Kosten der Armen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Hauk das Wort.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat, das Thema Gentechnik hat uns bereits mehrfach beschäftigt. Aber es scheint, lieber Kollege Dr. Murschel, mittlerweile ein Lieblingsthema der Grünen zu sein.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: In diesem Fall war es auch ein anderes Thema!)

Anscheinend wollen Sie dadurch, dass Sie das Thema ständig wiederholen,

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Sie machen das auch immer gleich!)

immer wieder darauf hinweisen, dass die Voraussetzungen, weshalb wir überhaupt über die Thematik sprechen, von Frau Künast gelegt wurden.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Genau! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das stimmt einfach nicht!)

Genau in der Zeit, in der Frau Künast Bundesministerin war – Frau Kollegin Brunnemer hat vorhin zu Recht darauf hingewiesen –, wurde zum einen die Freisetzungsrichtlinie der Europäischen Union beschlossen und wurde zum anderen das Gentechnikgesetz im Deutschen Bundestag unter der Ägide Ihrer Bundestagsfraktion gemeinsam mit den Sozialdemokraten verabschiedet.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Steter Tropfen höhlt den Stein!)

– Ja, steter Tropfen. Der Wasserhahn scheint wohl leck zu sein, wenn jetzt steter Tropfen den Stein höhlen soll.

(Heiterkeit)

Sie hätten ihn vorher schon zuschrauben müssen, wenn Sie ernsthaft an die Sache herangehen wollten. Das haben Sie damals nicht getan.

Ich glaube, es ist wichtig – da will ich der Kollegin Brunnemer ausdrücklich recht geben –, hier keine Geschichtsklitterung zu betreiben. Lieber Kollege Dr. Murschel, Sie und Ihresgleichen in Deutschland sind dafür verantwortlich, dass wir heute darüber sprechen, ob grüne Gentechnik in Deutschland angewendet wird und wie sie angewendet wird.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Genau!)

(Minister Peter Hauk)

Wir haben die Freisetzungsrichtlinie nicht erfunden. Wir haben auch kein Gentechnikgesetz auf den Weg gebracht. Diese Voraussetzungen – jetzt unterhalten wir uns gerade über die Novelle des Gentechnikgesetzes – stammen allesamt aus der Zeit der rot-grünen Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! Scheinheilig! – Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Tun Sie nicht einfach so, als würden Sie sich jetzt klammheimlich davonschleichen wollen,

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Ich habe noch eine Minute!)

wie der Wolf im Schafspelz. Um es einmal klar zu sagen: Sie haben alle Mühe und alle Not, bei Ihrer Klientel überhaupt noch wahrgenommen zu werden. Das ist doch heute die Tatsache.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Sehr gut!)

Die einzigen Verfechter der Koexistenz sitzen in den unionsgeführten Regierungen im Süden der Republik. Das sind die wahren Tatsachen. Überall dort, wo Grün mitregiert hat –

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Sind sie weg!)

- Dort sind sie sowieso weg,

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Ja! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist vorbei!)

und das wird auch so bleiben. Und dort, wo Rot oder Rot-Rot regiert, lieber Kollege Winkler, in Mecklenburg-Vorpommern, in Brandenburg,

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Oje!)

haben wir die Anbauflächen von grüner Gentechnik und nicht in Baden-Württemberg. Auf keinem einzigen Ar werden derzeit in Baden-Württemberg gentechnisch veränderte Organismen angebaut.

(Beifall bei der CDU – Abg. Alfred Winkler SPD: Bedauern Sie das?)

Grüne Gentechnik kommt in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg zum Einsatz.

Ich spreche mit meinem Kollegen Backhaus hin und wieder.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Muss man das?)

- Das darf man.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Kollege Lehmann.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Minister, es mag sein, dass in anderen großen Flächenländern, in denen intensiv Landwirtschaft betrieben wird, die Gentechnik einen anderen Stellenwert hat. Ich frage Sie aber, warum Sie unser Antragsbegehren, die Landesregierung solle sich bei der Weiterentwicklung des Bodenseeleitbilds im Rahmen der Internationalen Bodenseekonferenz dafür einsetzen, dass das Ziel einer gentechnikfreien Landwirtschaft im Bodenseeraum in das Leitbild aufgenommen wird, abgelehnt haben. Nachdem ja Vorarlberg und die Schweiz gentechnikfrei sind, würde es doch mit an Baden-Württemberg liegen, ob man das ins Bodenseeleitbild mit aufnimmt.

Sie haben in Ihrer Stellungnahme dazu auf die unterschiedlichen rechtlichen Situationen

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Frage, Herr Präsident!)

in den Ländern hingewiesen. Es liegt eigentlich nur noch an Baden-Württemberg

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Frage! Frage! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ist das eine Rede oder eine Zwischenfrage?)

und an Bayern, ob das ins Leitbild aufgenommen wird.

(Zurufe von der CDU: Stellen Sie Ihre Frage! – Das geht doch gar nicht! – Frage!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Lehmann, es geht um eine Frage.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in das Bodenseeleitbild das Ziel einer gentechnikfreien Zone am Bodensee mit aufgenommen wird?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Nein

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Wie bitte? – Abg. Elke Brunnemer CDU: Das geht doch gar nicht!)

- Nein.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Warum nicht? – Gegenruf des Abg. Werner Raab CDU: Das kann er doch gar nicht!)

 Wenn Sie noch eine Frage stellen wollen, können Sie noch eine stellen.

Ich werde mich ganz konkret nicht dafür einsetzen, weil die rechtliche Situation eine andere ist. Herr Kollege Lehmann, vielleicht verstehen Sie nach der fünften Gentechnikdebatte irgendwann, wie die Philosophie der Landesregierung von Baden-Württemberg und der Regierungsfraktionen in dieser Frage aussieht.

(Mehrere Abgeordnete unterhalten sich an der Regierungsbank mit den Ministern Heribert Rech, Dr. Ulrich Goll und Willi Stächele. – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister Hauk, entschuldigen Sie bitte.

Ich habe eine Bitte: Wenn es die Notwendigkeit von Gesprächen zwischen dem Parlament und der Regierung gibt, sollten diese außerhalb des Plenarsaals geführt werden, vor allem wenn ein Kollege aus der Landesregierung das Wort hat.

Bitte, Herr Kollege Hauk.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Vielen Dank, Herr Präsident. – Vielleicht verstehen Sie irgendwann dann die Philosophie der Landesregierung, Herr Kollege Lehmann.

Es geht uns nicht darum, Unternehmen ständig zu bevormunden. Genau das, was Frau Künast in Brüssel mitbeschlossen hat, und das, was der Bund mit dem Gentechnikgesetz beschlossen hat, nämlich die Koexistenz, beinhaltet faktisch die Wahlfreiheit.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Genau das beinhaltet die Wahlfreiheit. Genau das, Herr Kollege Lehmann, sind die rechtlichen Grundlagen. Diese rechtlichen Grundlagen versuchen wir bei uns im Land auch umzusetzen.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

indem wir Leitplanken schaffen, aber keine Detailvorgaben machen

Ich bekenne mich ausdrücklich zur Wahlfreiheit, um das einmal klar zu sagen. Wir als Landesregierung hätten übrigens auch gar keine andere Möglichkeit. Ich hätte auch gar nichts dagegen, wenn morgen ein Landwirt käme und zugelassene gentechnisch veränderte Maissorten anbauen wollte. Was stünde dem entgegen?

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das haben Sie schon anders gesagt! Sie haben schon das Gegenteil behauptet!)

Er verhält sich so, wie es ihm Recht und Gesetz vorgeben, und zwar das Recht und das Gesetz, die auf Frau Künast und die Sozialdemokraten zurückgehen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Hört, hört! Könnten Sie das wiederholen, Herr Minister!)

Das ist doch die Tatsache. Man muss einfach einmal mit der Mär aufhören, was dahintersteht.

Um es noch einmal klar zu sagen: Sie können als Landwirt morgen eine zugelassene gentechnisch veränderte Sorte anbauen. Sie brauchen von niemandem eine Genehmigung. Sie müssen nur eines tun: Sie müssen diesen Standort ins Standortmelderegister einstellen. Damit wird für jedermann öffentlich zugänglich, wo angebaut wird. Das ist alles. Das sind die Restriktionen.

Woran wir jetzt gerade arbeiten, ist die Frage: Wie schaffen wir die Leitplanken dafür? Denn Frau Künast hat es versäumt,

die Frage zu klären, wie denn die gute fachliche Praxis aussehen muss, damit das Nebeneinander von grüner Gentechnik, GVO-freiem Anbau und Bioanbau überhaupt funktionieren kann.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Das war aber nicht das Einzige, was sie versäumt hat!)

Übrigens, Herr Dr. Murschel: Ich bin durchaus der Meinung, dass es bestimmt Bereiche gibt – vielleicht nicht bei Mais, aber bei anderen Kulturarten –, bei denen ein Nebeneinander in Baden-Württemberg, aber auch anderswo schwierig, wenn nicht sogar unmöglich wird.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Eben! Richtig! Pollenflug!)

Das ist das Stichwort Pollenflug. Das muss man differenziert beurteilen. Mais und Kartoffel sind aber vielleicht nicht ganz die richtigen Kulturarten, die dafür herangezogen werden können

Ich sage es noch einmal: Die Grundlage dafür haben Sie gelegt. Jetzt geht es darum, das, was Sie verbrochen haben, in ein vernünftiges Maß umzusetzen. Denn, lieber Herr Kollege Dr. Murschel, mir geht es mindestens genauso sehr wie Ihnen darum, dass der Biobauer sein Unternehmensziel, nämlich Biolebensmittel anzubauen, auch in den nächsten zehn Jahren verfolgen kann. Es ist Aufgabe der Landesregierung, ihm dieses Unternehmensziel nicht zu verbauen. Genau deshalb machen wir Koexistenzversuche, und genau deshalb werden wir auch in den nächsten Jahren weitere Koexistenzversuche machen – um das einmal klarzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Honigpolitischer Sprecher!)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Herr Winkler, bitte schön.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Hauk, Sie haben jetzt mehrfach behauptet, Rot-Grün hätte die Grundlagen dafür gelegt, dass GVO-Anbau möglich ist.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Wir haben doch in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg die Beispiele.

Abg. Alfred Winkler SPD: Ich lege einfach Wert auf die Feststellung – und ich möchte, dass jeder, der den Saal verlässt, dies weiß –: Es war die EU, die die nationalen Regierungen dazu verdonnert hat, hierzu eine gesetzliche Regelung zu schaffen. Nichts anderes! Weder Künast noch sonst jemand hat das erfunden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wie war die Frage? – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Frage!) **Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Winkler, wie war die Frage?

(Unruhe – Abg. Claus Schmiedel SPD: "Können Sie mir das bestätigen?")

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Er hat gemeint, ob —

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Die Frage war, Herr Minister, ob Sie das auch so sehen.

(Heiterkeit – Abg. Elke Brunnemer CDU: Gut!)

Bitte schön, Herr Minister.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Vielen Dank, Herr Präsident, für die Erläuterung und für die Hilfe.

Wahr ist eines: Die Freisetzungsrichtlinie stand am Anfang. Als diese verabschiedet wurde, war Rot-Grün an der Regierung.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

 Entschuldigung, ich stelle es ja nur fest. Ich meine, es gab eine Mitwirkung der damaligen Mitgliedsstaaten an dieser Richtlinie, und ich frage mich, wer damals Deutschland vertreten hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wer war im Agrarministerrat? Das ist Künast gewesen!)

Ich will ja nur in aller Bescheidenheit feststellen: Das war mit Sicherheit kein Unionsminister. Es war kein Unionsminister, der daran mitgewirkt hat.

(Unruhe – Zurufe)

- Wahrheiten tun manchmal weh. Das merkt man schon.

(Anhaltende Unruhe)

– Ja, ja. Ich merke es. Das Thema Geschichtsklitterung steht Ihnen ja gut an. Das machen Sie ja häufig, auch in anderen Bereichen. Aber hier ist es nachvollziehbar und offenkundig.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: In manchen Bereichen lässt Ihr Langzeitgedächtnis nach!)

Gestatten Sie einfach, dass man diese Dinge, wenn Sie schon zum dritten oder zum vierten Mal eine solche Debatte anregen, auch ausspricht.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die anstehende Änderung des Gentechnikgesetzes befindet sich jetzt im Gesetzgebungsverfahren. Jetzt geht es uns eben genau darum, das, was bisher versäumt wurde, zu tun, nämlich zu regeln, wie wir tatsächlich gewährleisten können, dass der Betrieb, der auch morgen noch gentechnikfrei produzieren will, dies auch unbeeinflusst tun kann.

Da geht es um ein paar ganz pragmatische Festlegungen. Da geht es um Kulturarten, da geht es um Sorten, da geht es um Abstände, da geht es um Pollenflug, da geht es um die Imker. Das ist alles keine Frage.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Haftung!)

 Da geht es auch um die Haftung. An der Haftung wird auch nichts verändert.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Doch! Natürlich wird verändert!)

- An der Haftung wird nichts verändert!

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Persönliche Absprachen sind möglich!)

-Aber natürlich! Entschuldigung, ist das denn ein Verbrechen, wenn Sie mit Ihrem Nachbarn einen privatrechtlichen Vertrag abschließen und eine Absprache treffen? Das ist doch das, was wir wollen! Wir wollen doch nicht in Baden-Württemberg, dass die Leute übereinander reden. Wir wollen, dass sie miteinander reden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! Das ist die richtige Regelung!)

Mir ist doch jede private Absprache lieber, als dass der Gesetzgeber ständig drohen muss.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

Das ist doch das Normalste von der Welt. Wenn Private etwas miteinander vereinbaren können, dann ist das gelebte Subsidiarität, Herr Kollege Dr. Murschel. Wenn Private etwas miteinander vereinbaren können, ist das, gerade in einem schwierigen Bereich, allemal besser, als wenn es der Staat regeln muss.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Noch einmal zum Thema: Das Standortregister wird geregelt. Die flurstückgenaue Veröffentlichung bleibt – auch aufgrund einer Intervention unseres Landes. Denn ich war immer der Meinung, dass Transparenz gerade in einem schwierigen, umstrittenen Bereich notwendig ist. Es gibt nichts zu verheimlichen. Es darf auch niemand etwas verheimlichen. Gleiches, Herr Kollege Lehmann, gilt für die Regelungen der verschuldensunabhängigen Gefährdungshaftung.

Die Große Koalition wird auch Verfahrenserleichterungen in geschlossenen Systemen schaffen und ermöglicht weiterhin die Durchführung von vereinfachten Verfahren bei Freisetzungen. Dadurch wird auch die Forschung gefördert. Das ist ja auch, Herr Kollege Dr. Bullinger und Frau Chef, eine alte Forderung der FDP. Damit wird die Novelle des Gentechnikgesetzes und die sich daraus ergebende Anbauverordnung, die genau diese fachlichen, praktischen Fragen regeln soll, unter dem Strich ein parteiübergreifender Kompromiss werden.

Zum Thema "Gentechnikfreie Saatgutversorgung": Ich glaube, ich habe hier an dieser Stelle schon einmal erwähnt, dass ich dem in der Tat die größte Bedeutung beimesse. Denn letzt-

(Minister Peter Hauk)

lich ist es die Reinheit des Saatguts, die dem Anbauer die Erreichung seiner Unternehmensziele gewährleistet. Dies wird ihm, wenn er mit verunreinigtem Saatgut arbeiten muss, schwerfallen.

Wir haben im Saatgutbereich eine jahrhundertelange Tradition. Gott sei Dank, muss man sagen, sind es einerseits die mittelständischen Landwirte, die Saatgut vermehren, und andererseits viele mittelständische Firmen in Baden-Württemberg, die Saatgut entwickeln, sodass wir dort auf eine lange Tradition zurückblicken können. Die dabei gemachten Erfahrungen wollen wir auch entsprechend nutzen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Die Tradition machen wir jetzt klein! Die Tradition bringen wir weg!)

Herr Kollege Winkler, wir haben auch schon Abstandsregelungen. Für den Mais liegen sie schon lange vor. Beim Mais war es schon immer so, dass ein Abstand von 300 m – also nicht nur von 50 m oder wie auch immer – eingehalten werden muss.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Die reichen aber nicht! – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: An der Schweizer Grenze?)

- Grenzen sind Grenzen. Wir verständigen uns mit unseren Partnern in der Europäischen Union. Es steht doch der Schweiz jederzeit frei, der EU beizutreten.

(Lachen der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Ich vermute einmal, dass dem die Mehrheit der Mitgliedsstaaten der EU nicht entgegentreten würde.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Kluck.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Würden Sie einmal die Zahl der Zwischenfragen, die Länge der Beiträge noch mit dazu – –

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Minister, haben Sie eine Erklärung dafür, dass die Sozialdemokraten bei einer von ihnen beantragten Debatte nur in so spärlicher Zahl erschienen sind?

(Heiterkeit)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Ich vermute, Herr Kollege Kluck, dass sie möglicherweise noch an unverdaulichem Mais kauen.

(Heiterkeit – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Genmais! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das Thema Saatgut ist in der Tat bedeutsam. Die Anbauregelungen, die Abstandsregelungen sind die gleichen, wie wir sie

im Saatgutbereich bisher auch hatten. Bisher hat sich niemand darüber beklagt, dass im Saatgutbereich, wenn es um das Vermehrungssaatgut geht, Verunreinigungen das Problem seien.

Aber wir werden – zu Ihrer Beruhigung, Herr Kollege Dr. Murschel, und zur Beruhigung aller anderen – diese Koexistenz- und Freisetzungsversuche weiterhin genau aus dem Grund machen.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Die wollen wir nicht!)

damit wir weitere Ergebnisse gewinnen. Ich gehe sogar noch etwas weiter. Bei meinem letzten Gespräch, das ich zu diesem Thema mit Interessenvertretern geführt habe, habe ich auch angeboten – wir werden das im nächsten Jahr in Angriff nehmen –, dass wir auch arbeitswirtschaftliche Versuche betreiben. Viele bezweifeln ja, dass es bei der Ernte, später in der Mühle und dergleichen mehr letztlich nicht zu Verunreinigungen und zu Vermischungen kommt, weil der Mähdrescher eben noch Körnerreste vom letzten Feld mitführen könnte. Wir führen auch arbeitswirtschaftliche Versuche durch, weil uns alles daran gelegen ist, die Koexistenz zu sichern.

Ich sage es zum zehnten Mal, auch wenn Sie es immer noch nicht hören wollen: Es geht uns vor allem um die Wahlfreiheit der Betriebe. Wir wollen auch in Zukunft ermöglichen, dass jemand, der gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen will, diese anbauen kann; aber auch derjenige, der seine Marktchancen im Bioanbau sieht, soll dem morgen noch nachgehen können. Das ist der entscheidende Punkt.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Herr Kollege Winkler, Sie haben den Bt-Mais und die Bienen angesprochen. Zunächst einmal sollten Sie etwas vorsichtig sein, wenn Sie den Bacillus thuringiensis ständig als Gift bezeichnen. Bt ist ein naturgemäßes Mittel.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wird als Spritzmittel eingesetzt!)

– Natürlich wird es dafür eingesetzt – im Ökolandbau.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Ist hochwirksam!)

- Herr Kollege Winkler: Es ist zugelassen im Ökolandbau.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Genau! Das ist interessant!)

Ich würde Ihnen deshalb auch raten, einen anerkanntermaßen guten Wirkstoff, der selektiv wirkt, relativ umweltschonend ist und deshalb auch für den Ökolandbau zugelassen ist,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtlinien lesen!)

nicht ständig in Misskredit zu bringen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Damit bringen Sie die gesamte Ökolandbaubranche dauerhaft ein Stück weit in Schwierigkeiten.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

(Minister Peter Hauk)

 Ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht, Frau Dr. Splett, es ist so.

(Unruhe)

Es gibt natürlich Mittel, die zugelassen sind, und Bt gehört dazu – eben weil es ein Wirkstoff ist, der, vereinfacht formuliert, letztendlich mehr homöopathisch wirkt.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

Auch die Honigbienen sind Gegenstand der Freisetzungsversuche, Herr Kollege Winkler. Wir wissen, dass Bienen, wenn genügend Nahrungsangebot vorhanden ist, an den Mais zuletzt gehen, aber auch an ihn; das ist wahr.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig! Aber bis 3 km!)

Deshalb muss man versuchen, gerade auch für die Imker, die von der "Gentechnikfreiheit des Honigs" leben, eine Lösung zu finden. Ich habe im Augenblick keine parat.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Schilder für die Bienen aufstellen!)

Aber lassen Sie uns doch gemeinsam daran arbeiten, Herr Kollege Winkler, eine Lösung zu finden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn der Kollege Dr. Murschel sagt, Koexistenz sei nicht möglich, dann will ich zum Schluss noch einmal feststellen, dass es seine damalige Bundesministerin und heutige Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag war, die genau das postuliert hat. Auf ihr Votum gehen die Freisetzungsversuche und die Freilandversuche zurück.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sie können es noch zehnmal behaupten! Es wird nicht besser! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber es ist halt wahr!)

- Es stimmt halt, Herr Kollege Untersteller, es ist so.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Fakt war, dass wir die Hürden hochgesetzt haben und ihr sie wieder runterzieht!)

Ich will noch einmal festhalten, dass wir mit dem Koexistenzversuch in Forchheim bei Rheinstetten Vorsorge treffen, dass konventioneller und ökologischer Landbau weiterhin möglich sind. Die Ergebnisse der mit der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig durchgeführten Versuchsreihen haben wesentlich dazu beigetragen, dass die Mindestabstände bei Mais in der Anbauverordnung auf 150 respektive 300 m ansteigen werden.

Wir tun etwas, um die Wahlfreiheit und die Koexistenz sicherzustellen, und handeln dabei im Rahmen der geltenden Gesetze, für die Sie, lieber Herr Kollege Dr. Murschel und Herr Kollege Winkler, zumindest ideologisch gesehen in Ihrer Regierungszeit in Berlin die Grundlage gelegt haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Sehr gut! Das ist ein Minister!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜ-NE erteile ich Herrn Abg. Dr. Murschel das Wort.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Wie lang ist die Redezeit noch?)

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Fünf, sechs Minuten.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Das hätten Sie gern! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Eine Minute!)

Herr Minister Hauk, es ist fast rührend, wie Sie sich in jeder Rede, die Sie zu diesem Thema halten, hinter Frau Künast verschanzen. Wenn es diesen Mythos Künast nicht gäbe, müsste man ihn erfinden, sonst hätten Sie gar keine Argumente mehr gegen uns.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Das ist kein Mythos! Das war ein Trauerspiel! – Gegenruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Traumatisch! – Weitere Zurufe)

Frau Künast hat eines getan: Sie hat EU-Recht umgesetzt, und zwar auf eine Art und Weise, die Ihnen nie behagt hat, denn Sie wollten diese Auflagen nie. Sie waren diejenigen, die immer die Auffassung vertreten haben: "Wir brauchen überhaupt keine Regelungen. Jeder kann hier machen, was er will. Was geregelt wird, ist bloß schlecht für uns." Das ist der wahre Grund.

(Beifall bei den Grünen)

Aber Sie stellen sich hin und sagen jedes Mal, wenn man etwas bringt: "Ich kann nicht anders – EU-Recht. Sorry, geht nicht!"

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wer war denn damals im Agrarministerrat?)

Dann sagen Sie: "Frau Künast hat das verbrochen." Sie haben es verbrochen, weil Sie jetzt, zehn Jahre später, im Grunde genommen immer noch nicht gelernt haben, wo es langgehen sollte.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Das ist ja der absolute Witz! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: "Haltet den Dieb", schreit der Dieb!)

Ein paar Sekunden Redezeit habe ich noch.

Die Rede von Frau Chef war – es tut mir wirklich leid – eine Geschichtsstunde, die mich den Tränen nahegebracht hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Endlich etwas dazugelernt!)

Bei Herrn Hauk weiß ich, dass er immer die gleiche Rede hält. Insofern ist das, was er sagt, nicht interessant.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Ihr haltet immer die gleiche Rede!)

(Dr. Bernd Murschel)

Aber die Rede von Frau Chef war wirklich neu. Ich hätte gerne gewusst, wer der Redenschreiber war. Denn das muss man bei dieser Rede eigentlich wissen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Elke Brunnemer CDU: Was soll denn das?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Macht mal ein bisschen hin!)

Abschnitt I des Antrags Drucksache 14/1148 ist ein Berichtsteil, der für erledigt erklärt werden kann. – Es ist so beschlossen.

Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/1148 beinhaltet ein Handlungsersuchen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/1148 zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/1148 abgelehnt.

Abschnitt I des Antrags Drucksache 14/1303 ist ein Berichtsteil. Dieser Abschnitt kann wohl für erledigt erklärt werden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir erklären ihn für erledigt!)

- Abschnitt I ist erledigt.

Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/1303 beinhaltet ein Handlungsersuchen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer für Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/1303 ist, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/1303 abgelehnt.

Abschnitt I des Antrags Drucksache 14/1340 ist ein Berichtsteil.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Erledigt!)

Er wird für erledigt erklärt. – Es ist so beschlossen.

Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/1340 beinhaltet ein Handlungsersuchen. Es ist beantragt, über Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/1340 ziffernweise abstimmen zu lassen.

(Oh-Rufe von der CDU)

Wer für Abschnitt II Ziffer 1 stimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist Abschnitt I Ziffer 1 abgelehnt.

Wer stimmt für Abschnitt II Ziffer 2 des Antrags? –

(Abg. Jörg Döpper CDU: Das werden immer weniger! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt II Ziffer 2 abgelehnt.

Ich lasse über Abschnitt II Ziffer 3 des Antrags Drucksache 14/1340 abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt II Ziffer 3 abgelehnt.

Ich lasse über Abschnitt II Ziffer 4 abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt II Ziffer 4 abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 6 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zu **Punkt 7** der Tagesordnung:

- a) Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Perspektiven der kommunalen Daseinsvorsorge in Bezug auf Selbstverwaltung, EU-Wettbewerbsrecht und Privatisierung – Drucksache 14/1121
- b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Staatsministeriums – Die Stellung der Daseinsvorsorge im neuen Grundlagenvertrag der EU – Drucksache 14/1510

Das Präsidium hat eine Aussprache mit einer Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt. Ich darf die Mitglieder der Regierung bitten, sich an den Redezeiten der Fraktionen zu orientieren.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Sckerl das Wort.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehe einmal davon aus, dass dieses Thema nicht so strittig ist wie das Thema, das wir gerade behandelt haben. Daher hoffe ich darauf, dass wir in diesem Hause nach wie vor einen hohen Konsens haben, was das Thema "Kommunale Selbstverwaltung und Stellung und Zukunft der Kommunen in einem Europa des 21. Jahrhunderts" angeht.

Wir diskutieren auf der Grundlage einer Stellungnahme der Landesregierung vom Juli 2007. Seitdem ist einiges passiert. Es ist durchaus etwas Erfreuliches passiert, meine Damen und Herren. Wir meinen, das gilt es heute zu bilanzieren. Es gilt aber auch, einen Ausblick zu halten. Da werden wir, denke ich, gemeinsam feststellen, dass jetzt nicht – weil wir ein gutes Vertragsdokument bekommen haben – die Zeit gekommen ist, die Hände in den Schoß zu legen. Vielmehr haben wir eine ganze Reihe von Baustellen, um die wir uns kümmern müssen. Dabei kommt es auf ein Land wie Baden-Württemberg, das die kommunale Selbstverwaltung und die Daseinsvorsorge immer in ganz besonderem Maße gepflegt und geschützt hat, in Europa ganz besonders an.

Wir haben die Situation, meine Damen und Herren, dass wir in den letzten Jahren durchaus Sorge haben mussten: Hat diese kommunale Selbstverwaltung, speziell auch baden-württembergischer Prägung, Bestand in Europa? Es ging uns dabei niemals darum, Europaskepsis oder Europafeindlichkeit zu propagieren. Im Gegenteil – das reklamieren wir nicht für uns, sondern ich glaube, das ist Konsens hier im Hause –, wir sind begeisterte Europäerinnen und Europäer. Wir hatten aber immer und haben zum Teil immer noch – und das zu Recht – die Sorge, dass Europa bei den Bürgerinnen und Bürgern vielleicht deshalb in Misskredit geraten könnte, weil die Rege-

(Hans-Ulrich Sckerl)

lungswut in Brüssel bei der EU-Kommission und an anderen Stellen zu groß werden könnte, dass die Wünsche auf Eingriffe in nationales Handeln, vor allem aber auch in kommunales Handeln zu groß werden könnten und dass da eine Schieflage entstehen könnte. Diese Skepsis war berechtigt.

Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich und ganz klar: Wir sind froh, dass Ministerpräsident Erwin Teufel – den wir in der Opposition immer hart kritisiert haben – für diesen Punkt im Konvent eingestanden ist; er hat sicherlich seinen historischen Anteil daran, dass wir heute mit diesem Reformvertrag zwar nicht das Buch zuklappen können, aber deutliche Fortschritte erreicht haben.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Richtig!)

Das war ein gemeinsames politisches Anliegen in diesem Landtag, und dafür sind wir dankbar.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir hatten in den letzten Jahren, und zwar nicht so sehr auf der politischen Ebene, sondern mehr auf der administrativen Ebene und vor allem auf der Ebene des Rechts – Stichwort Europäischer Gerichtshof –, durchaus die Entwicklung, dass wir eine schleichende Aushöhlung des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge nicht nur befürchten mussten, sondern dass diese Aushöhlung zum Teil an ganz verschiedenen Baustellen vollzogen worden ist. Die Frage, wie es in Zukunft weitergeht, war wirklich eine Frage, die mit großer Sorge begleitet werden musste.

Mit dem Grundlagenvertrag von Lissabon Mitte Oktober sind die Rahmenbedingungen für den Bestand der kommunalen Selbstverwaltung baden-württembergischer oder deutscher Prägung und auch einer Daseinsvorsorge unserer Prägung wirklich deutlich verbessert worden - im Vertragstext selbst schon in der Präambel, aber insbesondere in dem sogenannten Protokoll Nr. 9, das ja Bestandteil dieses Vertrags ist. In diesem wird zum ersten Mal in der notwendigen Klarheit auch seitens der Regierungen der Mitgliedsstaaten der EU gemeinsam festgestellt, dass nationale, regionale und lokale Behörden einen weiten – ich betone: einen weiten – Ermessensspielraum bei der Definition und Festlegung von Aufgaben der Daseinsvorsorge haben. Das ist tatsächlich qualitativ etwas Neues. Es ist, wenn Sie so wollen, eine wichtige Korrektur des bisherigen reinen Binnenmarktmodells, wo wir bei allem Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, bei allem Ja zum Wettbewerb befürchten mussten, dass die Kommunen bei einer sehr marktradikalen Auslegung des Binnenmarktbegriffs letztendlich unter die Räder kommen könnten. Da sind wichtige Fortschritte erzielt worden.

Trotz alledem – das habe ich anfangs schon gesagt – besteht kein Anlass, jetzt die Hände in den Schoß zu legen. Meine Damen und Herren, es bleiben Aufgaben. Trotz dieses Grundlagenvertrags von Lissabon bleibt natürlich die kommunale, die öffentliche Aufgabenerfüllung auch künftig im Spannungsfeld des EU-Wettbewerbsrechts und muss sich – und das noch mehr als bisher – der Konkurrenz z. B. privatwirtschaftlicher Anbieter auch hier in Baden-Württemberg stellen.

Deshalb – ich sage das auch an die Regierung gerichtet – müssen wir gerade in den nächsten Monaten und Jahren mit Ar-

gusaugen verfolgen, wie die EU-Kommission die Stärkung der Rechte der Kommunen in diesem Grundlagenvertrag in der europäischen Praxis achtet und umsetzen wird. Das ist keineswegs ausgemacht. Das wird nicht konfliktfrei verlaufen. Das gibt keine kuschelige Veranstaltung. Bisher jedenfalls hat die Kommission auf vielen Feldern sehr entschieden die Auffassung vertreten, dass Kommunen die Aufgaben letztendlich nicht selbst zu erfüllen haben, sondern sie vergeben sollen, dass alle öffentlichen Aufgaben den Marktbedingungen unterworfen werden sollen.

Jetzt haben wir eine andere Situation, und jetzt muss sich die Kommission neu positionieren. Das fordern und erwarten wir auch. Beides muss in Zukunft möglich sein, sowohl die öffentliche Aufgabenerfüllung – und diese für uns mit deutlichem Vorrang – wie auch die privaten Dienstleistungsangebote. Das ist ja auch bereits Bestandteil kommunaler Praxis.

Es gibt eine Reihe von konkreten Problemen auch hier in Baden-Württemberg. Ich will diese kurz nennen, um deutlich zu machen, worauf es dabei ankommt.

Stichwort "Kleinräumige Strukturen in unserem Bundesland": Nach wie vor gibt es in Baden-Württemberg über 1 000 kleine Gemeinden, und wir alle wollen, dass diese Zahl erhalten bleibt. Ich glaube nicht, dass irgendjemand in diesem Hause einer Gemeindegebietsreform, etwa nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens, das Wort reden möchte.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Nur die SPD in Nordrhein-Westfalen!)

Wenn wir dies erhalten wollen, werden wir allerdings – auch als Land und als Landtag von Baden-Württemberg – die interkommunale Zusammenarbeit als eine der Schlüsselaufgaben der Zukunft begreifen müssen. Wir werden die interkommunale Zusammenarbeit in ihren vielfältigen Möglichkeiten auch auf gesetzlicher, auf landesgesetzlicher Ebene ausbauen und stärken müssen.

Die Politik der EU-Kommission der letzten Jahre – Beispiel Zweckverbandsgemeinde Hinte; es gab ja den berühmten "Fall Hinte" – hätte dem dauerhaft einen Riegel vorschieben können. Wenn so etwas in Europa gängige Politik werden würde, könnten wir unsere Zweckverbände landauf, landab faktisch auflösen. Die Form der gemeinsamen kommunalen Aufgabenerfüllung in Zweckverbänden, etwa bei der Wasserversorgung oder im Abwasserbereich, wäre nicht mehr möglich

Das Gegenteil ist richtig: Interkommunale Zusammenarbeit ist ein Zukunftsmodell, das wir brauchen, wenn die kleinen Kommunen überlebensfähig bleiben sollen. Deswegen ist es unsere gemeinsame Aufgabe, im europäischen Kontext dafür zu sorgen, dass es auch in Zukunft Vergabefreiheit bei der originären interkommunalen Zusammenarbeit gibt. Da stehen wir, wie gesagt, als Land in der Verantwortung.

Zum Vergaberecht insgesamt: Die Konfliktfelder sind bekannt. Wir haben hingenommen und akzeptiert, dass oberhalb der sogenannten Schwellenwerte letztlich das europäische Vergaberecht gilt. Das ist für die Kommunen in vielen Fällen schwierig genug. Aber geradezu verrückt wäre doch eine Entwicklung, wie sie die Kommission im Juli 2006 mit dem Papier zu den sogenannten Unterschwellenvergaben eingeleitet

(Hans-Ulrich Sckerl)

hat. Eine solche Politik würde, wenn sie umgesetzt würde, dazu führen, dass 90 % aller kommunalen Auftragsvergaben und 80 % des Vergabevolumens künftig nach EU-Vergaberecht zu erfolgen hätten – mit unglaublich hohem bürokratischen Aufwand, schlechten wirtschaftlichen Ergebnissen und mit Unzumutbarkeiten für die kommunale Selbstverwaltung. Auch hier gilt die Forderung: europäisches Vergaberecht innerhalb zugebilligter Größen, aber keine Ausdehnung auf den Kleinstbereich normaler kommunaler Aufgabenerfüllung.

Das Gleiche gilt für die sogenannten Inhouse-Geschäfte. Auch das ist eine zukunftsfähige Organisationsform zur Aufgabenerledigung in den Kommunen, an die manche auf europäischer Ebene ja immer noch heranwollen; sie haben bislang noch nicht davon abgelassen. Das ist durch diesen Grundlagenvertrag nicht geregelt.

Die Wasserversorgung ist ein weiteres Beispiel. Es soll niemand glauben, dass dieses Thema mit dem Grundlagenvertrag erledigt wäre. Es gibt in Brüssel nach wie vor selbstverständlich den Plan und die Absicht, bei der Wasserversorgung zumindest in Teilbereichen eine Privatisierung einkehren zu lassen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Der Vertrag von Lissabon hat die kommunale Daseinsvorsorge gestärkt. Aber es bleiben Aufgaben, auch für die Landesregierung. Diese Aufgaben heißen: Stärkung der Mitwirkungsrechte der Regionen und Kommunen im Rahmen der Lissabon-Strategie, aber auch die konsequente Beteiligung der Kommunen an der Erarbeitung und Umsetzung wichtiger Programme, die diese Regierung verantwortet, wie z. B. ESF.

Ganz zentral ist die Forderung, gegenüber der Kommission mithilfe des Europaparlaments, mithilfe der Bundesregierung und mithilfe aller Willigen, denen die kommunale Selbstverwaltung ein Anliegen ist, in den nächsten Monaten und Jahren durchzusetzen, dass die kommunale Organisationseinheit nicht durch zusätzliche Regeln für Vergaben unterhalb der Schwellenwerte eingeschränkt wird und dass es Vergabefreiheit bei den von mir genannten wichtigen Zukunftsmodellen kommunaler Zusammenarbeit gibt. Die Kommunen selbst sind auch gefordert.

Wenn hierüber, meine Damen und Herren, in diesem Haus Konsens besteht, dann, denke ich, sind wir gut aufgestellt, um diese Aufgaben in Zukunft gemeinsam zu erfüllen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hofelich das Wort.

Abg. Peter Hofelich SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben mit der Daseinsvorsorge sicherlich ein Thema angesprochen, das den Kern unserer staatlichen Tradition über die vergangenen hundert und mehr Jahre in Deutschland berührt und das auch ein wesentliches Element unserer gemischtwirtschaftlichen Ordnung im Lande ist.

Die Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und der Berichtsantrag der Fraktion der SPD sind zwar vor den Beschlüssen der

Regierungskonferenz von Lissabon verfasst worden; ihre Diskussion kommt aber heute zur rechten Zeit; denn die Regierungschefs haben ja mit ihrer Haltung in Lissabon für sich manifestiert, dass die Daseinsvorsorge, insbesondere die kommunale, für sie einen hohen Stellenwert hat und sie hierfür eigene Regulierungen und den Vorrang der gewachsenen eigenen Kultur an Trägerschaften im jeweiligen Land wünschen.

Klar ist aber auch, dass die Intention der Kommission, ihr Wettbewerbs-, ihr Beihilfe- und ihr Vergaberecht für die Daseinsvorsorge zur Anwendung zu bringen, damit nicht fallen gelassen wird und auch politisch virulent bleibt. Der Herr Europaminister hat dies ja in einem Beitrag für die Verbandszeitschrift des Landkreistags Baden-Württemberg auch mit dem Begriff "Spannungsfeld" umschrieben – übrigens ist das ein in seiner Art wie gewohnt fulminanter Aufsatz.

Ich möchte im ersten Teil meiner Ausführungen zunächst der Frage nachgehen, wie wir die Rolle der Daseinsvorsorge zwischen Markt und Staat sehen. Ich möchte danach den beiden Fragen nachgehen, wie sich unsere Position zu der sich bald stellenden Frage der Wasserversorgung darstellt und welche Schritte wir im Landtag als Nächstes gehen sollten bzw. was wir von den Parlamenten im Bund und in Europa fordern sollten.

Zur ersten Frage, Daseinsvorsorge zwischen Markt und Staat: Die Sozialdemokraten bekennen sich grundsätzlich zum öffentlichen Eigentum als notwendige Ergänzung oder auch als eigenständig übernommene Rolle für die Funktionsfähigkeit einer sozialen und marktwirtschaftlichen Ordnung.

Ordentliche Ordnungspolitik ist eben keineswegs allein das Privileg einer marktradikalen Orientierung. Ordentliche Ordnungspolitik kann auch richtig sein für eine gemischtwirtschaftliche Ordnung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Gerade im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Kommunalwirtschaft stärkt öffentliches Eigentum die Wettbewerbsordnung und stabilisiert Wettbewerb. Sparkassen, Stadtwerke, kommunale Wohnungsbaugesellschaften sind Beispiele, die dies eindrücklich belegen.

Sozialdemokraten fordern bei der Aufgabenerfüllung im Bereich der Daseinsvorsorge deshalb eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und nicht ihre Aushöhlung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sehr gut!)

Kommunale Wirtschaftsunternehmen beweisen tagtäglich, dass Gemeinwohlorientierung und Effizienz eben nicht im Gegensatz zueinander stehen. Diesen Beweis bleiben übrigens bereits liberalisierte, betriebswirtschaftlich und privatwirtschaftlich organisierte Sektoren der Daseinsvorsorge bislang eher schuldig.

Die Kommunen bilden das Fundament bei der Erbringung der gemeinwohlorientierten Daseinsvorsorge. Sie prägen dadurch wesentlich die Lebensbedingungen und die Lebensqualität unserer Bürger. Die öffentliche Kontrolle garantiert eine gemeinwohlorientierte Aufgabenerfüllung, und sie sorgt auch für regionale Wertschöpfung. Sie sorgt zudem dafür, auf kommunale Besonderheiten spezifisch reagieren zu können.

(Peter Hofelich)

Wir erwarten umgekehrt von den Kommunen dafür auch einiges: einen gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zu solchen Diensten, ein flächendeckendes und hochwertiges Angebot zu angemessenen Preisen und öffentlich wahrgenommene Verantwortung, auch über faire Ausschreibungen.

Unsere Position als SPD ist: Wir wollen diese starke und anspruchsvolle Stellung unserer öffentlichen und kommunalen Daseinsvorsorge auch im Spannungsfeld mit den europäischen Wettbewerbs-, Beihilfe- und Vergaberegelungen gewahrt sehen

Die Landesregierung gibt zum Antrag der Fraktion der SPD und zur Großen Anfrage der Fraktion GRÜNE zur Stellung der Daseinsvorsorge im neuen Grundlagenvertrag der EU, Herr Minister, vorläufige Antworten. Aber diese Antworten sind tatsächlich nur vorläufige.

Klar und gut ist: Die Kommunen und Regionen werden im neuen Vertrag explizit genannt, und die kommunale Selbstverwaltung ist erstmals verankert. Die Daseinsvorsorge im Besonderen wird in einer Protokollnotiz zum Vertrag von Lissabon mit weitem Ermessensspielraum für die Kommunen und Regionen und für die Nationalstaaten beschrieben. Das ist das, was Kollege Sckerl als Fortschritt und Stabilisierung beschrieben hat.

Die Antwort der Regierung verweist allerdings auch zu Recht darauf, dass abzuwarten bleibt, was die Kommission daraus folgert – etwa bei der interkommunalen Zusammenarbeit – und welche Urteile der Europäische Gerichtshof, insbesondere zum Vergabe- und Beihilferecht, vielleicht künftig fällen wird. Hier ist weiterhin Wachsamkeit geboten.

Für uns ist klar: Die noch vage Abgrenzung zwischen "Diensten von allgemeinem Interesse" und "Diensten von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse" sollte klarer gezogen werden.

Dienste von allgemeinem Interesse sind öffentliche Güter wie etwa Bildung oder auch soziale Dienstleistungen, in welchen die Kommission unsere kontinentaleuropäische Kultur nicht nur berücksichtigen, sondern als leitenden Gedanken auch respektieren sollte. Demzufolge darf kein Regulierungsanspruch mit wirtschaftlichen Vorzeichen erhoben werden.

Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse – die zweite Gruppe, um die es im Wesentlichen geht, also etwa die Wasser- und Energiewirtschaft – benötigen hinsichtlich der gewachsenen Zusammenarbeit zwischen den Kommunen, auch der Inhouse-Vergabe über Beteiligungsgesellschaften und der Ausschreibungspflicht für Konzessionen, praktikable Lösungen für unsere Städte und Gemeinden. Diese Lösungen wollen wir selbst definieren und herbeiführen. Diese richtig verstandene Subsidiarität ist für uns wichtig. Sie enthebt uns allerdings nicht der Pflicht, in der politischen Debatte hier im Lande auch darüber Auskunft zu geben, was wir öffentlich und privat in der Wirtschaft behandelt sehen wollen.

Man kann deshalb bei der einmütigen Ablehnung aller Vorschläge aus Brüssel seitens der CDU und der FDP/DVP manchmal nicht ganz den Eindruck loswerden, dass damit nur eine nicht wahrgenommene eigene Verantwortung für eine

ausreichende öffentliche Daseinsvorsorge hierzulande kaschiert werden soll. Wer Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung, bei Wohnungen und Studienplätzen, bei Bahnfahrten und bei Datenautobahnen, bei Strompreisen und bei der Wasserqualität haben will, der muss auch hierzulande politisch aktiv etwas zur öffentlichen Daseinsvorsorge tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auf die zweite Frage eingehen: Wasser. Da steht uns eine Debatte bevor.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Oh! Ganz wichtig!)

Baden-Württemberg hat ein Interesse daran, dass die Wasserversorgung in öffentlicher Hand bleibt bzw. in einigen Fällen wieder dahin zurückkommt. Der Versuch der EU-Kommission, nach der Energieversorgung nun auch die Wasserwirtschaft dem Wettbewerbsrecht und dem Marktprinzip zu unterwerfen, stößt auf unsere Ablehnung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Absolut!)

Die Konsequenz wäre absehbar: Globale Konzerne teilten sich die Märkte nach ihren renditepolitischen Überlegungen auf.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Unglaublich!)

Unsere Wasserzweckverbände wären bestenfalls Spielbälle anderer Interessen.

Bei der Wasserversorgung muss die Verantwortung aus vielerlei bereits im Allgemeinen genannten Gründen, aber auch aus den noch folgenden Gründen bei den Kommunen bleiben: Der Bürger muss sich über seine Rechnung oder seinen defekten Anschluss auf dem Rathaus beschweren können und nicht in der Warteschleife eines Callcenters in Irland Nerven und Zeit verplempern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Herr Minister, vielleicht können Sie hierauf noch eine Antwort geben. Mir wäre es nämlich lieber gewesen, wenn die Antwort der Landesregierung bei diesem sensiblen Thema deutlicher ausgefallen wäre. Wir haben hier eine andere Tradition. Alle diejenigen in diesem Plenum, die damals, als der Film "Chinatown" lief, schon mindestens 16 Jahre alt waren

(Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Au ja, ein guter Film!)

 ein guter Film mit Jack Nicholson und der göttlichen Faye Dunaway –,

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Keine Anzüglichkeiten! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/ DVP)

erinnern sich genau, dass da Mord und Kapitalverbrechen mit Wasser verbunden waren. Mord und Kapitalverbrechen sind bei mir in der Eislinger Wasserversorgungsgruppe schwer denkbar. Deswegen muss man sehen: Wasser hat für uns Bür(Peter Hofelich)

ger in Kontinentaleuropa einen ganz anderen Stellenwert als vielleicht anderswo in der Welt. Es ist kein kommerzielles Gut, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sehr gut!)

Zur dritten Frage: Was sind die nächsten Schritte? Die Antwort der Landesregierung endet mit den bekannten Formulierungen: Abwarten, weiter beobachten, Frühwarnsystem.

(Abg. Norbert Zeller SPD: "Prüfen"!)

Es dürfte aber bald Zeit zum Handeln sein. Zum 13. November hat die EU-Kommission ein neues Konzept zur Daseinsvorsorge angekündigt. Dass es ein großer Wurf wird, wird allgemein bezweifelt. Aber der Wunsch, die Kompetenzen – trotz der Gelben Karte von Lissabon – auszuweiten, bleibt. Könnte sich die Kommission künftig auf eine eigene Zuständigkeitsnorm stützen, wäre sie vom Vorwurf der Subsidiaritätsverletzung befreit. Insofern besteht auch bei uns Diskussionsbedarf über die weitere Entwicklung. Kollege Sckerl hat einige Hinweise darauf gegeben. Auch ich möchte das benennen, was mir als vorrangig erscheint.

Erstens ist durchaus über die Frage zu diskutieren, ob eine eigene Rahmengesetzgebung der Europäischen Union zur Daseinsvorsorge – einige streben sie an – am Ende vielleicht auch Sinn macht, um dann gegebenenfalls für uns wichtige Themen auf lange Zeit ausgeklammert zu sehen. Das ist sicher ein riskanter Weg. Er sollte in der Diskussion aber nicht einfach übersehen werden.

Zweitens: Wie müssen wir Landesgesetze und die Gemeindeordnung künftig modifizieren, um den Einfluss von Privaten einzudämmen? Der Gemeindetag sagt dazu ganz klar: Er will, dass keine natürlichen und juristischen Personen des Privatrechts Mitglied eines Zweckverbands sein dürfen. Dazu gibt es auch bereits Warnungen. Schauen wir uns nur eine Mitteilung der Kommission vom 15. Oktober an, in der sie noch einmal klarmacht, dass sie, wenn Dritte eingebunden werden – auch etwa durch nur kleine Anteile von 10 % –, dies dann auch für einen Ausschreibungstatbestand hält.

Wir stellen auch die Frage, ob es richtig ist, dass Gutachten zur Veräußerung von Anteilen an Wasserversorgungsunternehmen, die ja immer wieder kommen, der Veräußerung am Ende jahrelang hinterherlaufen und damit wirkungslos werden. Auch hierfür besteht ein Regelungsbedarf unseres Gesetzgebers hier im Lande.

Und: Wie müssen wir das derzeit gültige Leitbild "Zukunftsfähige Trinkwasserversorgung Baden-Württemberg" eigentlich fortentwickeln? Welche Punkte sollten wir neu aufnehmen?

Alles in allem, meine Damen und Herren: Wer das öffentliche Wohl stärken will, braucht eine starke öffentliche Daseinsvorsorge. Wer diese will, darf im Land nicht passiv sein und darf nicht nur abwehrend auf Europa reagieren, sondern muss aktiv Politik dafür machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abg. Pauli das Wort.

Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die hohe Qualität der kommunalen Daseinsvorsorge in Baden-Württemberg sichert uns in Europa den Spitzenplatz. Dies zu erhalten, abzusichern, nicht verwässern zu lassen, Herr Kollege Hofelich, sind wir unseren Mitmenschen schuldig; das ist auch oberstes Ziel der CDU-Landespolitik.

Unsere Städte und Gemeinden mit ihrer kommunalen Selbstverwaltung sind der Garant für eine bürgernahe, bedarfsorientierte, effiziente, bestmögliche Versorgung unserer Bürgerschaft mit Strom, Wasser und Gas. Gleiches gilt für eine bestmögliche Abfall- und Abwasserentsorgung. Die Europäische Union spricht statt von Daseinsvorsorge in der Regel von "Dienstleistungen im allgemeinen Interesse". Die Europäische Kommission fasst unter diesen Begriff marktbezogene und nicht marktbezogene Tätigkeiten, die im Interesse der Gemeinschaft erbracht werden und mit spezifischen Gemeinwohlverpflichtungen verknüpft sind.

Die Europäische Union hat zur Vollendung des Europäischen Binnenmarkts die Liberalisierung zahlreicher Sektoren, auch der herkömmlichen Daseinsvorsorge wie Strom, Gas, Telekommunikation und Post, angestoßen und vorangetrieben. Eine gleichmäßige Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger mit günstigen, qualitativ hochwertigen Leistungen der Daseinsvorsorge wird aber gefährdet, wenn alle Leistungen ohne Unterschiede und rücksichtslos dem freien Markt unterworfen werden

Durch leichtfertige Liberalisierungsregelungen der Europäischen Union werden – zum Teil indirekt – auch Bereiche erfasst, die keine europaweite Bedeutung oder keinen wirtschaftlichen Charakter haben. So müssen wir beobachten, dass die Europäische Union mit ihrem Vergabe-, Wettbewerbs- und Beihilferecht auch erheblich in die Gestaltung der kommunalen Daseinsvorsorge eingreift. Hierdurch werden die Handlungsspielräume der Kommunen und damit die kommunale Selbstverwaltung eingeschränkt, ohne dass ein europäischer Mehrwert, ein europäischer Sinn ersichtlich wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Vorredner haben es bereits dargelegt: Die Sicherung der Leistungen der Daseinsvorsorge bewegt sich in einem besonderen Spannungsverhältnis zwischen Verbraucherschutz, kommunaler Selbstverwaltung, den Interessen privater Konkurrenz sowie den Anforderungen des europäischen Wettbewerbsrechts. Ungerechtfertigte Eingriffe in die Organisationshoheit und die Selbstverwaltungsgarantie unserer Kommunen dürfen und werden wir alle nicht zulassen.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt, dass sich die Kommunen selbst intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen. Wir sind froh und dankbar, dass sich bereits unser früherer Ministerpräsident Erwin Teufel als Mitglied im Verfassungskonvent für die deutschen Bundesländer dafür eingesetzt hat, dass die Europäische Union die nationale Identität der Mitgliedsstaaten achtet, die in ihrer grundlegenden politischen und verfassungsrechtlichen Struktur einschließlich der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt.

(Günther-Martin Pauli)

Wir sind froh und dankbar, dass die Opposition in diesem Haus – wie wir soeben gehört haben – die Verdienste von Erwin Teufel zumindest zeitversetzt anerkennt.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Diese Erkenntnis wird Ihnen auch in anderen Bereichen noch zuteil werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Baden-Württemberg, die CDU-Landtagsfraktion und die Kommunen des Landes erhoffen sich durch den neuen EU-Reformvertrag Verbesserungen durch Klarstellungen im Bereich der Daseinsvorsorge. Wir begrüßen daher, dass den Reformvertragsentwürfen ein sogenanntes Protokoll über Dienste von allgemeinem Interesse beigefügt werden soll. In diesem sollen die zentrale Rolle und der Spielraum der nationalen, regionalen und kommunalen Behörden bei der Organisation von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse ausdrücklich anerkannt werden.

Die Neuregelung gibt neben weiteren Klarstellungen der Europäischen Kommission auch einen klaren Auftrag, die Besonderheiten der Daseinsvorsorge gegenüber dem Aspekt des europäischen Wettbewerbs stärker zu beachten, als es bislang der Fall war.

Auf jeden Fall werden wir alle dieses Thema fraktionsübergreifend einig weiterhin wachsam und kritisch begleiten müssen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Theurer das Wort.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wir sind noch da!)

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus den Redebeiträgen der Kollegen der anderen Fraktionen ist deutlich geworden, worum es heute geht, nämlich um die kommunale Daseinsvorsorge im europäischen Rechtskontext.

In diesem Haus herrscht Einigkeit darüber, dass wir in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahrzehnten – eigentlich schon ein Jahrhundert und länger – sehr gute Erfahrungen damit gemacht haben, dass Kommunen, Städte und Gemeinden Wasserversorgung und Abwasserentsorgung auf höchstem Niveau zur Verfügung stellen und dass Kommunen auch Krankenhäuser betreiben. Es geht jetzt um die Frage, ob in einem europäischen Binnenmarkt solche Dienstleistungen auch weiterhin von Kommunen angeboten werden können und wie es sich in diesem Zusammenhang mit dem europäischen Wettbewerbsrecht verhält.

Zunächst einmal zeigt die ganze Diskussion über dieses Thema auch, dass wir in Europa mittlerweile schon weit über einen Staatenbund hinausgekommen sind. Wir sind zwar noch nicht bei einem Bundesstaat angekommen, aber die Europäische Union bewegt sich irgendwo zwischen beidem. Da stellt sich natürlich die Frage, welche Dinge europäisch einheitlich geregelt und welche Dinge innerhalb Europas unterschiedlich geregelt werden.

Wir haben in europäischen Nachbar- und Partnerstaaten andere Traditionen, was die Zurverfügungstellung dieser Dienstleistung angeht. Es gibt europäische Mitgliedsstaaten, die z. B. die Wasserversorgung privatwirtschaftlich sicherstellen, also durch private Unternehmen und zum Teil sogar börsennotierte Aktiengesellschaften. Im Übrigen haben die Bürgerinnen und Bürger auch dort gutes Trinkwasser zur Verfügung. Diese Art der Wasserversorgung ist durchaus möglich.

Für uns als FDP/DVP ist es deshalb im Zusammenhang mit der kommunalen Daseinsvorsorge oder den Dienstleistungen im allgemeinen Interesse, wie es die EU-Kommission formuliert, wichtig, die Debatte über die Frage, ob privatwirtschaftliche Versorgung oder aber kommunale Aufgabenerledigung richtig ist, nicht in ideologischer Weise zu führen. Die FDP will die kommunale Selbstverwaltung hochhalten. Wir sind der Meinung, dass ein Europa der Vielfalt möglich und auch der richtige Weg ist. Wir sind der Meinung, dass wir mit dem, was sich in Baden-Württemberg, was sich in der Bundesrepublik Deutschland über Jahrzehnte hinweg bewährt hat, auch in die Zukunft gehen können. Deshalb plädieren wir für Vielfalt statt Einheitsbrei.

Deshalb sind wir froh, dass auch die Staats- und Regierungschefs in ihrer jüngsten Konferenz vereinbart haben, bei der Fortschreibung der Europäischen Verträge, die ja in einen Grundlagenvertrag überführt werden sollen, ein Protokoll hinzuzufügen, das die nationale Kompetenz in diesem Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge festschreiben soll. Denn bei aller Europaeuphorie: Die EU muss bei Gott nicht alles regeln.

In der Vergangenheit haben wir immer wieder gesehen, dass die EU versucht, Regelungskomplexe an sich zu ziehen, für die sie eigentlich keine Zuständigkeit hat. Über Zielvorgaben, die angeblich vieles erleichtern sollen, erschließt sich die EU-Kommission immer wieder Kompetenzen durch die Hintertür. Auf diesem Weg lief – das ist deutlich geworden – zunächst auch die Diskussion über die Daseinsvorsorge.

Die Haltung der Kommission zu Beginn der Diskussion war, dass sie die Vorteile einer Rahmenrichtlinie herausgestellt hat, damit Ziele und Grundsätze, die allen oder zumindest mehreren Arten von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge gemeinsam sind, aufgeführt, präzisiert und bekräftigt werden können. Später sollten diesen allgemeinen Ausführungen sektorale Regelungen zugrunde gelegt werden. Wenn dies nicht verhindert worden wäre, dann hätten wir hier ganz klar den Weg in eine europäische Regelung der kommunalen Daseinsvorsorge gehabt.

Wer hat die EU-Kommission aufgehalten? In diesem Fall waren es zum einen die Proteste aus den Mitgliedsländern, also die nationalen Regierungen – wir haben entsprechend über den Bundesrat vorgetragen –, aber auch das Europäische Parlament. Ich möchte an dieser Stelle einmal ganz deutlich hervorheben: Das Europäische Parlament hat hier gezeigt, wie wichtig es ist, dass die Bürgerinnen und Bürger auf der europäischen Ebene ein direkt gewähltes Entscheidungsorgan haben, das Entscheidungen beeinflussen kann und das die Kommission als Verwaltungsapparat auch kontrolliert. Hier hat sich das Europäische Parlament anders ausgesprochen und letzten Endes mit dafür gesorgt, dass auch die Europäische Kommission ihre Position verändert hat.

(Michael Theurer)

Es kommt also zu einem Anhang – ein Protokoll über Dienste von allgemeinem Interesse – an die Verträge. Allerdings muss abgewartet werden, ob sich dieses Protokoll dann in der Praxis tatsächlich so auswirkt, wie es hier im Haus erwartet und erhofft wird. Die FDP/DVP-Fraktion hat das Thema "Interkommunale Zusammenarbeit, Zweckverbände, Vergabeverfahren und drohende Ausschreibungspflicht" ja auch durch einen Antrag thematisiert, und im Europaausschuss wurde darüber intensiv diskutiert. Wir wollen nicht, dass dann, wenn sich Gemeinden in Zweckverbänden organisieren, eine Ausschreibungspflicht entsteht. Das würde zu zusätzlicher Bürokratie führen. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob es der Bundesregierung gelingt, diese Position letzten Endes auch auf europäischer Ebene vollends zu verankern.

Ein Stück weit ist – auch das muss um der Wahrheit willen an dieser Stelle eingeräumt und gesagt werden – natürlich auch die kommunale Familie selbst gefordert, sich genau zu überlegen, wie sie vorgeht. Denn es mehren sich die Fälle, in denen sich Städte und Gemeinden gemischtwirtschaftlicher Unternehmen bedienen, um die kommunale Daseinsvorsorge abzuwickeln. Das ist natürlich nicht unproblematisch. Denn wenn praktisch Anteile an den Stadtwerken – nicht nur im Energiebereich, sondern auch im Wasser- und Abwasserbereich – an private Partner verkauft werden und dann plötzlich Energiekonzerne wie die EnBW mit am Tisch sitzen und in diesen kommunalen Zweckverbänden dann auch mitbestimmen wollen,

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Die Mehrheit liegt in kommunaler Hand, Herr Kollege!)

dann haben wir natürlich das Problem, dass es hier Grenzbereiche gibt, die wettbewerbsrechtlich problematisch sein können. Ich meine, dass sich hier auch die kommunale Familie selbst im eigenen Haus klar überlegen muss, wie sie weiter vorgeht. Denn sollte es hier zu Vermischungen kommen, dann kann es passieren, dass es eben aus wettbewerbsrechtlicher Sicht durchaus Regelungen geben muss, die besagen, wie ein Wettbewerbsvorteil für solche gemischtwirtschaftlichen Unternehmen gegenüber rein privatwirtschaftlichen Unternehmen verhindert werden kann.

Denn man kann die Position vertreten – wie sie auch Kollege Hofelich hier an dieser Stelle vertreten hat –, dass öffentliche Unternehmen den Wettbewerb stärken. Aber eines ist aus liberaler Sicht klar: Dort, wo öffentliche Unternehmen im Wettbewerb zu privaten Unternehmen stehen, darf das nicht zum Nachteil der privaten Unternehmen gereichen. Dann müssen die öffentlichen Unternehmen und die privaten Unternehmen die gleichen Wettbewerbsbedingungen haben, dann darf es keine Bevorzugung der öffentlichen Unternehmen geben.

Öffentliche Unternehmen unterliegen beispielsweise keinem Konkursrisiko, private Unternehmen sehr wohl. Da muss man durch rechtliche Rahmenbedingungen, wie wir sie auf Drängen der FDP/DVP ja auch im Gemeindewirtschaftsrecht erreichen konnten, klare Regelungen schaffen, die ausschließen, dass öffentliche Unternehmen, dass kommunale Unternehmen in den Wettbewerb mit privaten Unternehmen, etwa Handwerksbetrieben, treten. Das muss an dieser Stelle auch noch einmal ganz deutlich gesagt werden.

Fazit für die Fraktion der FDP/DVP: Wir begrüßen die Richtung, die jetzt auf Regierungsebene in der Europäischen Uni-

on eingeschlagen wurde. Wir möchten an dieser Stelle ein klares Bekenntnis der Landesregierung und des Landtags zur kommunalen Selbstverwaltung abgeben. Wir sind für ein Europa der Vielfalt, das die Tradition der kommunalen Daseinsvorsorge wahrt. Wir sind der Meinung, dass wir im Landtag von Baden-Württemberg die Interessen unserer Kommunen und unserer privatwirtschaftlichen Unternehmen selbst abwägen können und dafür keine europäische Regelung brauchen. In diesem Sinne werden wir die Landesregierung weiterhin konstruktiv bei ihren Bemührungen begleiten, dieses Ziel umzusetzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Günther-Martin Pauli und Peter Straub CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Stächele.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin immer wieder dankbar, wenn man diesen europapolitischen Grundkonsens, der ja wohl besteht, erkennen kann. Trotzdem ist es, gerade wenn man in der Frage der öffentlichen Daseinsvorsorge genau hinhört, natürlich richtig und wichtig, dass gewisse unterschiedliche Schattierungen zutage treten. Denn die Grundfrage "Wie viel Staat soll es denn sein?" ist im Zusammenhang mit dem Staat genauso zu behandeln wie im Zusammenhang mit den Kommunen. Es gibt da also schon ein paar Unterschiede zwischen Hofelich einerseits und Theurer andererseits. In der Mitte sind dann Sckerl und mein Kollege von der CDU.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ob Sckerl in der Mitte ist, das wissen wir nicht!)

Aber gerade dann, wenn man sich mit Europapolitik beschäftigt, weiß man, dass diese Auseinandersetzung auf der europäischen Ebene auf der Tagesordnung bleibt. Denn in der Tat – das haben wir ja beim Vorgefecht zu diesem europäischen Vertrag gemerkt – gibt es in der Frage, was Regionales und was Kommunales sein soll und sein muss, unter den 27 Mitgliedsstaaten der EU unterschiedliche Auffassungen.

Deswegen kann man zunächst einmal sagen: In der Positionierung der Länder haben wir schnell gemerkt: Das ganz Wichtige dieses guten Vertrags, der jetzt zustande kam, ist, dass man festzurrt: Subsidiarität muss gelten, und die Subsidiaritätsprüfung muss gelten. Es ist das A und O für uns, für die Regionen und die Kommunen, dass zunächst einmal geprüft wird, was überhaupt auf die europäische Ebene übertragen und was besser auf einer unteren Ebene erledigt werden soll. Erwin Teufel ist zu Recht genannt worden. Für mich ist im Grunde der erste ganz große Erfolg, dass dies jetzt in allen 27 Mitgliedsstaaten Gemeingut geworden ist.

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Sehr gut!)

Denn wir haben eine interessante Entwicklung – deswegen sind unsere internationalen Beziehungen in Europa für die Bewusstseinsbildung so wichtig – etwa in den osteuropäischen Mitgliedsstaaten. Sie sind einerseits streng darauf bedacht, dass Subsidiarität Wirklichkeit bleibt. Denn sie sagen: "Wir haben so lange auf das Ostregime, auf das Kommando Mos-

(Minister Willi Stächele)

kaus hören müssen, dass wir jetzt ein eigener Staat sein wollen." Das spricht für Subsidiarität. Andererseits werden Sie etwa bei Abstimmungen oder in Gesprächen wieder merken, dass diese Staaten sehr schnell geneigt sind, zu sagen: Es ist vielleicht doch ganz gut, wenn es in Brüssel geregelt wird, um unseren eigenen Leuten Dampf zu machen.

In Sachen Subsidiarität ist also ein Erfolg festzustellen: Sie ist festgeschrieben. Aber es wird weiterhin einer Überzeugungsarbeit bedürfen, dass man Subsidiarität in den 27 Mitgliedsstaaten insgesamt zur Anwendung bringt oder, besser noch, vor der Verabschiedung zur Überprüfung bringt.

Wir sind gegenwärtig auch dabei, Netzwerke aufzubauen. Ich kann dem Europausschuss des Landtags empfehlen – ich weiß, man ist da dabei –, hierfür immer wieder zu werben. Regionale Selbstständigkeit und kommunale Selbstverwaltung sind auf der weiten Fläche Europas eben nicht so zu Hause wie bei uns.

Ganz wichtig ist auch, dass man sich neben dem Regionalen und dem Kommunalen auch zur Daseinsvorsorge bekennt. Vom Kollegen Pauli oder vom Kollegen Sckerl ist die Geschichte mit dem Dokument Nr. 9 erwähnt worden. Ich habe mich gefreut, dass Sie immer wieder gesagt haben: Trotz aller Euphorie sollte man kritisch bleiben. Eines lernt man im Umgang mit der europäischen Ebene, mit Brüssel: Trotz aller löblichen Worte – es ist oft lyrisch, was da zu Papier gebracht wird – bedarf es jeden Tag immer wieder der hellwachen, kritischen Kontrolle.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Christoph Palmer CDU)

Ich habe ein paar Mal durchgelesen, was in dem Vertrag steht. Natürlich wird gesagt: "Wir erkennen an, wir geben im Grunde auch frei, was gemeinnützig, sozial Daseinsvorsorge bedeutet." Aber auf der anderen Seite kann natürlich, etwa bei der allgemeinen Daseinsvorsorge, zum Teil schon wieder eine Rahmengesetzgebung vorgegeben werden. Der Weg wurde erfolgreich eingeschlagen, aber er muss weiterbeschritten werden. Das ist gar keine Frage.

Ich stelle mir vor, dass wir jetzt einfach einmal zur Anwendung kommen. Kollege Hofelich, wenn dieses Dokument für den 13. November angekündigt ist, können wir es am 8. November eben noch nicht diskutieren. Ich meine, das ist durchaus schlüssig und nachvollziehbar.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD zu Abg. Peter Hofelich SPD: Einverstanden, oder? – Abg. Peter Hofelich SPD: Einverstanden! Ich wollte nur darauf hinweisen, dass am 13. etwas passiert!)

- Für den 13. ist es angekündigt. Es ist eine wichtige Ergänzung zu dem, was unter dem Dokument Nr. 9 veröffentlicht ist. Denn dort wird es möglicherweise ans Eingemachte gehen und wird über die Frage diskutiert werden: Was verstehen wir wirklich darunter?

Klar ist, dass die Diskussion immer wieder unter dem Aspekt geführt werden muss, was denn eigentlich der Europäische Binnenmarkt ist. Ich kann nicht auf der einen Seite als Exporteur diesem Markt alle Freiheiten abverlangen – möglichst mit dem Ziel einer Vereinheitlichung – und immer dann auf die

Finger klopfen, wenn irgendwo Subventionen oder Beihilfen getätigt werden, in dem Moment jedoch, in dem ich mein eigenes Gärtchen pflegen möchte, alle Lücken schließen wollen. Insofern wurde das richtig angesprochen. Das ist eine Geschichte, die man in ihrer Ambivalenz wahrnehmen muss. Aber ich denke, das ist uns relativ gut gelungen.

Ich habe den Eindruck, dass dieser neue Vertrag neben all den anderen Belangen, die jetzt geregelt sind – Zuständigkeitsfragen, Mehrheitsentscheidung, Transparenz, Mitglieder des Europäischen Parlaments –, einen echten Vorteil für die regionale und kommunale Selbstverwaltung und folglich auch für das bedeutet, was wir in Deutschland unter Daseinsvorsorge verstehen – und das ist gut so.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung. Die Große Anfrage der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/1121, ist durch die Besprechung erledigt. – Das ist der Fall.

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/1510, kann als reiner Berichtsantrag verstanden werden und ist damit ebenfalls erledigt. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 7 abgeschlossen.

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 16. September 2007 – Verwaltungsstruktur-Reformgesetz (VRG); hier: Bericht der Landesregierung nach Artikel 179 Abs. 1 VRG – Drucksachen 14/1740, 14/1873

Berichterstatter: Abg. Hans Heinz

Das Präsidium hat eine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vorgesehen.

Für die Landesregierung darf ich Herrn Innenminister Rech das Wort erteilen.

Innenminister Heribert Rech: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Plenarsitzung am 25. Juli 2007 hatten wir zuletzt Gelegenheit, ausführlich über die Evaluation der Verwaltungsstrukturreform zu diskutieren. Zwischenzeitlich sind Ihnen die schriftlichen Berichte der 44 Stadt- und Landkreise zur Umsetzung der Reform, die zum 30. Juni 2007 vorgelegt wurden, zugegangen. Die Berichte und vor allem die dazu vorgelegte Zusammenfassung sind für den Landtag, wie ich meine, eine gute Informationsgrundlage zur Beratung der Weiterentwicklung der Reform.

Die Regierungsfraktionen haben dazu bereits erste Grundsatzentscheidungen getroffen. Ich will auf die einzelnen Punkte nur ganz kurz zusammenfassend eingehen.

Schulaufsicht: Die Schulverwaltung soll auf der unteren Ebene aus den Landratsämtern herausgelöst und in 16 bis 20 staatlichen Schulämtern neu aufgestellt werden. Es hat sich ge-

(Minister Heribert Rech)

zeigt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass bei einer Struktur auf der Landkreisebene das einzelne Amt zu klein ist,

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Ach nein!)

also zu wenig Personal zur effektiven Erledigung seiner umfangreichen Aufgaben hat.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sollen wir jetzt klatschen?)

Schulverwaltung, wie wir sie verstehen, braucht eine starke Beratung. Dazu sind die kleinen Einheiten nicht groß genug.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Konnte man das nicht wissen? – Gegenruf des Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Kein Kommentar!)

Durch die Konzentration auf deutlich weniger Standorte werden beispielsweise auch Vertretungen erleichtert und wird Spezialwissen breiter nutzbar gemacht.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Straßenbau, Forst!)

Die Aufgaben der Flurbereinigung bleiben bei den Landratsämtern. Ziel ist jedoch auch in diesem Bereich eine Bündelung von Wissen, von Know-how und Ressourcen. Deshalb sollen landesweit 16 bis 20 gemeinsame Dienststellen auf der Basis von Kooperationsvereinbarungen nach § 13 a des Landesverwaltungsgesetzes geschaffen werden.

In der Flurbereinigung hat sich die Struktur von Grundteams bei den Landratsämtern und Poolteams bei den Regierungspräsidien als zu verwaltungsaufwendig erwiesen. Deshalb sollen diese aufgelöst und die Beschäftigten der Poolteams ohne Wechsel des Dienstherrn zu den Landratsämtern abgeordnet und dann bedarfsgerecht auf die neuen gemeinsamen Dienststellen verteilt werden.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Übersichtlich!)

Die Vermessungsaufgaben bleiben unverändert bei den Landratsämtern. Sie sind auch künftig zuständig.

Beim Forst gilt Folgendes: Die Landratsämter und Bürgermeisterämter der Stadtkreise bleiben untere Forstbehörden. Auch das Einheitsforstamt bleibt bestehen.

Der Staatswald soll künftig in Form eines fiskalischen Landesbetriebs nach § 26 der Landeshaushaltsordnung noch effektiver bewirtschaftet werden. Dies geschieht innerhalb der bestehenden Organisationsstruktur und ohne Änderungen beim Finanzausgleich.

Auch bei der Versorgungsverwaltung und der Gewerbeaufsicht wird es auf kommunaler Ebene keine strukturellen Veränderungen geben. Allerdings regt das Land an, dass die zuständigen Behörden Kooperationen nach § 13 a des Landesverwaltungsgesetzes – ich habe es vorhin schon erwähnt – vereinbaren, sodass vor allem die Erbringung der Effizienzrendite erleichtert wird.

Meine Damen und Herren Kollegen, die Landesregierung wird auf der Basis dieser Entscheidungen am 13. November im Ministerrat über die weitere Ausgestaltung der strukturellen Eckpunkte beraten. Damit sind wir mit der Weiterentwicklung der Reform auf der unteren Verwaltungsebene voll in unserem Zeitplan. Genauso plangemäß, nämlich bis zum Jahresende, werden wir über eventuelle Detailänderungen auf der mittleren Verwaltungsebene, also auf der Ebene der Regierungspräsidien, zu entscheiden haben.

Ein Ergebnis kann ich schon vorwegnehmen: Die Landesregierung hält eine starke Mittelebene in einer dreistufigen Landesverwaltung nach wie vor für unentbehrlich.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut!)

Das von der Opposition immer wieder ins Spiel gebrachte Regionalkreismodell wird in Baden-Württemberg auch nach Abschluss der Evaluation keine Zukunft haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch! Natürlich! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das geht doch in die Richtung! – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Wir sind auf dem besten Weg!)

 Nein, nein. Ich bin überzeugt, dass diese Dreistufigkeit für ein Land wie Baden-Württemberg genau die richtige Struktur ist. Deswegen sollten wir sie stärken und nicht schwächen und sollten nicht in den alten Gedanken der Regionalkreise verfallen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das haben Sie bei der Schulverwaltung auch gesagt!)

Sobald die notwendigen politischen Entscheidungen zur Weiterentwicklung getroffen sein werden, wird die Landesregierung die notwendigen Schritte zur konkreten rechtlichen Umsetzung einleiten. Ich gehe heute davon aus, dass wir dafür Gesetzesänderungen benötigen werden. Genaueres lässt sich natürlich erst in Kenntnis aller politischen Entscheidungen sagen. Der Landtag und die betroffenen Verbände werden hierbei, wie auch bei anderen Gesetzgebungsverfahren, frühzeitig beteiligt werden. Dies sage ich ausdrücklich zu. Denn diese Verwaltungsreform und auch die Evaluation und die Weiterentwicklung der Reform haben große Bedeutung für das Land. Sie wird von der Öffentlichkeit aus nachvollziehbaren Gründen nicht so beachtet; das war uns von Anfang an klar. Aber die Frage, wie wir unsere Verwaltung strukturieren und organisieren, wird für die Zukunft dieses Landes von ganz entscheidender Bedeutung sein.

Als Kommunalminister freue ich mich – lassen Sie mich dies abschließend sagen – natürlich sehr darüber, dass wir eines behaupten können: Die Verwaltungsreform wird getragen von dem Vertrauen der Regierung in die Leistungsfähigkeit der kommunalen Ebene. Dies macht die Stärke dieses Landes aus. Dieses Vertrauen kommt in der Verwaltungsreform zum Ausdruck. Ich wage zu behaupten, dass andere Länder, sofern deren Strukturen ähnlich den unsrigen sind, sehr genau die Erfolge registrieren werden, die diese Verwaltungsreform für das Land, seine Bürger und für die Wirtschaft insgesamt bringen wird.

Es wurde viel darüber geredet. Deswegen will ich es heute dabei belassen: Die Evaluation bestätigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wolf für die Fraktion der CDU.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Der ist doch befangen! – Abg. Norbert Zeller SPD: Der ist doch betroffen!)

Abg. Guido Wolf CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Verwaltungsreform – ich glaube, das können wir feststellen – ist ein Erfolg.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Findet der Landrat Wolf es richtig, dass die Schulverwaltung ausgegliedert wird?)

Das Ergebnis der Evaluierung der Verwaltungsreform zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Das gibt mir Anlass – –

(Abg. Norbert Zeller SPD: Für wen sprechen Sie?)

– Ich spreche nicht für die SPD-Fraktion, falls das der Hintergrund Ihrer Frage sein sollte.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das merkt man an der Klarheit und Deutlichkeit!)

Die Verwaltungsreform in ihrer Umsetzung gibt mir Gelegenheit, in allererster Linie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, etwa den 12 000 Beschäftigten, die auf der unteren Ebene der Landratsämter und Stadtkreise diese Reform umzusetzen hatten, ein herzliches Dankeschön zu sagen. Dass diese Reform ein Erfolg geworden ist, verdanken wir unseren Beschäftigten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich habe in gleicher Weise unserem Innenministerium – früher unter Thomas Schäuble, heute unter Heribert Rech – zu danken für eine professionelle und bestmögliche Umsetzung und Begleitung dieser Reform.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Und Teufel auch!)

Das war ein Riesenkraftakt. Ein herzliches Dankeschön unserem Innenminister.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Und was ist mit Teufel? – Unruhe)

Meine Damen und Herren, seien wir uns darüber im Klaren: Die Bevölkerung interessiert sich für die Verwaltungsstruktur nur nachrangig. Für die Bevölkerung hat Verwaltung zu funktionieren. Und die Verwaltung funktioniert. Das hat die Verwaltungsreform gezeigt. Sie hat sich an den Zielen Bürgernähe, Wirtschaftlichkeit, Transparenz orientiert, und sie ist zu einer integrierten Verwaltung aus einem Guss und unter einem Dach geworden. Das waren die Ziele. Diese haben wir erreicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist denn jetzt mit den Schulämtern?)

Schon allein deshalb hat sich die Verwaltungsreform als ein Erfolg erwiesen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die hohe Wirtschaftlichkeit mögen Sie allein daran ablesen, dass es gelungen ist und gelingen wird, das Ziel einer 20-prozentigen Effizienzrendite innerhalb von sieben Jahren zu erwirtschaften. Die Landkreise und die Stadtkreise werden dies erwirtschaften. Das kann man heute schon absehen. Sie stehen zu ihrem Wort. Auch das ist ein wichtiges Ziel der Verwaltungsreform, das wir erreichen konnten.

Meine Damen und Herren, die Verwaltungsreform bedeutet im Unterschied zu dem, was Sie, meine Damen und Herren von der SPD, immer wollten, nämlich große Regionalkreise,

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: In diese Richtung geht es doch!)

auch und gerade eine Stärkung des ländlichen Raums, indem wir Verwaltungsstrukturen im ländlichen Raum belassen und dort ausbauen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Das ist uns wichtig. Die Verwaltung muss im ganzen Land stark und präsent sein. Das ist ein Erfolg der Verwaltungsreform.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich hat es sich gerade im Bereich der ehemaligen Landeswohlfahrtsverbände bewährt, dass wir Aufgabenträgerschaft und Finanzträgerschaft in eine Hand gegeben haben. Auch hier gilt und muss gelten: Wer bestellt, bezahlt. Wir haben in den Kreisen die Möglichkeit, durch individuelle Hilfeplanungen passgenaue Angebote zu stricken. Das funktioniert. Da sind wir auf einem guten Weg. Auch dies können wir im Zuge der Verwaltungsreform als Erfolg verbuchen.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Meine Damen und Herren, von Anfang an war klar, dass wir uns bei einem solchen Kraftakt, bei dem es darum geht, 12 000 Beschäftigte in neuen Strukturen unterzubringen und neue Strukturen auf den Weg zu bringen, nach einer gewissen Zeit, die erst eine Beurteilung ermöglicht, auch der Überprüfung und der Evaluierung stellen müssen. Das haben wir getan. Dabei gibt es insgesamt keinerlei Abstriche an der Bewertung, dass die Verwaltungsreform erfolgreich ist, zu machen. Deswegen wollen wir keine "Rückreform". Wir wollen Feinjustierung im Detail. Der Herr Innenminister hat die einzelnen Bereiche geschildert.

Ich darf nochmals Wert auf folgende Feststellung legen, weil dies in der öffentlichen Diskussion eine so große Rolle gespielt hat: Wir halten am Einheitsforstamt fest. Bewirtschaftung und Dienstleistung aus einer Hand haben sich bewährt.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Aber wir wollen diese Forstbewirtschaftung optimieren, indem wir dem Land ein Instrument zur Marktsteuerung an die Hand geben, nämlich einen Landesbetrieb nach § 26 der Landeshaushaltsordnung. Das ist keine Veränderung des Systems. Das ist eine Weiterentwicklung, die gut und richtig ist und sich in diesen zwei Jahren als richtiger Weg erwiesen hat.

(Beifall bei der CDU)

(Guido Wolf)

Wir werden die falsche Zersplitterung von Pool- und Grundteams bei der Flurneuordnung korrigieren. Dies muss in eine Hand gegeben werden.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Aha! Späte Erkenntnis!)

Die Landkreise sind aufgerufen, hier auf der Basis freiwilliger Lösungen im Rahmen von § 13 a des Landesverwaltungsgesetzes gemeinsame Dienststellen auf den Weg zu bringen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das haben wir damals schon gesagt!)

Zur Schulverwaltung hat unser Innenminister den Weg aufgezeigt. Meine Damen und Herren, ich denke, man muss auch den Mut haben, nach zweieinhalb oder drei Jahren zu sagen: Dort ist es nicht optimal gelaufen. Dort wollen wir eine Veränderung.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das haben wir alles schon vorher gewusst! Sie hätten auf die Fachleute hören sollen!)

Wir zeigen Größe, diese Veränderung vorzunehmen.

Wir würden uns wünschen, dass Sie die Reform insgesamt mit diesen Korrekturen dann auch als einen Erfolg bezeichnen, lieber Herr Zeller.

Meine Damen und Herren, es bleibt noch zu sagen, dass wir über den Weg der freiwilligen Vereinbarung etwa im Bereich des sozialen Entschädigungsrechts oder auch der Gewerbeaufsicht über Kreisgrenzen hinweg zur Kooperation finden müssen und finden werden. Dazu sind die Landkreise in der Lage.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Was aus meiner Sicht nach wie vor unbefriedigend ist, sind die Fortschritte auf dem Weg zu Bürokratieabbau und Aufgabenkritik.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aha! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist interessant!)

Auch das war Bestandteil der Verwaltungsreform. Da wünschen wir noch größere Sprünge. Da brauchen wir noch größere Erfolge, und alle in diesem Hohen Haus sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, zweieinhalb Jahre nach der Reform sagen zu können: Diese Reform war ein Kraftakt, eine Reform aus einem Guss. Sie hat die Verwaltung dieses Landes neu aufgestellt und schlagkräftig gemacht. Das ist das Ergebnis der Evaluierung. Ich denke, wir haben Grund, diese Reform so weiter zu optimieren und weiterzuentwickeln.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger für die Fraktion der SPD.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie sehen mir sicher nach, dass ich in das Loblied des Kollegen Wolf nicht einstimmen kann.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Wieso nicht? Jetzt sind wir aber überrascht! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie würden ja gern! – Heiterkeit)

Ich kann natürlich verstehen, dass ein Landrat dies alles lobt, gehören doch die Landräte zu denjenigen

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Der ist aus der Praxis! Der weiß, was er sagt!)

– lassen Sie mich jetzt einmal ausreden, Herr Theurer; Sie können ja nachher auch noch reden –, die diese Reform im Wesentlichen umgesetzt haben. Es würde natürlich nicht ihrem Selbstverständnis entsprechen, wenn sie da ihr Licht unter den Scheffel stellten.

Aber eines möchte ich doch betonen – und da möchte ich mich Ihnen gern anschließen –: Auch wir haben Respekt vor den Bediensteten, die dieses Werk umgesetzt haben. Das gilt für die Beamten im Innenministerium und für die dort Verantwortlichen, aber auch für die zahlreichen Beschäftigten der Landratsämter und der unteren Sonderbehörden, die in diesem Zusammenhang eine gewaltige Leistung erbracht haben

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

Denn diese Umstrukturierung der Verwaltung war sicher nach der Verwaltungsreform und der Kreisreform in den Siebzigerjahren das größte Umstrukturierungswerk, das wir in der letzten Zeit im öffentlichen Bereich erlebt haben.

Den Begriff "Reform" verdient dieses Werk jedoch aus unserer Sicht nicht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das haben Sie heute Morgen schon gesagt! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Immerhin besser als eure Hartz-IV-Reform!)

Ich möchte Ihnen das gern begründen. Die mehrfach erwähnte Evaluierung ist ja im Wesentlichen eine Stoffsammlung, ein Erfahrungsbericht mit zahlreichen Quellen und Nachweisen, insbesondere aus den Landratsämtern, aber auch aus den Reihen der Verbände. Sie gibt natürlich ein umfassendes Bild der praktischen Erfahrungen, die bislang gemacht wurden, und kommt ja auch zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen.

Auch wir halten es natürlich für richtig und akzeptieren es, dass eine Feinjustierung bei einem Werk dieses Umfangs nötig ist. Herr Innenminister, Sie haben die Bereiche ja bereits aufgezeigt, die jetzt nachjustiert werden sollen.

Wir hätten uns gewünscht, dass man im Rahmen dieser Evaluation nicht nur die Verbände, die Landräte und die Regierungspräsidien anhört, sondern auch den Bürger. Herr Innenminister, Sie haben gesagt, die Verwaltungsreform interessiere den Bürger nicht so sehr, und Sie, Herr Wolf, haben auch in diese Richtung argumentiert. Das mag schon sein. Der Bür-

(Rainer Stickelberger)

ger bemisst die Verwaltung vor allem nach ihrer Qualität und nach ihrer Außenwirkung. Wenn man diese Faktoren messen will, dann sollte man doch auch den Bürger zumindest nach seiner Meinung fragen. Das haben wir vermisst.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Meinung kann man nicht messen!)

Im Wesentlichen haben diejenigen die Verwaltungsreform beurteilt, die sie umgesetzt haben. Der Bürger, der Kunde, wurde nicht gefragt. Wir wären dann jedoch vielleicht zu anderen Ergebnissen gekommen.

Sie haben die Bereiche angesprochen, die nachjustiert werden. So werden aus 45 Schulämtern nun 20. Das ist aus unserer Sicht eine halbe Rolle rückwärts, bei der Sie allerdings neben der Matte landen. Wahrscheinlich ist das ein Kompromiss, der zwischen den Koalitionsfraktionen zustande gekommen ist. Wir hätten uns hier eine klare Struktur gewünscht, eine Konzentration auf etwa zehn Ämter auf einer Ebene, auf der die Entscheidungen dann auch getroffen werden.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Auf der Ebene von Regionalkreisen!)

Jetzt haben wir jedoch in weiten Bereichen wieder eine Zersplitterung.

Das große Problem, das wir bei dieser Verwaltungsreform sehen, ist, dass eines ihrer Hauptziele, nämlich die Effizienzrendite zu erwirtschaften, nur schwer erreichbar sein wird. Herr Wolf, Sie haben gesagt, die Landkreise würden das erreichen, es gebe derzeit Anzeichen hierfür. Wenn man jedoch die Stimmen aus den Landkreisen richtig wertet, dann muss man feststellen: Diese Effizienzrendite ist bisher im Wesentlichen durch Personalabbau erreicht worden.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Dieser Personalabbau kann so nicht weitergehen; denn wir hören jetzt schon in vielen Bereichen – gerade aus den Landratsämtern, von Landräten – die Klagen, dass zu wenig Personal für die unterschiedlichen Aufgaben da ist. Das heißt also, dass Fortschritte beim Erreichen der Effizienzrendite aufgrund von Personalabbau in Zukunft nicht mehr so möglich sein werden wie bisher. Daher frage ich mich, in welchen Bereichen man diese Effizienzrendite dann erwirtschaften wird. Dann muss man konsequenterweise – auch das ist angeklungen – Aufgabenabbau betreiben, Aufgabenkritik betreiben, Bürokratieabbau ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP – Unruhe)

Darüber sind wir uns einig. Aus unserer Sicht wäre dies der Anfang gewesen, der erste Schritt für eine Verwaltungsreform: Erst Aufgabenkritik, Aufgabenabbau, und dann schneidet man sich die Behördenstruktur dafür zurecht, und nicht umgekehrt.

(Zuruf von der CDU: Da könnten wir heute noch drauf warten!)

Herr Minister, Sie haben auch die Rolle der Regierungspräsidien angesprochen. In den Berichten wird deutlich, dass es auch noch in der Kommunikation zwischen den Behörden und

insbesondere gegenüber den Regierungspräsidien erhebliche Abstimmungsprobleme gibt. Wir sehen uns in unserer Auffassung bestätigt: Die Regierungspräsidien sind eigentlich ein Anachronismus.

(Beifall bei der SPD)

Wir waren immer der Meinung, sie gehörten abgeschafft.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Na!)

Die Feinjustierungen, die Sie jetzt vornehmen werden, gehen ja auch in die Richtung von Regionalkreisen. Sie sagen das nur nicht. Aber Sie machen es unter dem Strich in Teilbereichen, in großen Bereichen. Die Möglichkeiten der Kooperation, etwa nach § 13 Abs. 2 oder § 13 a des Landesverwaltungsgesetzes, gehen ja auch in diese Richtung der größeren Einheiten, weil sich eben herausstellt, dass die Kreise dies in ihrer eigenen Verantwortung nicht machen können.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

- Frau Präsidentin, ich bin gleich am Ende.

Wir werden den weiteren Prozess kritisch begleiten. Es wird sicher kein Rollback geben. Darüber sind wir uns einig. Aber wir werden sehr kritisch darauf achten, dass die Reformen, die Sie selbst für nötig halten, auch sachgerecht durchgeführt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Peter Hofelich SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sckerl für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Diskussion, die wir hier führen, hat ja Züge einer Gespensterdebatte.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Wer ist das Gespenst?)

Der Innenminister

(Zuruf von der CDU: Der ist das Gespenst! – Vereinzelt Heiterkeit)

legt über seine Mitteilung einen zusammenfassenden Bericht vor. – Das Gespenst ist schwarz und teilweise gelb, Herr Theurer, um die Frage unmissverständlich zu beantworten.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sie haben zu viel "Harry Potter" gelesen!)

Der Landtag hat die Aufgabe, als Gesetzgebungsorgan diesen Bericht kritisch zu bewerten und zu überlegen, welche Konsequenzen daraus folgen. Aber in der Zeitung konnte man lesen: Am Dienstag habt ihr das alles schon abgefrühstückt. Worüber diskutieren wir eigentlich?

Das ist nach dem Thema Nachtragshaushalt innerhalb einer Woche bereits das zweite Beispiel – Herr Scheffold, Sie hat(Hans-Ulrich Sckerl)

ten ja gestern gesagt, das sei in 50 Jahren immer so gewesen – einer sträflichen Missachtung des Gesetzgebungsorgans Landtag, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: 50 Jahre war es in Ordnung! – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das war ein schwacher Einstand! – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Die Berichte der Stadt- und Landkreise sind kritischer, als Kollege Landrat Wolf uns das weismachen will. Eine Kritik zieht sich ja wie ein schwarzer Faden durch diese Berichte, nämlich: Es gab nie eine Aufgabenkritik, es gab keinen Aufgabenabbau. Es gab nur eine Verlagerung. Die Landesregierung war zu feige, war unfähig, die Hausaufgaben tatsächlich zu machen und hat sie den Kommunen überlassen. Das ist ein Großteil des Problems, das wir haben.

Behördenbürokratieabbau – Fehlanzeige. Mir tut Herr Köberle leid.

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP)

Ihr habt ihn am Dienstag zum Frühstücksdirektor ohne tatsächliche Kompetenz gemacht.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wie der Stoiber in Brüssel!)

Dieser Beschluss hatte nur ein Signal: Bürokratieabbau wird in diesem Land, mit dieser Regierung weiterhin nicht stattfinden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Alle Versuche der Entbürokratisierung im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform sind doch kläglich gescheitert.

Standardbefreiungsgesetz, von dieser Regierung als große Errungenschaft dargestellt: Wie viele Kommunen haben denn in den letzten drei Jahren einen Antrag nach diesem Gesetz gestellt? Keine einzige. Wissen Sie, warum? Weil für jede Kommune völlig klar war: Der Aufwand, eine Befreiung nach diesem Gesetz zu erreichen, ist größer als der Nutzen durch die Befreiung. Deswegen haben sie die Finger davon gelassen. Das ist Aufgabenkritik, Aufgabenabbau, Entbürokratisierung à la CDU und FDP/DVP in Baden-Württemberg – ein jämmerliches Ergebnis.

(Beifall bei den Grünen)

Das hat natürlich Auswirkungen. Die Rechnung mit der Effizienzrendite, Herr Innenminister, ist noch nicht gemacht. Vom heutigen Tage aus gesehen gibt es keine belastbare Prognose, dass bis zum Jahr 2011 diese ominösen 20 % tatsächlich erreicht werden. Die grausamen, mageren Jahre kommen ja erst noch. 2005 und 2006 waren für die Land- und Stadtkreise durch Einmaleffekte relativ einfach: Behördenzusammenlegung, Abstoßen von Immobilien und Ähnliches. Aber wenn es in den nächsten Jahren um das Personal geht, dann geht es tatsächlich um das Eingemachte. Wir werden uns zu diesem Thema wieder sprechen. Ohne Aufgabenabbau – das ist meine Prognose – wird es die Effizienzrendite von 20 % nicht geben

(Beifall bei den Grünen)

Die generelle Richtung der Fortentwicklung der Reform muss sein: Die Kommunen, die Stadt- und Landkreise müssen das Ganze weiterhin in den Händen behalten. Aufgaben müssen bei den Stadt- und Landkreisen bleiben, und deren Erledigung muss dort optimiert werden, wo es Mängel gibt.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das machen die doch nur rückwärts!)

Das ist die Richtung der Reform, die wir – meine Fraktion – konsequent verfolgen. Die Landesregierung und die Koalition halten sich daran nicht. Ich verdeutliche das an zwei ganz wichtigen Punkten.

Das erste Beispiel ist die Schulverwaltung. Was Sie hier als Erfolg verkaufen, meine Damen und Herren,

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ist eine Rolle rückwärts und nichts anderes!)

ist eine Rolle rückwärts in die Vergangenheit. Das ist die Rückkehr zu staatlichen Sonderbehörden, die wir in den letzten drei Jahren längst überwunden hatten. Was ist der sachliche Grund dafür? Wenn man der "Ludwigsburger Kreiszeitung" von heute glauben darf, ist der sachliche Grund dafür die Verärgerung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Stefan Mappus über das Grußwort eines Schulverwaltungsdezernenten aus den Reihen der SPD. Das hat ihn so verärgert, dass er in die Fraktion gestürmt ist und gesagt hat: "Da muss etwas passieren, da müssen wir ein Machtwort sprechen!" Das muss man sich einmal vorstellen! Dazu erwarte ich eine Erklärung von der CDU.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sie haben eine rege Fantasie, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Das steht heute in der "Ludwigsburger Kreiszeitung".

Wenn das der sachliche Grund für eine Fortentwicklung im Bereich der Schulverwaltung ist, dann ist das Land Baden-Württemberg in Ihren Händen auf einer "guten Reise" in Sachen Schulen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Das zweite Beispiel ist der Forst. Die Reform mit der Bildung eines Landesbetriebs nach § 26 der Landeshaushaltsordnung überzeugt nicht. Sie eröffnet gleichzeitig eine Hintertür. Ich kann den Stadt- und Landkreisen und auch Ihnen als Landrat, Herr Wolf, nur raten: Kämpfen Sie um das tatsächliche Einheitsforstamt; denn der LHO-Betrieb wird die Hintertür sein, durch die Sie in dieser Frage in Zukunft wieder entmachtet werden. Da bin ich mir ganz sicher.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Guido Wolf CDU: Ich zittere schon!)

Summa summarum, um zum Ende zu kommen: Was macht die Evaluierung auch deutlich? Die Zukunft gehört den Regionen, Herr Innenminister. Sie müssen ja dem Herrgott danken, dass es das Kooperationsmodell nach § 13 a des Landesverwaltungsgesetzes gibt. Wenn es das nicht gäbe, müssten Sie es erfinden. Denn eine Antwort gibt die Evaluierung auch ganz klar: Die Zukunft gehört leistungsstarken Regionen und

(Hans-Ulrich Sckerl)

nicht zu kleinen Einheiten. Aber die haben wir offensicht-

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Theurer?

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Gern.

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Herr Kollege Sckerl, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Sie haben einen Bürokratieabbau eingefordert. Können Sie hier fünf Punkte benennen, bei denen die Grünen konkret Bürokratieabbau vorgeschlagen haben? Denn entsprechende Anträge von Ihnen sind bisher nicht bekannt.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Drei genügen! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Zur Verwaltungsreform haben wir eine ganze Reihe von Vorschlägen! – Unruhe)

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir haben im Rahmen der Verwaltungsreformdebatte 2003/2004 eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht, z. B. den Vorschlag, gemäß dem Prinzip der Subsidiarität Aufgaben der Landwirtschaftsverwaltung an die Verbände zu übertragen und diese mit entsprechenden Mitteln auszustatten.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Zwei Ministerien!)

– Aus zwei Ministerien hätte man eines machen können. Das war ein ganz konkreter Vorschlag.

Wir haben eine Experimentierklausel im Gemeindewirtschaftsrecht vorgeschlagen, durch die Kommunen, Stadt- und Landkreise die Möglichkeit hätten, zu experimentieren.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wo ist da Bürokratieabbau? – Gegenruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Wir haben vorgeschlagen, den Regelungsstandard in verschiedenen Bereichen zu überprüfen. Wir können ja einmal eine Debatte darüber führen. Wir stellen Ihnen einen Katalog auf. Das werden wir sowieso machen. Wir werden – das haben wir uns vorgenommen, das wird stattfinden – Sie jagen,

(Beifall bei den Grünen – Oh-Rufe von der CDU)

damit in diesem Land endlich tatsächlich Aufgabenabbau und Bürokratieabbau stattfinden.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schießen Sie keinen Bock bei dieser Jagd! – Große Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Kluck.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Fünf Vorschläge, minimum!)

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Waidmannsheil, Herr Kollege Sckerl!

(Heiterkeit)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Sckerl, selbst wenn Sie eine sehr gute Kirrung anlegen, werden Sie uns nicht vor die Flinte bekommen. Denn da gibt es nichts zu jagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Es ist das gute Recht der Kollegen Stickelberger und Sckerl, zu versuchen, die Verwaltungsreform zu kritisieren. Aber sie können es drehen und wenden, wie sie wollen: Insgesamt ist die Eingliederung staatlicher Behörden in die Landrats- und Bürgermeisterämter eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wir haben endlich eine Verwaltung, die nach dem Grundsatz der Einräumigkeit aufgebaut ist. Die Aussagen der kommunalen Landesverbände – das haben Sie in dem Bericht der Landesregierung ja gelesen – sind einhellig. Der Gemeindetag spricht von "erfolgreich", "optimiert", "verbessert" und "gelungen", vom Städtetag kommt die Einschätzung, dass man noch bürger- und kundennäher geworden sei, und aus der Sicht der Landkreise hat sich die Reform über alle Verwaltungsbereiche hinweg bewährt. Grundsätzliche strukturelle Änderungen seien nicht erforderlich, allenfalls eine Feinjustierung müsse erfolgen.

Diese Einschätzung teilt auch die FDP/DVP-Landtagsfraktion. Wir werden solchen Feinjustierungen in den Bereichen Forst, Flurneuordnung und Vermessung zustimmen.

Wichtig ist, dass es beim Einheitsforstamt bleibt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Hintertür, Herr Kollege Sckerl, wird nicht aufgemacht. Da passen wir schon auf. Wir wollen das Einheitsforstamt. Wir wollen auch, dass beim Holzverkauf mittelständische Betriebe nicht benachteiligt werden. Wir wollen vernünftige Kooperationslösungen bei der Flurneuordnung und gleichzeitig die Verlagerung von Aufgaben auf öffentlich bestellte Vermessungsingenieure. Das haben wir denen zugesagt. Wir haben jetzt einen richtigen Schritt in diese Richtung gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Uns hätte auch bei der Schulverwaltung eine Feinjustierung gereicht – das sage ich gern –, aber hier haben die Landratsämter, die Probleme bei der Umsetzung der Reform hatten, nur halbherzig und auch viel zu spät ihre Bereitschaft zu einer Kooperationslösung bekundet. Die Leidtragenden sind jetzt die Landkreise, in denen es sehr gut funktioniert hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Zur Erklärung von Herrn Sckerl, warum bei den Schulämtern jetzt etwas anderes vorgesehen ist: Dass sich Herr Mappus da geärgert habe, ist mir völlig neu. Ich glaube eher, dass der Kul-

(Hagen Kluck)

tusminister und sein Staatssekretär endlich auch einmal mit der GEW und dem Verband Bildung und Erziehung an einem Strang ziehen wollten und deswegen hier nachgegeben haben

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der Vergleich hinkt ja! Bisher war es noch in Ordnung!)

Als Liberale wollen wir bekanntlich niemanden zu seinem Glück und auch niemanden zu seinem Unglück zwingen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Was haben Sie dafür gekriegt?)

Deswegen lassen wir diese Neuordnung passieren. Klar muss jedoch sein, dass es nicht einfach nur eine Rückabwicklung gibt, Herr Zeller.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Die gute Zusammenarbeit zwischen Schulverwaltung, Jugendhilfe sowie Sozial- und Gesundheitsämtern muss fortgesetzt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir wollen, dass die Zahl und die Standorte der künftigen Schulverwaltungen im Benehmen mit den Kreisen festgesetzt werden,

(Beifall bei der FDP/DVP)

und wir wollen, dass bei einer Neustrukturierung auch die mittlere Ebene nicht ganz ausgeklammert wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Sie kennen ja unsere grundsätzliche Haltung: So viel Schule wie möglich und bitte nur so viel Schulverwaltung wie unbedingt nötig.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Auch eine künftig eigenständige Schulverwaltung darf die Schulen nicht an der kurzen Leine führen, Herr Staatssekretär Wacker.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das will sie aber machen!)

Es gehört zu den liberalen Grundüberzeugungen, dass größtmögliche Eigenständigkeit, eigenverantwortlich zu nutzender pädagogischer Gestaltungsspielraum und Wettbewerb der Schulen untereinander Voraussetzungen für die weitere Steigerung von Qualität und Leistungsfähigkeit im Bildungsbereich sind.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Für diesen Wettbewerb, meine Damen und Herren, sind Schulen in freier Trägerschaft besonders wichtig. Die darf man nicht am langen Arm verhungern lassen, sondern die muss man nach Kräften fördern. Der Einstieg ins Bruttokostenmo-

dell darf deswegen nicht länger verzögert werden, sondern wird jetzt mit dem Nachtragshaushalt erfolgen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wer nun meint, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den ins Auge gefassten Veränderungen könne man sich von der vorgesehenen Effizienzrendite verabschieden, der befindet sich auf dem Holzweg, egal, ob beim Forst oder sonst wo. Ein wichtiger Grund für die Verwaltungsreform war und ist der Wille zur Einsparung. Obwohl sich der Finanzminister derzeit über steigende Einnahmen freut, gibt es keinen Anlass zur Entwarnung. Baden-Württemberg kann sich keine teure Verwaltung leisten. Was teuer ist, ist sowieso nicht automatisch gut.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Nur Theurer ist besser!)

Sie kennen mich ja als einen Menschen, der rundum mit sich selbst zufrieden ist.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Ich gebe trotzdem zu, dass es mir auch gut täte, wenn ich etwas abnehmen würde.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Für die FDP/DVP gibt es zum Abspecken bei den Personalausgaben, zur konsequenten Reduzierung staatlicher Aufgaben, zum Zurückstutzen der Bürokratie und zur Beibehaltung des Sparkurses keine Alternativen. Das ist klar.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abg. Kluck, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Oelmayer?

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Immer.

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Oelmayer.

Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Herr Kollege Kluck, anschließend an die Frage Ihres Fraktionskollegen Theurer würde ich Sie, bevor Sie Ihre Rede beenden, fragen, ob Sie uns kurz fünf Beispiele für Bürokratieabbau nennen könnten.

(Heiterkeit)

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Selbstverständlich! Wir werden jetzt bei der Feinjustierung das Landesvermessungsamt mit dem Landesamt für Flurneuordnung zusammenlegen. Eine Behörde eingespart, Bürokratie abgebaut.

(Lachen bei der SPD – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Das war der FDP/DVP-Vorschlag!)

Zweiter Punkt: Wir werden statt 44 oder 45 Schulverwaltungen zukünftig nur noch zwischen 16 und 20 Verwaltungen haben. Das ist der zweite Punkt.

(Lachen bei der SPD – Unruhe)

Dritter Punkt – – Wollen Sie noch mehr hören?

(Lebhafte Heiterkeit)

(Hagen Kluck)

Ich glaube, das reicht.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Noch drei fehlen!)

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Sckerl, werden wir Herrn Köberle beim Abbau der Bürokratie keine Knüppel zwischen die Beine werfen,

(Lachen bei der SPD)

sondern ihm viel Glück wünschen und ihn nach Kräften unterstützen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Heiterkeit – Zurufe von der SPD: Da fehlen noch drei Punkte! – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gute Rede!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 14/1873. Wer dieser Beschlussempfehlung des Innenausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Unruhe – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir haben doch schon Kenntnis genommen!)

Meine Damen und Herren, wir sind in der Abstimmung! Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Beschlussempfehlung ist mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ohne Beteiligung der Opposition!)

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes – Drucksache 14/1900

Das Präsidium hat eine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Minister Professor Dr. Goll das Wort.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass dieser Punkt relativ kurz behandelt werden kann. Allerdings bedarf es eines Gesetzes, um die beabsichtigte Reform durchführen zu können.

Im Kern geht es eigentlich um eine ganz einfache Geschichte, nämlich um die dienstlichen Beurteilungen von Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und Justizbediensteten. Diese Beurteilungen werden jetzt anlassbezogen zu beliebigen Zeitpunkten im Jahr vorgenommen, was die Vergleichbarkeit der Beurteilungen natürlich erschwert. Das macht uns übrigens zunehmend auch Schwierigkeiten in Bezug auf Risiken bei Konkurrentenklagen,

(Unruhe – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Ruhe bitte!)

weil ein Vergleich der Arbeitsqualität der Menschen, die bei uns beschäftigt sind, am besten natürlich zu einem bestimmten Stichtag erfolgt. Andernfalls liegt die Beurteilung bei dem einem sechs Monate zurück, bei einem anderen acht Monate, und dann weiß man nicht, wie sich die Betreffenden in der Zwischenzeit entwickelt haben. Deswegen schaffen wir die Grundlagen für diese stichtagsbezogene Beurteilung, die gerade auch bei der Aufgabe, Auswahlentscheidungen zu treffen, eine zuverlässige Entscheidungsgrundlage ist.

Wir werden von dieser gesetzlichen Grundlage voraussichtlich zunächst in der Weise Gebrauch machen, dass wir das neue Verfahren eine Zeit lang bei den Fachgerichtsbarkeiten testen, um es dann auf die ordentliche Gerichtsbarkeit auszudehnen.

Gelegentlich ist gegen das vorgesehene neue Verfahren eingewandt worden, dass es zu viel Arbeit auf einmal machen würde. Das ist eine Angst der Präsidenten. Aber dem kann man ganz einfach begegnen, und dem wird auch durch unseren Entwurf begegnet, indem man z. B. die Stichtage bei verschiedenen Vergütungsgruppen auf unterschiedliche Tage legt. Da kann man drei bis vier solcher Stichtage im Jahr machen. Außerdem hat der Betroffene, der zu beurteilen hat, bis zu drei Monate Zeit, seine Beurteilung abzugeben.

Ich glaube, dass dieser Schritt, der uns in gewisser Weise auch durch die Rechtsprechung nahegelegt wird, nämlich zu einer stichtagsbezogenen Beurteilung zu kommen, in der Sache richtig ist, und bitte Sie deswegen um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf, damit wir die Grundlage dafür bekommen, diesen Schritt vollziehen zu können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palm für die Fraktion der CDU.

Abg. Christoph Palm CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Immer wenn sich die Legislative in organisatorische Belange der Judikative einmischt, sind im Sinne der Gewaltenteilung besondere Sorgfalt und Sensibilität geboten – auch bei verhältnismäßig geringen Regeländerungen, wie im vorliegenden Fall. Denn die Unabhängigkeit der Justiz und damit die Unabhängigkeit der Richter und Strafverfolgungsbehörden ist prägend für unser beispielhaftes Rechtssystem und unseren Rechtsstaat und stellt ein sehr hohes Gut dar.

Es ist aber auch unsere Aufgabe als Parlament, die Qualität der Justiz weiterhin sicherzustellen und zu befördern. Das Beurteilungswesen der Richter und Staatsanwälte ist ein wichtiges Instrument zur Qualitätssicherung und zur Wahrung der Chancengleichheit in der Justiz. Da es allgemein unstrittig ist, dass auch die dienstlichen Beurteilungen von Richtern mit der verfassungsmäßig garantierten richterlichen Unabhängigkeit vereinbar sind, ist das Thema nicht geeignet, um jetzt in eine verfassungsrechtliche Grundsatzdebatte einzusteigen. Denn hier wird im Grundsatz nichts Neues eingeführt. Es geht um Änderungen, die mehr Effektivität und mehr Effizienz im Beurteilungswesen der Richter und Staatsanwälte durch Angleichung, Harmonisierung und klarere Strukturierung mit sich bringen sollen.

(Christoph Palm)

Wir sind der Ansicht, dass die neuen Maßnahmen, die auch sehr behutsam durch Testphasen und Übergangsfristen eingeführt werden sollen, geeignet und zielführend sind, dieses zu erreichen. Wir werden daher das Gesetzgebungsverfahren weiterhin entsprechend positiv begleiten, wenngleich ich das Thema Altersgrenze mit einer gewissen Ambivalenz betrachte. Aber das wird sich, denke ich, auch noch im Ausschuss klären lassen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger für die Fraktion der SPD.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stimme mit meinem Kollegen Palm überein, dass sich dieses Gesetz nicht für eine Grundsatzdiskussion oder gar eine verfassungsrechtliche Erörterung eignet. Ich weiß, dass sich Richter naturgemäß nicht unbedingt gern beurteilen lassen wollen; ich weiß, wovon ich spreche. Auf der anderen Seite sehe ich natürlich Erwartungen der Bevölkerung, des Kunden der Justiz, dass die Justiz leistungsfähig bleibt. Wenn wir zum Leistungsprinzip in der öffentlichen Verwaltung, in der Justiz stehen und das ernst nehmen, ist die Beurteilung eine sinnvolle Maßnahme und kann auch vom Publikum erwartet werden; keine Frage.

Die Kritik an diesem Gesetz scheint mir teilweise fundamental angelegt zu sein; sie richtet sich im Übrigen zum Teil auch gegen die Beurteilungsrichtlinien aus dem Jahr 2002. Die grundsätzliche Tendenz, die Sie, Herr Minister, aufgezeigt haben, billigen wir mit Blick auf das Ergebnis, dass man durch diese Stichtagsbeurteilung eine Vergleichbarkeit von Beurteilungen erzielen kann und damit in der Tat Rechtsstreitigkeiten wie beispielsweise Konkurrentenklagen vorbeugen kann. Da ist das Land ja, wenn man so will, auch ein gebranntes Kind. Eine solche Vergleichbarkeit ist im Interesse der Rechtssicherheit sicher geboten.

Was wir noch nicht ganz nachvollziehen können, ist die Einschränkung möglicherweise nur auf die Fachgerichtsbarkeiten. Das neue Verfahren auf Fachgerichtsbarkeiten oder auf Teile der Gerichtsbarkeit zu beschränken sehen ja die Richtlinien vor; dazu ermächtigt das Gesetz. Mir erschließt sich noch nicht von vornherein, warum man einen Amtsrichter oder einen Richter am Landgericht nicht ebenso beurteilen können soll wie einen Verwaltungs-, einen Sozial- oder Arbeitsrichter.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Oder einen Lehrer!)

Da scheint mir nicht unbedingt eine Differenzierung geboten zu sein. Wenn eine Beurteilung zu einem Stichtag erfolgt, dann, glaube ich, sollte das für alle gelten.

Das Argument der Arbeitsüberlastung durch sehr viele Beurteilungen an großen Gerichten, das insbesondere von Präsidentenseite vorgebracht wurde, wird ja dadurch relativiert, dass man die Stichtage unterschiedlich ansetzen kann.

Insgesamt, in der Tendenz, tragen wir diesen Gesetzentwurf mit.

Vielleicht sollte noch Folgendes beachtet werden: Die noch geltenden Richtlinien sehen ja Kategorien von Beurteilungen vor: "entspricht den Anforderungen", "übertrifft die Anforderungen", "übertrifft die Anforderungen teilweise". Dabei werden Prozentsätze genannt. In diesem Zusammenhang stellt sich schon eine Frage. Das Land stellt in den letzten Jahren, gerade im Bereich der Justiz, eigentlich nur Spitzenleute ein. Es werden überhaupt nur Bewerber mit hervorragendem Examen eingestellt. Da stellt sich schon die Frage, ob diese Skala an Bewertungen in dieser Form noch ihre Berechtigung hat, wie sie sie einmal hatte. Vielleicht müssten auch die Richtlinien überdacht werden. Das wären Themen, die wir im Ausschuss in der einen oder anderen Weise vielleicht noch erörtern können. Aber grundsätzlich geht der Gesetzentwurf aus unserer Sicht in die richtige Richtung.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes besteht aus drei Teilen. Ich will aber wie meine Vorredner im Wesentlichen nur auf die Frage der Beurteilung von Richtern und Staatsanwälten eingehen.

Ich will keine verfassungsrechtliche Debatte eröffnen, obwohl man sie anhand von § 97 des Grundgesetzes sehr wohl führen könnte. Ich kann Ihnen auch sagen, warum ich das nicht will. Ich war nämlich schon einmal Mitglied des Richterwahlausschusses. Das war, wenn ich mich richtig erinnere, in der 12. Legislaturperiode. Als es damals im Richterwahlausschuss um die Besetzung der Präsidentenstelle eines Landgerichts ging, habe ich mir die Mühe gemacht, einmal nachzufragen, nach welchen Kriterien solche Stellen besetzt werden, ob es Personalentwicklungsplanungen gibt, ob es entsprechende Beurteilungsrichtlinien gibt, die auch objektivierbar, nachvollziehbar und transparent sind.

Das fand ich damals spannend. Mir wurde schließlich geantwortet – wenn ich mich richtig entsinne, war der damalige Justizminister der gleiche wie der jetzt amtierende –, man werde sich um das Thema kümmern. Das hat man in der Tat getan.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Acht Jahre später!)

Daran sieht man: Man kann auch als Opposition, wenn man lange und kräftig genug drückt, hier und da etwas erreichen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Lex Oelmayer!)

Ich habe nämlich nicht nur beim Erneuerbare-Wärme-Gesetz, sondern auch beim Richtergesetz festgestellt,

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Super!)

(Thomas Oelmayer)

dass sich Oppositionsarbeit offensichtlich zu lohnen scheint. Denn auf meinen Antrag vom 12. November 2004 hin – das war in der 13. Legislaturperiode – hat mir das zuständige Ministerium mitgeteilt, solche Beurteilungsrichtlinien seien bereits im Jahr 2002 geschaffen worden und würden auch für Richter und Staatsanwälte Anwendung finden.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Auf Initiative von Herrn Oelmayer!)

Insofern wird dies ein spannender Punkt in den Ausschussberatungen. Ich will jetzt nicht im Detail darauf eingehen, weshalb wir schon im Jahr 2002 Beurteilungsrichtlinien hatten – das ist noch nicht so lange her – und wir jetzt die Änderung des Landesrichtergesetzes diskutieren, in dem wir ja eigens eine Rechtsgrundlage dafür schaffen wollen, dass solche Beurteilungsrichtlinien als Verwaltungsrichtlinien vonseiten des Justizministeriums erlassen werden können. Das wird eine interessante Frage sein. Der Herr Minister wird diese Frage im Rahmen der Ausschussberatungen sicher beantworten können. Denn es kann ja schließlich nicht sein, dass wir schon Beurteilungsrichtlinien haben, die ohne gesetzliche Grundlage erlassen worden sind.

Unabhängig davon: Selbstverständlich unterstütze ich für unsere Fraktion solche Beurteilungsrichtlinien, weil sie – Herr Minister, Sie haben es angeführt – Konkurrentenklagen verhindern, weil sie Transparenz schaffen und auch klarmachen, welche Entwicklungsmöglichkeiten Richterinnen und Richter sowie Staatsanwälte in der Justiz haben. Es kommt nicht nur auf die Frage an, wer wann von wem wohin abgeordnet wird, um dann befördert zu werden. Vielmehr muss man solche objektiven Beurteilungskriterien auch bei Richterinnen und Richtern anlegen, wohl wissend, dass wir uns da in einem sensiblen Bereich bewegen. Ich möchte jetzt nicht die verfassungsrechtliche Debatte eröffnen. Aber natürlich ist das ein Grenzbereich zur Frage der Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter. Deswegen kann man das auch nicht exzessiv anwenden.

Aber wenn es um die Frage der Gleichbehandlung, der Gleichberechtigung beim beruflichen Vorankommen und bei Beförderungen oder Abordnungen geht, dann sind wir als Fraktion GRÜNE sehr wohl der Meinung, dass wir diese Änderung des Gesetzes mittragen können – zumal dann, wenn es schon Beurteilungsrichtlinien gibt, denen bis dato die gesetzliche Grundlage fehlt. Dann würden wir erst recht dazu beitragen wollen, diese Beurteilungsrichtlinien zu legitimieren.

Ich bedanke mich und freue mich auf die Ausschussberatungen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Für eine Aussage fünf Minuten geredet! Da fehlt die Effizienzrendite!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Wetzel für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dem Gesetzentwurf zur Änderung des Landesrichtergesetzes geht es um mehrere Punkte. Der Kern der Regelung umfasst, wie wir soeben gehört haben, die Möglichkeit zur Beurteilung von Richterinnen und Richtern. Ich finde es richtig, dass dazu ein Ge-

setz geschaffen wird, denn die Richterinnen und Richter in unserem Land leisten qualitativ eine sehr wichtige Arbeit. Wenn falsche Beurteilungen erfolgen und falsch beurteilte Richter eingestellt werden, kann dies zu schlechten Ergebnissen für unser Land insgesamt führen.

Das Gesetz dient daher zur Steigerung der Effektivität, der Effizienz und insbesondere natürlich, wie Sie gesagt haben, Herr Oelmayer, der Transparenz. Es ist ein Instrument der Qualitätssicherung.

Rechtsprechung und Literatur halten das neue System der Regelbeurteilung aus Gründen der Maßstabsgerechtigkeit und der Vergleichbarkeit für vorzugswürdig und richtig. § 5 des Landesrichtergesetzes soll so gefasst werden, dass Richter und Staatsanwälte auf Lebenszeit alle vier Jahre zu festen Zeitpunkten dienstlich beurteilt werden. Einzelheiten sollen durch das Justizministerium geregelt werden. Durch den festen Stichtag haben wir eine bessere Vergleichbarkeit. Die vorgesetzten Richter sind gehalten, zu diesen festgesetzten Stichtagen zu beurteilen.

Die Beurteilungsrichtlinien sollen zunächst gewissermaßen als Pilotprojekt bei den Fachgerichtsbarkeiten eingeführt werden. Wir wollen die Ergebnisse abwarten, um sie dann auch auf die allgemeinen Gerichtsbarkeiten zu übertragen.

Die Änderung des Richtergesetzes umfasst aber auch § 22 des Deutschen Richtergesetzes, wonach Richter, die nach dem zweiten Staatsexamen eingestellt werden, nicht mehr nur 18 Monate lang Richter auf Probe sind, um danach möglicherweise zu Richtern auf Lebenszeit berufen zu werden, sondern die Probezeit soll auf insgesamt 24 Monate verlängert werden, um eine größere Möglichkeit zur Kontrolle und Überprüfung zu haben.

Entsprechend einer Anregung der Landesverwaltung wird die Amtszeit der richterlichen Mitglieder und des Vertreters der Rechtsanwaltschaft im Richterwahlausschuss an die der Abgeordneten des Landtags angepasst und ebenfalls vereinheitlicht

Ich denke, dass all diese Regelungen sehr sinnvoll und für eine moderne Justiz erforderlich sind.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Sie stimmen dem zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die Bewährungs- und Gerichtshilfe sowie die Sozialarbeit im Justizvollzug und zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung – Drucksache 14/1901

(Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte)

Das Präsidium hat eine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Minister Professor Dr. Goll für die Landesregierung.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um einen Gesetzentwurf, der eigentlich aus zwei Teilen besteht. Wir haben beide Teile in diesem Fall in einer Vorlage zusammengefasst, weil es etwas aufwendig gewesen wäre, den zweiten Teil in ein gesondertes Gesetz zu packen. Aber es geht eigentlich um zweierlei: einmal um Änderungen des Landesgesetzes über die Bewährungs- und Gerichtshilfe sowie die Sozialarbeit im Justizvollzug (LBGS) und zum anderen um Änderungen des Gesetzes zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung (AGFGO). Politisch interessanter ist wahrscheinlich

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Der erste Teil!)

der erste Teil.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Genau!)

Aber er beinhaltet nichts Sensationelles. Wir wollen in folgenden drei Punkten Änderungen – bzw. entwickeln jetzt die Übertragung konsequent weiter fort, schaffen dafür auch die Grundlagen und ziehen die Konsequenzen –:

Erster Punkt: Im Rahmen der Übertragung der Bewährungsund Gerichtshilfe auf den freien Träger NEUSTART sollen verstärkt ehrenamtliche Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer eingesetzt werden. Das war schon immer unser Ziel. Ich selbst bin seit Jahren der Überzeugung, dass in einfacher gelagerten Fällen auch eine Frau bzw. ein Mann aus Baden-Württemberg, die mitten im Leben stehen, die mit beiden Beinen auf dem Boden stehen, in der Lage sind, eine solche Betreuung zu übernehmen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das passt aber nicht zu dem Ehrenamtsgesetz, das Sie gerade gestern beschlossen haben! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Doch, das passt! – Gegenruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Jetzt gebt es halt einmal zu!)

Nicht alle Fälle sind so anspruchsvoll, dass sie durchweg von Professionellen betreut werden müssen. – Ich weiß, dass das manchen in den Reihen der Grünen nicht gefällt, die nur auf professionelle Sozialarbeit setzen. Wir sehen das ein bisschen anders.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das ist halt billiger, gell?)

Wir wollen eine Arbeitsteilung. Deswegen sollen ehrenamtliche Bewährungshelfer künftig in stärkerem Maße als bisher zum Einsatz kommen. Sie haben nach derzeitiger Rechtslage einen Anspruch auf Erstattung ihrer notwendigen Auslagen. Die Erstattung dieser Auslagen wollen wir auch pauschalieren dürfen, weil das natürlich die Verwaltung vereinfacht.

Der erste Punkt dieses Gesetzes ist, dass die Aufwandsentschädigung, die Erstattung der Auslagen für die Ehrenamt-

lichen durch Rechtsverordnung in Form einer Pauschalentschädigung geschehen kann. – Das war vielleicht das vierte Beispiel zur Verwaltungsvereinfachung.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig! Sehr gut!Beifall der Abg. Dr. Ulrich Noll und Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

Zum zweiten Punkt muss man eine Aussage treffen, weil sonst die Nachfrage kommen könnte, ob das eigentlich passt. Wir ziehen die Dienstaufsicht für die Mitarbeiter, die noch beim Land sind, für einen Übergangszeitraum wieder zum Justizministerium. Der Grund dafür ist ganz einfach: Wenn wir weg von der alten Struktur an den Landgerichten hin zu einer neuen Struktur mit einem freien Träger gehen, dann wäre es natürlich unsinnig, die Dienstaufsicht in der alten Struktur zu belassen. Andernfalls würde es von A bis Z nicht passen. Deshalb ist es besser, man siedelt sie für einen Übergangszeitraum beim Justizministerium an. Das heißt, wir sind für etwa 300 Beschäftige dort zuständig, aber mit abnehmender Tendenz, weil für jeden Mitarbeiter beim Land, der geht – bzw. wenn die Schaffung einer solchen Stelle notwendig ist –, eine Stelle bei NEUSTART geschaffen wird.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Da müssen Sie beim Ministerium ja Stellen schaffen!)

Nein, wir schaffen die Stellen nicht. Für diesen Übergangszeitraum ist es besser, wenn die Dienstaufsicht bei uns ist. Das ist allerdings ein Zustand, der sich sozusagen von selbst beenden wird, weil im Zielzustand X derartige Beschäftigte nur noch bei NEUSTART sein werden und nicht mehr beim Land

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: 2030!)

Aber, wie gesagt: Solange sie beim Land sind, ziehen wir die Verantwortung, was die Dienstaufsicht angeht, zum Justizministerium. Wir sind im Grunde genommen ja auch der tägliche Partner für den freien Träger. Sicher halten auch Sie es für richtig, dass wir eng mit dem freien Träger zusammenarbeiten.

Der dritte Punkt betrifft die Optimierung der Dienststellenstandorte. Wir haben die Zahl der Dienststellenstandorte zwar ein Stück weit reduziert. Trotzdem besteht hier ein flächendeckendes Netz im Land. Auch da galt es, ein Stück weit zu rationalisieren. Die Struktur war zu unübersichtlich, zu zersplittert. Wir schaffen jetzt die Voraussetzungen für eine neue Struktur, auch was die Dienststellenstandorte anbelangt.

In diesem Zusammenhang – jetzt möchte ich auf ein, zwei Kritikpunkte eingehen, von denen ich denke, dass sie nachher angesprochen werden – ist der Eindruck erweckt worden, wir hätten den Dingen ohne gesetzliche Grundlage vorgegriffen

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Was heißt "der Eindruck erweckt worden"? Das ist so!)

Das machen wir nie. Dieser Vorwurf ist, egal, zu welchem Punkt er erhoben wird, falsch.

Auch Ihr Vorwurf von eben, Herr Oelmayer, wir hätten vielleicht schon ohne gesetzliche Grundlage Beurteilungsrichtli-

(Minister Dr. Ulrich Goll)

nien angewandt, war falsch. Das ist eine andere Baustelle. Das ist auch nicht der Fall.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Auch in dem vorliegenden Fall ist diese Kritik sehr gesucht und weit hergeholt. Ich stelle auch fest, dass diese Übertragung der Bewährungshilfe davon begleitet war, dass man die Argumente gegen eine Übertragung wirklich an den Haaren herbeigezogen hat. Auch hier weiß ich gar nicht, wo das Problem ist. Wir haben auf der Grundlage eines Gesetzes die Übertragung beschlossen. Wir haben, mit Verlaub, auch das Recht, auf der Grundlage dieses Gesetzes nun die Durchführung vorzubereiten. Erst dann, wenn wir definitiv in die neue Dienststellenstruktur hineingehen, muss ein entsprechendes Gesetz vorhanden sein.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das haben Sie doch schon!)

- Nein, natürlich nicht.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Doch!)

Wir bereiten das vor. Ich mache es Ihnen an einem Beispiel klar.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ja, bitte!)

Stichwort Notariatsreform: Wenn wir es so machen, wie geplant, könnte es einen Stichtag geben – es ist jetzt egal, welcher –, und die Zeit bis zu diesem Stichtag nutzen wir für Veränderungen im Rahmen unserer eigenen Organisationsgewalt. Da kann ich natürlich beispielsweise ein bestehendes Notariat auflösen; dafür brauche ich doch kein Gesetz. Da kann ich natürlich eine Außenstelle der Bewährungshilfe auflösen; dafür brauche ich doch kein Gesetz. Trotzdem haben wir das alles noch gar nicht gemacht. Wir haben, wenn man so will, vermutlich die Möglichkeiten, die wir aufgrund der Organisationsgewalt hätten, noch längst nicht ausgenutzt. Aber wir haben den Übergang zur neuen Dienststellenstruktur vorbereitet. Da wird rechtzeitig jetzt gerade das Gesetz beschlossen; wir sind dabei. Ich weiß gar nicht, wo man da ein Problem erkennen kann.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Sie gehen davon aus, dass es beschlossen wird! – Heiterkeit)

 Bis jetzt haben wir noch eine Parlamentsmehrheit und eine Regierung, auf die Verlass ist, und das wird vermutlich auch noch eine Weile so bleiben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut! Anders als bei der Bahnprivatisierung und solchen Geschichten!)

Aber zurück zum Thema "hergeholte Argumente": Der Vorwurf, dass wir den Dingen irgendwie unzulässig vorgegriffen hätten, wurde noch mit einer anderen Kritik verbunden. Für den Fall, dass Sie das nachher ansprechen, gehe ich schon jetzt darauf ein. Das hat zwar mit dem Gesetz interessanterweise gar nichts zu tun, aber spannend ist der Vorwurf, der erhoben wurde – Stichwort: das sogenannte Aktenscreening. Der neue, freie Träger wird in regelmäßigen Abständen die Akten an-

schauen und beurteilen, ob beispielsweise noch eine Unterstellung unter die Bewährung erforderlich ist. Dann wird unter Umständen die Anregung an das Gericht kommen, dass gar keine Unterstellung mehr erforderlich sei. In einem anderen Fall kann übrigens auch die Anregung kommen, dass eine Bewährung widerrufen werden sollte.

Jetzt kommen tatsächlich welche und sagen, das sei eine Einflussnahme auf die richterliche Unabhängigkeit. Beinahe hätte ich gesagt: Ich breche zusammen. Das war seit Jahrzehnten Aufgabe der Bewährungshilfe. Sie soll ja gerade das Auge und das Ohr des Gerichts vor Ort sein. Sie hat ja gerade die Aufgabe, solche Anregungen auszusprechen. Natürlich entscheidet das Gericht frei darüber. Richtig finde ich übrigens auch, dass in regelmäßigen Abständen überprüft wird, ob noch eine Maßnahme notwendig ist.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Haben wir das denn bisher nicht gemacht?)

– Lieber Herr Oelmayer, vielen Dank für diesen Hinweis. Es war bisher dem einzelnen Bewährungshelfer, der einzelnen Bewährungshelferin eigentlich ohne jede Kontrolle und Aufsicht überlassen, was sie mit ihren Karteikarten machen. Ich habe ein großes Vertrauen in den Menschen; das ist bekannt. Aber in solchen Strukturen kann man nicht arbeiten. Es ist genau ein Teil dieses verbesserten strukturellen Konzepts, dass jetzt systematischer vorgegangen wird und natürlich auch Anregungen gegenüber den Gerichten gegeben werden. Genau das ist die Aufgabe der Bewährungshilfe. Das hat mit einer Gefährdung der richterlichen Unabhängigkeit nichts zu tun, kennzeichnet aber wirklich die Witzigkeit dieser Argumente, die man zusammenholt, um den Übergang immer noch madig zu machen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das sagen ja Richter, nicht wir!)

Aber es wird ruhiger, und es wird schon deutlicher, dass die neue Struktur besser ist.

Ich bin – das war für mich ein Erlebnis, muss ich sagen – vor einiger Zeit wieder einem meiner ehemaligen Studenten begegnet, die ich vor vielen Jahren an der Fachhochschule Ravensburg-Weingarten im Rahmen der Sozialarbeiterausbildung unterrichtet habe. Er war einer unserer besten Studenten. Dieser übernimmt jetzt eine Funktion in dem neuen System, und er hat zu mir gesagt: "Sie haben recht, das wird hinterher für alle besser sein." Das war für mich eine Bestätigung.

Ich bitte Sie – diesen Teil des Hauses –, allmählich zur Kenntnis zu nehmen, dass wir hier auf einem richtigen Weg sind. Wir haben es schon begriffen.

(Heiterkeit)

Ich bedanke mich für die Unterstützung bei diesem Konzept.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das war aber jetzt gnädig!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zimmermann für die Fraktion der CDU.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Anbetracht der späten Zeit und der Anwesenheit –

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Spät? Ich bitte Sie!)

 - Für manche Kollegen, die nicht mehr da sind, scheint diese Zeit schon spät zu sein, Herr Nils Schmid. Ich bedauere das auch.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Ich bin noch hellwach!Abg. Rainer Stickelberger SPD: Bei uns geht es jetzt erst richtig los!)

Nachdem der Herr Minister das Wesentliche schon gesagt hat, lassen Sie mich gleich auf den Kern kommen: die Übertragung der Bewährungs- und Gerichtshilfe zum 1. Januar 2007 auf den freien Träger NEUSTART gGmbH, also auf eine Tochter der österreichischen NEUSTART GmbH, die in Österreich seit 50 Jahren, seit fünf Jahrzehnten, erfolgreich Bewährungs- und Gerichtshilfe betreibt.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ja, in Österreich, aber nicht hier! Wir machen sonst auch nicht, was die Österreicher machen!)

Herr Sakellariou hat bei der ersten Besprechung gesagt, wir könnten nach sieben oder acht oder zehn Monaten noch nicht genau sagen, wie es läuft. Aber man kann auch schon nach dieser kurzen Zeit sagen: Es läuft sehr gut, und wir haben eine Verbesserung bei der Betreuung.

Ich möchte heute den Vorsitzenden des Verbandes Bewährungs- und Straffälligenhilfe Württemberg e. V. zitieren – ich gehe davon aus, dass er hiermit einverstanden ist; denn er wusste, dass ich heute vor dem Landtag darüber sprechen und ihn möglicherweise zitieren werde –, der Folgendes eingeräumt hat: "Es läuft besser als befürchtet", Herr Minister.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Als befürchtet! – Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Ja, das haben die Kritiker gesagt, Herr Schmiedel. Eben diese Kritiker räumen ein, dass es schon in dieser kurzen Zeit besser gelaufen ist. Natürlich sagen die Kritiker, zu denen ja auch Sie gehören, Herr Oelmayer, denn Sie sind – erlauben Sie mir diesen Ausdruck – doch das Sprachrohr der versprengten Unzufriedenen –

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ausgerechnet der Oelmayer!)

Der Minister selbst hat doch gesagt: Natürlich gibt es viele, die sich mit der Sache immer noch nicht abfinden wollen, weil sie ihre Arbeit bislang nach eigenem Gusto gemacht haben, ohne jegliches Qualitätskriterium und ohne jegliche Standards. Solche Standards werden jetzt eingeführt.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das war jetzt aber wider besseres Wissen!)

 Jetzt glauben Sie mir das doch einmal. Ich sage Ihnen: Es hat sich sogar etwas weiterentwickelt. Um den besagten Bewährungshilfeverein in Stuttgart noch einmal anzusprechen: Dort hat sich noch etwas Weiteres entwickelt. Wir haben jetzt das Vorsorgeprojekt "Chance", auf das sich dieser Verein jetzt konzentriert hat.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Na klar, weil NEU-START das nicht machen wollte! Das ist doch der Punkt!)

Zum Zweiten wird dort das Projekt "Schwitzen und Sitzen" betrieben.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: "Schwitzen statt Sitzen"! Aufpassen! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Das sind doch alles Dinge, die vorher allenfalls in Gang gesetzt worden waren. Nehmen Sie das doch einmal wahr! Wir werden uns in einem Jahr im Ausschuss vielleicht noch einmal darüber unterhalten. Das Gesetz wird bis dahin zwar längst verabschiedet sein, aber Sie werden sehen: Es läuft gut.

Ich sage Ihnen eines: Die größte Bewährungsprobe hat sie bestanden

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wer?)

– die NEUSTART GmbH –, als die Bewährungshilfe für Brigitte Mohnhaupt einsetzte. Was hat die Presse nicht alles unternommen, um in Erfahrung zu bringen: Wo ist Brigitte Mohnhaupt? Was macht Brigitte Mohnhaupt? Was macht Brigitte Mohnhaupt, und wird sie nicht noch zu einem Medienstar werden? Ich hatte im Übrigen auch diese Angst. Aber bis heute ist nichts herausgekommen. Sie haben dichtgehalten.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ist doch selbstverständlich! – Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Deshalb sage ich Ihnen: Das ist eine tolle Geschichte. Akzeptieren Sie einfach, dass das so gelaufen ist. Es wird zu weiteren Verbesserungen kommen.

Noch ein Annex zur Schließung der Außensenate des Finanzgerichts Baden-Württemberg in Karlsruhe: Dass wir hier aufgrund terminlicher Vorgaben und aufgrund der baulichen Situation etwas ändern müssen, ist völlig klar. Auch in dieser Hinsicht stimmt die CDU-Fraktion diesem Gesetzentwurf zu.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wir stimmen doch heute noch gar nicht ab! Ihr könnt noch überlegen!)

Nach dieser ersten Lesung wird die Beratung ja im Ausschuss fortgesetzt.

Ich danke Ihnen herzlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Zimmermann, die Befürchtung, die Sie geäußert haben, dass bei NEUSTART der Fall Brigitte Mohnhaupt womöglich zu einem Medienereignis werden würde, impliziert ja umgekehrt die Unterstellung, dass dies im Fall

(Nikolaos Sakellariou)

der staatlichen Bewährungshilfe auch der Fall gewesen wäre. Diese Vermutung kann ich jedoch nur zurückweisen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das habe ich so nicht gesagt!)

Das hat bis jetzt gut funktioniert, und nach unserer Auffassung hätte es auch weiterhin gut funktioniert.

Meine Damen und Herren, worum geht es? Es geht um die Änderung von zwei Gesetzen; das ist angesprochen worden. Ich will mit einer positiven Botschaft beginnen: Bei Artikel 4, der Terminverschiebung für die Schließung der Außensenate, haben wir nach längeren Diskussionen einstimmig beschlossen, die Regierung zu unterstützen und diese Änderung mitzutragen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Darüber haben wir doch noch gar nicht diskutiert!)

Kommen wir nun zu den problematischeren Teilen, nämlich zur Frage des Vollzugs der Privatisierung der Bewährungshilfe. Noch einmal zur Erinnerung: Es geht darum, dass wir uns im Bereich der Strafvollstreckung bewegen. Die Frage ist also: Haftvollzug oder nicht? Das ist eine ganz einschneidende Sache.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Überwachung, nicht Vollstreckung! Das ist falsch von Ihnen gesagt worden!)

Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass dies nicht privatisiert gehört und dass dies auch nicht notwendig gewesen wäre. Es hätte auch unter dem Gesichtspunkt des Bürokratieabbaus nicht abgebaut werden müssen. Insofern sind wir konsequenterweise dabei, den Vorgang kritisch zu begleiten.

(Beifall bei der SPD)

- Danke für den Applaus.

Herr Minister Goll, Sie haben von einer Person berichtet, die Sie ausgebildet haben, die inzwischen diesen Vorgang begleitet hat und zu einem positiven Ergebnis gekommen ist. Auch Herr Zimmermann hat eine Person zitiert, die positiv mit den Dingen zu tun hatte.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich habe nicht irgendeine Person, ich habe den Vorsitzenden zitiert!)

Ich selbst habe allein in den letzten Tagen mit vier Personen gesprochen, die in heller Aufregung waren, die mich stellenweise bis nachts um halb zehn telefonisch kontaktiert und einen ganz anderen Eindruck vermittelt haben. Man muss eben auch zur Kenntnis nehmen, dass es bei der Umsetzung Probleme gibt.

Zum ersten Punkt, den wir kritisch sehen müssen: Herr Kollege Kluck hat vorhin beim Thema Schulverwaltung etwas Richtiges gesagt: "Schulverwaltung bedeutet so viel Schule wie möglich und so wenig Verwaltung wie notwendig." Genau das ist es, was wir jetzt hier kritisieren: Bewährungshelfer, die ja einen zentralen Auftrag haben, stellen in den Telefonaten, die sie mit mir führen, fest, dass sich jetzt das Verhältnis von vorher 70 % Bewährungshilfe und 30 % Verwal-

tungsarbeit umkehrt. Wenn so etwas in der Schulverwaltung falsch ist, dann ist es doch hier auch falsch.

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Das ist überall falsch!)

Wir müssen das doch zur Kenntnis nehmen und die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die haben vorher gewurschtelt, und jetzt müssen sie verwalten!)

Es geht schließlich um Betreuungsqualität, und es geht darum, dass eine vernünftige Betreuungsqualität in diesem Bereich auch die Rückfallquote senkt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: "Vollstreckung" haben Sie vorher gesagt!)

Der nächste Punkt, die Ehrenamtlichen, ist bereits angesprochen worden. Nach dieser kurzen Zeit ist es noch zu früh, zu überlegen, ob Personen, die kein entsprechendes Studium absolviert oder sich anderweitig qualifiziert haben, die Möglichkeit bekommen sollten, im Rahmen ihrer Arbeit mit Straftätern Gutachten abzugeben, die darüber entscheiden, ob jemand in Haft geht oder draußen bleiben kann. Wir werden dies im Gesetzgebungsverfahren weiter prüfen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das macht er doch nicht! Das ist doch wieder falsch! Das entscheidet ein Gericht!)

Das ist ein heikler Punkt. Da geht es nicht um die Frage, ob eine Tat weniger strafbar ist oder ob es sich um einen größeren Problemfall handelt. Wenn Bewährungshilfe eingeschaltet wird, stellt sich immer die Frage: Haft oder nicht Haft?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das entscheidet doch das Gericht!)

Diese Entscheidung ist gleich, egal, ob Kleinkrimineller oder Großkrimineller. Deswegen gibt es bei dieser Beratung keine Unterschiede.

Der nächste Problempunkt sind die Standorte. Man hat den Eindruck: Meine Güte, es verbessert sich ja. Wir haben ja viel mehr Standorte als vorher. Insofern ist durch die Privatisierung eine Verbesserung für die Probanden und die Bewährungshelfer eingetreten. Aber es sind nicht andere Standorte, es sind Sprechstellen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie Sie da vorn! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das werden nicht immer mehr, sondern viel weniger!)

Sprechstellen – das Wort muss ich erst einmal üben! Das heißt, wir haben zwar mehr Sprechstellen, aber die Zeiträume, während derer die Probanden dort mit ihren Bewährungshelfern Kontakt aufnehmen können, werden viel kleiner. Aber raffiniert war es, das will ich zugeben. Es ist jedoch eine Illusion zu glauben, dass sich durch die höhere Zahl an Sprechstellen die Situation verbessert hätte. Wenn ich die Ansprechphasen so verringere, dass die Leute keine Zeit mehr haben, dorthin zu kommen, dann muss ich sagen: Es ist nicht besser, sondern schlechter geworden.

(Nikolaos Sakellariou)

Meine Damen und Herren, konsequenterweise werden wir diesen Prozess auch begleiten. Aber wir werden dieses Gesetzgebungsverfahren natürlich kritisch begleiten, um genau auf diese offenen Fragen eingehen zu können, und hoffen natürlich, dass von der Mehrheit des Hauses die richtigen Konsequenzen gezogen werden.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer für die Fraktion GRÜNE.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das Sprachrohr der Unzufriedenen! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt kommt das Sprachrohr der versprengten Unzufriedenen!)

Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Zimmermann, ich bin vielleicht das Sprachrohr der Betroffenen, aber nicht der Unzufriedenen. Denn Sie kümmern sich ja um die Anliegen der Betroffenen in der Form offensichtlich gar nicht. – Das als kleine Bemerkung vorweg.

(Beifall des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Dr. Nils Schmid: Linkspopulist!)

Lassen Sie mich zum Thema kommen. Wir haben einen Gesetzentwurf vorliegen, und der Minister hat immerhin die Sensibilität aufgebracht, deutlich zu machen, dass er genau weiß, wo hier der Casus knacksus liegt. Er liegt natürlich nicht bei der Finanzgerichtsordnung, sondern er liegt tatsächlich beim Thema Bewährungshilfe.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das überrascht selbst uns!)

– Das ist doch schon einmal klasse. Dies nicht erkannt zu haben kann man ihm nicht einmal unterstellen. Diese Sensibilität bringt er ja bloß manchmal auf. An dieser Stelle aber hat er es getan.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Gott sei Dank wissen wir das besser! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

 Jetzt hören Sie einmal gut zu, Herr Kollege Zimmermann, ich halte nun einen kleinen rechtsstaatlichen Unterricht extra für Sie ab:

Der Minister spricht von der Organisationsgewalt. Das ist ja in Ordnung. Da hat er natürlich die Möglichkeit, Dienststellen aufzulösen, zu verlegen oder umzubauen. Das alles kann er machen. Das ist schon in Ordnung. Er kann auch sagen: "Ab 1. Januar 2008 passiert dann genau dies, dass wir" – das kann ich an dieser Stelle gleich einmal fokussieren – "aus 47 Dienststellen neun Einrichtungszentralen und aus 64 Außenstellen 15 Außenstellen plus 21 Sprechstellen machen." Das ist diese neue Dienststellenstruktur.

Es ist jedoch nicht so, dass Sie hierüber vorerst nur diskutierten und sich von NEUSTART ein Konzept vorlegen ließen,

die die Organisation übernommen hat – das wissen wir ja alle –, weil der Landtag das mit Mehrheit – natürlich gegen unsere Stimmen – so beschlossen hat. Vielmehr tun Sie so, als würde der Landtag das Gesetz zum 1. Januar 2008 in letzter Sekunde, nämlich jetzt im Dezember, beschließen. Wenn wir als Legislative nur noch die Erfahrung machen dürften, dass Sie sagen: "Wir organisieren alles und setzen alles um, und dann machen wir kurz vor knapp noch ein entsprechendes Gesetz", dann könnten wir unseren Landtag auflösen. Es ist ja nicht das erste Mal, dass Sie so vorgehen. Das haben Sie bei der Finanzierung dieser Organisation NEUSTART auch schon getan. Das hat Ihnen jetzt der Staatsgerichtshof ins Stammbuch geschrieben. Ich halte es einfach für eine Missachtung der Legislative, wie Sie hier verfahren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Seit zwei oder drei Jahren diskutieren wir doch darüber! Das ist doch nichts Neues!)

Ich darf einen weiteren Punkt benennen: Ausgerechnet der Justizminister, der mir in Bezug auf die Reduzierung der Amtsgerichtsstandorte immer entgegenhält, das ginge nicht wegen der Bürgernähe und was weiß ich was alles –

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Aber da hat er recht! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

jeder Mensch müsse doch in 5 km Entfernung sein Amtsgericht zur Verfügung haben –, reduziert jetzt die Anlaufstellen, die Ansprechstellen und die Dienststellen für die Bewährungshilfe, die die Menschen brauchen, die von der Bewährung betroffen sind. Sie brauchen sie in einer ganz anderen Art und Weise, als die Menschen bei uns im Land Amtsgerichte benötigen. Hier konterkarieren Sie sozusagen Ihre Argumentation der Bürgernähe, der örtlichen Nähe oder der geografischen Nähe. Auch hier haben Sie eine völlig unschlüssige Konzeption. Das kann ich nicht nachvollziehen. Das verstehe ich nicht. Da möchte ich einfach an Sie appellieren, Herr Minister, einmal klarzustellen – von mir aus auch im Ausschuss –, wo denn in Bezug auf die Bürgernähe die Differenz zwischen den Amtsgerichten auf der einen Seite und dem Thema Bewährungshilfe auf der anderen Seite liegt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das sagen Sie aber nicht als Anwalt!
– Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Bei Amtsgerichten liegt er nicht falsch!)

 Danke, Kollege Zimmermann. Ich hoffe, der Kollege Wetzel hat diesen kleinen Zwischenruf des Kollegen zum Thema Amtsgerichte gehört.

Ein weiterer Punkt, den ich zu dem Thema Organisation und zur Vorwegnahme von gesetzlichen Entscheidungen hier einbringen möchte, ist: Sie schreiben an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bewährungshilfe. In der Tat, Kollege Zimmermann, habe ich nicht nur zu einem, sondern mindestens zu zehn dieser Menschen Kontakt, manchmal sogar in beruflichen Zusammenhängen. Deswegen akzeptiere ich es gern, als "Sprachrohr der Betroffenen" bezeichnet zu werden. Sie alle haben Probleme bei der organisatorischen Umsetzung mit dieser NEUSTART-Organisation.

(Thomas Oelmayer)

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber das ist doch klar! Wer will denn schon eine Aufsicht haben?)

Da schreiben Sie, Herr Justizminister – oder Sie lassen schreiben; Sie haben das wahrscheinlich nicht persönlich getan, aber vielleicht haben Sie das unterschrieben –, am 17. September, ohne dass Sie wissen, ob Sie dann überhaupt das entsprechende Gesetz haben – denn das beschließen wir; immerhin haben wir das noch zu beschließen –:

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

Wer Anfang 2008 bei der Umsetzung dabei sein will – ich komme gleich zum Ende, Frau Präsidentin –, der soll das bis zum 5. Oktober erklären. Jetzt erklären Sie mir hier, das alles sei in Ordnung und das alles könnten wir ohne eine Gesetzesgrundlage tun, das sei Organisationsgewalt. Wenn Sie so Ihre Organisationsgewalt verstehen, dann haben Sie nicht kapiert, was die Organisationsgewalt und die Hoheit dieses Parlaments ist. Denn noch beschließen wir die Gesetze und nicht die Exekutive.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Schlag bei Böckenförde nach!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Wetzel.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Sakellariou, ich glaube natürlich schon, dass Sie Anrufe von Unzufriedenen aus der Opposition erhalten.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD unterhält sich mit Abg. Dr. Nils Schmid SPD und Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE.)

 Sie hören gerade nicht zu. Herr Sakellariou, ich glaube schon, dass Sie Anrufe von Unzufriedenen erhalten.

Ich gehe nicht davon aus, dass Sie von denjenigen angerufen werden, die sagen: Die Regierung ist auf dem richtigen Weg. Macht weiter so.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sollen die Sie anrufen?)

Zum 1. Januar 2007 wurde ein freier Träger mit den Aufgaben der Bewährungshilfe betraut. Dies wird, wie wir heute gehört haben, immer noch teilweise heftig kritisiert, und zwar völlig zu Unrecht. Es wird gesagt, der Staat ziehe sich aus der Verantwortung zurück, er fühle sich nicht mehr verantwortlich.

(Zuruf von der SPD: Unverantwortlich!)

 Unverantwortlich sei das. – Dann wird gesagt, man ziehe sich aus einem Teil der Strafvollstreckung zurück, man gebe die Aufgaben aus der Strafvollstreckung einem privaten Unternehmer, was natürlich, Herr Sakellariou, völlig falsch ist.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Wir schicken die Rede zu! Kein Problem!)

Auch bisher haben die Bewährungs- und Gerichtshelfer natürlich keine Strafvollstreckungsmaßnahmen verhängt. Das hat immer noch der Richter gemacht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der Richter entscheidet darüber, ob eine Bewährung widerrufen wird oder nicht. Das macht auch künftig kein freier Träger, sondern das macht immer noch der Richter. Das sollten Sie einfach zur Kenntnis nehmen, es hier vorne auch sagen und keine Unwahrheiten verbreiten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das kann er nicht wissen! Der war noch nie unter Bewährungshilfe! – Gegenruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das ist wahr!)

Das kann natürlich sein. Ich glaube, dass unser Justizminister recht hat. Er hat heute gesagt, es werde für alle hinterher besser sein. So wird es auch kommen.

Bewährungs- und Gerichtshilfe sind und bleiben staatliche Aufgaben, deren Erfüllung in der Verantwortung unseres Landes bleiben. Die volle Verantwortung für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben bleibt selbstverständlich bei unserem Land. Das Land hat natürlich auch die Fach- und Rechtsaufsicht über die Bewährungshelfer. Darum geht es heute, dass diese Fachaufsicht, diese Kontrolle dem Justizministerium unterstellt wird, dass sie vom Präsidenten des Amtsgerichts Stuttgart bzw. der Präsidenten der Landgerichte weggenommen wird, wo möglicherweise nicht in dem Umfang kontrolliert werden konnte, wo jedenfalls keine allgemeine Kontrolle stattfand, so, wie das künftig der Fall sein wird.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

- Keine allgemeine Kontrolle, so ist es, ja.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Die sitzen alle in Stuttgart, wenn ich es richtig weiß!)

Die Dienstaufsicht obliegt alleine dem Justizministerium und nicht mehr den Gerichten.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Die Gerichte sind doch vor Ort, dort, wo die Bewährungshelfer sind!)

Nein, nein. Ich meine, die Aufsicht der Bewährungshelfer.
 Sie bringen ein paar Sachen durcheinander.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Nein, gar nicht!)

 Doch, Sie bringen die durcheinander. Weil Sie einfach dagegen sind, bringen Sie eben immer wieder etwas durcheinander.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ruhe bewahren! – Heiterkeit – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wir bringen Sie offenbar durcheinander!)

Vorher ging es darum, dass wir Bürokratieabbau nachweisen sollten. Herr Kluck hat ein Beispiel genannt.

(Zuruf von der FDP/DVP: Zwei!)

- Zwei Beispiele.

(Dr. Hans-Peter Wetzel)

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Drei! – Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

– Herr Oelmayer, hier nenne ich das Gesetz, das Sie heute vor sich haben, als drittes Beispiel: Abbau von Bürokratie durch Überprüfung der Bewährungshelfer nicht mehr durch die einzelnen Richter und durch die Landgerichte, sondern ausschließlich durch das Justizministerium. Zum Bürokratieabbau bei den einzelnen Gerichten kommt es durch die konzentrierte Wahrnehmung durch das Justizministerium.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Knüppel aus dem Sack geholt! – Heiterkeit des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Sehen Sie, das ist schon das dritte Beispiel.

Es werden Verordnungsermächtigungen zur Einführung der Pauschalentschädigung für ehrenamtliche Bewährungshelfer sowie zur Neuregelung der Dienststellenstruktur geschaffen. Wenn Sie das Ehrenamt doch so hochhalten, wieso sind Sie dann dagegen, dass Bewährungshelfer ehrenamtlich tätig sind? Das wundert mich auch.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gutes Argument!)

Gestern haben Sie das Ehrenamt noch in den Himmel gehoben. Warum ziehen Sie es heute wieder runter?

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Sie haben es doch runtergezogen!)

– Ich habe es nicht runtergezogen, um Gottes willen!

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Per Gesetz!)

– Hören Sie zu. – Bei der Festlegung der Standorte und der Zuständigkeiten der Dienststellen werden der örtliche Bedarf, die verkehrstechnische Erreichbarkeit, der Sitz wichtiger Kooperationspartner und die Erfordernisse einer effizienten Organisationsstruktur berücksichtigt. Das heißt, die Bewährungshelfer sind näher an ihren "Kunden". Das müsste für Sie von der SPD doch hervorragend sein.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Die ziehen Sie doch aus der Fläche zurück!)

Auf Ihrem Parteitag haben Sie doch das Motto gehabt: "Näher bei den Menschen". Die sind dann näher bei den Menschen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das war nur, um denen in die Tasche zu greifen!)

Statt wie bisher 35 Dienststellen werden künftig 42 Dienststellen eingerichtet.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das sind doch gar keine mehr!)

Es werden außerdem Sprechstellen an verschiedenen Orten eingerichtet, wobei die Erreichbarkeit ebenfalls berücksichtig wird.

Herr Oelmayer, das Motto heißt: "Näher bei den Menschen". Auch die Bewährungshelfer sind künftig näher beim Menschen, nicht nur die SPD.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schlage Ihnen vor, auch diesen Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Damit ist Punkt 10 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 11 der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 23. Oktober 2007 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 14/1899, 14/1903

Berichterstatter: Abg. Winfried Mack

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 11 erledigt.

Ich rufe Punkt 12 der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu a) der Mitteilung der Landesregierung vom 16. März 2007 – Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland; hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2005 bis 2008; b) der Mitteilung des SWR vom 1. Oktober 2007 – Fünfter Erfahrungsbericht über die Anwendung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk – Drucksachen 14/1070, 14/1815, 14/1904

Berichterstatterin: Abg. Birgit Kipfer

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen

Damit ist Tagesordnungspunkt 12 erledigt.

Ich rufe Punkt 13 der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 21. September 2007 – Karlsruhe, Verkauf des landeseigenen Grundstücks Flurstück Nr. 6444/5, Gerwigstraße 65 – Drucksachen 14/1794, 14/1881

Berichterstatter: Abg. Ingo Rust

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 13 erledigt.

(Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte)

Ich rufe Punkt 14 der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 24. Juli 2007 – Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)"; hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2008 bis 2011 – Drucksachen 14/1579, 14/1880

Berichterstatterin: Abg. Christine Rudolf

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 14 erledigt.

Ich rufe Punkt 15 der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 14/1887, 14/1888, 14/1889, 14/1890, 14/1891

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen entsprechend dem

Abstimmungsverhalten im Petitionsausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 15 erledigt.

Ich rufe Punkt 16 der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten sowie zu Eingaben – Drucksache 14/1898

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den jeweiligen Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 28. November 2007, um 10:00 Uhr statt.

Ich bedanke mich, wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:38 Uhr